

Simon, Dagmar

Book — Digitized Version

Internationale Abhängigkeit und nationale Entwicklung seit der Unabhängigkeit: am Beispiel Zaire

Berliner Studien zur Politik in Afrika, No. 8

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Simon, Dagmar (1987) : Internationale Abhängigkeit und nationale Entwicklung seit der Unabhängigkeit: am Beispiel Zaire, Berliner Studien zur Politik in Afrika, No. 8, ISBN 3-8204-9842-7, Peter Lang, Frankfurt/M. ; Bern ; New York, NY ; Paris

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112637>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Internationale Abhängigkeit und nationale Entwicklung seit der Unabhängigkeit: am Beispiel Zaire

BERLINER STUDIEN ZUR POLITIK IN AFRIKA

Herausgegeben von Prof. Dr. Franz Ansprenger

Bd./Vol.8



Verlag Peter Lang

Frankfurt am Main · Bern · New York · Paris

Dagmar Simon

**Internationale Abhängigkeit
und nationale Entwicklung
seit der Unabhängigkeit:
am Beispiel Zaire**



Verlag Peter Lang

Frankfurt am Main · Bern · New York · Paris

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Simon, Dagmar:

Internationale Abhängigkeit und nationale Entwicklung seit der Unabhängigkeit: am Beispiel Zaire / Dagmar Simon. — Frankfurt am Main ; Bern ; New York ; Paris : Lang, 1987.

(Berliner Studien zur Politik in Afrika ; Bd.

8)

ISBN 3-8204-9842-7

NE: GT

ISSN 0930-7303

ISBN 3-8204-9842-7

© Verlag Peter Lang GmbH, Frankfurt am Main 1987

Alle Rechte vorbehalten.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Druck und Bindung: Weihert-Druck GmbH, Darmstadt

VORWORT DES HERAUSGEBERS

Afrika hat seit 1945 wachsende Bedeutung für die Weltpolitik gewonnen, gemeinsam mit den anderen außereuropäischen Regionen -- wenn auch als Nachzügler unter ihnen. Das Verständnis der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation in allen diesen Regionen kann nicht durch kursorische Beobachtung allein gewonnen werden, nicht durch vorschnelle Vergleiche mit historischen oder gegenwärtigen Zuständen Europas, nicht durch eingegengtes Studieren nur der Wirtschaftsprozesse, die eine (für Europa gewinnträchtige) Zusammenarbeit ermöglichen. Dieses Verständnis verlangt vielmehr umfassende Studien, in denen auch die Politik den ihr angemessenen Platz einnimmt. Deshalb haben sich schon seit den fünfziger Jahren in den Sozialwissenschaften vornehmlich der anglophonen Länder **R e g i o n a l s t u d i e n** als eigene Forschungs-Schwerpunkte und Studiengänge entwickelt. In Deutschland bildeten sich erst in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre wenigstens Ansätze zu solchen Regionalstudien heraus; bis heute müssen sie um das Verständnis speziell der stark auf das eigene Land und Europa bezogenen Politikwissenschaft werben.

Zu den Zentren solcher Regionalstudien gehören drei Arbeitsstellen im Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin. Die beiden ersten - für die 'Politik Afrikas' und die 'Politik Chinas und Ostasiens' - entstanden 1967 durch die Initiative von Professor Dr. Richard L ö w e n t h a l, der bis zu seiner Emeritierung 1974 den Lehrstuhl für Theorie und Geschichte der auswärtigen Politik innehatte. Professor Dr. Franz Ansprenger leitet die Arbeitsstelle Politik Afrikas; Professor Dr. Jürgen Domes leitete bis 1975 die Arbeitsstelle Politik Chinas und Ostasiens. 1979 kam, gefördert von der Stiftung Volkswagenwerk, eine dritte Arbeitsstelle 'Politik des modernen Vorderen Orient' unter Leitung von Professor Dr. Friedemann Büttner hinzu. Die Arbeitsstellen sind verantwortlich für die Lehre des Fachbereichs im Bereich der jeweiligen Regionalpolitik, und zwar nicht nur für internationale Beziehungen der Region, sondern auch für die dortige innerstaatliche Politik und ihre historischen sowie wirtschaftlich-gesellschaftlichen Grundlagen. Eigene regionale Studiengänge werden nicht angeboten, da die Einheitlichkeit der Wissenschaft von der Politik gewahrt bleiben soll, jedoch ist

schon im Hauptstudium und bei der Diplomprüfung eine gewisse regionale Schwerpunktsetzung möglich. Besonderes Augenmerk gilt der Heranbildung junger Wissenschaftler für das Studium der Politik in den drei außereuropäischen Regionen, das heißt der Betreuung individueller Aufbaustudien mit dem Ziel der Promotion. Ein weiterer Schwerpunkt wird durch Forschungsvorhaben gesetzt, an denen promovierte Wissenschaftler teilnehmen. Mit Unterstützung der wissenschaftsfördernden Einrichtungen der Bundesrepublik Deutschland haben die Arbeitsstellen bereits einige Forschungsprojekte abgeschlossen; weitere Vorhaben laufen oder werden vorbereitet.

Darüber hinaus sorgen die Arbeitsstellen für laufende Dokumentation der politischen Ereignisse in den drei Regionen sowie für den Aufbau der Bücher- und Materialbestände, die in der Bibliothek des Fachbereichs Politische Wissenschaft gesammelt werden.

1975 begannen Franz Ansprenger und Jürgen Domes, die Schriftenreihe "Berliner Studien zur Politik in Afrika und Asien" herauszugeben, um ausgewählte Forschungsergebnisse aus dem Studienfeld der von ihnen geleiteten Arbeitsstellen zu veröffentlichen. 1986 schied Jürgen Domes, der jetzt keine Forschungen an der Berliner Arbeitsstelle Politik Chinas und Ostasiens mehr betreut, im gegenseitigen Einvernehmen als Herausgeber aus. Da die Forschungstätigkeit an der Arbeitsstelle Politik Afrikas jetzt die Weiterführung der Schriftenreihe nur für diese Region rechtfertigt, wurde der Titel der Reihe entsprechend verändert.

Dagmar S i m o n hat in Berlin Politische Wissenschaft und Germanistik als Lehramtsfächer studiert. Nach dem Staatsexamen konzentrierte sich ihr wissenschaftliches Interesse auf Zaire und die Stellung dieses rohstoffreichen Landes in der Weltwirtschaft. Ein Antrag, finanzielle Hilfe für Feldforschung vor Ort zu erhalten, scheiterte. Dennoch schloß Frau Simon ihre Studie erfolgreich ab.

Die Maßstäbe der Politischen Wissenschaft an Zaire anzulegen, ist ein kühnes Unterfangen. Denn das politische System im strengen Sinne entzieht sich sowohl empirischer Forschung als auch den meisten theoretischen Konzepten der Disziplin. Aber Zaire steht im Verbund mit der Außenwelt, ja sein Präsident gehört zu jenen afrikanischen Staatsmännern, die bei allem Pochen auf ihre Souveränität doch die Integration ihres Landes in die internationale Marktverflechtung der westlichen Welt bejahen und davon die Entwicklung, Fortschritt und Wohlstand erhoffen. Nun lassen bereits journalistische Berichte aus Zaire erkennen, daß der Wohlstand sich dort in sehr wenigen Händen ansammelt, während Entwicklung und Fortschritt für die Mehrheit der Menschen auf sich warten lassen. Es ist jedoch deutlich, daß die Schuld daran kaum einseitig und einfach zugewiesen werden darf - weder nur an "exogene Faktoren" (sprich: Ausbeutung durch Industrienationen) im Sinne der Abhängigkeits-Theorien, noch ausschließlich an "endogene Faktoren" (sprich: Korruption und Diktatur) im Sinne von Modernisierungs-Theorien. Interdependenz zwischen beiden ist der theoretische Ansatz Dagmar Simons in ihrer hier vorgelegten Untersuchung; in dieser Perspektive analysiert sie die internationalen Wirtschaftsbeziehungen mit besonderem Augenmerk für die Dritte Welt und - im Hauptteil - die Wirtschaftspolitik der post-kolonialen Regierungen in Zaire.

Die Studie Dagmar Simons faßt die verfügbaren Informationen zusammen. Der Leser gewinnt eine solide Basis, um von dorthin weiterführende Fragen nach der gesellschaftlichen Dynamik und nach dem politischen System dieses Staates zu stellen, mögen sich diese Fragen auch bis auf weiteres kaum wissenschaftlich beantworten lassen.

Berlin, Dezember 1986

Franz Ansprenger

Inhaltsverzeichnis

	Vorbemerkung	1
1.	Aspekte der internationalen Entwicklung	
1.1	Zur Struktur der gegenwärtigen Weltwirtschaft	4
1.2	Internationale Handels- und Wirtschaftsbeziehungen: Die Forderungen der Entwicklungsländer	22
1.2.1	Die Welthandelskonferenzen	30
1.3	Die Strategie der "Collective self-reliance"	41
2.	Entwicklungsstrategien für die Dritte Welt	
2.1	Dissoziation versus traditionelle Entwicklungsmodelle	50
2.2	Projektionen der Weltbank	59
2.3.	Ungleicher Tausch und ungleiche Entwicklung	73
2.4	Das Modell der autozentrierten Entwicklung	81
2.5	Kritik der Dissoziationstheorie	89
3.	Nationalismus und Nationalstaat in Afrika	95
3.1	Staat und Partei in Zaire nach der Unabhängigkeit	109
4.	Nationale Entwicklung Zaires nach der Unabhängigkeit	
4.1	Historische Rahmenbedingungen	117
4.1.1	Zur vorkolonialen Geschichte	117
4.1.2	Veränderungen in der Wirtschafts- und Sozialstruktur unter belgischer Kolonialherrschaft	122
4.1.3	Koloniale Wirtschaftsplanung	133
4.2	Nationale Unabhängigkeit und staatliche Planung	139
4.3	Entwicklungspolitische Konzeptionen im Rahmen des Dekolonisationsprozesses	144
4.3.1	Prämissen der "Conférence de la table ronde économique"	144
4.3.2	Wirtschaftspolitische Zielsetzungen der Regierung Lumumba	147

4.4	Entwicklungsziele der Regierung Mobutu	152
4.4.1	"Authentizität" und "économie mixte"	152
4.4.2	Die Wirtschaftspolitik nach 1965	155
4.4.3	"Zaririanisierung" und "Radikalisierung"	168
4.4.4	Das Programm zur Stabilisierung der zairischen Wirtschaft	178
4.4.5	Der "Mobutu-Plan"	187
5.	Die postkoloniale Entwicklung	
5.1	Zur Struktur der wirtschaftlichen Entwicklung	193
5.2	Die Beiträge der Wirtschaftssektoren zum Brutto- inlandsprodukt	205
5.3	Die sektorale Entwicklung der Wirtschaft	214
5.3.1	Der landwirtschaftliche Sektor	214
5.3.2	Die Bergbau- und Hüttenindustrie	222
5.3.3	Die verarbeitende Industrie	227
6.	Außenwirtschaftliche Abhängigkeitsfaktoren	
6.1	Die außenwirtschaftlichen Beziehungen Zaires nach 1960	234
6.1.1	Die Beziehungen zu den "realsozialistischen Ländern"	235
6.1.2	Die Beziehungen zu den USA	236
6.1.3	Die Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft	238
6.1.4	Die Beziehungen zu Belgien	241
6.2	Zur Struktur des Außenhandels	243
6.3	Die Auslandsverschuldung Zaires	251
6.4	Die Bedeutung der internationalen Entwick- lungshilfe: Technische und Finanzielle Zusammenarbeit	263
6.4.1	Die Rolle der westlichen Industriestaaten	263
6.4.1.1	Belgien	263
6.4.1.2	Vereinigte Staaten von Amerika (USA)	264
6.4.1.3	Bundesrepublik Deutschland	266
6.4.1.4	Andere westliche Industriestaaten	268

6.4.2	Zur Rolle der supranationalen Organisationen	270
6.4.2.1	Die Weltbankgruppe	270
6.4.2.2	Die Europäische Gemeinschaft	271
6.4.2.3	Die Vereinten Nationen	272
6.4.2.4	Die Afrikanische Entwicklungsbank	274
6.4.3	Änderungen in der Entwicklungspolitik gegen- über Zaire	276
	Schluß	281
	Anmerkungen	283
	Bibliographie	315

Vorbemerkung

Die Dissertation befaßt sich schwerpunktmäßig mit der Problematik außenwirtschaftlicher (neokolonialer) Abhängigkeitsverhältnisse eines Landes der Dritten Welt, das zwar im Entkolonisierungsprozeß die politische Unabhängigkeit erlangt hat, jedoch die Erbschaft der kolonialen Wirtschaftsstrukturen nicht überwinden konnte.

Daß die von den postkolonialen Regierungen in Zaire proklamierte Politik, die Anspruch auf eine an den nationalen Interessen des Landes orientierte wirtschaftliche und soziale Entwicklung erhob, nicht realisiert werden konnte, muß bei der Analyse der Hintergründe und Ursachen in zweifacher Hinsicht berücksichtigt werden: sowohl bei der Untersuchung der sozio-ökonomischen und politischen Verhältnisse in dem Land selber als auch bei der Würdigung der externen Rahmenbedingungen, die durch den Weltmarkt, die führenden Industrienationen und die Politik internationaler Organisationen wie z.B. des Internationalen Währungsfonds geprägt werden. Dabei kristallisierte sich im Verlauf der Untersuchung die Bedeutung der wechselseitigen Beziehungen zwischen internen und externen Faktoren heraus: ohne grundlegende soziale und wirtschaftspolitische Reformen in den Entwicklungsländern kann eine erfolgreiche Entwicklungsstrategie nicht konzipiert werden, andererseits müssen die internationalen weltwirtschaftlichen Beziehungen zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern, wobei hier die Kreditver-

gabe und Verschuldung eine besondere Rolle spielt, in einer Weise verändert werden, daß überhaupt die Voraussetzungen für die Möglichkeit einer unabhängigen, d.h. am Interesse des jeweiligen Landes sich orientierende wirtschaftliche Entwicklung geschaffen werden können.

Bezüglich der zentralen Fragestellung wurden die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen (Struktur der gegenwärtigen Weltwirtschaft, Forderungen der Entwicklungsländer, hier insbesondere die UNCTAD-Konferenzen und die Konzeption der "Collective self-reliance") untersucht und an die entwicklungspolitische Debatte über die Entwicklungsstrategien für die Dritte Welt (Dissoziation versus traditioneller Entwicklungsmodelle, Projektionen der Weltbank, Modell der autozentrierten Entwicklung) angeknüpft.

Im Kontext der Theoriebildung im nachkolonialen Afrika sollen Probleme des Nationalismus und der Herausbildung von Nationalstaaten angerissen und dabei die konkrete Entwicklung in Zaire (Staatsform, Rolle und Funktion der Staatspartei) beleuchtet werden.

In einem zweiten Komplex wurde versucht, unter Berücksichtigung des kolonialen Erbes, die postkoloniale wirtschaftliche Entwicklung in Zaire und die Zielsetzung der staatlichen Administrationen nachzuvollziehen.

Die Bedeutung der Analyse der außenwirtschaftlichen Abhängigkeitsfaktoren ist gerade in einem Land wie Zaire offensichtlich: ⁺ in Anbetracht der hohen Verschuldung und Kreditabhängigkeit droht dem Land ohne Stabilisierungsprogramme der Internationalen Währungs-fonds und ohne die Umschuldungsverhandlungen der westlichen Gläubiger der sofortige wirtschaftliche Zusammenbruch.

In diesem Zusammenhang soll der Frage nachgegangen werden, welche Strategien von den Kreditgebern und Entwicklungshilfeorganisationen verfolgt werden und welche Perspektiven sie für ein Land wie Zaire eröffnen. Da wesentliches Material, das diesen Komplex betrifft, der Öffentlichkeit nicht zugänglich ist, kann diese Frage nur punktuell beantwortet werden.

Für diese Arbeit wurde auch Material der Weltbank ausgewertet, das nicht öffentlich zugänglich und deshalb auch nicht zitierfähig ist.

⁺Auf die Bedeutung der ausländischen Privatinvestitionen kann nicht eingegangen werden, da hier nur unzureichendes Material vorliegt.

1. Aspekte der internationalen Entwicklung

1.1 Zur Struktur der gegenwärtigen Weltwirtschaft

"Die Weltwirtschaft funktioniert gegenwärtig so schlecht, daß sie sowohl den unmittelbaren wie den langfristigen Interessen aller Nationen schadet. Die Probleme von Armut und Hunger werden immer gewichtiger. Es gibt bereits 800 Millionen absolut Arme und ihre Zahl ist im Steigen begriffen. Engpässe bei Getreide und anderen Nahrungsmitteln erhöhen die Aussicht auf Hungersnot und Hungerstot. Das rasche Anwachsen der Weltbevölkerung um weitere 2 Mrd. Menschen innerhalb der nächsten zwei Jahrzehnte wird die Nahrungsmittel- und Rohstofflage in der Welt noch um ein erhebliches anspannen. Die industrielle Kapazität des Nordens liegt teilweise brach und verursacht eine Arbeitslosigkeit, die in den jüngsten vergangenen Jahren beispiellos ist, während im Süden jene Güter, die der Norden herstellen könnte, dringend gebraucht werden. Rasche Inflation, sprunghafte wechselnde Devisenkurse und nicht vorhersehbare Eingriffe der Regierungen verursachen ernstzunehmende Störungen bei Handel und Investitionen, von welchen die baldige Rückkehr der Welt zum Wohlstand abhängt" (1).

Dieses düstere Szenario aus dem Bericht der Nord-Süd-Kommission spricht grundlegende Probleme der gegenwärtigen Weltwirtschaft an und vergegenwärtigt, daß ohne einschneidende Reformmaßnahmen im Bereich der Wirtschafts- und Währungsordnung und einem Sofortprogramm für die ärmsten Länder die strukturellen Defizite der Entwicklungsländer nicht behoben werden können. Einige Momente der Weltwirtschaftsordnung und ihre Auswirkungen auf die unterentwickelten Länder sollen hier näher beleuchtet werden (2).

Ein niedriges Pro-Kopf-Einkommen, geringe Produktivität, wachsende Verschuldung und sinkende Rohstoffpreise zeichnen sich gegenwärtig als hauptsächliche Hemmnisse für die wirtschaftlichen und damit auch sozialen Entwicklungsmöglichkeiten in eben diesen Ländern ab. Nach einem Bericht der Weltbank des Jahres 1981 über die Länder Schwarzafrikas ist das Pro-Kopf-Einkommen von 15 Staaten dieser Region in den letzten zehn Jahren gesunken. Die durchschnittliche Lebenserwartung ist mit 46 Jahren die niedrigste auf der Welt. Die Außenverschuldung stieg in den siebziger Jahren von sechs auf 32 Mrd. Dollar, der Anteil des Schuldendienstes an den gesamten Exporterlösen von sechs auf zwölf Prozent. 1981 nahm die Agrar- und Lebensmittelerzeugung im Schnitt nur um 1,7 % zu, während die Bevölkerung um knapp 3 % wuchs (3).

Aufgrund dieser Entwicklungstendenzen, die eben eine "Nichtentwicklung" für diese Länder implizieren, spricht die Weltbank in ihrem Weltentwicklungsbericht von 1981 von einem Kontrast zwischen den sechziger und den siebziger Jahren, der mit dem Begriff "grundlegender Wandel" als keineswegs überzeichnet gilt. Grundlegender Wandel meint hier strukturelle Veränderungen gegenüber den sechziger Jahren, die auch die Entwicklungstendenzen und -perspektiven der achtziger Jahre bestimmen werden, wenn nicht die Notwendigkeit einer dauerhaften Neuorientierung gesehen wird.

Welches sind die Indikatoren für diesen "Wandel"?

"Entwicklungen wie das schwache Wirtschaftswachstum und die hohe Inflation in den Industrieländern, die beträchtlichen Ölpreissteigerungen (4), der Zusammenbruch des Wechselkurssystems, das wechselnde Expansionstempo und der unbeständige Charakter des Außenhandels (mit seinem krassen Gegensatz zwischen der starken Zunahme der Fertigwarenausfuhr und dem weit geringeren Ausfuhrwachstum für Rohstoffe) sowie die starke Expansion der Kreditgewährung der Geschäftsbanken an Entwicklungsländer wurden noch vor einem Dutzend Jahren nur vereinzelt vorausgesehen - ein Umstand, der bei der Erörterung der achtziger Jahre zur Vorsicht mahnt" (5).

Herausgehoben wird bei dieser Globaleinschätzung der gegenwärtigen Weltwirtschaftslage die Abhängigkeit der Perspektiven für die Entwicklungsländer vom realen Wirtschaftswachstum in den Industriestaaten, das in den letzten zwei Jahrzehnten einen erheblichen Rückgang verzeichnen mußte. So lag in den sechziger Jahren das Wirtschaftswachstum in den Industriestaaten bei gut 5 %, abgesehen von den letzten Jahren dieses Jahrzehnts blieb die Inflationsrate und die Arbeitslosenquote vergleichsweise niedrig (6).

Trotz dieser Abhängigkeit konnte allerdings seit 1973 der Handel zwischen den Entwicklungsländern ausgeweitet werden, wobei ein großer Teil auf die Ausfuhren der Ölimportierenden Länder in Ölexportierende Länder zurückgeht.

Der wirtschaftliche Fortschritt in den Entwicklungsländern - vor allem die Entwicklung ihrer Exportökonomie - hängt also eng mit der wirtschaftlichen Entwicklung in den industrialisierten Metropolen zusammen. Projektionen der Weltbank sprechen von einem Rückgang des jährlichen Wachstums in den Ölimportierenden Ländern von jährlich 5,4 % auf 5 % bei einem angenommenen ungünstigen Szenarium für die OECD-Länder (7).

Die Auswirkungen der weltweiten Rezession treffen die Entwicklungsländer jedoch unterschiedlich stark. Die Weltbank unterscheidet hier zwischen Ölexporteuren und -importeuren einerseits und zwischen halbindustrialisierten Entwicklungsländern und Rohstoffproduzenten andererseits. Um die Entwicklungsperspektiven der unterentwickelten Staaten näher zu beleuchten, muß von diesem Differenzierungsprozeß ausgegangen werden.

So wird als eigentlicher Erfolg der siebziger Jahre die Ausfuhrentwicklung der Länder mit mittleren Einkommen, vor allem die der halbindustrialisierten angegeben. Dazu werden laut Weltbank folgende Länder gerechnet: Ägypten, Argentinien, Brasilien, Griechen-

land, Hongkong, Israel, Jugoslawien, Kolumbien, Mexiko, Philippinen, Portugal, Rumänien, Singapur, Spanien, Südafrika, Südkorea, Türkei und Uruguay. Ihr Brutto-sozialprodukt reicht von unter 500 Dollar pro Jahr und Kopf in Ägypten bis zu 4.000 Dollar pro Jahr und Kopf in Israel und Spanien.

"Der hohe Anteil von Fertigwaren an Produktion und Ausfuhr schlug sich in einem beträchtlichen Maß an Flexibilität und Kreditwürdigkeit nieder und ermöglichte es diesen Ländern, in den siebziger Jahren Kredite auf den privaten Kapitalmärkten aufzunehmen. Dementsprechend werden die Wachstumsraten für diese Länder im nächsten Jahrzehnt zwischen 5 und 6 % geschätzt, während die der Länder Afrikas südlich der Sahara selbst im günstigsten Fall etwa bei 3 % pro Jahr liegen werden" (8).

Die von der Weltbank diagnostizierte Entwicklung der Weltwirtschaft bestätigt sich in empirischen Untersuchungen über die industrielle Weltproduktion und den Welthandel von 1948 bis 1978 (9):

- 1) Die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts und der industriellen Produktion sind seit Beginn der siebziger Jahre in den Entwicklungsländern deutlich höher als in den Industriestaaten.

Tabelle 1

Anteil ausgewählter Länder und Ländergruppen am Bruttoinlandsprodukt der Marktwirtschaften:
1948, 1953, 1958, 1963, 1968-1978

	Bruttoinlandsprodukt der Marktwirtschaften = 100					
	1948	1953	1958	1963	1968	1969
Marktwirtschaften	100	100	100	100	100	100
Industrieländer	82,5	83,0	83,0	83,8	84,7	84,7
Entwicklungsländer ohne OPEC			14,1	18,8	12,9	12,8
OPEC	17,5	17,0	2,9	2,4	2,4	2,5
	1970	1971	1972	1973	1974	1975
Marktwirtschaften	100	100	100	100	100	100
Industrieländer	84,4	84,3	85,1	84,5	81,4	81,5
Entwicklungsländer ohne OPEC	13,1	12,9	12,3	12,4	13,9	13,6
OPEC	2,5	2,8	2,6	3,1	4,6	4,9

	1976	1977	1978
Marktwirtschaften	100	100	100
Industrielländer	80,9	80,6	...
Entwicklungsländer ohne OPEC	19,1	19,4	...
OPEC			

Quelle: Starnberger Studien 4. Strukturveränderungen in der kapitalistischen Weltwirtschaft. Frankfurt 1980. S. 69.

- 2) Der Anteil der Entwicklungsländer an der Weltausfuhr, der seit 1948 stark gefallen war, beginnt seit Anfang der siebziger Jahre wieder zu steigen.

Tabelle 2

Anteil ausgewählter Länder und Ländergruppen an der Weltausfuhr von verarbeiteten Erzeugnissen: 1955, 1960, 1963, 1968-1978

	1955	1960	1963	1968	1969	1970
Welt	100	100	100	100	100	100
Industrielländer	85,2	83,7	82,6	84,6	85,0	84,9
Entwicklungsländer ohne OPEC	4,4	3,9	4,1	4,5	4,4	4,8
OPEC					0,2	0,2
Zentrale Plan- wirtschaften	10,4	12,4	13,3	11,0	10,4	10,1

	1971	1972	1973	1974	1975
Welt	100	100	100	100	100
Industrielländer	85,7	84,4	83,9	84,8	84,3
Entwicklungsländer ohne OPEC	4,3	5,5	6,5	6,4	6,1
OPEC	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3
Zentrale Plan- wirtschaften	9,8	9,9	9,5	8,5	9,3

	1976	1977	1978
Welt	100	100	100
Industrielländer	83,7	83,4	...
Entwicklungsländer ohne OPEC	7,2	7,4	...
OPEC	0,3	0,2	...
Zentrale Plan- wirtschaften	8,9	9,0	...

Quelle: Starnberger Studien 4. Strukturveränderungen
in der kapitalistischen Weltwirtschaft. Frankfurt 1980.
S. 72.

"Zusammenfassend kann gesagt werden, daß ein Wendepunkt der kapitalistischen Weltwirtschaft Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre (also jedenfalls vor der sogenannten Ölkrise) auch auf der Ebene einiger der umfassendsten weltwirtschaftlichen Aggregatgrößen unverkennbar ist. Wesentlich ist dabei nicht so sehr die leicht geänderte absolute Höhe einiger prozentualer Anteile, sondern die Umkehrung oder wesentliche Beschleunigung einiger Trends. Zentral ist die Verdoppelung des Anteils der Entwicklungsländer an der Weltausfuhr verarbeiteter Erzeugnisse" (11).

Exportorientiertes Wirtschaftswachstum mit einem hohen Anteil von Fertigwaren - z.B. die Exportökonomie Südkoreas - kann laut Weltbank unter bestimmten Voraussetzungen ein Modell für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in der Dritten Welt darstellen und einen Beitrag zur Überwindung von außenwirtschaftlichen Abhängigkeiten leisten. In diesem Zusammenhang muß jedoch die Frage aufgeworfen werden, ob wir es hier tatsächlich mit einer vorbildhaften wirtschaftlichen Entwicklung für die Entwicklungsländer zu tun haben und ob tatsächlich strukturelle Veränderungen in Richtung einer diversifizierten und weitgehend selbstbestimmten Ökonomie durch die Exportsteigerung von Fertigwaren erreicht werden.

Dieser Frage geht auch Volker Fröbel in seiner Analyse über strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer nach und bezeichnet diese Entwicklung als die "neue internationale Arbeitsteilung" (12). Dieser Aspekt der weltwirtschaftlichen Entwicklung wird mittlerweile in den entwicklungspolitischen Diskussionen allgemein anerkannt.

"Erstmals in der Geschichte der Weltwirtschaft seit fünfhundert Jahren kann heute im großen und wachsenden Umfang auch in Entwicklungsländern im Bereich der verarbeitenden Industrie rentabel für den Weltmarkt produziert werden. Darüber hinaus wird die Warenproduktion immer stärker in Teilfertigungen aufgespalten, die weltweit der jeweils günstigsten Kombination von Kapital und Arbeitskraft zugeordnet werden" (13).

Die ökonomischen Konsequenzen der "neuen internationalen Arbeitsteilung" bestehen in der partiell exportorientierten Industrialisierung in einigen Entwicklungsländern, vor allem in Südostasien und Südamerika (z.B. Hongkong, Südkorea, Singapur, Brasilien, Mexiko), in einer relativen Deindustrialisierung der Industriestaaten, in der transnationalen Dezentralisierung der Fertigungsprozesse durch Fertigung der verschiedenen Teile einer Ware an verschiedenen Standorten weltweit einerseits und Zentralisation der Fertigungsprozesse durch Konzentration der Herstellung einer Ware für den Weltmarkt an einem einzigen Ort andererseits sowie in der Zunahme der Beschäftigtenzahlen an einigen Standorten und gleichzeitige Zunahme der Arbeitslosigkeit und des Drucks auf Reallöhne und Arbeitsbedingungen an diesen und anderen Standorten (14).

Fröbel versucht in seiner Untersuchung der Auswirkungen der weltmarktorientierten Industrialisierung auf die sozio-ökonomische Entwicklung in den o.a. Entwicklungsländern zu konkretisieren und kommt dabei zu ganz anderen Schlußfolgerungen als die Analyse des Weltentwicklungsberichts. Seine Untersuchung erscheint mir relevant hinsichtlich der Fragestellung, ob die Entwicklungsländer bzw. diejenigen, die über die entsprechenden Voraussetzungen verfügen, den Weg der exportorientierten Industrialisierung unter den gegenwärtigen Weltmarktbedingungen favorisieren sollten.

In einer Fallstudie beschäftigt sich Fröbel mit freien Produktionszonen und Weltmarktfabriken in Asien, Afrika und Lateinamerika - Unternehmen, die aufgrund bestimmter Standortvorteile (Senkung der Transportkosten für Rohmaterial, Senkung der Arbeitskosten, Befreiung von Zöllen und Abgaben für einen bestimmten Zeitraum, Befreiung von der Einkommensteuer für fünf bis zehn Jahre, freie Repatriierung der Gewinne bis zu einem fixierten Satz, Kredite zu Vorzugsbedingungen etc.) die Produktion in Länder der Dritten Welt zu verlagern. Dabei ist diese für den Weltmarkt bestimmte Produktion nicht auf eine begrenzte Zahl von Ländern eingeeengt, sondern sie ist sowohl in Ländern mit einem relativ hohen Bruttosozialprodukt (z.B. Mexiko) als auch in denjenigen mit einem niedrigen (z.B. Haiti) anzutreffen.

Die Ansiedlung weltmarktorientierter Industrien in freien Produktionszonen, die ab Mitte der fünfziger Jahre eine signifikante Größenordnung erreicht hat, soll

- "a) die Schaffung von Arbeitsplätzen und damit der Beseitigung von Arbeitslosigkeit dienen;
- b) die Ausbildung einer industriellen Facharbeiterschaft und den Zugang zu moderner Technologie sichern;
- c) den Ländern zusätzliche Deviseneinnahmen und eine Verbesserung ihres außenhandelspolitischen Spielraums verschaffen" (15).

Diese angegebenen Ziele werden zweifellos von Organisationen wie beispielsweise der "Organisation für Industrielle Entwicklung der Vereinten Nationen" (UNIDO) grundsätzlich befürwortet und als Teil eines übergreifenden industriellen Entwicklungsprogramms des Landes oder einer bestimmten Region gesehen. Die tatsächlichen Wirkungen sind jedoch nach Fröbel anders zu bewerten:

ad a) Ein realer Abbau der Arbeitslosigkeit, der sich an der vorhandenen Bevölkerungsstruktur orientiert, wird nicht erreicht, da in den Weltmarktfabriken vorwiegend Frauen in der Altersstufe von 16 bis 30 Jahren beschäftigt werden, darüber hinaus führt die Beschäftigungsstruktur zu entwicklungshemmenden inländischen Wanderungen.

ad b) "Die Ausbildung industrieller Fachkräfte und der Transfer moderner Technologie findet durch weltmarktorientierte Produktion in freien Produktionszonen und Weltmarktfabriken nur in einem sehr eingeschränkten Maße statt. Die Ausnutzung der modernen Fertigungstechnologie, die es möglich macht, auch hochkomplexe Produktionen in ihre Elementarteile zu zerlegen und in einem hohen Maß mit ungelerten Arbeitskräften auszuführen, führt gerade dazu, daß die ungelerte Arbeitskraft unterentwickelter Länder in freien Produktionszonen und Weltmarktfabriken überwiegend mit Elementartätigkeiten beschäftigt werden, von denen kaum Qualifikationswirkungen ausgehen" (16).

Was den dritten Punkt betrifft, so kann auch hier nicht uneingeschränkt von positiven Wirkungen auf die Handels- und Zahlungsbilanzentwicklung gesprochen werden. Den Deviseneinnahmen für Löhne und Rohstoffe stehen die

Devisenausgaben für die infrastrukturellen Voraussetzungen für die freien Produktionszonen gegenüber.

Darüber hinaus werden die erzielten Gewinne nicht oder kaum dank der Transferierbarkeit ins Ausland im Inland angelegt, wo sie zur Reinvestition und industriellen Akkumulation benötigt werden.

Die Ergebnisse der angeführten Untersuchung schließen nicht aus, daß bestimmte Entwicklungsländer - vor allem die sog. "Schwellenländer" - mittels einer außenwirtschaftlich orientierten Wirtschaftspolitik Industrialisierungsprozesse in Gang setzen können, die langfristig zu einem wirtschaftlichen Aufschwung - d.h. nicht nur zu höheren Wachstumsraten - führen können. Nur sollte dabei die Frage nach den sozialen und auch ökonomischen Begleiterscheinungen, die dieser von der Weltbank propagierte Weg für halbindustrialisierte Länder impliziert, und die unter Umständen ganz entscheidend den weiteren Entwicklungsgang dieser Länder determinieren, nicht unbeantwortet bleiben.

Nur ein Beispiel: Chile steht - aus der Sichtweise der Weltbank neben der Elfenbeinküste, den Philippinen, Singapur, Südkorea, Thailand, Tunesien und Uruguay als mustergültiges Vorbild für diesen einzuschlagenden Weg.

Es konnte "sowohl seine Exportmarktanteile ausweiten als auch Importe ersetzen und im Endergebnis die Abhängigkeit von zusätzlichen externen Kapitalzuflüssen vermindern. Überdies zeichneten sich die außenwirtschaftlich orientierten Volkswirtschaften sowohl durch eine erhöhte Ersparnisbildung als auch durch eine zunehmend produktivere Verwendung ihrer Investitionsmittel aus" (17).

Übersehen wird dabei, daß die chilenische Wirtschaft von Jahr zu Jahr mehr an den Rand des völligen Zusammenbruchs getrieben wird. Nach Angaben einer der mächtigsten Unternehmergruppen des Landes, der "Sociedad de Fomento Fabrie" (SOFOFA) sank in dem Zeitraum von Januar 1982 bis Mai 1982 die industrielle Produktion des Landes um 15,3 %. Den 433 Firmenzusammenbrüchen 1981 stehen im ersten Halbjahr 1982 schon 362 Firmenschließungen gegenüber und im Monat Mai sogar mehr Bankrotterklärungen als in den Jahren 1973-76 zusammen. Parallel dazu stieg in den ersten drei Monaten des Jahres 1982 die Arbeitslosigkeit im Großraum Santiago offiziellen Angaben zufolge auf 19,1 % (18).

Wurde im Weltbankbericht die Ausfuhrentwicklung der halbindustrialisierten Länder als positiver Wachstumseffekt in der Weltwirtschaft hervorgehoben, so erscheint der "Ölschock" - d.h. die Erdölpreisssteigerungen - als eines der größten Wachstumshemmnisse für die unterentwickelten Länder. Die eminente Bedeutung des Außenhandels und der Finanzierungsströme für den Ausgleich der Ölzahlungen stellt sich laut Weltentwicklungsbericht als die größte Veränderung gegenüber den sechziger und frühen siebziger Jahren dar (19). Der "Ölschock" stoppte maßgeblich das Wirtschaftswachstum in den Industrieländern in den Jahren 1974 und 1975 und löste bei den privaten Investoren als auch in der Fiskal- und Geldpolitik eine beträchtliche Unsicherheit aus.

Bei den Entwicklungsländern werden die gestiegenen Ölpreise für die Aufblähung des Leistungsbilanzdefizits im Jahre 1979 auf 44 Milliarden Dollar und im Jahre 1980 auf 70 Milliarden Dollar (4,5 % des Bruttosozialprodukts) verantwortlich gemacht (20).

Es kann hier nicht darum gehen, die negativen Auswirkungen der Ölpreiserhöhungen auf die Volkswirtschaften der Entwicklungsländer zu bestreiten. Es muß jedoch in diesem Zusammenhang auch von den Preissteigerungen für industrielle Fertigwaren aus den westlichen Industriestaaten gesprochen werden, die zweifelsohne für die Länder der Dritten Welt, die ständig mit dem Verfall ihrer Rohstoffpreise kämpfen, eine enorme wirtschaftliche Belastung darstellen.

In neueren Untersuchungen des Forschungsprojektes "Krisentendenz des internationalen Kredit systems" (21) z.B. wird sogar von der nur relativen Bedeutung des "Ölschocks" hinsichtlich der sich verschlechternden wirtschaftlichen Situation in den Entwicklungsländern gesprochen.

Auf den ersten Blick scheint die sich negativ entwickelnde Zahlungsbilanz der Entwicklungsländer exakt im Einklang mit den höheren Ölpreisen zu stehen.

"Betrug 1973 das Zahlungsbilanzdefizit aller erdölimportierenden Länder der Dritten Welt (nach OECD-Berechnung) 7,5 Milliarden Dollar, so war es 1980 auf 50 Milliarden Dollar gestiegen. Es erhöhte sich also um 42,5 Milliarden Dollar. Zwischen 1973 und 1980 stiegen aber die Ölimporte dieser Länder von 8 auf 51 Milliarden Dollar, d.h. um 43 Milliarden. Die Erhöhung des Defizits scheint also vollständig durch die Erhöhung der Ölpreise erklärt zu werden" (22).

Zu diesem Ergebnis müßte man kommen, wenn nicht die Importe (ohne Erdöl) in dem gleichen Zeitraum berücksichtigt werden, die von 66 auf über 200 Milliarden Dollar, also um 300 % gestiegen sind. Trotz der hohen Ölpreise lag zwischen 1973 und 1979 der Anteil der Ölimporte an den gesamten Einfuhren der Nicht-OPEC-Länder unter 20 %, während die Einfuhren industrieller Waren etwa 55 % erreichten.

In der erwähnten Untersuchung wird dazu ausgeführt:

"Was läßt sich hieraus folgern? Erstens, daß die Ölpreise überproportional zur Erhöhung der Gesamtimporte hätten fallen müssen, wenn in den vergangenen Jahren ein Anstieg der Zahlungsdefizite der erdölimportierenden Entwicklungsländer hätte vermieden werden sollen. Zweitens, daß sich auch bei konstanten realen Ölpreisen das Defizit erhöht hätte. Drittens, daß ein wesentlicher Teil dieses Defizites nicht von den Ölpreisen, sondern von der allgemeinen Außenhandelsstruktur der Länder der Dritten Welt und ihren Industrialisierungsmustern verursacht wird, also von der spezifischen Stellung dieser Länder innerhalb der gegenwärtigen internationalen Arbeitsteilung ... Ein Beweis hierfür ist auch die Tatsache, daß schon 1972 - vor dem ersten Ölschock - die Auslandsschuld der Dritten Welt etwa 100 Milliarden Dollar betrug (23).

Verglichen mit der "Ölrechnung" ist für die Entwicklungsländer die Belastung durch die Zinszahlungen wesentlich rascher gestiegen. Neben dem "Ölschock" wird jetzt von einem "Zinsschock" und seinen Auswirkungen auf die unterentwickelten Ökonomien gesprochen (24). Im Schnitt mußten die Entwicklungsländer (ohne OPEC-Staaten) 1981 21 % ihrer Ausfuhr-Erlöse für die Schuldendienstzahlungen verwenden. In den Jahren 1975 bis 1977 hatte die sogenannte Schuldenquote erst 14 % betragen (25).

Es ist zu befürchten, daß durch die Baisse der Rohstoffpreise die Kluft zwischen Exporteinnahmen und Schuldendienst noch drastischer wird. (Mit dem Erlös für eine Tonne Kupfer konnte ein Produzent wie Chile oder Zaire 1981 nicht einmal halb soviel Fertigwaren wie acht Jahre zuvor erwerben.) (26)

Eine neue Dimension erhält die Diskussion um die Verschuldung der Entwicklungsländer durch die extrem hohen Belastungen einiger Staaten - beispielsweise Mexiko - deren Erklärung einer Zahlungsunfähigkeit einen Zusammenbruch des gegenwärtigen internationalen Finanz- und Kreditsystems bedeuten könnte. Aber weder durch eine drastische Reduzierung des internationalen Kreditvolumens noch durch die Bindung der Kreditvergabe an innenpolitische Auflagen - wie es der Internationale Währungsfond praktiziert - kann gegenwärtig die Verschuldungsproblematik gelöst werden.

Vielmehr geben m.E. die Vorschläge der "Nord-Süd-Kommission" eher Anregungen zu ernsthaften Überlegungen, wie die Verschuldungsproblematik in der Dritten Welt zumindest in ihrer Bedeutung abgeschwächt werden könnte: ein langfristiger Ressourcentransfer von den Industriestaaten zu den Entwicklungsländern und die Inangriffnahme größerer Reformen des Weltwirtschaftssystems. Dies bedeutet konkret:

"Hilfe für die ärmsten Länder und Regionen, welche am stärksten von der gegenwärtigen Wirtschaftskrise bedroht sind; und

Bereitstellung der Finanzierung von Schulden und Defiziten bei Ländern mit mittlerem Einkommen ...

Die Einleitung einer Reform des internationalen Wirtschaftssystems muß sich konzentrieren auf:

- Schritte in Richtung auf ein effektives internationales Währungs- und Finanzsystem, an dem alle Parteien gleichberechtigt teilnehmen können; und
- Beschleunigung der Anstrengungen zur Verbesserung der Handelsbeziehungen bei Rohstoffen und Industrieerzeugnissen für Entwicklungsländer" (27).

1.2 Internationale Handels- und Wirtschaftsbeziehungen: Die Forderungen der Entwicklungsländer

Nach der Entkolonisierung rückte mit der Erlangung der politischen Selbständigkeit für die unabhängigen Staaten das Problem der ökonomischen Abhängigkeiten in den Vordergrund politischer Entscheidungsprozesse. Die Hinterlassenschaften des Kolonialismus - d.h. die Ausrichtung der Kolonien hinsichtlich der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Strukturen auf die Interessen des kolonialen Mutterlandes - waren und sind kurzfristig nicht zu überwinden und beeinflussen maßgeblich die Formulierung "nationaler" (Wirtschafts)programme, die sich an den Bedürfnissen des jeweiligen Landes orientieren sollen (28).

Gleichzeitig mußten entwicklungspolitische Konzeptionen in den Staaten der Dritten Welt erarbeitet werden, denen durch das System des Weltmarktes und des Welt-handels wenig Entfaltungsmöglichkeiten gegeben wurden. Die Vorstellung, daß mit der politischen Emanzipation die Überwindung von Unterentwicklung und eine nachholende Entwicklung der westlichen Industriestaaten bewirkt werden könne, hat sich schnell als Illusion erwiesen. Das Fehlen von Voraussetzungen für eine rasche Industrialisierung in den vorwiegend auf den Export von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten ausgerichteten Ländern - Mangel an Kapital, Technologie und Fachkräften - stellte sich trotz großer Anstrengungen als unüberwindbares Hindernis heraus. Grundlegende

Strukturen der Abhängigkeit konnten weder beseitigt noch die Probleme der Massenarmut und andere Erscheinungen von Unterentwicklung behoben werden.

"Die wachsende Abhängigkeit der Entwicklungsländer von den Industriestaaten, die das Tempo und die Richtung ihrer inneren Entwicklung bestimmen, sowie die zunehmende Starrheit der Nord-Süd-Beziehungen haben bei den Entwicklungsländern ein starkes Bewußtsein für die Notwendigkeit einer Erweiterung und Vertiefung der Kooperation zur Lösung der gemeinsamen Probleme auf kollektiver Basis geschaffen (29).

Als Ausdruck dieses gemeinsamen Willens zur Kooperation und zur kollektiven Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme in der Dritten Welt fand 1955 die erste afroasiatische Konferenz in Bandung (Indonesien) statt. In diesem Rahmen wurden bereits Forderungen nach einer Zusammenarbeit hinsichtlich der "Verarbeitung der Rohstoffe, Förderung von Joint-ventures, Erweiterung des Bereiches des unmittelbaren Handels und der Zahlungen, vorherige Konsultationen auf internationalen Foren zur Unterstützung ... (der) wechselseitigen gemeinsamen Interessen" (30) aufgestellt, die später in dem Programm einer "Neuen Weltwirtschaftsordnung" (NWWO) mündeten.

Der Zusammenschluß der Staaten der Dritten Welt hinsichtlich der Wahrnehmung ihrer Interessen gegenüber den Industriestaaten wurde maßgeblich von der nach einem politischen Zusammenschluß drängenden "Blockfreienbewegung" und der in der "Gruppe der 77" zusammengeschlossenen Entwicklungsländer im Rahmen der UNCTAD, die sich auf Handels- und Wirtschaftsfragen konzentrierte, vorangetrieben.

Ein ernstzunehmender politischer Faktor wurden einige Entwicklungsländer erst, nachdem die durch die OPEC vertretenen erdölexportierenden Staaten 1974 die Erhöhung des Ölpreises durchgesetzt hatten. Als reale Möglichkeit zur Durchsetzung ihrer Forderungen nach höheren Rohstoffpreisen wurden infolge des OPEC-Erfolges verschiedene andere Rohstoffkartelle gegründet, die jedoch nie die Wirkung und Bedeutung des Erdölkartells erreichten.

Gestärkt durch ihre Zusammenschlüsse versuchten die Entwicklungsländer ihre Ansprüche und Vorstellungen in die verschiedenen internationalen Gremien - die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen, das GATT, der Internationale Währungsfond und die entwicklungspolitischen Organe der Europäischen Gemeinschaft - einzubringen.

Ihre Kernforderungen, die sie mit der Begründung von den Industriestaaten einklagten, daß erstens diese für die Hinterlassenschaften des Kolonialismus verantwortlich seien und zweitens eine gleichberechtigte wirtschaftliche Kooperation einen Ausgleich zwischen armen und reichen Ländern - als Ressourcèntansfer - zur Voraussetzung habe, bestanden im Bereich Handel und Wirtschaft

- in der Änderung der internationalen Arbeitsteilung, um den Entwicklungsländern einen größeren Anteil an der Weltindustrieproduktion zu sichern;

- im Abbau protektionistischer Maßnahmen in den Industrieländern;
- im Zugang zu den Märkten der Industriestaaten für Halb- und Fertigwaren aus den Entwicklungsländern und in der
- Abschaffung von tarifären und nichttarifären Handelshemmnissen;

im Bereich Rohstoffe

- in einem Abkommen zur Preisstabilisierung für einzelne Rohstoffe als Bestandteil eines Integrierten Rohstoffprogramms;
- in der Förderung der Weiterverarbeitung von Rohstoffen in den Erzeugerländern sowie in der
- Billigung von Rohstoffkartellen;

im Bereich Währungssystem

- in der Berücksichtigung der Interessen der Entwicklungsländer bei der Neuordnung des Weltwährungssystems;
- im besseren Zugang der Entwicklungsländer zu den Kapitalmärkten und in
- mehr Mitbestimmung in den internationalen Finanzorganisationen sowie dem Verzicht auf Detail-Kontrollen bei der Verwendung von Mitteln dieser Organisationen zu Sanierungsmaßnahmen;

im Bereich Finanz-Transfer

- in der Verwirklichung der Ziele der Entwicklungshilfe seitens der Industriestaaten (0,7 % des Bruttosozialprodukts an öffentlichen Leistungen und in der
- Erhöhung der Finanzmittel bei den internationalen Entwicklungshilfe-Institutionen (31).

Der Dialog zwischen Entwicklungsländern und Industriestaaten über diese und andere Forderungen wird neben "inoffiziellen" Konferenzen und Kommissionen, wobei hier die Ende 1977 eingerichtete "Nord-Süd-Kommission" eine große Resonanz fand, vor allem in den zuständigen Gremien der Vereinten Nationen geführt. Während die Verhandlungen über Handels- und Wirtschaftsfragen hauptsächlich auf den Konferenzen der "United Nations Conference on Trade and Development" geführt werden, versuchte und versucht die Generalversammlung der UNO im Rahmen der 1., 2. und 3. Entwicklungsdekade eine Strategie auszuarbeiten, die alle wesentlichen Bereiche der Nord-Süd-Beziehungen tangiert. Während in den beiden ersten Entwicklungsdekaden allgemeine Ziele für die wirtschaftliche Entwicklung in der Dritten Welt zusammengefaßt wurden, legte die vom 28. August bis 5. September 1980 tagende Sondergeneralversammlung der UNO mit der "Internationalen Entwicklungsstrategie der UN für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen" erstmals meßbare Zielgrößen für die soziale Entwicklung (z.B. Verminderung der Kindersterblichkeit, Lebenserwartung etc.) fest. Die Bekämpfung von Unterernährung und Hunger gehörte zu den wichtigsten Zielen der dritten Entwicklungsdekade. Das Dokument enthält alle Elemente einer grundbedürfnisorientierten Entwicklungsstrategie (32).

Mit diesem Programm ist die UNO den Forderungen und Vorstellungen von (einigen) entwicklungspolitischen Sprechern aus den kapitalistischen Industriestaaten und den politischen Führern der Dritten Welt entgegen-

gekommen, für die Entwicklung nicht ausschließlich mit dem quantitativen Wachstum des Bruttosozialproduktes gemessen werden kann, sondern eine gerechte Einkommensverteilung, Verbesserung der Lebensbedingungen, Verwirklichung der Grundbedürfnisse (d.h. Sicherung der elementaren Güter des menschlichen Grundbedarfs) beinhaltet (33).

Auf der Ebene der Beschlußfassung konnten die Staaten der Dritten Welt auf der 34. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen im Herbst 1979, die sich zur Eröffnung von "Globalen Verhandlungen" entschloß, einen weiteren Erfolg verbuchen. Die geplanten "Globalverhandlungen" sollten zur Lösung der weltwirtschaftlichen Probleme beitragen. Allerdings scheiterte die Aufnahme dieser Verhandlungen im August 1980 an unterschiedlichen Auffassungen zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern über die zu behandelnden Kernbereiche.

Wie sich auf dem Nord-Süd-Gipfeltreffen in Cancun (Mexiko) Ende 1981 herausgestellt hat, müssen die Erwartungen hinsichtlich der "Globalverhandlungen" zurückgeschraubt werden. In der Beurteilung dieses Gipfeltreffens wurde der "Erfolg" daran gemessen, daß die anwesenden Regierungschefs "es als wünschenswert betrachten, auf die allgemeine Zustimmung zum Beginn der globalen Verhandlungen hinzuwirken, allerdings auf der Grundlage, der alle zustimmen und in Begleitumständen, die die Aussichten auf einen bedeutungsvollen Fortschritt erlauben" (34).

Die zusätzlichen Bedingungen der USA - eine limitierte Tagesordnung, die Bewahrung und Erweiterung der Rolle der UNO-Sonderorganisationen, die Schaffung neuen Reichtums durch eine globale Wachstumsstrategie anstelle der Umverteilung und eine Atmosphäre der Konfrontation statt der Kooperation - lassen den Erfolg der Globalverhandlungen mehr als fraglich erscheinen. Insbesondere der Anspruch des amerikanischen Außenministers, die Rolle der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds nicht anzutasten, steht im diametralen Gegensatz zu den Vorstellungen der Entwicklungsländer. Diese intendieren, die Satzung und die Stimmverhältnisse in diesen Organisationen zu verändern oder die Beratungen in die UN-Vollversammlungen zu verlegen, wo jedes Mitglied nur über eine Stimme verfügt. Zusätzlich lassen die recht unterschiedlichen Prioritätensetzungen zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern sowie zwischen Entwicklungsländern mit unterschiedlichem Entwicklungsstand nicht gerade auf einen schnellen Erfolg dieser Verhandlungen hoffen, sofern sie überhaupt zustande kommen.

"So drängen die Exporteure von Primärprodukten vor allem auf einen Ausbau des 'Commonfonds' und der Erlös- und Preisstabilisierung ihrer Exporte. Die weiterentwickelten Staaten wünschen eine stärkere Öffnung der Weltmärkte, und die Schwellenländer sind neben einer Handelsliberalisierung vor allem auch an dem freien Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten interessiert" (35).

Die Möglichkeiten der Entwicklungsländer, ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen gegenüber den Industriestaaten durchzusetzen, scheinen auf dem Hintergrund der zu Protektionismus und einem finanzpolitisch restriktiveren Kurs neigenden krisengeschüttelten kapitalistischen Staaten geringer als je zuvor.

1.2.1 Die Welthandelskonferenzen (UNCTAD)

Bei der Betrachtung der Ergebnisse der UNCTAD-Konferenzen in ihrer historischen Entwicklung lassen die letzten Konferenzen in Manila (1979) und Belgrad (1983) nicht gerade einen Fortschritt in der **Beschlußfassung** über die wichtigsten handels- und währungspolitischen Forderungen der Staaten der Dritten Welt erkennen. Bezüglich der Verhandlungsrunde in Manila wurde die Vernunft, die Einsicht und der zunehmende Pragmatismus der Entwicklungsländer gelobt, die im Gegensatz zu früheren Verhandlungen keinerlei direkten Zugriff auf andere Organisationen - wie etwa dem GATT und der Forderung nach der Einverleibung des GATT in den Tätigkeitsbereich der UNCTAD - forderten. Symptomatisch für diese Einschätzung ist die Beurteilung der Schlußansprache des Präsidenten der UNCTAD in Manila:

"Hoffnung darauf, daß die Aufgaben der internationalen Entwicklungspolitik in praxi doch von allen Seiten mit Vernunft und Einsicht angegangen werden können, gibt z.T. die geschickte und kompromißbereite Verhandlungsführung des Präsidenten von UNCTAD V, des philippinischen Premierministers C.P. Romulo; das gilt insbesondere für die zentralen Passagen in seiner Schlußansprache ... Er hat klar und unmißverständlich darauf hingewiesen, daß es gänzlich verfehlt sei, die Institution UNCTAD 'als eine Arena der Konfrontation zu verstehen zwischen Reichen und Armen der Welt, zwischen den industrialisierten und den sich entwickelnden Nationen, zwischen der Gruppe der 77 und der Gruppe der B- und D-Länder, zwischen dem sog. 'Norden' und 'Süden'" (36).

Kann man tatsächlich bei der Würdigung dieser Verhandlungsrunde von einer moderaten Verhandlungsführung seitens der Sprecher der Dritten Welt "im Interesse des Ausgleichs zwischen Nord und Süd" sprechen - oder wird hier der sog. "Pragmatismus" von den weltwirtschaftlichen Bedingungen diktiert, die den Verhandlungsspielraum für die Vertreter der Dritten Welt zunehmend enger werden lassen?

Ein ähnliches Bild zeichnete sich auf der Belgrader Konferenz ab: eine deutlich schwächere Position der Entwicklungsländer, die der Stellvertretende UNCTAD-Generalsekretär, Jan Pronk, wie folgt erklärt:

"Die Entwicklungsländer kamen zu dieser Konferenz wirklich mit einer anderen Haltung als zu den früheren Konferenzen. Sie formulierten ihre Erklärung auf der Grundlage von 'Konsens und Flexibilität' ... Diese Haltung unterscheidet sich sehr von ihrer 'take it or leave it'-Haltung auf früheren Konferenzen ... Gleichzeitig änderte sich die Position der Entwicklungsländer nämlich auch noch in anderer Hinsicht: Denn die Weltwirtschaftskrise hat viele Entwicklungsländer in einem Maße zu wirtschaftlichen Opfern degradiert, daß sie in eine totale Abhängigkeit von den Industrieländern, ihren Banken und ihren Institutionen, wie dem Internationalen Währungsfond (IWF), gerieten. Deshalb sind sie hier in einer schwächeren Position als auf den früheren Konferenzen. Dazu kommt, daß sie sich vor der Konferenz nicht auf eine konkrete Politik, sondern 'nur' auf konkrete Forderungen einigten. Die Strategie für Konsens und Dialog muß jedoch mit einer starken Verhandlungsposition verbunden sein. Und in Belgrad war sie mit einer schwachen Verhandlungsposition verbunden" (37).

Zum Vergleich sollen hier die wichtigsten Verhandlungspunkte der Konferenzen I-V aufgeführt werden.

Auf Initiative der Kairoer Konferenz von 1962, auf der sich Vertreter aus 34 Entwicklungsländern (Asien, Afrika und Lateinamerika) über Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung verständigten, kam es zur Einberufung der 1. Welthandelskonferenz im Jahre 1964. Anlässlich von UNCTAD I hatten sich 77 Entwicklungsländer zusammengeschlossen, um ihren Forderungen mehr Nachdruck geben zu können; mittlerweile gehören der "Gruppe der 77" 127 Staaten an.

Ausgehend von der Einschätzung, daß eine verbesserte außenwirtschaftliche Situation die Bedingungen für ein schnelleres Wirtschaftswachstum im eigenen Land schaffen kann, formulierten diese Staaten ihre Forderungen, die sich im wesentlichen auf günstigere Austauschverhältnisse und Absatzbedingungen für ihre Produkte bezogen und in dem Ruf nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung mündeten.

Die Industriestaaten, vor allem die USA, standen und stehen den Wünschen nach einem Integrierten Rohstofffond zur Stabilisierung der Weltrohstoffpreise und der Verbesserung des Zugangs der unterentwickelten Länder zu den Märkten der Industriestaaten kritisch bis ablehnend gegenüber - abgesehen von dem "Lomé-Abkommen" zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den sog. "AKP-Staaten" (Afrika/Karibik/Pazifik-Staaten), das hauptsächlich die Exporterlöse von Rohstoffen stabilisieren soll und den "AKP-Staaten" nahezu freien Zugang zu EG-Märkten garantiert.

Die ablehnende Haltung seitens der Industriestaaten - vor allem der USA - gründet sich auf die Vorteile, die sie aufgrund der gegenwärtigen Struktur des Weltwirtschaftssystems genießen: Die Rohstoffpreise sind auf dem "freien" Markt einem ständigen Verfall unterworfen: so ist bspw. zwischen 1954 und 1972 die Kaufkraft der Rohstoffexporte um etwa 40 % gesunken (38). Dies wirkt sich für die Rohstoffimporte der Industriestaaten kostengünstig aus, besonders auch deshalb, weil die industriellen Erzeugnisse aus eben diesen Staaten eher die Tendenz zur Preiserhöhung aufweisen.

Mit der Schaffung eines Rohstofffonds soll dieser Tendenz entgegengewirkt und die Herstellung stabiler Preisverhältnisse im Rohstoffhandel bewirkt werden.

Konsequenterweise wurde von den Industriestaaten die Kartellbildung der Rohstoffproduzenten kritisch bis ablehnend kommentiert - man denke nur an die Reaktionen in bezug auf die Bildung des Erdölkartells der erdölexportierenden Staaten, das als Bedrohung der freien Marktwirtschaft empfunden wurde. Die Reaktionen sind wahrscheinlich auch dadurch zu erklären,

"daß das OPEC-Staaten-Kartell die Nord-Süd-Beziehungen erheblich, d.h. qualitativ modifiziert, ja verändert hat: Zum einen hat es einen gewaltigen Kapitaltransfer von Nord nach Süd zugunsten einer Sondergruppe der Dritten Welt bewirkt (...), zum anderen hat es über sein Monopol bei der Erdölpreisbestimmung globale Interdependenz im Sinne allseitiger zunehmender Ressourcenabhängigkeit und damit Verwundbarkeit auch für den Westen spürbar gemacht" (39).

Die erste Welthandelskonferenz mußte gegen den Willen der Industriestaaten durchgesetzt werden; sie war von dem Bemühen der Initiatoren geprägt, die zentrale Organisationen der Weltwirtschaft, GATT und den Internationalen Währungsfond, in ihrer Bedeutung einzuschränken.

"Im Mittelpunkt der Diskussion standen Änderungen der GATT-Politik, im Weltwährungssystem und in der Einfuhrpolitik der Industrieländer sowie verstärkte Entwicklungshilfezahlungen. Verlauf und Ergebnisse der Konferenz zeigten bereits die künftigen Konfliktlinien und Verhaltensmuster auf. Die Entwicklungsländer erfuhren die Notwendigkeit und die Grenzen eines gemeinsamen Auftretens ihrer Forderungen ... Die Industrieländer konnten ihrerseits die Forderungen der Entwicklungsländer nach Veränderungen der Weltwirtschaftsordnung (mit marktkonformen Mitteln) nicht länger ignorieren" (40).

Auf UNCTAD II (1968 in Neu-Delhi) bemühten sich die Entwicklungsländer, ihre Forderungen zu präzisieren, die sie ein Jahr vorher in der Charta von Algier formuliert hatten; sie konnten jedoch den Industriestaaten keine substantziellen Zugeständnisse abringen. Verabschiedet wurde eine sehr allgemein gehaltene Resolution bezüglich der Präferenzen für Waren aus den Entwicklungsländern und die Zusage der Industriestaaten, 0,7 % ihres Bruttosozialprodukts an öffentliche Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen.

Auf der dritten Welthandelskonferenz in Santiago de Chile (1972) erreichte man keine wesentlichen Fortschritte; eine gewisse Wende zeichnete sich erst auf

der UNCTAD IV in Nairobi (1976) ab: es konnte eine grundsätzliche Übereinstimmung über die Einrichtung eines Integrierten Rohstofffonds erzielt werden, allerdings ohne genaue Bestimmung der Modalitäten. Abgelehnt wurde die Indexierung der Rohstoffe an die Preise der Industriewaren sowie ein allgemeiner Schuldenerlaß. UNCTAD IV repräsentierte in gewisser Weise die Stärke der Dritten Welt, die sich einerseits in verschiedenen Vorkonferenzen vorbereitet hatten und dort ihre Vorstellungen zusammenfaßten und andererseits versuchten, ihre eigenen Differenzen nicht zum Tragen kommen zu lassen. Die Industrieländer dagegen konnten sich schwerlich auf eine gemeinsame Position einigen.

"Die USA und die Bundesrepublik (auch Japan und Großbritannien) vertraten eine besonders harte Haltung: Sie richtete sich insbesondere gegen die Nationalisierungsvorstellungen (nach nationaler Gesetzgebung), Produzentenkartelle sowie Preisfestsetzungen bei Rohstoffen. Aus der Sicht dieser Staaten schienen strukturelle Änderungen nicht notwendig, zumal die weltwirtschaftlichen Probleme als Folge der Erdölpreissteigerungen und der Rezession in den Industrieländern angesehen wurden und damit nur temporären Charakter hätten ... Die Niederlande und die skandinavischen Länder traten konzilianter gegenüber den Forderungen der Entwicklungsländer auf" (41).

Dennoch können sich - langfristig gesehen - die Interessen der Industriestaaten - bspw. an einer Nicht-ratifizierung des Integrierten Rohstoffprogramms - besser durchsetzen als die der Länder der Dritten Welt, denn letztere sind auf die finanziellen und anderen Leistungen der erstgenannten angewiesen:

Anfang 1977 begannen die Verhandlungen über die Rohstoffabkommen in Genf. Während bei den Einzelverhandlungen mit Ausnahme von Kautschuk nur geringe Fortschritte erzielt wurden, konnten im Juni 1980 die Verhandlungen über den gemeinsamen Rohstofffond erfolgreich abgeschlossen werden. Dennoch droht diesem Fond ein stilles Ende. Denn nach den Regularien müssen 90 Staaten den Vertrag ratifizieren, ehe der Fond seine Arbeit aufnehmen kann. Am 31. März 1982 sollte der Stichtag sein: bis dahin hatten ganze 22 Staaten ratifiziert. Auch Ende 1984 haben nur 78 von 90 Ländern das Abkommen ratifiziert, weder die USA noch die UDSSR sind ihm beigetreten (42).

Da gerade die ärmsten Entwicklungsländer in ihrer Wirtschaftsstruktur vom Export eines Rohstoffes abhängig sind, sollte der zweite "Schalter" des Fonds die Forschung, Entwicklung, Produktivitätssteigerung und bessere Vermarktung der Rohstoffe finanzieren. Dies um eine gewisse Diversifizierung der Exportprodukte zu erreichen und die Marktstruktur und Wettbewerbsfähigkeit derjenigen Länder zu verbessern, für die Ausgleichslager nicht in Frage kommen.

Gerade auf dem Hintergrund der ständig sinkenden Rohstoffpreise und der sich für die Entwicklungsländer verschlechternden "Termes of Trade" wären die o.a. Maßnahmen dringend notwendig, um allzu starke Einbrüche in der Wirtschaft bei starken Preisschwankungen zu vermeiden und für die Entwicklungsmöglichkeiten eines Landes eine gewisse Verstetigung seiner Rahmenbedingungen zu setzen.

Andererseits muß hier angemerkt werden, daß solche Reformen in der Struktur des Welthandels ohne nachhaltige Wirkung bleiben, wenn nicht grundlegende Veränderungen in der Wirtschafts- und Sozialstruktur in den Entwicklungsländern selber vorgenommen werden.

Um noch einmal auf die UNCTAD-Konferenzen in Manila und Belgrad zurückzukommen, so muß man hier eher von Rückschritten sprechen: in allen zentralen Fragen wurde zwischen Industrie- und Entwicklungsstaaten keine Einigung erzielt. Bezüglich der unter verschiedenen Tagesordnungspunkten diskutierten Themen wurden in Manila keine oder sehr unverbindlich gehaltene Resolutionen verabschiedet: im Bereich "Welthandel und Welthandelspolitik" konnte die Überwindung des Protektionismus durch die Forderung klarer quantitativer Ziele für die Beteiligung der Entwicklungsländer an Produktion und Handel von bzw. mit Industriewaren nicht Gegenstand einer von allen Seiten anerkannten Resolution gemacht werden.

Auch im Bereich "Rohstoffpolitik" brachte diese Konferenz keine qualitativen Verbesserungen - die einstimmig angenommene Resolution zum Integrierten Rohstoffprogramm enthält allgemeine Absichtserklärungen und keine konkreten Maßnahmen.

"Das vom UNCTAD-Sekretariat vorgeschlagene System zur Kompensation von Exporterlösen stieß wegen der zu hohen zu erwartenden Finanzierungskosten und des angestrebten Realwertausgleichs auf den entschiedenen Widerstand der meisten westlichen Industrieländer" (43).

Die gleiche Tendenz zeichnete sich bei dem Tagesordnungspunkt "Maßnahmen zur Förderung des industriellen Exports der Entwicklungsländer" ab. Die Einräumung von Zollpräferenzen für die Entwicklungsländer und die Beseitigung nicht-tariflicher Handelshemmnisse wurde abgelehnt.

Darüber hinaus thematisierten die Länder der Dritten Welt die Reformierung des Internationalen Währungsfonds, dem die USA und die meisten der westeuropäischen Länder die Möglichkeit einer Förderung durch private Zuflüsse und die Mobilisierung von finanziellen Ressourcen auf den offenen Kapitalmärkten entgegenstellten.

Dementsprechend weist auch das "Neue Aktionsprogramm" als Verhandlungsergebnis von UNCTAD V denselben unverbindlichen "Globalcharakter" auf:

"Denn, wie gezeigt, sind mit dem Programm sowohl aus dem Teilbereich 'Sofortmaßnahmen' als auch aus dem Hauptteil 'Langfrist-Konzept' genau jene Passagen aus dem Resolutionsentwurf der Gruppe 77 herausgefallen, die greifbare und nachprüfbar spezielle Förderungsmaßnahmen für die ärmsten Entwicklungsländer enthielten. Zu nennen sind z.B.:

- aus den Sofortmaßnahmen: Die Anerkennung der Notwendigkeit von Zahlungsbilanzhilfen und
- aus dem Langfristkonzept: Die Absichtserklärung, bis 1981 die offiziellen Entwicklungshilfeleistungen an die ärmsten Länder zu verdoppeln,
- der unbedingte Verzicht auf Lieferbindung, sowie
- die Stornierung ausstehender Kredite" (44).

Auch die Ergebnisse von UNCTAD VI in Belgrad - sofern man überhaupt von Ergebnissen sprechen kann - waren für alle Seiten enttäuschend, "ein Mammutpalaver - mehr nicht" (45). Schon in der Vorbereitungsphase traten schwerwiegende Divergenzen über die Tagesordnung zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern auf, aber auch eine wachsende Heterogenität innerhalb der "Gruppe 77".

So kam es zum Abschluß der Konferenz auch nicht zu der geplanten "Erklärung von Belgrad", sondern nur zu einer Resolution, die sich mit "wirtschaftspolitischen Bemerkungen von Belgrad" umschreiben läßt (46).

Zu den einzelnen Punkten: Im Rohstoffbereich, der mit den größten Erwartungen seitens der Entwicklungsländer behaftet war, und hier besonders die Ratifizierung des gemeinsamen Rohstofffonds, wurde kein Durchbruch erzielt. Die USA und die Ostblockländer, die zusammen etwa 25 % der Finanzierungsmittel beizusteuern haben, weigerten sich, den Fond zu ratifizieren. "Im Bereich der kompensatorischen Finanzierung für Exporterlösausfälle konnte man sich lediglich darauf einigen, bis zum 30.8.1984 eine Expertengruppe an Regeln, Modalitäten und Finanzierungsmöglichkeiten arbeiten zu lassen" (47).

Hinsichtlich des Abbaus des Protektionismus seitens der Industriestaaten wurde kein Fortschritt erzielt, da die USA in fast allen Fragen auf die Zuständigkeit des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) verwies.

"Die größten Abstriche hatte die Gruppe 77 im Kompromißpapier Währung und Finanzen hinzunehmen. Von ihren Forderungen aus der Buenos Aires Plattform (Ausdehnung der Weltbankmittel von 60 Milliarden Dollar 1982-1986, Schaffung von jährlich mindestens 15 Milliarden Dollar Sonderziehungrechten und mehr Mitspracherecht im Internationalen Währungsfond) blieb so gut wie nichts übrig. Auch die Forderung nach Streichung aller Schulden für die ärmsten Entwicklungsländer stieß auf taube Ohren" (48).

Auch im Bereich der Entwicklungshilfe muß von Rückschritten gesprochen werden: die Einlösung der von den Industriestaaten eingegangenen Verpflichtung, bis spätestens 1985 0,7 % des Bruttosozialprodukts an Entwicklungshilfe zu leisten, wurde ein weiteres Mal verschoben (49).

Angesichts der für die Entwicklungsländer enttäuschenden Ergebnisse wurde es vom Sprecher der Gruppe 77 bei der Gesamtbetrachtung des Konferenzverlaufs überhaupt als "Erfolg" gewertet, daß der drohende Abbruch der Konferenz gerade noch verhindert werden konnte und daß der Nord-Süd-Dialog weitergehe (50).

Auch das Resümée, das der Stellvertretende UNCTAD-Generalsekretär aus der Belgrader Konferenz zieht - die Entwicklungsländer sollen sich stärker auf Wege und Mittel der "collective self-reliance" und der wirtschaftlichen Kooperation untereinander konzentrieren - scheint eher aus der Not geboren, als daß diese Schlußfolgerung neue Entwicklungsperspektiven für die Dritte Welt eröffnen könnte (51).

1.3 Die Strategie der "Collective self-reliance"

Der Zusammenschluß der Staaten der Dritten Welt hatte von vornherein zwei Aufgaben: einmal die Stärkung der Verhandlungsposition auf den internationalen Konferenzen gegenüber den Industriestaaten, aber auch die wirtschaftliche Kooperation untereinander, um Entwicklungsprogramme realisieren zu können und den verschiedenen Organisationen der westlichen kapitalistischen Staaten, wie z.B. der "OECD" ein machtpolitisches Instrument entgegenzusetzen.

Dies sollte auf dem Hintergrund betrachtet werden, daß ohnehin 80 % der notwendigen finanziellen Mittel von den Ländern selbst aufgebracht werden müssen.

Tatsächlich hat sich der Handel zwischen den Entwicklungsländern seit 1973 ausgeweitet und intensiviert, wobei ein großer Teil auf den Ausfuhren der ölimportierenden Länder in die ölexportierenden Staaten beruht. Aus Berechnungen der Weltbank von 1981 geht hervor,

"daß für den 'Süd-Süd'-Handel (unter dem günstigen Szenarium) im Zeitraum 1980 bis 1990 eine Zunahme von 7 auf 9 % projiziert ist. Noch wichtiger erscheint, daß der Anteil des 'Süd-Süd'-Handels an der Gesamtausfuhr des Südens von 27 auf 32 % ansteigen wird. Ein Großteil dieser Zunahme entfällt auf die Ausfuhr sowohl in die ölexportierenden als auch in die halbindustrialisierten Länder. Der Anteil des 'Süd-Süd'-Handels in Rohstoffen am gesamten Welthandel dürfte den Projektionen zufolge von 8 auf 11 % steigen. Für den 'Süd-Süd'-Handel in Fertigwaren wird andererseits erwartet, daß er über das gesamte Jahrzehnt hinweg unverändert mit etwa 5 % zum Welthandel beiträgt" (52).

Tabelle 3

Ausfuhr aller Entwicklungsländer 1970 bis 1990

Zusammensetzung der Ausfuhr	Werte (in Mrd Dollar von 1978)		Zuwachsraten (jahresdurchschnittliche Veränderungsraten in %)			
	1990		1970-80		1980-90	
	1980	Günstig Ungünstig	Günstig	Ungünstig	Günstig	Ungünstig
Waren insgesamt	264,4	550,3	386,4	4,6	7,6	3,9
Rohstoffe ohne Brennstoffe	88,9	131,6	123,6	3,9	4,0	3,4
Brennstoffe	73,0	105,3	98,0	0,0	3,7	3,0
Fertigwaren	97,4	308,3	159,6	12,9	12,2	5,1
Dienstleistungen	96,5	162,3	144,9	5,0	5,3	4,2
Waren und Dienstleistungen*	360,9	712,6	531,3	4,7	7,0	3,9

* Ohne Faktoreinkommen

Quelle: Weltbank Weltentwicklungsbericht 1981. Washington, S.13

Auf den Welthandelskonferenzen wird seit UNCTAD II die wirtschaftliche Kooperation zwischen Entwicklungsländern als eigenständiger Tagesordnungspunkt behandelt; in Manila befaßte man sich vornehmlich mit der Erarbeitung eines Sofortprogramms. Schwerpunkt waren die Einführung eines allgemeinen Präferenzsystems, multinationale Unternehmen sowie währungs- und finanzpolitische Zusammenarbeit.

Insbesondere die Vertreter der Gruppe der 77 und der Blockfreienbewegung verstanden und verstehen aber unter einer "Süd-Süd"-Kooperation im Hinblick auf die anstehenden Entwicklungsprobleme mehr als die Zunahme der handels- und währungspolitischen Aktivitäten. Ihnen ging es vielmehr um eine spezifische entwicklungspolitische Konzeption, die sich unter dem Begriff "collective self-reliance" subsumieren läßt. Der Begriff selber taucht

"erstmalig in der Deklaration über Blockfreiheit und wirtschaftlichen Fortschritt in Lusaka (1970) auf, in der die Teilnehmerstaaten dafür plädierten, ... den Geist der self-reliance zu pflegen und zu diesem Zweck eine entschiedene Politik zur Organisation des eigenen sozioökonomischen Fortschritts einzuschlagen und ihr den Rang eines vorrangigen Aktionsprogramms einzuräumen" (53).

Die Konzeption der "collective self-reliance" gründet sich auf die entwicklungspolitische Programmatik einer "self-reliance", die z.B. in der "Arusha-Erklärung" Tansanias (Kernpunkt des "tansanischen Sozialismus") erläutert wurde. Hauptziel der tansanischen Variante

der "self-reliance" ist die Erreichung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit eines Entwicklungslandes mit folgenden Mitteln:

1. Die Entwicklung der Landwirtschaft hat Vorrang vor der Entwicklung der Industrie; die Modernisierung des Agrarsektors ist aus eigenen Mitteln zu leisten.
2. Die Inanspruchnahme ausländischer Gelder soll möglichst schnell abgebaut werden, da sie die Verwirklichung des Sozialismus bedrohen kann.
3. Alle Bevölkerungsschichten müssen zu harter Arbeit und Bescheidenheit erzogen werden, weil dadurch Kapital für die Entwicklung des Landes gespart werden kann.
4. Privilegien der Führungsschicht müssen abgebaut werden. (54)

In Abgrenzung zu Entwicklungsstrategien, die eine nachholende westlich-kapitalistische Entwicklung für die Entwicklungsländer favorisieren, hebt die Vorstellung einer "self-reliance" "auf die Mobilisierung der Kräfte, Fähigkeiten und Ressourcen in den Entwicklungsländern selbst als der entscheidenden Antriebsquelle für den Entwicklungsprozeß ab, der als ein gesamtgesellschaftlicher verstanden wird und in erster Linie der Befriedigung von Massenbedürfnissen (Grundbedürfnisse) dienen soll" (55). Dieses Modell impliziert eine zumindest partielle Abkehr vom Weltmarkt.

Die "collective self-reliance" knüpft an diese Vorstellung eines eigenständigen Entwicklungswegs an und will die diesbezüglichen gemeinsamen Bestrebungen der Entwicklungsländer wie z.B. regionale Zusammenschlüsse fördern.

Dennoch kristallisieren sich im Rahmen dieser Konzeption unterschiedliche Ansätze bzw. Schwerpunkte heraus, die die "collective self-reliance" nicht unbedingt als eine notwendige Ergänzung zur "self-reliance" erscheinen lassen: während die einen die individuelle "self-reliance" als den eigentlichen Entwicklungsmotor für soziale, wirtschaftliche und politische Veränderungen bzw. Reformen sehen, wobei der "collective self-reliance" allenfalls eine ergänzende Funktion zukommt, setzen andere (vor allem die Blockfreienbewegung und die Gruppe 77) mehr auf der kollektiven Ebene an. (56)

Im Rahmen der "collective self-reliance" soll sich die gewünschte Zusammenarbeit im Sinne der Förderung einer eigenständigen und selbstbestimmten Entwicklung auf die Gebiete der Entwicklungsplanung, Industrialisierung und Planungspolitik, der Entwicklungsfinanzierung sowie der Information/Kommunikation und der Infrastrukturen erstrecken. In verschiedenen Wirtschaftsdeklarationen der Blockfreienbewegung wurde betont, daß nur die Zuversicht in die "collective self-reliance" die Realisierung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung garantieren kann.

Bleiben diese Erklärungen auf einer sehr allgemeinen Ebene und wurden eher als Kampfansage an die Industriestaaten begriffen, so versuchte die Konferenz der Gruppe 77 in Mexiko (1976) ein konkretes Programm über die wirtschaftliche Zusammenarbeit unter den Entwicklungsländern zu erstellen. Zusammenfassend seien hier die wichtigsten Maßnahmen genannt:

Handel und damit verbundene Maßnahmen

-Errichtung eines globalen Systems von Handelspräferenzen zwischen den Entwicklungsländern.

Zusammenarbeit im Waren- und Rohstoffbereich

- Koordinierung der Vorbereitungen für die Durchführung des integrierten Rohstoffprogramms;
- Förderung der Maßnahmen zur Stärkung und Unterstützung bestehender Erzeugervereinigungen und zur Bildung von neuen;
- Errichtung multinationaler Absatzunternehmen.

Zusammenarbeit im Produktionsbereich

- Steigerung des landwirtschaftlichen Ertrages und der Nahrungsmittelproduktion durch kooperative Aktionen auf subregionaler, regionaler und interregionaler Basis;
- Zusammenarbeit im Bereich der Agrarreform.

Ausarbeitung von Richtlinien und Empfehlungen für folgende Aufgaben:

- Errichtung von multinationalen Unternehmen, einschließlich der Ausarbeitung von Inventaren multinationaler Projekte;

- Methoden für eine geeignete Politik zur Kontrolle und Regelung der Aktivitäten transnationaler Gesellschaften und zur Unterbindung restriktiver Geschäftsmethoden.

Währungs- und finanzpolitische Maßnahmen

- Förderung der aktiven Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken der Entwicklungsländer mit dem Ziel, den effektiven Wert ihrer Währungsreserven zu erhalten;
- Untersuchung der Möglichkeit der Errichtung einer Zahlungsunion;
- Ausbau der bestehenden subregionalen, regionalen und interregionalen Finanzierungsinstitutionen (57).

Auf dem Vorbereitungstreffen für UNCTAD V, der Gruppe der 77 in Arusha (1979) wurden mit dem "Arusha-Programme for collective self-reliance and Framework for Negotiations" (58) ähnliche Festlegungen getroffen.

Tatsächlich konnte die Idee der "collective self-reliance" - wenn überhaupt - nur in marginalen Ansätzen verwirklicht werden, d.h. eine "Süd-Süd"-Kooperation, die sich im wesentlichen auf die Handelsbeziehungen erstreckt und die Bildung von Rohstoffkartellen in Angriff genommen hat; die weitergehenden Vorstellungen einiger ihrer Protagonisten - die Rückkopplung mit einer Strategie der "self-reliance" - wurden nicht durchgesetzt. Ein Haupthindernis liegt - wie schon erwähnt - in dem Diversifizierungsprozeß in der Dritten Welt selbst, bzw. in den unterschied-

lichen Interessen der Machteliten in diesen Ländern und in dem starren Souveränitätsanspruch jeder einzelstaatlichen Elite. Da die "collective self-reliance" nicht nur die Position der Entwicklungsländer gegenüber den Industriestaaten stärken, sondern in den Ländern selbst eine Strategie der Befriedigung der Grundbedürfnisse durchsetzen will, d.h. u.a. auch eine Veränderung der sozioökonomischen und politischen Strukturen, kann und muß mit dem Widerstand der herrschenden Eliten gerechnet werden, die in erster Linie an der Vergrößerung ihres Akkumulationsfonds interessiert sind. Eine so verstandene Strategie der "collective self-reliance" setzt eine breite Massenmobilisierung voraus, die sich dann zwangsläufig auch in politischen Herrschaftsformen - einzelstaatlich und international - wieder spiegeln muß.

Zweifelhaft erscheint dieses Modell vor allem in einer Zeit, in der diejenigen Staaten, die sich zu der "self-reliance" bekannt haben (z.B. Tansania) in ähnliche wirtschaftliche Krisen und Abhängigkeiten geraten sind wie diejenigen "traditionellen" Staaten, in denen schon frühzeitig neokoloniale Strukturen durchgesetzt wurden.

Als zweiter Problembereich stellt sich die Frage nach der Finanzierung eines so umfassenden Aktionsprogramms wie der o.a. Maßnahmenkatalog der Konferenz der Gruppe der 77 über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Mexiko. Weder kann von einer finanziellen Unterstützung der

Industriestaaten oder der internationalen Entwicklungshilfeorganisationen ausgegangen werden, noch von einem Transfer seitens der erdölexportierenden Staaten, der die bisherigen Leistungen dieser Länder weit übertreffen würde. Dies und die heterogenen Interessen der Entwicklungsländer - die trotz grundsätzlicher Übereinstimmung in substanziellen Fragen zum Tragen kommen - machen eine Verwirklichung der "collective self-reliance" mehr als zweifelhaft (59).

Die Konferenz von 44 Entwicklungsländern in Neu Delhi über Nord-Süd-Fragen und die "Süd-Süd"-Kooperation ist im Februar 1982 dementsprechend nur mit einem Minimalkonsens zu Ende gegangen. Selbst in der Frage der Vorbereitung von Globalverhandlungen konnte keine Einstimmigkeit erzielt werden.

"Der 'Süd-Süd'-Komplex scheint weniger Anlaß zu Kontroversen gegeben zu haben. Man ist sich einig in der Überlegung, daß Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern ein wichtiges Instrument zur Förderung von individueller und kollektiver "self-reliance" darstellt. Diese 'Süd-Süd'-Kooperation soll aber weder einen Ersatz für die Nord-Süd-Zusammenarbeit darstellen noch die Industrieländer von ihrer Verantwortung gegenüber der armen Welt entbinden. Da der bestehende Mangel an finanziellen Ressourcen (und an konkreten Kenntnissen) als ein Haupthindernis für eine intensivere 'Süd-Süd'-Kooperation angesehen wird, soll der indische Vorschlag, eine multilaterale Finanzierungsinstitution zur Förderung von Kooperation auf der Basis freiwilliger Kapitalzuschüsse zu gründen, in Expertentreffen weiterverfolgt werden ... In der alles entscheidenden Frage, ob denn die kapitalkräftigen Erdölländer die 'Süd-Süd'-Kooperation maßgeblich finanzieren wollen, ist man allerdings keinen Schritt weitergekommen" (60).

2. Entwicklungsstrategien für die Dritte Welt

2.1 Dissoziation versus traditionelle Entwicklungsmodelle

Die seit Ende der sechziger Jahre sich neu herausbildende Richtung in der Entwicklungsländerforschung - die Theorie des "peripheren Kapitalismus" und der "Dissoziation vom Weltmarkt", das Modell der "autozentrierten Entwicklung" - wandte sich angesichts der unverändert drastischen Probleme der unterentwickelten Länder, die durch die Nairobi-Rede des damaligen Weltbankpräsidenten Robert McNamara über die absolute Verarmung in den südlichen Kontinenten weltweite Aufmerksamkeit und Beachtung fand, vor allem gegen die Prämissen in der bis dahin nicht in Frage gestellten traditionellen Entwicklungsländerforschung:

1. Die Entwicklung der westlichen kapitalistischen Staaten sei einem mehr oder weniger einheitlichen Modernisierungsweg gefolgt, der grundsätzlich für die Länder der Dritten Welt als vorbildhaft gilt. Nur einzelne wirtschaftliche, sozialpolitische, sozialpsychologische, kulturelle oder politisch-institutionelle Erscheinungen verhindern in den unterentwickelten Ländern Wirtschaftswachstum und sozialen Fortschritt. Michael Bonnet stellt in seinem Aufsatz "Ökonomische Entwicklungstheorien und Entwicklungspolitik" (61) die Ansätze dieser Entwicklungstheorien dar, die im folgenden kurz aufgeführt werden sollen:

- die demographisch-ökonomischen Theorien, die in dem Bevölkerungswachstum das Haupthindernis für Entwicklung in der Dritten Welt sehen, da es eine Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens verhindere (62).

Es wird in diesem Zusammenhang von einer Bevölkerungsfalle gesprochen, da das demographische Wachstum in den Entwicklungsländern größer sei als die Zuwachsrate des Pro-Kopf-Einkommens.

"Nur dadurch, daß der Bevölkerungsanstieg überkompensiert wird, kann ein Zurückfallen der Entwicklungsprozesse auf das Ausgangsniveau verhindert werden" (63).

- die Kapitaltheorien:

"Als ein zentrales Entwicklungshemmnis wird die Kapitalknappheit bezeichnet. Ausgangspunkt der Überlegungen bilden die 'Circulus-vitiosus-Theorien' ... Dieser 'Teufelskreis der Armut' offenbart sich darin, daß das Realeinkommen der Entwicklungsländer gering ist und auf einem relativ stationären Niveau verharret. Die Ursache liegt in der geringen Arbeitsproduktivität, die ihrerseits wiederum auf Kapitalmangel beruht" (64).

Hierzu wird von Bonnet angemerkt, daß die entwicklungspolitische Bedeutung der Kapitalakkumulation für die Entwicklungsländer unbestritten ist, ein externer Kapitalzufluß aber nur dann entwicklungsfördernd wirken kann, wenn gleichzeitig in den betroffenen Ländern wirtschaftliche und soziale Reformen durchgeführt werden.

- Stufentheorien:

Hier wird von Idealtypen bestimmter Gesellschaftsformationen ausgegangen und unterstellt, daß die einzelnen Stufen des Entwicklungsprozesses, den die Industrieländer vollzogen haben, auch für die Entwicklungsländer Gültigkeit besitzen (65).

Neben methodischen und wirtschaftspolitischen Einwänden ist wohl der entwicklungspolitische gegen die Stufentheorie der entscheidendste: "Es muß in Frage gestellt werden, daß Erkenntnisse über die Entwicklung der heutigen Industrieländer für politische Maßnahmen zur Überwindung der Armut in der Dritten Welt eine wesentliche Bedeutung haben können, da die Ausgangssituation viel zu unterschiedlich ist" (66).

- Dualismustheorien:

Die Verfechter der Dualismustheorien gehen von der Hypothese aus, daß das Wirtschafts- und Sozialsystem der Entwicklungsländer in einen 'traditionellen' (Subsistenzsektor) und einen 'modernen' (marktwirtschaftlich ausgerichtete Produktion) Sektor gespalten ist und daß diese dualistischen Strukturen (wirtschaftliche, technologische und regionale) entwicklungshemmend wirken, die nur durch ein integriertes - d.h. binnenorientiertes - Wirtschaftssystem überwunden werden können. (67)

- Theorien des ausgewogenen und unausgewogenen

Wachstums:

Zur Überwindung der Unterentwicklung fordern die Vertreter des ausgewogenen Wachstums eine simultane Einrichtung einzelner Betriebe, während diejenigen, die das unausgewogene Wachstum befürworten, die Bildung von Schwerpunktindustrien anstreben. Obwohl in der praktischen Entwicklungspolitik dem ausgewogenen Wachstum der Vorzug gegeben wird, muß gesehen werden, daß beide Ansätze Versuche sind, einzelne wirtschaftspolitische Probleme - hier die Investitionspolitik - aus dem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang zu lösen und isoliert zu betrachten.

"Sowohl die Strategie des ausgewogenen Wachstums als auch die des unausgewogenen Wachstums vernachlässigen die außenwirtschaftliche Verflechtung der meisten Entwicklungsländer und lassen außerdem die Frage der Größe eines Landes außer acht; denn der Aufbau aller Industriezweige kommt für in kleines Land schon wegen der hohen Mindestgröße der Produktion nicht in Frage" (68).

Neben diesen Theorien, die einen ökonomischen Erklärungsgrundsatz für Unterentwicklung anbieten, weist Bonnet in seinem Beitrag auf die Bedeutung der soziologischen und psychologischen Theorien hin und hebt in diesem Zusammenhang besonders auf die sozialpsychologischen Thesen von Max Weber ab (69).

2. Die außenwirtschaftlichen Beziehungen der in Armut und Rückständigkeit lebenden Entwicklungsländer wurden lange Zeit nicht beachtet bzw. blieben als Erklärungsansatz für Unterentwicklung oft unberücksichtigt. Die Integration in den Weltmarkt wurde als entwicklungsfördernd angesehen, da die Industriestaaten und die Entwicklungsländer ihre Austauschbeziehungen auf dem Weltmarkt nach dem Prinzip des komparativen Nutzens und der komparativen Kosten strukturieren könnten, d.h. sie treten als gleichberechtigte Partner im Welthandel auf.

"Internationaler Handel wäre diesen Theorien zufolge für alle Beteiligten dann am vorteilhaftesten, wenn jeder gemäß seiner Ausstattung mit Land und natürlichen Ressourcen, mit Kapital, Arbeitskraft und technologischem Know-how sich auf die Produktion jener Güter spezialisierten, bei deren Fertigung er die vorfindbaren Produktionsfaktoren am besten einzusetzen imstande wäre ... Beide normativ und locker empirisch gewendete Grundannahme (Produktion gemäß jeweils gegebener Faktorausstattung und die kosmopolitische These allseitigen Nutzens) gehören zu den fixen Prämissen der vorherrschenden außenwirtschaftstheoretischen Lehrmeinungen" (70).

Die auf die klassische Wirtschaftstheorie von Smith und Ricardo zurückgehende Vorstellung, daß der internationale Handel der Menschheit diene, wurde schon Anfang der sechziger Jahre von Perroux widersprochen, der durch die ungleiche Machtverteilung die Entwicklungsländer im internationalen Handel benachteiligt sah. Später wurde durch die Thesen des "ungleichen Tauschs" - vor allem durch die Arbeit von Emmanuel "L'échange inégal" - versucht, das Prinzip der komparativen Vorteile im Welthandel zu widerlegen (71).

3. Als drittes Theorem gilt die Meßbarkeit von Entwicklung in der Dritten Welt mit der Kategorie des Bruttosozialprodukts oder des Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Kopf. Die vergleichsweise rasche industrielle Entwicklung in den sechziger und siebziger Jahren in einigen Entwicklungsländern, die sich dann positiv auf das erarbeitete Bruttosozialprodukt niederschlug, galt als Beweis für die Entwicklungsfähigkeit dieser Länder.

"Das BIP-pro-Kopf wurde zum Schlüsselindikator, der auf der Annahme beruhen konnte, daß genügend großes Wachstum auch die sozialen Probleme lösen würde, weil die Gewinne der Reichen zu Ersparnissen, Investitionen und Innovationen führen würden, die dann irgendwie und irgendwann zu den Armen durchsickern würden" (72).

In der neueren entwicklungstheoretischen Debatte wurde in Abgrenzung zu den Wachstums- und Modernisierungstheorien bestritten, daß Entwicklung stets nachholende Entwicklung nach westlich-kapitalistischem Muster sein müsse. Vielmehr sind in den unterentwickelten öko-

nomien grundlegend andere wirtschaftliche, soziale und politische Strukturen - als Ausfluß des Kolonialismus und Neokolonialismus - vorzufinden, die andere Antworten als die bloße Übertragung des Modells der Akkumulation in den kapitalistischen Metropolen auf die Peripherien notwendig machen.

Nicht nachholende Entwicklung, sondern nur die Befreiung von außenwirtschaftlichen Abhängigkeiten kann laut den Entwicklungsmodellen u.a. der lateinamerikanischen Dependenztheoretiker zur Überwindung von Armut und stagnativer Wirtschafts"entwicklung", also letztlich zu einem gerechten Wirtschafts- und Sozialsystem führen.

"Ihr Credo läßt sich in dem Satz zusammenfassen: Die von den kapitalistischen Metropolen beherrschten Abhängigkeitsbeziehungen zwischen sich und den außereuropäischen Gesellschaften vor allem im ökonomischen Bereich behindern in struktureller Weise alle Möglichkeiten in den abhängigen Peripherieländern, zu selbsttragendem Wachstum und selbstgesteuerter gesamtwirtschaftlicher Entwicklung zu gelangen, die Überwindung der strukturellen Abhängigkeit sei daher die *conditio sine qua non* für die Errichtung selbstbestimmter Gesellschaften ohne Massenelend" (73).

Einen ähnlichen Ansatz verfolgen die Vertreter einer praxisorientierten Theorie autozentrierter Entwicklung, die die gegenwärtigen Tendenzen in der ökonomischen Entwicklung in der Dritten Welt nicht als ein Modernisierungsprozess von Nachzüglern, sondern als Folge der Eingliederung in eine ungleiche internationale Arbeitsteilung interpretieren.

"Auf der Grundlage dieser Forschung haben sich allmählich die Umriss einer Theorie des peripheren Kapitalismus herausgebildet, in der die besonderen Merkmale des peripheren gegenüber dem metropolitanen Kapitalismus markiert werden, wobei metropolitaner und peripherer Kapitalismus als eine dialektisch aufeinander bezogene Einheit begriffen werden" (74).

Ausgehend von diesen Prämissen wird auch das Prinzip des komparativen Nutzens und der komparativen Kosten für die auf dem Weltmarkt agierenden Industriestaaten und Entwicklungsländer in Zweifel gezogen und als Legitimationstheorie zur Aufrechterhaltung des "freien Welthandels" und damit auch der "freien Weltwirtschaft" interpretiert. Gerade die Struktur des Weltmarktes verhindere nach den Protagonisten der Theorie des peripheren Kapitalismus die Entwicklungsmöglichkeiten der Peripherien und führt letztlich zur Bereicherung der Industriestaaten und zur Übervorteilung der armen Länder. Kritisiert wird die Nichtbeachtung der langfristigen Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung in den Entwicklungsländern, die die Austauschbeziehungen zwischen Industrieländern und unterentwickelten Ländern, d.h. der Tausch von Fertigwaren, Produktions- und Investitionsgütern sowie Technologie gegen Rohstoffe, landwirtschaftliche Produkte und Fertigwaren mit einem niedrigen Verarbeitungsgrad hinterlassen. Denn dabei wird, nach Senghaas, nicht hinterfragt,

"welche konkreten Folgewirkungen für die Produktionsstruktur, Einkommensverteilung, Konsumprofile, Arbeitsmarkt und allseitige Infrastruktur eine derartige, den Postulaten des Theorems folgende Spezialisierung bei beiden Handelspartnern, Metropole und Peripherie, hat" (75).

In der Diskussion über neue Entwicklungsmodelle wurde und wird von den Entwicklungstheoretikern die inhaltliche Bestimmung des Begriffs Entwicklung neu überdacht. Schon in dem erwähnten Nairobi-Bericht kritisierte McNamara die Reduktion von Entwicklung auf wirtschaftliches Wachstum und belegte, daß trotz eines Jahrzehnts beachtlichen Wachstums des Bruttosozialprodukts in den Entwicklungsländern die ärmsten Teile der Bevölkerung wenig Nutzen hätten.

"Die Notwendigkeit einer Neuorientierung der Entwicklungspolitik mit dem Ziel einer gerechten Verteilung des Wirtschaftswachstums wird mehr und mehr zur Diskussion gestellt. Sehr wenige Länder haben jedoch schon ernsthafte Anstrengungen auf diesem Gebiet unternommen ... Es ist wichtig, daran zu erinnern, daß Wachstumsindizes des Bruttosozialprodukts indirekt den Zuwachs jeder Einkommensgruppe mit ihrem bestehenden Anteil am Volkseinkommen gewichten. Da in den Entwicklungsländern die reichsten 40 % der Bevölkerung über 75 % des gesamten Einkommens verfügen, stellt die Erhöhung des Bruttosozialprodukts im wesentlichen ein Maß für den Wohlstand dieser oberen Einkommensschichten dar" (76).

Die Schwierigkeiten, Entwicklung überhaupt allgemein-gültig zu definieren, werden von verschiedenen Autoren anschaulich dargestellt (77).

Daß Entwicklung die Befriedigung der Grundbedürfnisse des Menschen, d.h. das Recht auf Arbeit, Gesundheit, Bildung etc. implizieren muß, ja als selektiver Angriff auf die schlimmsten Formen der Armut zu verstehen ist (78), wird mittlerweile in der entwicklungspolitischen Diskussion von allen Seiten anerkannt. Trotzdem bleibt der Weg zur Überwindung von Abhängigkeit und Armut umstritten.

Grundsätzlich scheint mir der theoretische Ausgangspunkt der Dependencia-Schule und des Modells einer autozentrierten Entwicklung/Dissoziation vom Weltmarkt einen erfolgversprechenderen Ansatz als die traditionellen Entwicklungstheorien zu bieten, weshalb näher darauf eingegangen werden sollte. Vorab jedoch steht die kritische Auseinandersetzung mit den entwicklungspolitischen Vorstellungen der Weltbank, die im wesentlichen die Entwicklungspolitik der westlichen Industriestaaten prägen.

2.2 Projektionen der Weltbank

Der Wandel in der Weltwirtschaft in den frühen siebziger Jahren von einer Periode rascher Entwicklung zu einer Phase des Übergangs, die eine langandauernde Rezession auslöste, markiert den Ausgangspunkt in den Weltentwicklungsberichten 1981 und 1982 der Weltbank für die Frage, in welcher Weise sich die Staaten - hier insbesondere die Entwicklungsländer - den veränderten Bedingungen anpassen sollen, d.h. konkret, welche Entwicklungsstrategien angesichts des geringen Wirtschaftswachstums in den Industriestaaten und anderer weltwirtschaftlicher Modifikationen am ehesten geeignet scheinen, den Entwicklungsländern dennoch eine Chance zum Überleben zu geben.

Hinsichtlich der veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wurden die Entwicklungsländer besonders hart durch die für sie sich extrem ungünstig entwickelnden Import- und Exportpreisbewegungen auf dem Weltmarkt getroffen, wobei hier die verschiedenen Gruppen der ölimportierenden Länder - die halbindustrialisierten -, die rohstoffproduzierenden-, die teilindustrialisierten und die ärmsten (v.a. afrikanische südlich der Sahara) unterschiedlich tangiert werden.

Tabelle 4

Zahlungsbilanzeffekte außenwirtschaftlicher Erschütterungen und Anpassungsarten in ölimportierenden Ländergruppen im Durchschnitt der Jahre 1974 bis 1978 (in % des BSP)

Position	halb- industrialisiert	Rohstoff- produzierend ^a	bevölkerungs- reiches Südasien	am wenigsten entwickelt
Außenwirtschaftliche Erschütterungen				
Internationale Preiseffekte	0,90	1,65	1,26	0,14
davon:				
Ausfuhrpreiseeffekte	- 0,83	- 3,21	- 0,19	- 2,07
Einfuhrpreiseeffekte	1,73	4,86	1,45	2,21
Ausfuhrvolumenseffekte	0,91	1,99	0,69	1,39
Insgesamt	1,81	3,64	1,95	1,53
Anpassungsarten				
Strukturelle Anpassung	0,78	0,61	- 0,31	- 2,03
davon:				
Exportmarktdurchdringung	0,09	0,30	- 0,51	- 3,49
Importsubstitution	0,69	0,31	0,20	1,46
Zusätzliche reale Auslandsfinanzierung b,c	0,45	2,54	2,35	3,03
Geringeres Wirtschaftswachstum	0,58	0,49	- 0,09	0,53
Insgesamt	1,81	3,64	1,95	1,53

a Angaben für diese Gruppe sind Durchschnitte für den Zeitraum 1974 bis 1977

b Nominale Auslandsfinanzierung, bereinigt um einen internationalen Preisindex

c Umfaßt Veränderungen von Kapitalzuflüssen, Reserven, Dienstleistungen und Übertragungen

Quelle: Weltbank. Weltentwicklungsbericht 1981, Washington, S. 73

Grundsätzlich wird davon ausgegangen, daß die Entwicklungsländer bei der Anpassung an die neuen Bedingungen trotz der Zunahme ihres Leistungsbilanzdefizits von 40 Mrd. Dollar (1979) auf 111 Mrd. Dollar (1981) erfolgreicher waren als die industrialisierten Länder, insbesondere diejenigen,

"die ihre Investitionstätigkeit gesteigert, ihre Inlandsersparnis erhöht und ihre Ausfuhren diversifiziert haben, in der Regel ein höheres Wirtschaftswachstum erzielen konnten, als jene, die eine andere Politik verfolgten" (79).

Als hervorragendes Beispiel für diesen Entwicklungsweg werden die "Schwellenländer" zitiert, vor allem die im asiatischen Raum, die im Welthandel ihre Anteile an der Fertigwarenausfuhr durch eine zielstrebige Exportförderung und Diversifizierung ihrer Produktionsstruktur unter Einbeziehung neuer, "intelligenter" Erzeugnisse bedeutend erhöhen konnten (80). Diese Erfolge der Schwellenländer sind in gewisser Hinsicht wegweisend für die entwicklungspolitischen Vorstellungen der Weltbank.

Prinzipiell verfügen die Entwicklungsländer laut Weltbank über vier Möglichkeiten, um auf außenwirtschaftliche Erschütterungen zu reagieren:

"Das Leistungsbilanzdefizit läßt sich auf ein ertragfähiges Niveau zurückführen (1) durch ein verlangsamtes Wirtschaftswachstum, das die Importnachfrage beschneidet, oder (2) durch eine stärkere Ausrichtung der Produktion auf den Exportsektor und die Einfuhrsubstitution. Auslandskredite können eingesetzt werden, um die Länder mit zusätzlichen Finanzierungsmitteln zu versorgen und damit (3) die Durchführung der strukturellen Anpassung zu erleichtern oder (4) die Anpassungsmaßnahmen aufzuschieben" (81).

Für den Weltentwicklungsbericht genießt die Ausrichtung der Produktion auf den Exportsektor absolute Priorität und nicht die Orientierung auf ein verlangsamtes Wirtschaftswachstum, da es sich bei der ersten Möglichkeit um eine strukturelle und dauerhafte und damit erfolgversprechende Anpassungsform handele.

Die Analyse der Weltbank geht bei ihren wirtschaftlichen Empfehlungen allerdings auch davon aus, daß bestimmte ökonomische Voraussetzungen in den betroffenen Ländern vorgefunden werden müssen, um überhaupt eine konkret zu bestimmende Wirtschaftspolitik verfolgen zu können. Diese Voraussetzungen sind im allgemeinen in den Staaten Afrikas südlich der Sahara nicht anzutreffen. Im folgenden werden dementsprechend auch die Ölimportierenden Länder mit mittlerem Einkommen - sowohl die halbindustrialisierten als auch die rohstoffproduzierenden - untersucht.

Bei den halbindustrialisierten Ländern schlug sich der hohe Anteil an Fertigwaren in der Produktion in einem beträchtlichen Maß an Flexibilität und Kreditwürdigkeit nieder. Die strukturelle Anpassung an die außenwirtschaftlichen Erschütterungen erfolgte zu 40 % durch die Ausweitung der Exportmarktanteile und die Importsubstitution.

Hinter dieser allgemein zutreffenden Charakterisierung dieser Länder verbergen sich dennoch beachtliche Unterschiede hinsichtlich der Industrialisierungsmuster:

der außenwirtschaftlich oder binnenwirtschaftlich orientierte Ansatz, wobei der erste laut Weltbank zweifellos positivere Effekte aufweisen kann. Südkorea gilt als beispielhaft für diese Orientierung, da es durch exportinduziertes Wirtschaftswachstum bedeutende Exportmarktanteile erobern konnte, was zu einer beachtlichen Importsubstitution führte. Die Inlandsersparnis und -investition nahm zu (82). Dagegen führte die binnenwirtschaftlich ausgerichtete Wirtschaftspolitik bspw. in der Türkei, in Argentinien und Brasilien, verbunden mit einer restriktiven Nachfragepolitik und hoher externer Finanzierung zu erheblichen Wirtschaftseinbußen.

"Brasilien verschuldete sich in den Jahren 1974 und 1975 in großem Umfang und hielt unvermindert an seinem Wachstumsziel fest. Durch seine Binnenwirtschaftspolitik wurden aber weder die Ersparnis noch die produktive Verwendung der Investitionsmittel gefördert, und die zunehmende Last der nominalen Verschuldung führte schließlich zusammen mit schlechten Ernten zu Wachstumseinbußen" (83).

Ähnliche Tendenzen lassen sich bei den rohstoffproduzierenden Ländern ablesen, die besonders hart durch die außenwirtschaftlichen Erschütterungen im letzten Jahrzehnt getroffen wurden. Aufgrund ihrer meist einseitig ausgerichteten Produktionsstruktur - nämlich auf den Export einiger weniger Rohstoffe - die sie extrem abhängig von den Preisschwankungen auf dem Weltmarkt machen, sind ihre Möglichkeiten zur Anpassung an veränderte weltwirtschaftliche Bedingungen von vornherein begrenzt. Diese Länder mußten im hohen Maße auf die externe Finanzierung zurückgreifen und weniger auf eine Exportdiversifizierung und Importsubstitution.

Trotzdem kann auch hier zwischen verschiedenen Varianten unterschieden werden:

- Außenwirtschaftliche Orientierung und Diversifizierung in Agrarwirtschaften (z.B. Elfenbeinküste und Thailand)
- Binnenwirtschaftliche Orientierung (z.B. Kenia)
- Verlangsamtes Wirtschaftswachstum ohne Reformen in mineralwirtschaftlichen Ländern (z.B. Jamaika, Peru, Sambia, Zaire)
- Strukturreform in einer Mineralwirtschaft (z.B. Chile)
- "Überanpassungs"länder wie Marokko und Senegal (84).

Dabei kommt der Weltentwicklungsbericht zu dem Ergebnis, daß diejenigen Ländergruppen, die eine außenwirtschaftlich orientierte Politik verfolgen, dabei Erzeugnisse herstellen, bei denen sie komparative Vorteile haben und ihre Inlandsgüter mit nur wenigen Ausnahmen der Importkonkurrenz aussetzen, eindeutig gegenüber denjenigen im Vorteil sind, die "über das durch die komparativen Vorteile festgelegte Maß hinaus für eine größere Güterpalette einen höheren Selbstversorgungsgrad anstreben und die Handelsbeziehungen mit der übrigen Welt reduzieren " (85). Die erstgenannte Ländergruppe konnte laut Weltentwicklungsbericht ihre Exportmarktanteile ausweiten als auch Importe ersetzen und im Endergebnis die Abhängigkeit von zusätzlichen externen Kapitalzuflüssen vermindern.

Demzufolge orientieren sich die wirtschaftspolitischen Empfehlungen der Weltbank auch an der erstgenannten Option (86).

Dabei werden in diesem Zusammenhang immer wieder die Schwellenländer im asiatischen Raum als positives Beispiel dafür angeführt, wie ein Entwicklungsland erfolgreich einen Industrialisierungsprozeß durch eine exportorientierte Wirtschaft nachvollziehen kann. Dabei werden erstens der historische Kontext, in dem sich diese Entwicklung durchsetzen konnte, außer Acht gelassen und zweitens die Frage, ob hier nicht neue Abhängigkeiten geschaffen werden.

Bezüglich des ersten Aspekts macht André Gunder Frank die sowohl historische als auch von den Marktgesetzen herrührende Beschränktheit dieser Ausrichtung der Ökonomien in der Dritten Welt deutlich:

"The general limitation is that export-led growth by a few small countries and the absorption of their export by the rest of the world is one thing: the generalisation of the same export-led growth to that same rest of the world (which would export to whom?) is another matter ... The sheer impossibility of such a model is intuitively clear. Analysis of the world system can offer "scientific" reasons: particular growth experience, such as that of the NICs (Newly Industrialising Countries), that of post-war Europe and Japan or indeed of the industrial revolution itself, cannot be generalized to the rest of the world" (87).

Dieser Prozeß fand im Rahmen der partiellen Produktionsverlagerung aus den Industriestaaten in die Entwicklungsländer Ende der sechziger Jahre und Anfang der siebziger Jahre statt, der nicht beliebig wiederholbar ist. Da der Aufbau einer Leicht- und teilweise auch Schwerindustrie Voraussetzungen erfordert, um überhaupt weltmarktgerecht produzieren zu können, war diese Entwicklung von Anfang an auf bestimmte Länder beschränkt.

Bezüglich der zweiten Fragestellung wurde den Entwicklungsländern vorausgesagt, daß durch Exportwachstum und die Entwicklung der Exportindustrie eine weitgehende Industrialisierung nach westlich-kapitalistischem Muster erreicht werden könne, nachdem die ausschließliche Orientierung auf die Importsubstitution nicht den versprochenen Erfolg brachte (88). Gerade aber an der exponierten Entwicklung der Schwellenländer zeigt sich, daß durch die Ausrichtung der Wirtschaft auf die Exportindustrie der Industrialisierungsprozeß in einem abhängigen Grundmuster geblieben ist. Abhängigkeit heißt in diesem Zusammenhang, daß zwar diese Länder nicht die vorher typischen Austauschrelationen mit den Industriestaaten eingehen (im Gegenteil: die Wertschöpfung in der Fertigwarenindustrie und die Bruttoproduktion pro Kopf in diesem Sektor hat in den meisten dieser Staaten: Republik Korea, Singapur, Hongkong sprunghaft zugenommen); dieser Entwicklungsweg war und ist aber nur möglich durch den verstärkten Import von Produktionsmitteln und auch von Rohstoffen aus den Industriestaaten (89).

André Gunder Frank weist in diesem Zusammenhang auf den Preiseffekt hin:

"To export, the NICs have to import raw materials, components, technology and highpriced businessmen that are frequently overpriced through transfer pricing within the multinationals which in turn underprice the resulting exports, thus reducing or eliminating the foreign-exchange-earning and tax-paying value added in the NIC" (90).

Zusätzlich kann das exportorientierte Wirtschaftswachstum nicht die negativen Handelsbilanzen positiv beeinflussen - eher im Gegenteil - die Importe müssen durch eine verstärkte Verschuldung dieser Länder finanziert werden. Selbst die Weltbank weist darauf hin, daß die starke Zunahme der Verschuldung und des Schuldendienstes ein Charakteristikum der Anpassungsperiode von 1979 bis 1982 für diese Entwicklungsländer war. Die Zinszahlungen aller Entwicklungsländer - und da sind die Schwellenländer keine Ausnahme - stiegen auf 51 Mrd. Dollar (1981) und dürften 1982 56 Mrd. Dollar erreichen, was mehr als dem Doppelten der Zahlungen von 1979 entspricht. Weiterhin nahm das Verhältnis zwischen Schuldendienst und Ausfuhren bei den ölimportierenden Ländern zwischen 1972 und 1979 von 9 % auf 15 % zu, um dann 1981 nach einem beschleunigten Anstieg 19 % zu erreichen (91).

Dies trifft gerade für die Schwellenländer in starkem Ausmaß zu, wenn man ihre Zahlungsbilanzen, Schuldendienstrelationen, den Zufluß von Auslandskapital und die öffentliche Auslandsverschuldung näher untersucht.

Tabelle 5

Zahlungsbilanzen und Schuldendienstrelationen

	Leistungsbilanzsaldo (in Mio \$)		Zinszahlungen auf die öffentliche Auslandsverschuldung (in Mio \$)		Schuldendienst in % von: Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen			
	1970	1980	1970	1980	BSP	1970	1980	1980
Thailand	-250	-2.280	16	267	0,6	1,3	3,4	5,2
Philippinen	-48	-2.046	25	342	1,4	1,6	7,5	7,0
Korea, Rep.	-623	-5.326	70	1.310	3,1	4,9	19,4	12,2
Mexiko	-1.060	-7.466	216	3.844	2,1	4,9	24,1	31,9

Quelle: Weltbank. Weltentwicklungsbericht 1982. Washington. S. 142

Tabelle 6

Zufluß von Auslandskapital

	Öffentliche und öffentlich garantierte mittel- und langfristige Kredite (in Mio \$)						Private Nettoinvestition (in Mio \$)	
	Bruttozufluß		Schuldentilgung		Nettozufluß		1970	1980
	1970	1980	1970	1980	1970	1980	1970	1980
Thailand	55	1.329	23	168	32	1.162	43	186
Philippinen	132	1.390	73	220	59	1.170	-29	40
Korea, Rep.	440	3.548	198	1.452	242	2.096	66	-5
Mexiko	772	8.551	476	4.048	296	4.503	323	1.852

Quelle: Weltbank. Weltentwicklungsbericht 1982. Washington. S. 144

Tabelle 7

Öffentliche Auslandsverschuldung und Währungsreserven

	Ausstehende und ausgezahlte öffentliche Auslandsverschuldung				Bruttowährungsreserven			
	in Mio \$		in % des BSP		in Mio \$		in Äquivalenten von Monatsimporten	
	1970	1980	1970	1980	1970	1980	1970	1980
Thailand	328	4.063	5,0	12,4	911	3.028	3,3	3,3
Philippinen	633	6.402	9,0	18,2	255	3.977	4,6	4,6
Korea, Rep.	1.797	16.274	20,9	28,8	610	3.101	1,3	1,3
Mexiko	3.206	33.490	9,7	20,6	756	4.046	1,5	1,5

Quelle: Weltbank. Weltentwicklungsbericht 1982. Washington. S. 146

Unter diesen Bedingungen erscheint es äußerst zweifelhaft, von der Möglichkeit einer nachholenden kapitalistischen Entwicklung für diese Ländergruppe zu sprechen, die in absehbarer Zeit zu einer die gesamte Wirtschaft durchdringende Industrialisierung führt.

Durch die Ausrichtung der Produktion auf den Export kann vor allem eine entscheidende Voraussetzung für eine ähnlich verlaufende industrielle Entwicklung wie in den westlichen Industriestaaten nur bedingt oder gar nicht erfüllt werden: die Schaffung eines inneren Marktes.

In diesem Zusammenhang weist Hartmut Elsenhans in seinem Aufsatz "Die Überwindung von Unterentwicklung durch Massenproduktion für den Massenbedarf - Weiterentwicklung eines Ansatzes" (92) auf einen wichtigen Aspekt hin, der seiner Meinung nach die Produktion für den Massenkonsum und damit für den Binnenmarkt in exportorientierten Entwicklungsländern verhindert: die ungleiche "Faktorproduktivität" in den verschiedenen Branchen. Die hohe Profitrate in den exportorientierten Sektoren im Vergleich zu den Wirtschaftszweigen, die nicht für den Weltmarkt produzieren, verhindere einen volkswirtschaftlichen Ausgleich innerhalb der einzelnen Sektoren.

"Geringfügige Preiserhöhungen führen bei nach Produktionszweigen gleichen Faktorproduktivitäten zur Umsetzung von Produktionsfaktoren, hier aus der Exportproduktion in die Produktion für den Binnenmarkt, durch Ausweitung bisher vorhan-

dener Produktionsanlagen und durch die Neuaufnahme der Produktion bisher im Lande gar nicht hergestellter Güter ... Sind dagegen die Faktorproduktivitäten ungleich, dann kann der Rückgang der Erlöse in den Exportsektoren selbst dann zu gering sein, wenn er viel größer als im Fall entwickelter kapitalistischer Industrieländer ist, und ähnlich der Anstieg der Preise für bisher importierte Güter zu klein sein, als daß Kapital aus den Exportsektoren in die binnenmarktorientierten Sektoren abgezogen würde" (93).

2.3 Ungleiche Entwicklung und ungleicher Tausch

Gegen die eben skizzierten Vorstellungen einer nachholenden Entwicklung in all ihren Varianten hatten sich die "Dependencia"-Theorie in Lateinamerika (94) und die Analysen von Samir Amin, Dieter Senghaas, Fernando Cardoso u.a. (95) über Abhängigkeit und Unterentwicklung herausgebildet. Von ihnen und von den "Dependencia"-Theoretikern wurde versucht, eine Theorie des "Peripheren Kapitalismus" zu erarbeiten, die in der Forderung nach einer autozentrierten Entwicklung und der partiellen Dissoziation vom Weltmarkt mündete und mit den Vorstellungen einiger politischer Vertreter der Dritten Welt von einer "Neuen Weltwirtschaftsordnung" übereinstimmte.

Kernpunkt ihrer Analysen sind die strukturellen Deformationen des Wirtschafts- und Sozialsystems in der Dritten Welt, die aus der Kolonialepoche resultieren und die in modifizierter Weise durch die Dominanz der kapitalistischen Staaten auf dem Weltmarkt perpetuiert werden.

Es ging ihnen nicht in erster Linie um die Beweisführung der äußeren Abhängigkeit von den kapitalistischen Metropolen, sondern um Strukturmuster, die die Bindung zwischen zentralen und peripheren Ökonomien charakterisieren (96). Diese schließen natürlich Dominanz, d.h. Herrschaftsverhältnisse mit ein. Die "Dependencia"-Theoretiker beschreiben diese Strukturen folgendermaßen:

"Es geht um Situationen, die durch eine finanzielle und technologische Penetration durch die entwickelten Zentren gekennzeichnet sind;

- diese Penetration erzeugt eine unausgeglichene ökonomische Struktur sowohl innerhalb der peripheren Gesellschaften als auch zwischen ihnen und den Zentren;
- diese unausgeglichene Struktur setzt einem autozentrierten Wirtschaftswachstum in den Peripherien Grenzen;
- und führt zu spezifischen Formen kapitalistischer Klassenstrukturen;
- diese Strukturen verlangen Modifikationen in der Rolle des Staates um sowohl das Funktionieren der Wirtschaft als auch die politische Artikulation einer Gesellschaft zu sichern, die in sich selbst Charakteristika fehlender Artikulation und strukturelle Ungleichgewichte trägt" (97).

Amin versucht die von den kapitalistischen Metropolen den Entwicklungsländern aufgezwungene Entwicklung nachzuweisen und begrifflich als "Theorie des Übergangs zum peripheren Kapitalismus" zu fassen. Dieser Übergang sei erstens grundverschieden vom Übergang zum "zentralen" Kapitalismus. Der Angriff der kapitalistischen Produktionsweise auf die vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen - vor allem durch den Handel - hatte bestimmte wirtschaftliche Deformationen zur Folge: Niedergang des Handwerks, der eine lokale industrielle Produktion verhindere und die Agrarkrise in der Dritten Welt.

Zweitens führt die internationale Arbeitsteilung zu einer Ausrichtung der peripheren Ökonomien auf dem Exportsektor, die aus dem Zwang entsteht, sich auf bestimmte Produkte zu spezialisieren, bei denen aufgrund natürlicher Bedingungen Konkurrenzvorteile bestehen. Daran ändere auch das Modell der importsubstituierenden Industrialisierung nichts. Demgegen-

über steht Amin zufolge ein unverhältnismäßiges Wachstum des dritten (öffentlichen) Sektors, der aber weder Folge der Entwicklung der Nachfragestruktur noch Folge der Entwicklung der Produktivität darstellt, sondern im wesentlichen aus den Widersprüchen der ökonomischen Entwicklung in den Peripherien zu erklären ist. Ebenso manifestiert sich die internationale Arbeitsteilung im Aufbau einer mit moderner Produktionstechnologie ausgerüsteten Leichtindustrie, die zu speziellen Problemen in den Entwicklungsländer führt. Drittens setzt sich in den Peripherien die kapitalistische Produktionsweise tendenziell nicht als einzige durch, daneben existieren, besonders im Agrarsektor, vorkapitalistische Strukturen. Die zur Unterentwicklung führende "Entwicklung" kann folgendermaßen zusammengefaßt werden:

"Die strukturellen Kennzeichen sind: I. außerordentliche Ungleichheiten in der Verteilung der Produktivitäten angesichts des vom Zentrum aufgezwungenen Preissystems, die sich aus der inneren Struktur der peripheren Gesellschaften ergeben und zu einem hohen Maß die Struktur der Einkommensverteilung bestimmen. II. Fehlende Integration der verschiedenen Wirtschaftssektoren als Folge der Anpassung der Produktion an die Bedürfnisse des Zentrums, so daß wirtschaftlicher Fortschritt nicht von den Entwicklungspolen auf die gesamte Wirtschaft übertragen wird. III. Wirtschaftliche Domination durch das Zentrum, das sich in den Formen der internationalen Spezialisierung (den Strukturen des Welthandels ...) und in der Abhängigkeit der Finanzierung des Wachstums in der Peripherie zeigt" (98).

Mit der begrifflichen Unterscheidung zwischen metropolitanem und peripherem Kapitalismus will Amin auf die grundlegend unterschiedlichen Modelle der Kapitalakkumulation im autozentrierten System (Industriestaaten) und in den Peripherien (Entwicklungsländer) aufmerksam machen.

Folgendes Schema soll den Unterschied aufzeigen:

1	2	3	4
Exporte	Güter für Massenkonsum	Güter für Luxuskonsum	Ausrüstungs- güter
Grundverbindung abhängiger Reproduktion			

Im autozentrierten System hat sich historisch als entscheidende Verbindung die zwischen dem Sektor der Massengüterproduktion und dem Sektor der Produktion von Ausrüstungsgütern entwickelt, die wiederum die Produktion von Sektor 2 ermöglicht.

Dagegen bildet sich im peripheren Modell unter dem Druck der Metropole der Exportsektor überdimensional heraus, auf dem sich die wirtschaftlichen Aktivitäten konzentrieren.

Die Verlagerung der Produktion in die Peripherien ist für die Metropole nur insofern von Interesse, als aufgrund des niedrigeren Lohnniveaus Kosten eingespart werden können. Infolgedessen wird die periphere Gesellschaft dem ökonomischen Diktat unterworfen, für den Exportsektor billige Arbeitskräfte zu beschaffen.

Ab einem bestimmten Entwicklungsgrad entsteht trotz der Dominanz des Exportsektors ein innerer Markt, dessen Angebot sich jedoch an der Nachfrage nach Luxusgütern und nicht an Massengütern orientiert (99). Das abhängige periphere Modell findet dementsprechend seinen Ausdruck in der spezifischen Verbindung des Exportsektors mit der Produktion von Luxusgütern.

In welche Richtung kann sich der periphere Akkumulationsprozeß entwickeln? Die historische Erfahrung zeigt

"daß (zumindest in den großen Ländern) ein in der Entwicklung der Sektoren 1 und 3 entstandener, hinreichend großer Markt die Herausbildung eines Sektors 4 ermöglichen kann. Dieser Sektor genießt häufig staatliche Unterstützung. Die Entwicklung einer Basis und eines öffentlichen Sektors bedeutet trotzdem nicht, daß das System sich auf eine vollendete, autozentrierte Form hin entwickelt. Denn der Sektor 4 (Ausrüstungsgüter) steht nicht im Dienste des Sektors 2 (Massenkonsumgüter), sondern im Dienst der Sektoren 1 (Exportgüter) und 3 (Luxuskonsumgüter)" (100).

Bei den sich anschließenden Überlegungen, wie dieses abhängige periphere System im Hinblick auf eine grundsätzliche Neuorientierung überwunden werden kann, lassen Amin wie auch die anderen Vertreter der Theorie des peripheren Kapitalismus keinen Zweifel daran, daß die Produktions- und Reproduktionsstrukturen grundlegend verändert werden müssen, d.h. die "schrittweise Ablösung des Modells der kapitalistischen, abhängigen Entwicklung durch ein Modell der nationalen, autozentrierten Entwicklung, das den Weg zu einer sozialistischen Überwindung des Kapitalismus freilegt" (101).

Dieses neue Modell kann nur über die Neuaufteilung der Ressourcen praktiziert werden, wobei der Schwerpunkt auf die sog. Massenbedürfnisse (Nahrungs- Wohnungs- und Erziehungsbedürfnisse) gelegt werden soll.

Auf einen weiteren Aspekt hinsichtlich der Beziehungen der Industriestaaten zu den Entwicklungsländern wird im Rahmen der Untersuchungen über die "ungleiche Entwicklung" hingewiesen, die in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen hat: die "Ausbeutung" (102) der Dritten Welt durch den "ungleichen Tausch".

Unter "ungleichem Tausch" wird verstanden, daß bei dem Austauschverhältnis Rohstoffe (Entwicklungsländer) gegen industrielle Erzeugnisse (Industrieländer) die Rohstoffherzeuger auf dem Weltmarkt nicht den Wert ihrer Waren realisieren können, d.h. zu einem Preis verkaufen müssen, der nicht den in den Waren vergegenständlichten Arbeitsquanten entspricht. Durch das Prinzip des ungleichen Tauschs sollen laut Amin die Entwicklungsländer 1974 im Handel mit den Industriestaaten um 36 Mrd. Dollar benachteiligt worden sein (103). Das ist etwa dreimal soviel, wie die öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen aller Industrieländer im selben Zeitraum betragen.

Grundsätzlich kann der ungleiche Tausch auf zwei Quellen im Rahmen des kapitalistischen Weltmarkts zurückgeführt werden: - Die Tatsache, daß auf dem Weltmarkt die Arbeit der Industrieländer als inten-

siver, d.h. als wertproduktiver gilt als die der unterentwickelten Länder, deren geringere Produktivität sich in längeren Arbeitszeiten äußert, die aber wertmäßig nicht auf dem Markt realisiert werden kann; - und die Tatsache, daß kein Ausgleich der Profitraten auf dem Weltmarkt stattfindet, d.h. daß verschiedene nationale Produktionspreise nebeneinander bestehen und auf dem Weltmarkt auf eine besondere Weise "miteinander artikuliert werden" (104).

Zusätzlich ergibt sich für die Industriestaaten aufgrund ihrer in vielen Fällen bestehenden Monopolstellung ihrer Waren die Möglichkeit, diese zu überhöhten Preisen (im Verhältnis zu den Produktionspreisen) zu verkaufen.

Durch diese verschiedenen Bewegungen soll ein Werttransfer von der Dritten Welt zu den kapitalistischen Metropolen stattfinden.

Ob nun der ungleiche Tausch sich gegenwärtig zur Hauptform der Ausbeutung in der Dritten Welt entwickelt hat (105), sei dahingestellt und kann wahrscheinlich nicht nachgewiesen werden, die wirtschaftliche Bedeutung dieses "Wertverlustes" ist für die Entwicklungsländer jedoch eminent.

Die wirtschaftlichen Probleme der Entwicklungsländer, die sich aus ihrer spezifischen Integration in die Weltwirtschaft ergeben, können nicht auf der Ebene des Weltmarktes gelöst werden. Forderungen nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung tangieren diese Problematik nur marginal. Hier scheint die Schlußfolgerung

gerechtfertigt, daß nur eine Neuorientierung in der wirtschaftlichen Entwicklung in Richtung einer partiellen Abkopplung vom Weltmarkt eine Alternative bietet.

Abschließend sei noch ein Problem genannt, das in der Debatte um das Abhängigkeitsverhältnis der Dritten Welt von den Industriestaaten zu kurz kommt: die Bedeutung der wachsenden Verschuldung der Entwicklungsländer. Die Kreditabhängigkeit ist mittlerweile für einige unterentwickelte Länder so groß, daß ohne Umschuldungsverhandlungen längst die nationalen Ökonomien zusammengebrochen wären, ja mittlerweile eine Situation entstanden ist, in der internationale Finanzorganisationen wie der Internationale Währungsfond über die Wirtschaftspolitik der Staaten entscheiden. Eine Diskussion über einen "autozentrierten Entwicklungsweg" ist solange nur ein Planspiel, wie nicht die Frage der Verschuldung als konstitutives Element der wirtschaftlichen Situation der Entwicklungsländer mit einbezogen wird. Gerade die Beispiele der Entwicklung Tansanias und Mosambiques, die eine alternative Entwicklung anstrebten und sich mittlerweile nach den Kreditvergabebedingungen des Internationalen Währungsfonds in ihrer Wirtschaftspolitik orientieren müssen, macht die Virulenz dieses Problems deutlich.

2.4 Das Modell der autozentrierten Entwicklung

Während in der "Dependencia"-Theorie nur sehr vage Vorstellungen über die Konsequenzen ihrer Analyse bestehen und/oder die sozialistische Umgestaltung der peripheren Gesellschaften plakativ gefordert wird - wobei die Frage des konkreten Wegs offenbleibt (106) - versuchen Senghaas, Amin u.a. ein alternatives Entwicklungsmodell aufzuzeigen.

Vorausgesetzt wird, daß die "strukturellen Deformationen" innerhalb des Wirtschafts- und Sozialgefüges der Entwicklungsländer nicht auf der Ebene des Weltmarkts als Verteilungsproblem gelöst werden kann. Dementsprechend werden auch die Forderungen nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung als äußerst unzureichend betrachtet - letztlich als ein Verteilungskonflikt zwischen den kapitalistischen Industriestaaten und den herrschenden Eliten in der Dritten Welt.

Amin führt hierzu aus:

"The NIEO (Neue Weltwirtschaftsordnung) is a consistent and logical program for getting out of the crisis that reflects the interests and views of the bourgeoisies of the South. It is a program of the international alliance of the ruling classes in the Third World that evolved from the previous period of growth-one that developed within an international division of Labour bases on import-substitution industrialisation and an alliance between monopoly capital and the ruling bourgeoisies of the Third World ... Only basic changes in the social structure and political power at the national level can influence in any significant way

the international hierarchical structure. As long as no major social transformations occur in the South there is very little chance, if any of changes in the balance of power at the international level" (107).

Im Rahmen seiner "Strategie des Übergangs" strebt Amin ein lokales Übergangsmodell für die Dritte Welt an. Dabei erfordert diese Strategie sehr viel mehr als die Ausdehnung des öffentlichen Eigentums, vor allem muß die wirtschaftliche Zielsetzung radikal verändert werden. Er favorisiert einen Industrialisierungsprozeß, der auf der Kombination moderner Technologie mit unmittelbaren Verbesserungen für den "armen Sektor" (marginalisierte Schichten) beruht. Auf eine Steigerung der Produktivkraftentwicklung kann auch dieses Konzept nicht verzichten (108).

Da sich Amins "Übergangsstrategie" an den Interessen des "armen Sektors" und nicht an denen der sich an der Macht befindlichen Eliten ausrichtet, können seine Vorstellungen nur unter den politischen Voraussetzungen einer Konzeption der "self-reliance" durchgesetzt werden.

Der Hierarchisierung innerhalb der Nationen wird die demokratische Einbeziehung aller sozialen Gruppierungen, aus denen sich die Nation zusammensetzt, entgegengehalten.

Hinsichtlich der außenwirtschaftlichen Beziehungen befaßt sich in diesem Zusammenhang Senghaas mit der Möglichkeit der partiellen Abkopplung der Länder der Dritten Welt vom Weltmarkt. Ausgehend von der Frage, wie nachholende Entwicklung möglich ist und der stets gleichbleibenden Antwort der klassischen Wirtschaftstheorie, den Entwicklungsländern die freihändlerische Eingliederung in die Weltwirtschaft nach europäischem Vorbild zu empfehlen, stellt sich Senghaas hier die Frage, welche Entwicklung die europäischen Staaten historisch tatsächlich vollzogen haben (109).

In einer historisch-vergleichenden Analyse der in Europa vollzogenen Entwicklungen kommt Senghaas zu der Schlußfolgerung, daß die europäischen Staaten in der Phase der Herausbildung kapitalistischer Produktionsverhältnisse unterschiedliche Wege eingeschlagen haben - von dem dissoziativ-binnendynamischen (Frankreich, Belgien) über den assoziativ-exportorientierten (Schweiz seit dem 18. Jahrhundert und die Niederlande seit dem 19. Jahrhundert) und dem assoziativ-dissoziativen Weg (Dänemark, Norwegen, Finnland u.a.) bis zur dissoziativ-staatskapitalistischen Entwicklung (Japan, Rußland, Italien). Die verschiedenen Wege der europäischen Staaten sind als Reaktionen auf die damalige englische Herausforderung (frühe Entwicklung des Kapitalismus) zu begreifen, da auch für diese Länder die Gefahr einer "Peripherisierung" bestand. Dennoch haben es die meisten europäischen Staaten zu dieser Zeit mit unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Orientierungen

- freihändlerisch oder protektionistisch - geschafft, nicht an den Rand gedrängt zu werden, sondern eine weitgehend selbständige Entwicklung zu nehmen. Drei Voraussetzungen schienen dabei eine wesentliche Rolle zu spielen:

Dieter Senghaas führt dazu aus:

"Läßt sich in der Geschichte einzelner Gesellschaften ein autonom angelegter Prozeß zu einer breitenwirksamen Agrarmodernisierung, zu beginnender Industrialisierung und sich ausweitender Kommerzialisierung beobachten, waren in der Regel die Chancen für eine erfolgreiche nachholende (autozentrierte) Entwicklung günstig" (110).

Zweitens war die weitgehende Erschließung des eigenen Binnenmarktpotentials, d.h. die Erhöhung der Produktivität in allen Wirtschaftssektoren für den Entwicklungsstand verantwortlich und drittens bestimmten die Gesellschaftsstrukturen und staatlichen Institutionen den Entwicklungsprozeß, die, wenn sie sich in Richtung einer umfassenden Industrialisierung orientierten, eine fehlende Ressourcenausstattung kompensieren konnten (111).

Da der "Peripherisierungsdruck", d.h. das Entwicklungsgefälle zwischen einzelnen Staaten, das zur Herausbildung abhängiger Ökonomien führen kann, kein Phänomen des 20. Jahrhunderts zu sein scheint, stellt sich die Frage, wieso die Entwicklungsländer nicht dieselben Möglichkeiten wie die europäischen Staaten in ihrer frühen Entwicklung wahrnehmen können.

Der Zeitpunkt, d.h. die historisch-politische Konstellation, zu der eine nachholende Entwicklung versucht wurde, scheint hier ein ausschlaggebendes Moment darzustellen, je weiter der zeitliche Abstand zu der ersten industriellen Revolution vorangeschritten war, desto schwieriger die Bedingungen. Senghaas spricht in diesem Zusammenhang von der "wachsenden Politisierung der Entwicklungsfrage".

"Noch vor 150 Jahren schien es möglich, sich an der Seite Großbritanniens relativ unabhängig zu entwickeln (Belgien) oder im unmittelbaren Wettbewerb mit Großbritannien einzutreten (Schweiz). Noch vor 100 Jahren war es einigen Ländern möglich, sich zu entwickeln, indem sie zunächst für die fortgeschrittene englische Ökonomie die Rolle einer Art von Exklave einnahmen, um später vermittels einer stufenweisen Importersatzindustrialisierung ihre eigene Struktur aufzufächern und zu vertiefen ... Während anfänglich die Wahrscheinlichkeit autonomer nachholender Entwicklung, parallel zur englischen und/oder von dieser angestoßen, relativ hoch war, wurde Entwicklung, je mehr sie sich der Gegenwart nähert, immer mehr und deutlicher zum Gegenstand gezielter, staatlich eingeleiteter und koordinierter Förderungsmaßnahmen" (112).

Der ursächliche Grund, warum die Entwicklungsländer nicht den Weg einer nachholenden Entwicklung einschlagen können, scheint mir jedoch in der jahrhundertelangen kolonialen Herrschaft und Ausbeutung dieser Länder durch die europäischen Kolonialstaaten zu liegen.

Die Modifizierung bzw. Zerstörung der vorkolonialen Produktionsweisen und Sozialstrukturen durch den europäischen Kolonialismus (113) kann nicht mit einem Konkurrenzverhältnis zwischen dem damals dominanten England und den anderen europäischen Nationen verglichen werden.

Deshalb könnte zwar die Rückbesinnung auf die europäische Entwicklungsgeschichte zur "längst überfälligen Revision eines in der entwicklungspolitischen Diskussion problematischen Europabildes beitragen", eine Übertragung (114) auf das viel zitierte Nord-Süd-Problem aber scheint mir nicht gerechtfertigt.

Im folgenden soll knapp auf die Vorstellungen einer entwicklungspolitischen Alternative im Rahmen der Konzeption der autozentrierten Entwicklung eingegangen werden. Dabei wird nicht zwischen den jeweiligen Entwicklungsstand differenziert, sondern es werden global einige "unabdingbare" Voraussetzungen angegeben, die erst Entwicklung ermöglichen und für die meisten dieser Länder zutreffen sollen.

Senghaas formuliert in diesem Zusammenhang drei entwicklungspolitische Imperative. Erstens den Imperativ der Abkoppelung (Dissoziation), zweitens den Imperativ der inneren Umstrukturierung und drittens den Imperativ der neuen Arbeitsteilung zwischen den Ländern der Dritten Welt (115).

- Ad 1: Die partielle Abkoppelung vom Weltmarkt (auf Zeit) soll die Entwicklung der Produktivkraft auf die Bedürfnisse des Binnenmarktes lenken. Der Handel mit den Industriestaaten soll nur da stattfinden, "wo er dem Aufbau einer lebensfähigen Binnenstruktur in den südlichen Kontinenten zugute kommt" (116).
- Ad 2: Der zweite Imperativ bezieht sich auf die homogene Entwicklung und den Aufbau sämtlicher die unterentwickelte Gesellschaft umfassende Wirtschaftsbereiche. Dazu sind folgende Aktivitäten notwendig:
- erneute Sichtung und Nutzung der lokal verfügbaren Ressourcen;
 - Aufbau eines industriellen Sektors für die Produktion von Produktionsmitteln und Zwischengütern;
 - Entwicklung und Anpassung der Technologie an die lokalen Bedürfnisse;
 - Leistungssteigerung in der Landwirtschaft;
 - Industrielle Produktion von Massengütern;
 - Aufbau einer Infrastruktur (117).
- Ad 3: Die Herausbildung neuer Formen der Arbeitsteilung unter den Entwicklungsländern versteht Senghaas im Sinne einer Strategie der "collective self-reliance", die in erster Linie zwei Ziele verfolgen sollen: den Aufbau von Wirtschaftsbeziehungen zwischen Gesellschaften mit ähnlicher Entwicklungsproblematik und die Stärkung der Position der Dritten Welt gegenüber den Industriestaaten.

Die hier dargestellten Überlegungen ließen sich in einem Entwicklungsprogramm konkretisieren, das nach Senghaas die Chance einer Lösung der heute diskutierten Entwicklungsprobleme in sich bergen würde.

2.5 Kritik der Dissoziationstheorie

In der Auseinandersetzung mit der Dissoziationstheorie soll nicht vorrangig die innere Konsistenz und Logik ihrer Analyse überprüft, sondern vielmehr die Frage nach der Realisierungsfähigkeit der Vorstellungen dieser Entwicklungstheoretiker diskutiert werden.

Wenn die Strategie der partiellen Abkoppelung vom Weltmarkt den Anspruch erhebt, eine reale Alternative für die sich täglich verschärfende Situation der Entwicklungsländer darzustellen, dann müssen die konkreten Bedingungen für die Durchführung eines solchen Entwicklungswegs diskutiert werden.

Die Tatsache, daß ein immer größer werdender Anteil der Exporte für die Tilgung des Schuldendienstes verwendet werden muß, führt zu der Frage, ob bei einer - wenn auch nur temporären - Unterbrechung der außenwirtschaftlichen Aktivitäten - also Dissoziation - die Abhängigkeit der Entwicklungsländer von ihren Gläubigern verringert werden kann und vor allem, welche Kompensationsmöglichkeiten hinsichtlich der Bezahlung der Schulden durch Exporterlöse bestehen bzw. erarbeitet werden sollen. Nur die Durchsetzung von Forderungen, die z.B. die Nord-Süd-Kommission in ihrem Bericht erhoben hat, also die Änderung der Kreditvergabe- und Rückzahlungsmodi könnte für die Staaten der Dritten Welt die Dissoziation vom Weltmarkt als eine tatsächlich reale Perspektive erscheinen lassen. Dissoziation vom Weltmarkt setzt im Prinzip einen "anderen Weltmarkt" voraus.

Historisch betrachtet, muß für eine erfolgreiche nachholende Industrialisierung durch Abkoppelung ein bestimmtes Entwicklungsniveau vorhanden sein (118), was die Durchführbarkeit zusätzlich erschwert, da in den meisten Entwicklungsländern von diesem Niveau nicht ausgegangen werden kann.

Auf die methodischen Probleme weist in diesem Zusammenhang G. Simonis hin:

"Die Zweifel an der Tragfähigkeit der Argumentation von Amin und Senghaas ergeben sich aus deren theoretisch-methodischer Vorgehensweise, der Abstraktion und Generalisierung von bestimmten Strukturmerkmalen nationalstaatlich verfaßter Wachstumsökonomien. In diesem methodischen Ansatz werden einzelne Strukturmerkmale (Faktoren) der Wirtschaftssysteme isoliert und zu zwei Strukturmustern zusammengesetzt: der metropolitanen und der peripheren Tiefenstruktur ... Diese ruht auf einer 'falschen Abstraktion'. Strukturmerkmale werden isoliert und zu Konfigurationen zusammengesetzt, die historisch gewonnene Resultate von Entwicklungsprozessen beschreiben" (119).

Unabhängig davon, daß die Gesellschafts-, Sozial- und auch Wirtschaftssysteme von unterentwickelten Ländern einerseits und Industriestaaten andererseits strukturelle Unterschiede aufweisen, ist der kritischen Betrachtung Simonis' insofern zuzustimmen, als bei dieser Methodik von der historisch-konkreten Entwicklung der verschiedenen Systeme und Gesellschaften abstrahiert werden muß und gleichzeitig Konzepte aus dieser Analyse entstehen, die gerade in ihrer Allgemeingültigkeit für die Entwicklungsländer bezweifelt werden müssen.

"Für die Peripherie hat der ... Nachweis, die entwickelten Industriegesellschaften würden sich auf der Basis einer autozentrierten Tiefenstruktur entwickeln, wenig Relevanz, wenn die Chancen für die Etablierung einer kohärenten Struktur aufgrund der Weltmarktentwicklung und der durch sie verursachten Zunahme der strukturellen Heterogenität ihrer Gesellschaftssysteme immer geringer werden" (120).

Nicht nur hinsichtlich der Weltmarktstruktur, die äußerst enge Grenzen für eine "andere" Entwicklung setzt, sondern auch die inneren Herrschafts- und Besitzverhältnisse erscheinen als eminenter Hemmfaktor für eine Rückbesinnung auf die Herausbildung einer Wirtschaftsstruktur, die Abschied nimmt von einem Akkumulationsmodell auf der Basis einer Verbindung von Exportproduktion und Luxuskonsumgütern und auf die Produktion von Massengütern als entscheidendes Mittel zur Entwicklung eines inneren Marktes setzt. Die gesamtgesellschaftliche Dimension, die dieses Konzept zweifelsfrei besitzt, wird leider in der Diskussion über autozentrierte Entwicklung oft vernachlässigt. Amin und Senhaas betonen zwar die Notwendigkeit von sozialen Reformen, besonders im Agrarsektor, eine Realisierung ihres Entwicklungsmodells setzt allerdings eine radikale Veränderung und die Ablösung der herrschenden Eliten in den Entwicklungsländern voraus, wobei unklar bleibt, wer die Träger einer solchen Bewegung sein könnten und in welchem Modell eines politischen Systems eine autozentrierte Wirtschaftsreform ihr Pendant finden würde.

Gerade die historischen Erfahrungen lehren, daß selbst die im Verlauf des antikolonialen Kampfes stattgehabte gesellschaftliche Umwälzung nicht zu autozentrierten Gesellschaftsformen führte, die aus der Dynamik des Binnenmarktes ihre Anstöße erhielten.

"Vielmehr war das Ergebnis der Modernisierungsversuche trotz aller bewirkten Veränderungen die neue oder erneute Einbindung in den Weltmarkt als Teil seiner von den kapitalistischen Metropolen beherrschten und abhängigen Peripherien ... Die Analyse des Scheiterns nachholender kapitalistischer Entwicklung kann nicht objektivistisch im Sinne 'nur falscher Entscheidungen' aus dem Vergleich gesamtgesellschaftlich an sich sinnvoller Entwicklungsschritte mit dem täglichen Prozeß erfolgen. Vielmehr muß von den zentralen Interessen der peripheren Bourgeoisie als hegemonialer Klasse dieses Entwicklungsprozesses ausgegangen werden. Ihre Interessen sind nicht identisch mit gesamtgesellschaftlicher Entwicklung" (121).

Neben dem Imperativ der Abkopplung und der inneren Umstrukturierung formuliert Senghaas als drittes entwicklungspolitisches Ziel die verstärkte wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit unter den Entwicklungsländern als Alternative zur Weltmarkteinbindung.

Angesichts des starken Differenzierungsprozesses unter den Staaten der Dritten Welt erscheint diese Forderung zumindest in ihrer globalen Form als problematisch. Zwar einigten sich die Entwicklungsländer in der UNCTAD - durch die entscheidenden Anstöße der Gruppe der 77 - auf einen Forderungskatalog gegenüber den Industriestaaten, aber die Akzente und Wünsche divergieren stark aufgrund des unterschiedlichen Entwicklungsstandes bzw. der Schwellenländer, der OPEC-

Staaten oder der ärmsten Länder südlich der Sahel-Zone. Die anzustrebende Solidarität unter den Entwicklungsländern drückt sich mehr in politischen Proklamationen als in praktischer Zusammenarbeit aus. Auch geben die oft sehr unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Vorstellungen nicht gerade Impulse für eine enge wirtschaftliche Kooperation. Selbst wenn hier Übereinkünfte gefunden werden könnten, die zu einer engen regionalen wirtschaftlichen Kooperation führen würden, stellt sich als weiteres Problem paradoxerweise die eigentliche Voraussetzung für erfolgreiche Zusammenarbeit: die ähnliche oder gleiche Wirtschaftsstruktur dieser Länder, die Handel nur in einem beschränkten Umfang zulassen, die aber nicht die Handelsbeziehungen mit den Industriestaaten, die im wesentlichen industrielle Erzeugnisse liefern, ersetzen können. Zusätzlich leiden die schon bestehenden Wirtschaftsgemeinschaften an akutem Kapitalmangel, der die Realisierung von Entwicklungsprojekten schon im Ansatz ersticken läßt.

Mit diesen kritischen Anmerkungen zu der Dissoziations-theorie soll keinesfalls ihr Verdienst geschmälert werden, grundsätzliche Probleme einer Entwicklungsstrategie aufgeworfen und die strukturellen Besonderheiten abhängiger Gesellschaften besser als die traditionellen Konzepte erfaßt zu haben. Nur angesichts der wachsenden Probleme in der Dritten Welt - und nicht allein in Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung - besteht m.E. die Gefahr, daß die Debatte über Dissoziation und

autozentrierte Entwicklung - wenn sie nicht die politischen und ökonomischen Voraussetzungen und die konkreten Durchsetzungsmöglichkeiten in ihre Überlegungen miteinbezieht - im akademischen Rahmen beschränkt bleibt und sich nicht zu einer wirtschaftspolitischen Programmatik der Dritten Welt entwickeln kann.

Zusätzlich ergibt sich ein der Dissoziationstheorie immanentes Dilemma:

"Je größer die Unterentwicklung, je geringer somit das Niveau der Bedürfnisbefriedigung ist, desto geringer ist die Erfolgswahrscheinlichkeit für eine dissoziative Entwicklungspolitik" (122).

Neben den Kritiken, die sich mehr auf der sozioökonomischen Ebene bewegen, sei hier noch ein politischer Einwand genannt: der nationalstaatliche Isolationismus vieler kleiner Entwicklungsländer läßt nur in einem sehr begrenzten Umfang einen Binnenmarkt zu.

3. Nationalismus und Nationalstaat in Afrika

Anders als in den bürgerlichen Revolutionen in Europa konnte sich der antikoloniale Kampf in Afrika des frühen 20. Jahrhunderts nicht auf eine gesellschaftspolitische Programmatik stützen, in der sich die Vorstellungen einer nachkolonialen Gesellschaft und eines darauf aufbauenden Staatswesens reflektierten. Vielmehr erschöpfte sich die Agitation gegen den Kolonialismus in dieser Zeit weitgehend auf die Forderung nach Autonomie und Unabhängigkeit für das schwarze Afrika (so etwa auf dem Fünften Panafrikanischen Kongreß 1945 in Manchester). Proklamiertes Ziel war die Bestätigung und Ausübung des in der UN-Charta verbrieften "Selbstbestimmungsrechts aller Völker" (123).

Der von "außen" aufgezwungene Kampf fand seine Identität in der Negation eben dieser Fremdherrschaft und nicht in der Formulierung eines Programms, das das aufoktroyierte System überwinden und in eine neue gesellschaftspolitische Perspektive transformieren konnte.

Dabei waren die antikolonialen Emanzipationsbewegungen - von der objektiven Lage her gesehen - grundsätzlich vor zwei Aufgaben gestellt: einmal sollte der Kolonialismus beseitigt und zum anderen die ökonomische Rückständigkeit überwunden werden. Denn der Abzug der Kolonialtruppen bedeutete noch nicht die Beseitigung von materieller Not und Elend (124).

Die Forderungen nach Unabhängigkeit und Selbstbestimmung fanden in den afrikanischen Kolonien ihren ideologischen Ausdruck in einer spezifischen Form des Nationalismus (125).

Dieser Nationalismus in seinen unterschiedlichen Varianten konnte sich auf den gewaltsamen und willkürlichen Prozeß der Nationenbildung durch die Kolonialherrschaft stützen. Daraus entwickelte sich im kolonialen Kampf ein politisches Bewußtsein, das gemeinsames Handeln gegen das Kolonialsystem ermöglichte.

Die Kolonialpolitik setzte trotz Etablierung eines einheitlichen Staatsgebildes stets auf die Spaltung und Zersplitterung der Kolonisierten.

"Der Kolonialismus ist , seiner Struktur nach, separatistisch und regionalistisch. Er begnügt sich nicht damit, die Existenz von Stämmen festzustellen, er verstärkt ihre Zwietracht, er entzweit sie" (126).

Demgegenüber versuchte der afrikanische Nationalismus, die Integration der heterogenen Bevölkerungsstruktur zu erreichen, die aus der willkürlichen Grenzziehung bei der Aufteilung Afrikas unter den führenden europäischen Kolonialmächten resultierte, die die Stämme und sozialen Gemeinschaften willkürlich auseinanderriß und zu neuen Staatsgebilden zusammenfügte. Die Überwindung von Stammesdenken und separatistischen Tendenzen war die Voraussetzung für einen erfolgreichen Unabhängigkeitskampf.

Für die Herausbildung des afrikanischen Nationalismus sind seine ideologischen Wegbereiter von großer Bedeutung: die sog. "Kolonialintellektuellen" (127).

"Es waren in der Regel die gebildeten und am weitesten von der traditionellen afrikanischen Kultur emanzipierten Angehörigen dieser Mittelklasse ('évolués', 'educated Africans'), die in der Masse der Eingeborenen gleichsam als Sauerteig wirkten und schließlich die entscheidenden Initiativen zum Erwachen des afrikanischen Nationalismus formulierten" (128).

Der Rückgriff der "Kolonialintellektuellen" auf die vorkoloniale Geschichte und Kultur und deren Idealisierung - ein wesentliches Element in der Theoriebildung des afrikanischen Nationalismus - wird von Frantz Fanon als eine - bedingt durch die Stellung der afrikanischen Eliten im Kolonialsystem - Suche nach einer neuen Identität interpretiert.

"Vielmehr greifen die westlichen Kolonialintellektuellen, vor deren Augen der Kolonialismus alles Autochtone in Frage stellte, auf ihre vorkoloniale Geschichte zurück, weil sie nach ihrer Europäisierung weder vom Kolonialsystem als 'volle Menschen' noch von den traditionellen Kräften ihres Volkes als Dazugehörige akzeptiert werden; sie sind identitätslos geworden. Die rückwärts gewandten Utopien als Momente des kulturellen Nationalismus dieser Intellektuellen sind der Versuch, die kulturelle Entfremdung zu überwinden ..." (129).

In einem Artikel über "Das politische Denken Lumumbas" beschreibt Jean Paul Sartre diesen widersprüchlichen Entwicklungsprozeß eines "évolué" im Kongo unter belgischer Herrschaft. Die "évolués" bildeten eine soziale

Schicht, die im Verlauf der Kolonisierung eine unentbehrliche Hilfskraft der ausländischen Unternehmen und der lokalen Verwaltung wird. Lumumba hat selber die Widersprüchlichkeit seiner sozialen Stellung als "évolué" in der belgischen Kolonialverwaltung erfahren: einerseits wußte er, daß seine Klasse, die für die Bedürfnisse der Kolonialherrschaft aus dem Boden gestampft und von den afrikanischen Massen isoliert wurde, keine Zukunft außerhalb des Kolonialsystems hatte, andererseits diese Zukunft ihm durch die Kolonialherren und die Verwaltung definitiv verschlossen wurde (130).

"An eine 'belgisch-kongolesische Gemeinschaft' glaubt er (Lumumba) schon nicht mehr, als er sie vorschlägt: er hatte die Starre des Systems, das ihn herangebildet hat, um ihn besser ausbeuten zu können, endlich entdeckt; keine Reform ist denkbar, aus dem einzigen Grund, daß der Kolonialismus sich durch Zwang erhält und verschwindet, wenn er Konzessionen macht. Die Lösung kann nur revolutionär sein: der Bruch mit dem Mutterland, die Unabhängigkeit" (131).

Der Entwicklungs- und Erkenntnisprozeß Patrice Lumumbas erscheint keineswegs als eine Ausnahme, sondern kennzeichnet vielmehr den Weg jener "évolués", die in der "Reformierung" des Kolonialsystems weder eine persönliche noch eine gesamtgesellschaftliche Perspektive sahen und sich konsequenterweise zu radikalen Nationalisten - wenn auch unterschiedlicher Prägung - entwickelten.

Der Rekurs des afrikanischen Nationalismus auf die vorkoloniale autochthone Kultur führte zu einer unkritischen Betrachtung und Idealisierung der vorkolonialen Gesellschaftsformen und als deren Kehrseite zu einer radikalen Abwehr europäischer Wertvorstellungen und kultureller Errungenschaften. Die Erklärung in der Darstellung der afrikanischen Agrargesellschaften vor ihrer Unterwerfung durch den europäischen Kolonialismus fand ihren Ausdruck in der Auffassung, daß zu dieser Zeit vorwiegend egalitäre Wirtschafts- und Sozialstrukturen herrschten.

Zusätzlich konnte die Idealisierung und Übertragung dieser Gesellschaftsformationen gegen die eigene Bevölkerung gewendet werden: In Tansania legitimierte im Rahmen des "Ujamaa"-Modells die Rückbesinnung auf die vorkolonialen Strukturen die Bekämpfung der gesellschaftlichen Organisationen der tansanischen Arbeiter und Bauern, da diese nicht mit dem Ideal einer afrikanischen Familiengemeinschaft (132) als Grundmuster des tansanischen Sozialismus vereinbar seien (133).

Die die Rehabilitierung der afrikanischen Kultur implizierende Abkehr von europäischen Einflüssen erscheint insofern widersprüchlich, als die geistigen Träger des afrikanischen Nationalismus keinesfalls in den traditionellen Lebensformen wurzeln, sondern bereits in die modernen Wirtschafts- und Sozialstrukturen integriert sind. Sie suchen ihre Interessen nach dem Muster europäischer Organisationsformen und Argumentationsweisen durchzusetzen (134).

"Der kolonisierte Intellektuelle macht sich nicht bewußt, daß er genau in dem Moment, da er sich bemüht, eine Kultur zu schaffen, Techniken und eine Sprache benutzt, die dem Okkupanten entliehen sind. Er begnügt sich damit, diese Instrumente mit einem Siegel zu versehen, das national sein soll, jedoch merkwürdig an Exotismus erinnert" (135).

In der Identitätskrise des Kolonialintellektuellen kann zwar ein wesentliches Erklärungsmoment für das Spezifische des afrikanischen Nationalismus enthalten sein, als einzige Erklärung erscheint mir das nicht ausreichend. Die Rückbesinnung auf die vorkoloniale Kultur drückt gleichsam den Mangel an einer vorwärtsgerichteten Projektion aus. Die afrikanischen Nationalisten entwickelten in ihrem Kampf für nationale Souveränität und Selbstbestimmung keine Theorie der Emanzipation. Amilcar Cabral führt aus:

"Wir müssen erkennen, daß wir selbst und die anderen Befreiungsbewegungen im allgemeinen ... es nicht verstanden haben, diesem wichtigen Problem unseres gemeinsamen Kampfes alle notwendige Aufmerksamkeit zu widmen. Der theoretische Mangel, um nicht zu sagen, das vollständige Fehlen revolutionärer Theorie bei den nationalen Befreiungsbewegungen - der sich schon in der Unkenntnis der historischen Realität, die diese Bewegungen verändern wollen, erweist - bildet eine der größten, wenn nicht die größte Schwäche unseres Kampfes gegen den Imperialismus" (136).

Konnte der Nationalismus in der Phase des antikolonialen Kampfes kein präzises Ziel, keine gesellschaftspolitische Perspektive angeben, so drückte er doch zumindest den Emanzipationswillen der unterdrückten Völker aus und etablierte sich zur integrativen Ideo-

logie im Kampf für die Unabhängigkeit. In den unabhängigen Staaten erfuhr diese Ideologie jedoch einen schroffen Funktionswandel.

Der Kampf gegen den Kolonialismus wurde zwar von der übergroßen Mehrheit der afrikanischen Bevölkerung in den jeweiligen Staaten getragen, die politischen und ideologischen Führer waren jedoch im wesentlichen die "Kolonialintellektuellen" (137).

Andreas Buro unterscheidet in diesem Zusammenhang zwei grundsätzlich verschiedene Entwicklungswege bei der Neuordnung gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse in und nach der Dekolonisation. Dabei fällt dem "modernistischen" Kleinbürgertum eine zentrale Rolle zu, da in unterentwickelten Gesellschaften die "neuen" Klassen, Bourgeoisie und Proletariat nur rudimentär entwickelt sind. Dem "modernistischen" Kleinbürgertum eröffnen sich nach Erlangung der Unabhängigkeit zwei Optionen:

"Die sich am häufigsten durchsetzende Konstellation, die peripher-kapitalistische, besteht in der Bildung eines herrschenden Blocks zusammen mit einheimischer und ausländischer Bourgeoisie... Die dann schließlich doch fortgesetzte peripher-kapitalistische Koalition kann als Versuch des Kleinbürgertums gewertet werden, seine Klasseninteressen im Rahmen des peripheren Kapitalismus unter Überwindung der ökonomischen Stagnation und durch Erschließung neuer Außeneinnahmen zu verfolgen ... Die zweite mögliche Orientierung der modernistischen Fraktion des Kleinbürgertums zielt auf einen Ausbruch aus der kapitalistischen Produktionsweise und auf eine weitgehend staatlich organisierte und vermittelte Organisation. Sie richtet sich

auf die etatistische Produktionsweise und tendenziell auf das, was heute in den nichtkapitalistischen Entwicklungsländern als bürokratische Gesellschaftsformation bezeichnet werden kann" (138).

In der postkolonialen Phase wächst die Gefahr, daß der Nationalismus zusehends zur Herrschaftsideologie der an der Macht befindlichen Klasse degeneriert. Da der Nationalismus im wesentlichen als Instrument zur Erlangung der politischen Unabhängigkeit fungierte und dementsprechend eine gesellschaftspolitische Perspektive - wenn überhaupt - oft in verklärter Form als Rückgriff auf die präkolonialen Gesellschaftsformationen existierte, traten nach der Unabhängigkeit die politischen Führungen und Träger des anticolonialen Kampfes mit ihren spezifischen Interessen in den Vordergrund. Der afrikanische Nationalismus entwickelt sich zu einer integrativen Ideologie im negativen Sinne: die innergesellschaftlichen Widersprüche, die aus der Heterogenität der Bevölkerung und den entsprechenden heterogenen Interessen und Ansprüchen resultieren, werden negiert, d.h. mit Hilfe einer starken Regierung "ausgeschaltet" (139).

"Nach Erlangung der formalen Unabhängigkeit zeigte sich aber allenthalben bald, daß dieser 'koloniale' Nationalismus, wie man ihn nennen mag, eine integrative Funktion im schlechten Sinne einer Mobilisierung zur Überwindung der Unterentwicklung hatte, er half, eine Integration zu erreichen im Rahmen eines korrupten, entweder pseudodemokratischen oder militärdiktatorischen Systems" (140).

In diesem Sinne orientierten sich die politischen Ordnungsvorstellungen, die dem nationalen Aufbau der jungen afrikanischen Staaten zugrunde gelegt wurden, an der Erlangung und Erhaltung der politischen "Stabilität", der nationalen Einheit und an dem Bedürfnis nach zentraler Planung und Kontrolle der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Vorgänge. Als integrative Funktion schien dafür die nationale Einheitspartei geeignet, die dreiviertel aller Staaten, die seit 1957 die Unabhängigkeit erlangten, institutionalisierten (141).

Im Zusammenhang mit der Erlangung der Unabhängigkeit und der anschließenden Etablierung der Machtverhältnisse unter Führung des afrikanischen Kleinbürgertums weist Jean Paul Sartre auf den Bewußtseinsprozeß innerhalb dieser Klasse hin:

"Aber das entstehende Kleinbürgertum muß notwendigerweise den Fehler der französischen Bourgeoisie zur Zeit der Revolution wiederholen: angesichts eines noch nicht organisierten Proletariats ohne klare Forderungen und einer Bauernschaft, aus der es hervorgegangen ist und deren Ziele es zu kennen glaubt, hält es sich für die universale Klasse; die einzige Unterscheidung, der es vielleicht Rechnung tragen würde, fällt nicht in den Bereich der Wirtschaft; die évolués definieren sich selbst ... nach dem Grad ihrer Ausbildung, die Bildung, die sie empfangen haben, ist ihr Stolz und ihre innerste Substanz: sie erlegt ihnen, so denken die Besten, die heilige Pflicht auf, ihre analphabetischen Brüder aus den Arbeitslagern und dem Busch zur Autonomie oder zur Unabhängigkeit zu führen" (142).

Der Nationalismus entwickelt sich damit in der postkolonialen Phase zu einer Ideologie, die offiziell die sozialen Interessen der gesamten Bevölkerung formuliert, in Wirklichkeit aber die Herrschaft jener Kräfte verschleiert, "die den Unabhängigkeitskampf bereits elitär geführt haben und die nunmehr anstelle des kolonialen Systems zur politischen Herrschaft gelangen" (143).

Obwohl der afrikanische Nationalismus keine soziale Perspektive weisen kann, wird von den meisten seiner Verfechter die Überwindung der Unterentwicklung durch einen schnellen Industrialisierungsprozeß als vorrangige Problemlösung gesehen. Dabei werden i.a. in ungenügendem Maße die aus der kolonialen Wirtschaftspolitik entstandenen spezifischen ökonomischen Probleme dieser Länder berücksichtigt. Es gewinnt der neugeschaffene Nationalstaat als institutioneller Rahmen und Organisationsform für diese Entwicklung zunehmend an Bedeutung. Diese Tendenz wird durch die Nichtexistenz einer "nationalen Bourgeoise" verstärkt, d.h. eine "nationale Bourgeoise" kann sich nicht durch die nach der politischen Selbständigkeit fortdauernde Abhängigkeit vom ausländischen Kapital im weitesten Sinne zu einem wirtschaftspolitisch relevanten Faktor entwickeln.

Insbesondere in Schwarzafrika verhinderte die Kolonialpolitik im Unterschied zu asiatischen und lateinamerikanischen Kolonien eine frühzeitige Industrialisierung,

die erst nach der Unabhängigkeit begann und fast ausschließlich vom Auslandskapital durchgeführt wurde (144).

Der durch die Dominanz des ausländischen Kapitals eingeeengte Handlungsspielraum des Staates konnte - wenn seine Träger sich nicht nur auf verwaltende Funktionen beschränken wollten - allein durch die Verstaatlichung des ausländischen Kapitals oder sog. "joint ventures" erweitert werden.

Durch die Nationalisierung ausländischer Unternehmen und/oder einer Partizipation an den - besonders im Exportsektor - erzielten Gewinnen, schuf sich die "Staatsklasse" (145) in den meisten Fällen zwar keine eigene ökonomische Basis, aber einen hohen Anteil am gesellschaftlichen Mehrprodukt.

Der Staat verfolgte in den Entwicklungsländern eine oft widersprüchliche Strategie: einerseits wurde versucht, das Auslandskapital mit Standortvorteilen anzulocken, um mit seiner Hilfe eine industrielle Entwicklung in Gang zu setzen, andererseits wurde eine Politik der Abschöpfung der Profite des Auslandskapitals über Exportzöllen, Einkommensteuern etc. betrieben (146). Welche Richtung die staatliche Politik in dieser Phase in den Entwicklungsländern nimmt, hängt eng mit den gesamtgesellschaftlichen Konstellationen und Machtverhältnissen zusammen, so daß unterschiedliche Modelle durchaus denkbar und auch zu beobachten

sind. Nicht nur der Versuch, Macht und Einkommen zu maximieren, spielte bei diesen politischen Entscheidungsprozessen eine Rolle, sondern auch der Legitimationszwang gegenüber anderen Gesellschaftsschichten, die eine Partizipation am gesellschaftlichen Reichtum forderten (147).

Der relativ große Handlungsspielraum einer "Staatsbourgeoisie" ("state bourgeoisie") in Zaire nach den Verstaatlichungsmaßnahmen, die eine "umfassende Kontrolle über die ökonomischen Ressourcen des Landes garantierte" (148), kommt in der Analyse Peemans zum Ausdruck:

"Through its control of the state (the new class) is able, as a group, to control the capital accumulation process in Zaire, and is responsible for the conditions of its relation to the international system; the use of state power is likewise the means by which individual members of the emerging class can insert themselves into the structures of capital ownership, not only as administrators of State and mixed economy enterprise, but also through savings on high salaries, various earnings and sideline incomes channelled by the exercise of public authority. Savings can be invested in trade, transport and real estate, or converted into land. The State bourgeoisie can acquire a more secure economic position and can join the upper ranks of the commercial bourgeoisie" (149).

Die Gefahr der Verselbständigung der Staatsfunktionen im Interesse der sich an der Macht befindlichen Herrschaftsschicht vergrößert sich in dem Maße, in dem der Staat aufgrund einer fehlenden entwickelten ökonomischen, insbesondere industriellen Substruktur eine immer stärkere sozioökonomische Funktion einnimmt.

"Die ursprüngliche Legitimationsbasis für die Existenz dieses Apparates - organisatorische Klammer für den Aufbau der Nation zu sein - verkommt immer mehr zum Selbstzweck: die Bürokratie ver-selbständigt sich und ihre Träger konstituieren sich als dominierende Elite, die nicht - wie historisch in den Industrieländern das Bürgertum - aufgrund ihrer wirtschaftlichen Macht politische Mitsprache verlangt, sondern deren einzige gesellschaftliche Grundlage der Staatsapparat ist" (150).

Die spezifischen Bedingungen des Konstitutionsprozesses der Nationalstaaten in den unabhängig gewordenen Staaten in Schwarzafrika führen heute zu einer Krise der politischen Institutionen (151). In einem Interview anlässlich eines wissenschaftlichen Hearings der "World Futures Studies Federation" führt Samir Amin aus, daß in Afrika die staatlichen Institutionen, die oft als Fremdkörper wahrgenommen wurden, gar nicht zum Tragen kommen konnten. Die Vorstellung, daß Entwicklung letztendlich zur Demokratie führen wird, hat sich als Trugschluß erwiesen (152).

Die konstatierte Krise äußert sich u.a. in dem Wiederaufleben von Kulturen und Religionen, sei es nun der islamische oder christliche Fundamentalismus.

In bezug auf Afrika heißt das laut Amin:

"Authentizität. Wissen Sie, Authentizität hat nichts mit Identität zu tun. Und die zweite afrikanische Seuche: es wird immer das zum Erbe und zur Tradition erklärt, was zum Nutzen der 'Regierenden' dient. Sehr oft ist das jedoch das Koloniale, das Westliche, der Konsum" (153).

Während auf der o.a. Konferenz die Vertreter aus Afrika mit Ausnahme von Samir Amin einen starken Staat forderten, der sich gegen multinationale Gesellschaften behaupten und durchsetzen kann und dem das Volk vertrauen könne (154), versucht Amin einen neuen Denkansatz zu entwickeln:

"De-Linking' - für mich ist das nicht einer Abkapselung oder Abkoppelung gleich, es ist wie self-reliance eine neue Denk- und Orientierungsweise, die ohne große Ideologie, realistisch, pragmatisch die Wirklichkeit vor der Haustür ins Visir nimmt ... Auf allen Bereichen müssen wir wieder lernen, in kleineren Räumen zu handeln ... Wir gehen durch einen schmerzlichen Prozeß der Ablösung und des Zerfalls ... Aber wir brauchen zuerst die Auflösung, bevor wir mit einem Neuaufbau beginnen können. Das ist der Punkt, wo der Politiker zu zittern beginnt, denn auch er weiß heute, daß keiner von Punkt A nach Punkt B kommen kann, ohne A ganz hinter sich zu lassen ... Und auch er weiß, daß solche Übergänge nicht durch Wahlen erreichbar sind. Man kann einfach nicht entkolonisieren, indem man Wahlen abhält ... Uns hilft Fundamentalismus nichts. Wir brauchen etwas Neues, das ist Afrika. Die Auseinandersetzung im kleinen mit der Wirklichkeit ökonomischer und ökologischer Art, politischer und sozialer Art" (155).

Ob diese Darlegungen freilich eine konkrete Entwicklungsperspektive bieten können, erscheint sehr fraglich. Zu allgemein und verschwommen bleiben diese Ausführungen.

3.1 Staat und Partei in Zaire nach der Unabhängigkeit

"Unlike the British and the French colonial regimes, the Belgians had not prepared Zaire for a more or less gradual transition to independent statehood. Political parties were prohibited until the last two years of the colonial regime; it has been said that many of the Zairian politicians only met to the first time when they went to Brussels for the Table Ronde discussions just a few months prior to the attainment of political independence" (156).

Die neue politische Führung nach der Unabhängigkeit in der staatlichen Administration setzte sich daher zwangsläufig aus einer schmalen Schicht ehemaliger "évolués" zusammen, die unter dem belgischen Kolonialregime in der öffentlichen Verwaltung oder auch in der Verwaltung privater Unternehmen beschäftigt waren. Unter der Kolonialherrschaft zielten ihre Forderungen zunächst auf einen höheren politischen und gesellschaftlichen Status, um ihnen Zugang zu höheren Positionen zu ermöglichen. Erst später - als sich eine breite antikoloniale Massenbewegung entwickelte, forderten sie die Erlangung der politischen Souveränität und stellten sich an die Spitze der antikolonialen Agitation.

Die begrenzten politischen Erfahrungen dieser "Elite" und die spezifischen Bedingungen, unter denen sich der Unabhängigkeitskampf entfaltete - können zum einen Teil die besonderen Schwierigkeiten der neuen Regierung er-

klären, das Land nach dem Abzug der Belgier zu regieren. Sie können auch zur Erklärung des erfolgreichen Putschs des General Mobutu 1965 beitragen, der bei wichtigen Politikern, Parteien und Verbänden positive Reaktionen fand.

Nach der Unabhängigkeit war auf der Grundlage eines Entwurfs von UN-Experten eine Verfassung erarbeitet worden, die am 24. Juni 1964 in Kraft trat. Sie beinhaltete eine föderative Staatsform, die den Provinzen gegenüber der Zentralregierung Verwaltungsautonomie zusicherte und die Herstellung wechselseitiger Bindungen zwischen den Provinzen anstrebte.

Eine föderative Struktur wurde auch von der belgischen Kolonialverwaltung favorisiert. Sie stieß auf heftige Ablehnung von Patrice Lumumba, der am 30. Januar 1960 auf einer Sitzung der belgisch-kongolesischen "Table Ronde" die föderalistische Tendenz folgendermaßen beurteilte:

"Unter dem Vorwand des Föderalismus will man einen Separatismus nach ethnischen Kriterien großzüchten. Zum Schluß wird die Stammeszugehörigkeit den Ausschlag geben" (157).

Das angestrebte politische System wies starke Ähnlichkeiten zu den politischen Institutionen des belgischen Parlamentarismus auf. Im "Loi fondamentale" von 1960 wurde festgelegt:

"Die Exekutive hat zwei Häupter, das Parlament hat zwei Kammern, die rechtsprechende Gewalt hat über die Verfassungs- und Gesetzmäßigkeit zu wachen. An der Spitze der Exekutive steht das Staatsoberhaupt, es wird von dem Kongreß, der Vereinigung beider Kammern gewählt. Seine Machtbefugnisse sind den traditionellen Befugnissen eines Staatsoberhauptes gleich; das die Gegenzeichnung der verantwortlichen Minister erfordert. Art. 22 zufolge ernennt und entläßt es den Ministerpräsidenten und die Minister" (158).

Der Staatsstreich von General Mobutu 1965, der schon am 14. September 1960 die Regierung und den Staatspräsidenten abgesetzt hatte, die Kammern einstweilen aufgelöst und den "College des Commissaires généraux" als Regierung ernannt hatte, war bei formaler Anerkennung der Verfassung von 1964 von vornherein gegen die etablierte politische Struktur gerichtet: Staatspräsident und Regierung wurden gestürzt, das Prinzip der Gewaltentrennung aufgehoben, dem Parlament seine legislative Funktion entzogen, Parteien, Verbände und Gewerkschaften verboten.

"Gestützt auf das Beratergremium des 'Conseil de Législation' regierte der Generalpräsident seit dem 30. November mit Hilfe von Dekreten, welche die Kammern diskutieren und sanktionieren durften. Diese Innovation begründete Mobutu mit der Notwendigkeit rascher Entscheidungen zur 'Rettung des Landes' erforderlicher Maßnahmen" (159).

Die folgenden Jahre waren von den erfolgreichen Bemühungen geprägt, die Macht in den Händen des Generals Mobutu zu konzentrieren und zu monopolisieren. Diese Tendenz fand schließlich auch in der Verfassung von 1976 ihren Ausdruck, in der ein Präsidialsystem konstitutionell verankert wurde.

"Als alleiniges Haupt der Exekutive hat der Präsident der Republik die Exekutive ungeteilt in den Händen. Er wird in direkter und allgemeiner Wahl auf sieben Jahre gewählt und kann beliebig oft wiedergewählt werden. Ausgenommen der in Artikel 34 vorgesehene Fall des Hochverrats, ist der Präsident nur dem kongolesischen Volk verantwortlich. Er ernennt und entläßt die Minister, die nur vor ihm verantwortlich sind. Indem die Verfassung die Trennung der Gewalten betont, entzieht sie den Präsidenten der Republik jeder direkten Kontrolle durch die Legislative, die nicht berechtigt ist, Debatten über seine Botschaften zu veranstalten" (160).

Der parteipolitische Pluralismus, der im "Loi fondamentale" und in der Verfassung von 1964 verankert war, mußte in der Verfassung von 1976 der Notwendigkeit weichen, die Entwicklung eines "Nationalbewußtseins" zu fördern. Die Zahl der im Rahmen der Republik zulässigen Parteien wurde 1976 auf zwei reduziert.

Hinsichtlich der bestehenden Verwaltungsstruktur wurde eine Reform durchgesetzt, die die Zentralisierung der politischen Institutionen beinhaltete. Die neu geschaffenen Strukturen bedeuteten einen Verlust der weitgehenden Autonomie für die Provinzen, der im "Loi fondamentale" noch zementiert war:

"... La 'Loi fondamentale' du 19 mai 1960 préparatoire à l'indépendance zairoise s'orienta vers l'instauration d'un système quasi-fédéral. Elle éleva les provinces au rang de véritables Etats provinciaux et leur conféra une large autonomie politique et administrative ... De même que les services entéraux de l'époque avaient donné naissance à des ministères. Les services provinciaux se muèrent en 'ministères provinciaux', placés sous l'autorité d'un président provincial par province" (161).

Auch die Verfassung von 1964 verteidigte noch das Prinzip der Autonomie der Provinzen, wenn auch mit Einschränkungen:

"... en prescrivant que les gouvernements provinciaux ne seraient plus dirigés par des 'présidents provinciaux', entourés de 'ministres', mais plus modestement par un gouverneur et de membres de gouvernement" (162).

Unter der Regierung Mobutu wurde 1976 die Zahl der Provinzen von 21 auf 8 reduziert und die Provinzverwaltungen reorganisiert. An die Stelle der gewählten Provinzpräsidenten traten die von der Regierung in Kinshasa eingesetzten Provinzgouverneure und -kommissare, die unter der direkten Kontrolle der Zentralregierung standen. Der Status der Provinzversammlung (assemblées provinciales) wurde geändert und ihr Aufgabenbereich auf Beraterfunktionen ("conseils de province simplement consultatifs") eingeschränkt.

Ihre ideologische Legitimation fanden diese Zentralisierungsmaßnahmen im Namen der Schaffung eines "Etat unitaire", als "reaction d'autodéfence d'une unité nationale ébraulé par les particularismes provinciaux ou tribaux" (163).

Ein starker Nationalstaat wurde als Heilmittel gegen ökonomische und soziale Probleme wie auch gegen politische Instabilität gepriesen, eine nationale Integration sollte eine effiziente Verwaltung garantieren.

Mit der Gründung der Einheitspartei "Mouvement Populaire de la Révolution" (MPR) am 19. April 1967 wurde die Absicht verfolgt, die Bevölkerung zur Unterstützung der Politik der Regierung zu mobilisieren, in eine Partei zu integrieren sowie die latent vorhandenen politischen Unruhen und die Unzufriedenheit großer Teile der Bevölkerung mit der wirtschaftlichen Situation zu kanalisieren.

Die ideologische Grundlage war der "Nationalismus" (164), der später (1973) in dem Konzept der "authenticité" seinen konkreten Ausdruck fand und allen zairischen Staatsbürgern zu ihrer wahren Identität verhelfen sollte. Im MPR war die Stellung von Mobutu unangefochten:

"Der 'Congrès National' als formal oberste Parteinstanz unter Vorsitz seines 'fondateur et président national du parti, le général Mobutu ...' formulierte die Grundlagen der Partei- und Regierungspolitik, welche dem 'Bureau Politique' (BP) als höchstes Exekutivorgan der Partei zur Ausführung übertragen wurden" (165).

Die folgenden Jahre waren von dem Bemühen geprägt, Zaire in einen "MPR-Staat" umzuwandeln. Der MPR wurde zur höchsten politischen Institution erklärt ("le seul parti politique" et "l'institution suprême de la République") (166) und alle wichtigen Ämter und Positionen im Staatsapparat mit Parteifunktionären besetzt.

Neben der politischen Entmachtung der Provinzregierungen sollte auf diesem Weg ein zusätzliches Kontrollinstrument geschaffen werden.

"Aux termes d'une décision du bureau politique (1968), les autorités territoriales cumulent dorénavant, dans leur juridiction respective, la double qualité d'autorité administrative et de représentant du Parti. A l'échelon de la province (...), le gouverneur de province (commissaire de région aujourd'hui) exerce en même temps les fonctions de président régional du MPR" (167).

Seit der Verfassungsreform von 1974 ist der MPR identisch mit der zairischen Nation. Die Konzentration der politischen Macht bei dem Parteipräsidenten und dem Präsidenten der Republik findet hier ihren vorläufigen Höhepunkt. Gleichzeitig wird die Bedeutung der bestehenden politischen Organe reduziert. Schon 1966 war eine Entwicklung abzusehen, bei der die von Mobutu besetzten Konsultativorgane gegenüber den konstitutionell verankerten Organen eine zunehmend einflußreichere Rolle spielten. Die Reformen von 1972 übertrugen die Exekutivgewalt dem Präsidenten der Republik und den "commissaires d'Etat et Commissaires d'Etat adjoints" (168).

An dieser Machtkonstellation änderten auch die 1977 verkündeten Reformen nichts, die direkte Wahlen der Kandidaten für das Politbüro, der Legislative und der Kommunalverwaltung vorsahen (169). Die Dominanz des MPR blieb weiterhin bestehen.

"The 1977 political reforms had not won by the Zairian people, they had been granted, in monarchical fashion, by General Mobutu. As a result, candidates for the 1977 elections could neither challenge the authoritarian system nor present the electorate with any political programme or alternative political leadership" (170).

Dem Mobutu-Regime gelang nicht nur die Abschaffung der Institution der Opposition im Verlauf seiner Regierungstätigkeit, sondern auch die weitgehende Ausschaltung jeglicher oppositioneller Bewegungen mit Hilfe brutalen Staatsterrors. Die Inauguration des MPR als Einheits- und Staatspartei mit ihren politischen Implikationen ist fast schon typisch für den Dekolonisationsprozeß in Afrika nach dem 2. Weltkrieg - sofern man ihn als einen langwierigen Prozeß begreift.

4. Nationale Entwicklung Zaires seit der Unabhängigkeit

4.1 Historische Rahmenbedingungen

4.1.1 Zur vorkolonialen Geschichte

Schon vor der Entdeckung der Mündung des Zaires-Stroms durch portugiesische Seefahrer in den Jahren 1482-84 - bekannt wurde in diesem Zusammenhang der Entdecker Diego Cao - existierten verschiedene Königreiche im Gebiet des Kongo. Eines der ältesten Königreiche Afrikas soll sich in der heutigen Kasai-Provinz befunden haben (171). Das etwa im 5. Jahrhundert anzusiedelnde "Bakuba-Königreich" wird von Jules Archer als eine "highly sophisticated society" bezeichnet (172).

Die sich im 13. Jahrhundert und später herausbildenden Reiche waren in ihrer Gesellschafts- und Sozialstruktur der feudalen Organisation im mittelalterlichen Europa ähnlich. Das Land war in Provinzen und Distrikte untergliedert,

"an deren Spitze durch den König ernannte Würdenträger standen, seine Vasallen. Aus diesen Anfängen entwickelte sich langsam ein erbliches Lehensfürstentum. Die Großfürsten waren selbst kleine Könige in ihrem Gebiet. Die Dorfhäuptlinge bildeten den Adel" (173).

Die Ankunft der portugiesischen Seefahrer fiel wahrscheinlich in eine Zeit, in der sich die sakralen Königreiche des Kongo in einem kritischen Stadium befanden und sich Ablösungsbestrebungen der jeweiligen Provinzen von der Zentralgewalt bemerkbar machten, wo-

bei die auftretenden Widersprüche und die Schwächung der Feudalreiche von den europäischen Eroberern genutzt werden konnten (174).

Das vorherrschende Interesse der Portugiesen richtete sich seit der Erschließung der westlichen Landesteile auf den Sklavenhandel, dessen ökonomische und soziale Auswirkungen von einiger Reichweite waren. Die präkolonialen Reiche verfielen und wurden bedeutungslos. Revolten, z.B. der Bakongo Mitte des 17. Jahrhunderts, konnten durch die militärische Überlegenheit der Europäer niedergeschlagen werden.

"The Bakongo Kingdom itself, unable to recover from military defeat, had fallen into decay, becoming only a loose scattering of village tribes" (175).

Die Entdeckung und Erschließung des zentralen Kongobeckens durch H.M. Stanley in den Jahren 1874-77 hatte ein vehementes Interesse der führenden europäischen Staaten an einer Kolonisierung des Kongogebietes zur Folge und leitete damit eine Phase tiefgreifender Veränderungen im sozioökonomischen Sektor ein. Die auf Initiative des belgischen Königs Leopold II. in Brüssel einberufene "Internationale Geographische Konferenz" im Jahre 1876, auf der die "Internationale Afrika-Assoziation" gegründet wurde, war der Ausdruck dieser Tatsache. Das erklärte Ziel dieser Gesellschaft war die Erkundung Zentralafrikas und die Unterdrückung des arabisch-sansibarischen Sklavenhandels in diesem Gebiet (176).

Die im Auftrag des "Comité d'études du Haut-Congo" und später der "Association internationale du Congo" erneut durchgeführten Expeditionen Stanleys im Jahre 1879 schuf wesentliche Voraussetzungen für die Kolonialisierung des Landes. Die Landnahme erfolgte nach einem typischen kolonialen Muster:

"Within three years ... (Stanley) had established 30 ports and built a road through the jungle ... Stanley concluded treaties with river chiefs that gave Leopold exploitation rights to their territories in exchange for gun, bits of cloth and discarded uniforms" (177).

Das Territorium der "Association Internationale du Congo" wurde 1885 am Rande der Berliner Afrikakonferenz dem belgischen König Leopold II. zuerkannt. Im Interesse der anderen europäischen Staaten an der Ausbeutung der Rohstoffe im Kongogebiet und an einer uneingeschränkten Handelsfreiheit mußten von Leopold bestimmte Auflagen erfüllt werden:

- Neutralität für alle Zeiten,
- keine Einteilung von Monopolkonzessionen oder ähnlichen Privilegien, die die Handelsfreiheit beschränken könnten,
- Zollfreiheit und freier Handel für alle Nationen (178).

Eine Ausnahme bildete die Möglichkeit der Erhebung einer 10 %igen Einfuhrsteuer für den "unabhängigen" Kongostaat.

Beherrschendes Moment der wirtschaftlichen Entwicklung im Kongogebiet unter Leopold II. war die Ausbeutung

der Naturschätze - vor allem Sammelprodukte wie Elfenbein und Kautschuk, die den staatlichen und internationalen Konzessionsgesellschaften vorbehalten war. Unbesetztes Land wurde als "state property" deklariert.

Die Inangriffnahme von infrastrukturellen Maßnahmen schuf die Voraussetzung für die profitable Ausbeutung der vorhandenen Rohstoffe.

"Erst die Fertigstellung der Bahnlinie Matadi-Kinshasa, d.h. die Verbindung des Binnenbeckens mit dem Überseehafen im Jahre 1898, bedeutete den Beginn der Ausbeutungsepoche des äquatorialen Zentralafrika. Elfenbein und Kautschuk wurden Staatsmonopole, Zwangsarbeit wurde die Regel (Kongogreuel), Konzessionsgesellschaften begannen einen Raubbau an Menschen und natürlichen Ressourcen in großen Landesteilen" (179).

Der Kongostaat war stets mit der Hälfte der Aktien an diesen Konzessionsgesellschaften beteiligt.

Die Ausbeutung der afrikanischen Arbeitskräfte durch belgische und andere ausländische Firmen rückte von diesem Zeitpunkt an in den Vordergrund des Interesses des ausländischen Kapitals. Den Afrikanern wurden jegliche wirtschaftlichen Aktivitäten darüber hinaus versagt, vor allem der Binnenhandel, der bis dahin das Monopol der einheimischen Händler war (180).

Die Empörung der europäischen Öffentlichkeit über das "Leopoldinische System" der Zwangsarbeit, das ungezählte Opfer forderte, war groß. Insbesondere in England, was allerdings auf dem Hintergrund der spezifischen wirtschaftlichen Interessen Englands gesehen werden muß: Leopold II. hatte im Kongo den Ausschluß englischer Handelsgesellschaften verfügt. Den Beginn der Umwandlung des Kongostaates in eine belgische Kolonie signalisierten die Krise in der Kautschukindustrie und die Möglichkeit der Ausbeutung der Bergbauprodukte durch die Entdeckung der Kupferlagerstätten in Katanga.

"The profound ecological, demographic and economic crises resulting from the savage overexploitation of certain regions, particularly the central basin and western Kasai, implied a system with limits. The exhaustion of local resources like rubber and ivory and the evolution of world market conditions imposed such limits to the system of administered exploitation. From this moment industrial capital began to penetrate the Belgian Congo, the EIC (Independent State of the Congo) began to lose its reasons for being. The transfer of the Congo to Belgium and the reforms that followed prepared the country for a new type of link with the Belgian economy and the world" (181).

4.1.2 Veränderungen in der Wirtschafts- und Sozialstruktur unter belgischer Kolonialherrschaft

Im Hinblick auf die Kritik führender europäischer Staaten an den "Kongogreueln" unter der Privatherrschaft des belgischen Königs mußte mit der Übernahme dieses Gebietes durch den belgischen Staat der Eindruck einer gewissen "Reformwilligkeit" erweckt werden. So wurde offiziell die Zwangsarbeit durch Steuerabgaben ersetzt - tatsächlich waren die Zwangsarbeit und die Zwangsabgaben von Naturalien bis in die dreißiger Jahre verbreitet - und eine "bessere" Behandlung der kongolesischen Bevölkerung zugesagt, die allerdings nicht realisiert wurde. Das politische System in der belgischen Kolonie basierte weiterhin auf einer strikten Rassentrennung, bei der die kongolesische Bevölkerung bis auf einige wenige Ausnahmen von jeglicher Partizipation an politischen und sozialen Angelegenheiten ausgeschlossen wurde. Ihr blieben alle Bildungsmöglichkeiten versagt, der Zugang zu qualifizierten Berufen war ausschließlich den Europäern vorbehalten. (182).

Das System der Rassentrennung durchzieht die belgische Kolonialpolitik bis zur Unabhängigkeit, wenn man von den Versuchen seitens der Administration absieht, durch die Schaffung von Privilegien für bestimmte Afrikaner

(évolués) eine Stütze in der einheimischen Bevölkerung zu finden. Dazu wurden - wie schon unter der Herrschaft Leopold II. - die traditionellen Herrschaftsträger (Häuptlinge) als Transmissionsriemen der Kolonialverwaltung gegenüber der Bevölkerung benutzt.

Die zur Ideologie hochstilisierte Politik des Paternalismus und das koloniale Bildungssystem führten zu dem Ergebnis, daß erst nach ca. fünfzig Jahren Kongolese in politische Konsultativorgane berufen wurden.

"L'administration belge ... fit alors preuve d'une initiative audacieuse: une 'carte de mérite civique' fut accordée à certains Congolais à partir de 1948. Aucun avantage réel n'en découlait, et d'ailleurs, en 1958, on ne comptait encore que 1557 cartes attribuées pour une population de 13 Millions de Congolais. En 1952, l'administration innova encore: une 'carte d'immatriculation' pour les Noirs 'évolués' qui adoptent le mode de vie européen ... A partir de 1955, la barrière raciale fut officiellement abolie. Les Congolais avaient, en théorie accès à tous les échelons de la hierarchie sociale. Mais en pratique, la discrimination restait de rigueur dans tous les domaines" (183).

Folgende Statistik über die Größenordnung der "Kader" innerhalb der europäischen und afrikanischen Bevölkerung veranschaulicht diesen Zustand:

Tabelle 8

REPARTITION DES CADRES AU CONGO BELGE (1959)

Grades	Blancs	Noirs
1	102	-
2	953	2
3	3820	1
4	4960	646
5	-	1671
6	-	1708
7	-	5393
8	-	2009
<hr/>		
TOTAL	9835	11428

Quelle: Comité Zaire. Zaire. Le dossier
de la récolonisation. Bruxelles 1978. S. 33

Im Bereich der Wirtschaftspolitik knüpfte die staatlich-belgische Kolonialverwaltung an der Leopoldinischen Politik der Ausbeutung der vorhandenen Rohstoffe an. Die systematische Erschließung des Landes wurde vorangetrieben. Im Vordergrund stand dabei der Abbau der Kupfervorräte und die Errichtung von Verhüttungsanlagen in Katanga und Kiwu; dazu kam die Ausrichtung des Agrarsektors auf eine exportorientierte Plantagenwirtschaft und, nach dem 2. Weltkrieg, die Förderung einer Sekundärindustrie, die sich primär in den Sektoren Nahrungsmittel-, Getränke- und Textilindustrie entwickelte. Die notwendige Infrastruktur wurde durch Investitionen im Verkehrssektor geschaffen, insbesondere durch den Bau eines 140.000 km langen Netzes von Asphalt-, Schotter- und Erdstraßen sowie von Schienenwegen in einer Gesamtlänge von 4.800 km. Letztere dienten vor allem dem Abtransport der für den Export bestimmten Bergbau- und Agrarprodukte (184).

Der kolonialen Ausrichtung der Landwirtschaft am Export und dem profitablen Abbau von bergbaulichen Ressourcen gingen grundlegende Veränderungen in den Eigentums- und Besitzverhältnissen der einheimischen Bevölkerung voraus, mußten doch genügend Arbeitskräfte für die koloniale Industrie- und Agrarproduktion freigesetzt werden.

Voraussetzung für die koloniale Landwirtschaft war die Vertreibung der kongolesischen Bauern von ihrem Land, um der "europäischen" Landwirtschaft (Plantagenanbau) Platz zu machen (185). Zwangsrekrutierungen der Bauern (60 Tage im Jahr), der Anbau von Exportprodukten unter Aufsicht (cultures imposées) sowie die Einführung von Geldsteuern führten langfristig zu stagnativen Tendenzen in der bäuerlichen Subsistenzproduktion, welche die vorherrschende Produktions- und Eigentumsform im Agrarsektor vor der kolonialen Durchdringung war.

Even if after 1908 property rights of corporate communities (clan- or village-based) were recognized for lands necessary for survival, in practice these rights remained subordinate to the right of the colonial state to dispose of all which they designated as 'vacant'. Village displacement and legalized expropriation ... prove that the colonial power ultimately controlled the land ... The combination of head tax obligatory cultivation, and the pass-system provided for the direct expropriation of the surplus value of peasant production" (186).

Innerhalb der Landwirtschaft bildete sich somit ein duales System heraus: exportorientierte Agrarproduktion und traditionelle Subsistenzwirtschaft. Letztere stand allerdings unter starkem Marginalisierungsdruck. Die Subsistenzproduktion hatte aber durchaus eine für den Kolonialstaat wesentliche Funktion, nämlich die der Senkung der Lohnkosten für die Arbeitskräfte, die in der kolonialen Landwirtschaft arbeiteten.

Die Bedeutung der kolonialen Durchdringung des Kongo für Belgien und damit für die Kolonialwirtschaft kann an folgenden Faktoren abgelesen werden: an dem Exportwert der Agrarprodukte und den Steuereinnahmen der landwirtschaftlichen Produzenten. Was den Exportwert der Agrarprodukte betrifft, der überwiegend in "europäischen" Pflanzungen erarbeitet wurde, so stieg ihr Wert von 6,3 Mrd. FC (1950) auf 10,3 Mrd. FC (1959). Dabei konnte die Fläche der Plantagen von 70.000 ha (1930) auf rd. 300.000 ha (unmittelbar vor der Unabhängigkeit) ausgedehnt werden (187).

Die Steigerung des Steueraufkommens der kongolesischen Bevölkerung im Agrarsektor ist folgender Tabelle zu entnehmen:

Tabelle 9

Année	1900	1920	1940	1958
a) Impôt indigène	421,7	146,7	307,9	335,0
b) Recettes ordinaires	934,2	698,7	2366,3	10966,0
a/b en %	46,3	20,9	12,9	3,2

Quelle: Faustin Mulambu-Mvuluya. La participation des paysans congolais au fonctionnement de l'Etat Congo-Afrique. Kinshasa, Mai 1971. S. 273

Spätestens seit 1920 rückte der Abbau der Bergbauprodukte, vor allem des Kupfers, von Diamanten und Gold in den Vordergrund des Interesses der kolonialen Wirtschaftspolitik. Insbesondere die Ausbeutung der Kupferlagerstätten in Obershaba, für die die 1906 gegründete "Union Minière du Haut Katanga" (UMHK) zuständig war, entwickelte sich für die gesamte Wirtschaft zu einem bedeutenden Faktor. Die UMHK verfügte über ein Konzessionsgebiet von 20.000 km² in der Kupferzone und über weitere 14.000 km² in den in Zentral- und Nordostshaba gelegenen Zinnlagerstätten, hinzu kamen die Nutzungsrechte für den Kohle- und Kalkabbau in Ober- und Mittelshaba.

In den fünfziger Jahren kontrollierten einige ausländische - in der Regel multinationale - Konzerne einen großen Teil der kongolesischen Wirtschaft. Es handelte sich dabei um die schon erwähnte "Union Minière du Haut Katanga", das "Office des Mines d'Or de Kilo-Moto", das die Goldvorkommen abbaute, die "Forminière", die in Kasai Industrie- und Schmuckdiamanten förderte, die "Huilleries du Congo Belge" des Lever-Konzerns, einer der größten Palmölproduzenten im Kongo, die Eisenbahngesellschaften "Compagnie des Grands-Lacs" (CLG) und die "Chemin des fer Bas-Congo-Katanga" (BCK), die die Bergbauprodukte transportierten (188).

"Les sept-dixièmes de l'économie étaient contrôlés par la 'Société Générale de Belgique' avant l'indépendance. Celle-ci pouvait procéder de diverses manières: par holdings tels la 'Compagnie du Congo pour le Commerce de l'Industrie' (C.C.C.I.) et la 'Compagnie du Katanga'; par participations directes ('UMHK', 'Forminière', 'Sibeka'); par filiales ('Vieille Montagne', 'A.C.E.C.')" (189).

Insbesondere was den belgischen Konzern "Société Générale de Belgique" betrifft, kann von einer weitgehenden Kontrolle der Wirtschaft durch sie in der belgischen Kolonie gesprochen werden, was die folgende Tabelle, die Aufschluß über die Höhe der investierten belgischen Francs in der Kolonie gibt, belegt.

Tabelle 10

	en milliards de FB
Société Générale de Belgique	33,0
Lever (principal groupe non belge au Congo)	3,0
Empain	3,0
De Lannoit	2,5
Lambert	2,0
Cominière	2,0
Texaf	1,5
Petrofina	1,3

Quelle: Comité Zaire. Zaire. Le dossier de la récolonisation. Bruxelles 1978. S. 38

Die während der Kolonialzeit neu geschaffenen ökonomischen Strukturen hatten tiefgreifende soziale Veränderungen in der kongolesischen Gesellschaftsstruktur zur Folge. Die Durchsetzung einer kolonialen Administration auf der Grundlage einer konsequenten Rassentrennung mußte notwendigerweise einhergehen mit der Entmachtung des traditionellen afrikanischen Machtgefüges, bzw. seiner Unterordnung unter die kolonialen Machtstrukturen (190). Die Indienstnahme der "traditional chiefs" wurde durch eine von der Kolonialverwaltung herangezogene afrikanische "Elite" ersetzt (191).

"The administration of rural communities was increasingly considered to be the responsibility of the African petite bourgeoisie. The policy changes introduced by the decree of 1958 concerning the native districts (conscriptio*n*s indigènes) were intended to bring out this transformation. The 'traditional' authorities were eventually sacrificed in the course of the long process of modernization" (192).

Während der überwiegende Teil der kongolesischen Bevölkerung als Reservoir billiger Arbeitskräfte in das Kolonialsystem "integriert" wurde, sozial diskriminiert und politisch rechtlos, wurde mit der Förderung einer afrikanischen Elite (évolués) im Rahmen der Politik des "Paternalismus" die Absicht verfolgt, eine soziale und politische Stütze des Kolonialstaates zu

rekrutieren. Diese Elite bildete eine Schicht, die langsam an Dichte gewann und zu einer unentbehrlichen Hilfskraft der großen Gesellschaften und der Verwaltung wurde (193).

Durch die ihnen offerierten Möglichkeiten, an den Privilegien der Europäer, insbesondere am Zugang zu Bildungseinrichtungen, partizipieren zu können, fühlten sich die "évolués" zunächst den weißen Kolonialherren verpflichtet. Sie distanziierten sich von den Kämpfen der schwarzen Arbeiter während des 2. Weltkrieges in Elisabethville, Katanga und Leopoldville. Ihr Einverständnis mit den weißen Kolonisatoren drückte sich u.a. in der sog. Erklärung von Luluaburg von 1944 aus, die nach der Niederschlagung der dortigen Unruhen veröffentlicht wurde (194).

Die Erfahrungen ihrer "Integration" in das Kolonialsystem, das ihnen allerdings nie die Perspektiven einer gleichberechtigten Stellung mit den Weißen bieten konnte, sondern sie immer - wenn auch privilegiert - zu Hilfskräften degradierte sowie die Erfahrungen der alltäglichen Widersprüche zwischen Kongolesen und Kolonialherren führten doch bei vielen der "évolués" nach und nach zu einer ethnischen und politischen Solidarität mit den kongolesischen Bauern und Arbeitern.

"Discouraged by the dictatory manner by which racial segregation was being dismantled and thus the speed at which its own integration within the colonial bourgeoisie was proceeding, which was understood as white refusal to share a class position and privileges, the black bourgeoisie finally set about to mobilize the peasantry, as shown in the 1950s in the lower Congo in the case of ABAKO, an ethnic association which became the first political party" (195).

Die politische Bewußtseinsbildung der "évolués" manifestierte sich zunächst in der Gründung zahlreicher Afrikanervereinigungen. Diesen wurde freilich eine politische Betätigung untersagt. Das repressive Vorgehen der Kolonialverwaltung konnte die politische Emanzipation der "évolués" und das Engagement der Afrikanervereinigungen für den Abbau der Rassendiskriminierung nicht verhindern. Auch die Hoffnung der Kolonialherren, durch die Gewährleistung partieller politischer Rechte - wie z.B. des Wahlrechts auf lokaler Ebene - eine Entspannung der innenpolitischen Lage herbeiführen zu können, gingen nicht in Erfüllung. Ende der fünfziger Jahre sah sich das Kolonialregime einem verstärkten politischen Widerstand - der hauptsächlich von den aus den Afrikanervereinigungen hervorgegangenen Parteien getragen wurde - konfrontiert, der sich schließlich zu einer nationalen Bewegung für die Unabhängigkeit des Kongo formierte.

4.1.3 Koloniale Wirtschaftsplanung

Bevor auf die nach der Unabhängigkeit formulierten nationalen Entwicklungsziele und die entsprechenden wirtschaftspolitischen Vorstellungen eingegangen wird, soll an dieser Stelle die Planung der belgischen Kolonialadministration dargestellt werden. Diese versuchte mittels eines volkswirtschaftlichen Plans die kongolesische Wirtschaft effizienter zu gestalten. Dabei kommt dem 1949 veröffentlichten "Plan Décenal pour le développement économique et social du Congo Belge" besondere Bedeutung zu.

Schon in den dreißiger Jahren wurde von der Kolonialverwaltung die Notwendigkeit erkannt, der - vor allem durch den Verfall der Rohstoffpreise - krisengeschüttelten kongolesischen Wirtschaft mittels wirtschaftlicher Plandaten und -ziele zu einer gewissen Stabilisierung zu verhelfen (196).

Insbesondere nach dem 2. Weltkrieg wuchs das Interesse der westlichen Industriestaaten an den Rohstoffen im Kongogebiet. Für die projektierten Investitionen mußten die infrastrukturellen Voraussetzungen geschaffen werden. Dafür war eine gesamtwirtschaftliche Planung notwendig. In diesem Zusammenhang ist der o.e.

"Plan Décenal" (1950-1959) und das - allerdings nie über das Stadium eines Vorentwurfs hinausgekommene - "Programme d'Expansion" (1960-1970), das sich auf die Situation der wirtschaftlichen Entwicklung Ende der fünfziger Jahre bezog, zu sehen.

"Pendant la période 1940-1945, le rythme d'expansion de la colonie s'est fortement accéléré. Intégrée dans l'économie des nations alliées, elle joua un rôle très important comme fournisseur de matières premières pendant que sa jeune industrie de transformation prenait une expansion définitive, par suite des difficultés d'approvisionnement et de l'élimination provisoire des fournisseurs traditionnels ... L'essentiel de l'économie congolaise restant axé sur l'exportation de matières premières agricoles et minières, particulièrement sensibles aux mouvements de la conjoncture économique internationale" (197).

Die besondere Anfälligkeit der kongolesischen Wirtschaft durch ihre einseitige Orientierung auf den Export einiger weniger Rohstoffe, die ständigen Kurschwankungen auf dem Weltmarkt ausgesetzt waren, wurde im "Plan Décenal" als besonderes Problem angesehen, das durch die Schaffung eines inneren Marktes überwunden werden sollte:

"Il faut prévoir et souhaiter la création d'un marché intérieur qui sera à la fois la justification et la conséquence d'une économie plus complète" (198).

Dieser innere Markt sollte ebenfalls zur Stabilisierung des Staatshaushaltes dienen, dessen Budget sich im wesentlichen aus den Einnahmen aus der Ertrags- und der Ausfuhrsteuer (taxe de sortie) zusammensetzte, die auf Exportprodukte erhoben wurden und somit ebenfalls Schwankungen der Weltmarktpreise und der Absatzmöglichkeiten dieser Produkte unterworfen waren.

Die kongolesische Bevölkerung wurde in diesem Zusammenhang nicht mehr nur als billige Arbeitskraft, sondern zunehmend auch als Steuerzahler betrachtet. Der "Plan Décenal" führte aus:

"... dans le budget actuel, la part des charges publiques supportée par les indigènes est infime: pour 1949, l'impôt indigène est évalué à 201 millions sur un total de recettes de 4.562.602.000 frs" (199).

Das grundsätzlich angestrebte Ziel war dabei - unter Berücksichtigung der dualistischen Wirtschaftsform ("économie européenne" und "économie indigène") - die schrittweise Angleichung der Wirtschaftsstrukturen im ganzen Land.

Vergleicht man die im "Plan Décenal" anvisierten globalen Ziele zur Stärkung der kolonialen Ökonomie mit den tatsächlichen Prioritäten bei der Verteilung der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel, so ergaben sich hier einige Widersprüche: eindeutigen Vorrang genoß bei den Ausgaben der Transportsektor mit 43 % (200); dabei standen folgende Projekte im Vordergrund:

"l'aménagement des ports, l'aide à l'Ottraco, la liaison des chemins de fer du Centre et de l'Est par la construction de la ligne Kamina-Kabalo, la réalisation partielle des grands axes routiers" (201).

Die Ausgaben für die Infrastruktur übertrafen bei weitem die vorgesehenen Mittel für Kredite in der Landwirtschaft, besonders für die Bauern, die von der Subsistenz-

wirtschaft lebten ihnen wurden lediglich 1,315 Millionen Francs, das entsprach 2,57 % der Gesamtsumme, zur Verfügung gestellt (202).

Der "Plan Décenal" sah weiterhin Ausgaben in beträchtlichem Umfang für die Erzeugung von hydraulischer Energie im Bas-Congo vor, die vor allem die Versorgung der Städte Kinshasa, Kisangani u.a. mit elektrischer Energie gewährleisten sollte, sowie für die Verbesserung der Wohnverhältnisse, der sanitären Versorgung der kongolesischen Bevölkerung und ihre Ausbildungsmöglichkeiten.

In Anbetracht der hochgesteckten Ziele des "Plan Décenal": L'effort de la politique économique doit s'appliquer à développer le marché intérieur du Congo par la multiplication et la diversification de ses capacités de production, en associant à ses progrès l'ensemble des populations du territoire et avant tout les populations autochtones (203), gerieten die Prioritäten bei den geplanten Investitionen in Widerspruch zu den ausgreifenden Absichten. Die Schaffung eines inneren Marktes, die Verbesserung der Lebensbedingungen der einheimischen Bevölkerung und eine generelle Stabilisierung der Wirtschaft, bzw. ein Ausgleich zwischen dem "europäischen" und dem "autochtonen" Wirtschaftssektor war schwerlich zu vereinbaren mit einer Budgetverteilung, die dem Transportsektor den eindeutigen Vorrang gab, die den Ge-

gensatz zwischen den ländlichen Gebieten und den Städten nur verschärfte und die nur durch eine hohe Verschuldung des Staatshaushaltes realisiert werden konnte (die Staatsschulden stiegen von 3,3 Mrd. Francs (1950) auf 43,7 Mrd. Francs (1959)) (204).

Der "Plan Décenal" stellte vielmehr den Versuch dar, mittels umfangreicher Projekte, die hauptsächlich auf die infrastrukturelle Erschließung des Landes zielten, optimale Voraussetzungen für die ausländischen Kapitalinvestitionen zu schaffen und die Herausbildung von "Entwicklungspolen" (Kinshasa/Bas Zaire) zu fördern.

Das schon erwähnte "Programme d'Expansion économique et sociale" setzte dagegen andere Schwerpunkte. Investitionen kleinerer und mittlerer Größenordnung wurden vorrangig gefördert, wobei der Agrarsektor eine besondere Stellung einnahm.

"Le programme agricole ... se préoccupe d'apporter un ensemble de moyens qui, associés au travail et à la détermination des masses paysannes, engendreront le progrès économique et social des milieux ruraux ... L'objectif est bien fini. Augmentation des revenus du producteur, d'où intensification, elle parte sur la récolte commercialisable car il faut sortir l'économie de subsistance et produire pour le marché (développement des échanges), tout intérieur (amélioration de l'alimentation des populations) qu'extérieur" (205).

Darüber hinaus sollte z.B. im Transportsektor - der hier längst nicht die zentrale Stellung einnahm, wie im "Plan Décenal" - eine Entwicklung gefördert werden, die vor allem der Kommerzialisierung der Produkte der Landwirtschaft diene. Zusätzlich waren zahlreiche Hilfen (Kredite) für die Förderung einer Verarbeitungsindustrie und Schaffung eines Binnenmarktes durch die Erhöhung der Kaufkraft der ländlichen Massen vorgesehen.

Dieses Programm wurde nie realisiert bzw. von den politischen Ereignissen überrollt, dennoch von der Regierung nach 1960 weiter als wichtiger Anhaltspunkt in der Wirtschaftsplanung betrachtet (206).

Die Gründe für die Aufstellung dieses Programmes mögen sich aus den besonderen Umständen ergeben haben, von denen die belgische Kolonie damals betroffen war:

"... notamment la nécessité d'un marché intérieur important servant de débouché à l'industrie manufacturière, dont l'expansion s'explique en partie par le régime spécial du Congo en matière d'importation: les produits belges ne peuvent pas être favorisés en vertu du régime de la porte ouverte découlant de la Convention de Saint-Germain-en-Laye; ils subissent donc la concurrence des produits étrangers. Le deuxième aspect ... est son souci de favoriser les petits et moyens investissements et de rechercher la rentabilité; ceci s'explique facilement en raison des problèmes posés par l'accroissement des dépenses résultant de l'orientation suivie par le premier Plan" (207).

4.2 Nationale Unabhängigkeit und staatliche Planung

Nach der Erlangung der nationalen Unabhängigkeit gewann in den meisten afrikanischen Staaten die Aufstellung eines volkswirtschaftlichen Planes - aufgrund einer oft nicht genauen Vorstellung über die anzustrebenden strukturellen Veränderungen im Bereich der Ökonomie - häufig die Bedeutung eines rundum wirksamen Heilmittels gegen die rasch auftretenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Auch würde sich davon die Überwindung von ökonomischen Abhängigkeiten aus der Kolonialherrschaft versprochen. Dementsprechend fand sich das gesamte Spektrum der Wirtschafts- und Sozialpolitik in diesen Plänen.

"Le Plan est destiné à devenir le principal moyen d'acquérir l'indépendance économique, dans beaucoup de pays nouvellement indépendants, il en est le symbole. Le domaine du Plan va donc considérablement s'élargir ... l'extension des préoccupations qui devront couvrir tant la consommation que l'investissement et la production, le secteur public que le secteur privé" (208).

Insbesondere in Senegal, Marokko, Algerien, Tunesien u.a. wurden Pläne ausgearbeitet, die sich einerseits mit einer langfristigen Projektierung (10-30 Jahre) befaßten und andererseits aber auch solche, die eine konkrete Entwicklungsplanung für drei bis fünf Jahre vorsahen.

Abgesehen von der Tatsache, daß sämtliche Pläne im Kern ein Programm beinhalteten, wie der Staatshaushalt seine Ausgabenpolitik determiniert, kann zwischen zwei "Typen" von Plänen unterschieden werden: Pläne, die "wünschenswerte" (souhaitable) Zielvorstellungen im Bereich der Investitionen, des Konsums etc. formulierten und damit auch strukturelle Reformen nicht ausschlossen und Pläne, die mehr von kurzfristig zu realisierenden Projekten (réalisations possibles) im Rahmen einer grundsätzlich nicht infrage gestellten ökonomischen Entwicklung ausgingen (209).

Auch in Zaire wurden nach der Unabhängigkeit institutionelle Voraussetzungen für den verbreiteten "Planungsmythos" geschaffen, in Gestalt des "Planungsministeriums", der "Conseil Economique et Social" (1962) und des "Bureau de Coordination Economique". Die praktische Bedeutung dieser Institutionen war denkbar gering. Von den Aktivitäten des Planungsministeriums ist lediglich die Einberufung der "Conférence Nationale de la Planification" in Kinshasa (1964) erwähnenswert. Dabei war im Rahmen dieser Konferenz nur der Beitrag des Ökonomen S.J. Patel (zu dieser Zeit in der Wirtschaftskommission für Afrika der Vereinten Nationen tätig), der sich mit grundsätzlichen Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung und Planung in unterentwickelten Ländern befaßte, von besonderem Interesse (210). Darüber hinaus erbrachte die Konferenz keinerlei Resultate.

Die von der Regierung Mobutu proklamierte Politik der ökonomischen Unabhängigkeit und der Kontrolle der Wirtschaft durch nationale Kräfte war mit der Einrichtung des "Haut Commissariat au Plan et à la Réconstruction Nationale" (HCPRN) verbunden. Diese konnte aber u.a. aus Mangel an qualifiziertem Personal seinen Auftrag nicht erfüllen und wurde 1967 aufgelöst (211).

1970 beauftragte dieselbe Regierung das italienisch-zairische Forschungsbüro SICAI mit einer detaillierten Studie über die Nordostregion des Landes; damit wurde erneut die Bedeutung der Planungstätigkeit - wenn auch nicht in der Form eines nationalen Gesamtplans - unterstrichen. Der positive Aspekt der Arbeit dieses Forschungsbüros bestand in der Sammlung, Aufarbeitung und Auswertung von bisher unbekanntem statistischem Material. Der von ihm - verspätet - vorgelegte Regionalplan hatte aufgrund der in der Zwischenzeit getroffenen Entscheidungen über die Nordostregion keinerlei praktische Bedeutung mehr.

Nach all diesen Rückschlägen stellte sich - nicht nur für Zaire - die Frage, ob und in welcher Form eine staatliche Wirtschaftsplanung in Entwicklungsländern überhaupt möglich und sinnvoll war.

Guy Verhaegen gibt in seiner Untersuchung verschiedene Gründe an, warum eine "klassische" Planung nicht auf die Entwicklungsländer übertragen werden kann:

"La première est sans doute le manque d'efficacité de la volonté politique de développement ... La deuxième cause ... est l'insuffisance de l'appareil administratif, universellement constatée comme une des caractéristiques essentielles des P.V.D. (Pays en voie de développement) ... La troisième cause fondamentale d'échec réside dans le contenu même du plan: le manque de données fiables ... Les exigences de la planification classique quant aux horizons spatiaux et temporels forment la quatrième source d'inéfficacité. Du point de vue de l'espace, le plan classique qui travaille avec de grands agrégats ne peut tenir compte ni du cloisonnement qui sépare les diverses régions du Zaïre, ni de la grande variété des structures socio-économiques des migro-régions" (212).

Aus diesen Gründen ergibt sich für Verhaegen die Notwendigkeit einer neuen Art von Planung für die Entwicklungsländer, die eine größere Effizienz aufweisen könnte: die Ausarbeitung von jährlichen Plänen, verbunden mit mehrjährigen sektoriellen Programmen. In einem Land wie Zaïre müßten diese zusätzlich noch regional aufgegliedert werden bzw. sollten aufgrund einer gewissen "Unberechenbarkeit" der wirtschaftlichen Entwicklung verschiedene alternative Strategien erarbeitet werden.

Zu ähnlichen Schlußfolgerungen kommt auch Albert N'Dele, der damalige Präsident der "Banque Nationale du Congo".

"En effet, il me semble extrêmement difficile de mettre au point valablement un plan d'ensemble devant comprendre une évaluation exhaustive de toutes les possibilités d'un pays et de tous les ressources nécessaires, là où il n'existe pas d'inventaire détaillé des moyens réels et financiers de l'économie de où il est vain d'espérer en établir rapidement un, compte tenu de la carence de l'appareil administratif ... pour ma part ce que j'estime beaucoup plus important et nécessaire est la définition de certains options, relativement larges, que les autorités politiques s'enforcent, au jour de jour, chaque fois qu'un choix se présente, de respecter" (213).

Abgesehen von den räumlichen und zeitlichen Anpassungen eines Wirtschaftsplans an die Bedürfnisse eines Entwicklungslandes, stellt sich zudem das Problem, wie die Träger bzw. die Institutionen sein müssen, die eine effiziente Ausarbeitung und Durchführung gewährleisten könnten. Auf jeden Fall wäre - dies belegen die Erfahrungen in Zaire - eine enge Zusammenarbeit mit den entsprechenden Regierungen bzw. Ministerien notwendig, da eine "selbständig" arbeitende Planungsbehörde keinerlei Einfluß auf die Wirtschaftspolitik gewinnen kann. Zu untersuchen wären in diesem Zusammenhang die jeweiligen Rahmenbedingungen, die wirtschaftspolitischen Modelle und Ziele, die die Perspektiven von lang- und kurzfristigen Plänen bestimmen.

4.3 Entwicklungspolitische Konzeptionen im Rahmen des Dekolonisationsprozesses

4.3.1 Prämissen der "Conférence de la table ronde économique"

Die sich rasch entwickelnde Emanzipationsbewegung im Kongo, die fortschreitende Entkolonisierung in den ehemaligen französischen und englischen Territorien Afrikas, zwang die belgische Regierung, die Entlassung der Kolonie in die Unabhängigkeit auf den 30. Juni 1960 festzulegen.

Vorbereitende Konferenzen fanden im Januar und Februar 1960 in Brüssel zwischen der belgischen Kolonialverwaltung und einzelnen Führern der kongolesischen Unabhängigkeitsbewegung, der politischen Parteien im Kongo und der "étudiants" (délégués du Collège exécutif général) statt. Nachdem sich die Konferenzen im Januar und Anfang Februar ausschließlich den politischen Fragen einer Übergangsregelung bis zur vollständigen Unabhängigkeit gewidmet hatten, konzentrierten sich die Teilnehmer der "Conférence de la table ronde économique" (ab Februar 1960) auf den Bereich der Wirtschaftspolitik. Von der belgischen Seite stellte diese Konferenz zweifelsohne den Versuch dar, eine Lösung zu finden, die ihre wirtschaftlichen Interessen auch in einem unabhängigen Kongo wahrte (214).

Abgesehen von relativ allgemeinen Aussagen in den verabschiedeten Resolutionen zu den Themen "L'équilibre du budget ordinaire de 1960 et les problèmes de Trésorerie", "La contribution financière belge au Congo" und "La programmation" sahen die vorgelegten Dokumente eine weitgehende Handlungsfreiheit für die Investitionspolitik ausländischer Interessen vor:

"La conférence:

...

émet l'avis que dans l'immédiat et sans doute pour un certain temps, les investissements privés venants de l'extérieur constituent le support nécessaire du développement de l'économie congolaise.

et recommande à cet effet:

... le Gouvernement congolais devrait éviter toute discrimination juridique entre les entreprises privés, par exemple en fonction de leur ancienne téou de la nationalité de leur propriétaire ou gérant.

...

Les entreprises privés étant désireuses ... de connaître un régime fiscale stable ... il serait désirable que les autorités congolaises donnent des assurances à ce sujet.

...

Des mesures d'expropriation ne devraient être envisagées que pour les raisons publics. En cas d'expropriation partielle ou totale, il y aurait lieu à fixation d'une indemnité conformément aux principes de la loi fondamentale" (215).

In weiteren Dokumenten annoncierte Belgien im wesentlichen zahlreiche Hilfsleistungen, vor allem die Bereitstellung von Führungskräften und Fachleuten für den Verwaltungssektor und im technischen Bereich.

Die Konferenz und ihre "Ergebnisse" rief bei den meisten kongolesischen Politikern, die den Unabhängigkeitskampf führten bzw. unterstützten eher Zurückhaltung hervor. Die Idee einer "société mixte de développement", bei der der Kongo den Part des "Portefeuille der Kolonie" übernehmen sollte, stieß auf heftigen Widerspruch. Ein politischer Führer der Unabhängigkeitsbewegung wie Kasavubu drückte sein starkes Mißtrauen gegenüber der "Table ronde économique et sociale" und seine Befürchtungen einer neuen, einer neokolonialen Abhängigkeit des Kongos von Belgien aus (216).

Die politischen Parteien ABAKO und P.S.A. (Partie solitaire africaine) waren zum Zeitpunkt der Beschlüßfassung nicht mehr auf der Konferenz vertreten, die noch anwesenden Parteien ließen sich durch unbedeutende Vertreter repräsentieren. Dennoch konnten einige "Essentials" dieser Konferenz Eingang in das Regierungsprogramm nach der Unabhängigkeit finden.

4.3.2 Wirtschaftspolitische Zielsetzungen der Regierung Lumumba

Unmittelbar vor der Unabhängigkeit standen Fragen der "politischen Dekolonisation" im Vordergrund der Auseinandersetzung in der kongolesischen Unabhängigkeitsbewegung: programmatische Aussagen zu den wirtschaftlichen und sozialen Perspektiven des Landes wurden dagegen kein besonders hoher Stellenwert beigemessen. "Was das zukünftige Wirtschaftssystem angeht, haben wir uns noch nicht festgelegt" (217), legte Lumumba seine Haltung in Vorträgen für die "Présence africaine" dar.

Auch im Programm des "Mouvement National Congolais" (MNC) finden sich allenfalls sehr globale Aussagen zur Umgestaltung der kolonialen Wirtschaftsstruktur. So wird generell ein Wirtschaftssystem angestrebt, das die Bedürfnisse jedes einzelnen durch eine gerechte Verteilung des Nationaleinkommens gewährleisten soll. Der Abbau der nationalen Rohstoffe soll zur Verbesserung des Lebensstandard beitragen; angekündigt wird ferner eine großzügige Unterstützung der Mittelklassen, der Paysannate und der Kooperativen, um ihre Entwicklungsmöglichkeiten im Agrarsektor zu fördern. Zugleich sollen die Rechte des ausländischen Kapitals respektiert werden, sofern sie den allgemeinen Interessen des Landes dienen (218).

Selbst in den Reden Lumumbas in Stanleyville, nach Erlangung der Unabhängigkeit, die einen stark programmatischen Charakter trugen, standen Fragen der Konsolidierung der Macht bzw. die Bedeutung der nationalen Einheit im Vordergrund (219).

Im "Avant-projet de programme gouvernemental" vom Juli 1960, das am 27. August desselben Jahres von der Regierung verabschiedet wurde, finden sich ähnliche Tendenzen. Allerdings wird hier in einigen Passagen der Versuch gewagt, sich in konkreteren Bezügen als z.B. die Parteiprogramme der kongole-sischen Unabhängigkeitsbewegungen zu bewegen. Insgesamt aber kann man sich nicht des Eindrucks erwehren, daß eine Unabhängigkeitseuphorie den Blick für die nun anstehenden wirtschaftlichen Probleme trübte.

Neben dem "Programme du Commerce Extérieur", das anstrebte, die Positionen der für den Export bestimmten Rohstoffe auf dem Weltmarkt aufrecht zu erhalten und gegenüber Importen eine Politik der "Porte ouverte" zu betreiben, befaßt sich der Teil "Affaires économiques" mit den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen:

"Le gouvernement déclare que la propriété privée est l'apanage de la liberté individuelle. Il regrette la nationalisation comme règle générale. Il assurera l'intérêt de la nation par une participation dans la gestion des sociétés et les intérêts des travailleurs par les lois sociales" (220).

Gesucht wurde eine Verbindung des privaten mit dem öffentlichen Sektor (économie mixte) und eine Förderung des privaten Eigentums der Kongolesen, um die Herausbildung einer Mittelklasse (classe moyenne congolaise) zu ermöglichen. Ein besonderes Gewicht erhielten in dem Programm die Sektoren Landwirtschaft und der Bergbau. Im Agrarsektor wurde eine Erhöhung der Quantität und Qualität der Ernten durch Mechanisierung der agrikolen Produktion und Unterstützung von kooperativen Produktionsgenossenschaften (neben dem privaten Eigentum) ins Auge gefaßt (221).

Wegen der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Exports von Bergbauprodukten - vor allem Kupfer, Kobalt, Zink, Mangan und Gold - sollte nicht auf die private Initiative verzichtet werden:

"... il faudra surtout compter sur l'initiative privée et pratiquer une politique réaliste que permettra aux privés de travailler dans des conditions acceptables et qui favorisent la vente de ces produits à l'étranger" (222).

Auffällig an dem erwähnten Programm ist die Nichtbeachtung der spezifischen wirtschaftlichen Probleme eines Entwicklungslandes, das beansprucht, die koloniale Wirtschaftsstruktur zur Disposition zu stellen: Probleme der Ausrichtung der wirtschaft-

lichen Aktivitäten auf einige Exportprodukte, die mangelnde Diversifizierung der Wirtschaftssektoren, das Fehlen eines inneren Marktes, um nur einige zu nennen.

Man gewinnt eher den Eindruck, daß versucht wurde, an grundlegenden kolonialen Wirtschaftsstrukturen festzuhalten, um auf jeden Fall einen vollständigen Zusammenbruch der Wirtschaft zu vermeiden. Es war dies sicher eine nicht unberechtigte Angst. Aber die Problematik des Übergangs zu einer ja häufig proklamierten anderen ökonomischen Basis wurde nicht berücksichtigt. Dabei muß allerdings in Rechnung gestellt werden, daß der Entwurf für dieses Programm in einer Phase erarbeitet wurde, in der der "endgültige" Bruch mit Belgien in seinen Konsequenzen nicht vollständig überdacht werden konnte. Später freilich wurde dieses Programm auch dann nicht überarbeitet bzw. korrigiert, als die politischen Ereignisse eine Wende in der Entwicklung andeuteten.

Insbesondere die Problematik, die sich durch den Abzug der belgischen Funktionäre ergeben hatte, fand nur wenig Aufmerksamkeit. Von den 30.000 Belgiern im Kongo waren 10.000 als "fonctionnaires", 17.000 im privaten Sektor ("colons" - "commerciants" - "employés industriels") und 3.000 als Missionare tätig (223). Von den Verwaltungskadern blieben Ende 1960 noch 35 im Dienst der Zentralregierung, 25 in den Provinzen und 7 in Kinshasa (224).

Die politischen Umstände, unter denen der Kongo seine Unabhängigkeit erlangte, der Kampf um einen Zentralstaat, die Abwehr von Sezessionsbewegungen, die ständigen ausländischen Einmischungsversuche, schränkten objektiv die Möglichkeiten ein, Wirtschaftsprogramme zu erarbeiten und zu realisieren, die eine eigenständige sozioökonomische Entwicklung hätten voranbringen können. So war die folgende historische Periode für den unabhängigen Kongo mehr ein Kampf um das politische Überleben als der planvolle Aufbau eines einheitlichen Staatsgebildes.

"Les cinq premières années de l'histoire du Zaïre indépendant offrent l'exemple de toutes les formes imaginables d'instabilité, de conflits et de crises politiques: mutineries de l'armée d'effondrement de l'appareil administratif, sécession de certaines régions, interventions militaires extérieures, guerres civiles, progrms ethniques, crise constitutionnelle, instabilité ministérielle, coup d'Etat militaire enfin" (225).

4.4 Entwicklungsziele der Regierung Mobutu

4.4.1 "Authentizität" und "économie mixte"

Die ersten Jahre nach der Unabhängigkeit waren in Zaire nicht nur von andauernden politischen Unruhen, sondern auch von wirtschaftlicher Rezession geprägt. Die Sezessionsbewegungen in den wirtschaftlich bedeutenden Regionen - Katanga und Süd-Kasai - hatten schwerwiegende Folgen; der Staatshaushalt wies ein ständig wachsendes Defizit auf.

"Les causes restent les mêmes: désordre administratif, baisse des recettes, notamment provinciales à cause de la multiplication des provinces en 1962 et 1963, déreglement des mécanismes de paiement public, augmentation des rémunérations du secteur public" (226).

Allein die Gehälter für die Regierungsbeamten ("ministres", "parlementaires" et "fonctionnaires") absorbierten 1960 bis 1963 85 % der Staatsausgaben (227).

Die am 25. November 1965 durch einen Staatsstreich an die Macht gelangte Regierung Mobutu versprach die Beendigung der politisch instabilen Lage, einen Aufschwung der zairischen Wirtschaft mit der Zielsetzung einer "ökonomischen Unabhängigkeit", die neben der Wahrung der politischen Selbständigkeit primäres Ziel sein sollte.

Diese wirtschaftspolitischen Vorstellungen waren von ideologischen Elementen begleitet, die paradoxerweise sowohl im Einklang als auch im Widerspruch zur anlaufenden politischen Praxis standen.

Die Regierung Mobutu setzte die Bevölkerung einer bisher unbekanntem vehementen ideologischen Indoktrinierung aus, deren Schlagworte "Nationalismus", "Authentizität", "Wiederbelebung der traditionellen Werte Afrikas" waren. Diese breit entfaltete Staatspropaganda diente der Legitimierung keineswegs immer populärer Regierungsmaßnahmen (228).

Der Nationalismus zairischer Prägung erhob Anspruch auf die Entwicklung eines "dritten Weges" zwischen Kapitalismus und Sozialismus ("ni à gauche, ni à droite"), der den besonderen Problemen Zaires - vor allem im Bereich der Ökonomie - Rechnung tragen sollte.

Im Rahmen der Herausbildung einer nationalen Ideologie spielte die "Authentizität" eine besondere Rolle. Sie erfaßte bald alle Bereiche des öffentlichen und auch des privaten Lebens.

"D'après les ideologues 'mobutistes', l'authenticité, c'est la prise de conscience de la personnalité profonde du Zairois qui fit sous le

personnage superficiel et acculturé par l'occident. C'est aussi un recours aux traditions socio-politiques pour guider l'action d'aujourd'hui" (229).

Unter Berufung auf eine gemeinsame vorkoloniale "Authentizität" wurden bewußt die unterschiedlichen Interessengruppen und gesellschaftlichen Konfliktpotentiale negiert, die sich herausbildende Staatsbürokratie versuchte ihre Interessen als die des ganzen Volkes auszugeben. Die gesellschaftlichen Widersprüche und die ungelösten wirtschaftlichen Entwicklungsprobleme wurden nach außen verlagert.

"Pour masquer la nature de classe des antagonismes sociaux à l'intérieur même de Zaïre, les contradictions sont transférées sur le plan racial (noir-blanc) ou sur celui du niveau de développement économique (pays riches - pays pauvres). Car si tous les Zaïrois se considéraient comme frères en tout que noirs ou que citoyens d'un pays 'pauvre', la responsabilité des problèmes serait entièrement renvoyée à l'extérieur des frontières nationales et l'oligarchie pourrait continuer ses rapines sous tracas" (230).

4.4.2 Die Wirtschaftspolitik nach 1965

Die schwierige wirtschaftliche Situation, in der sich Zaire zum Zeitpunkt des Regierungsantritts Mobutus befand, versprach die neue Regierung durch eine Reorganisierung der öffentlichen Verwaltung, eine Gesundung der Finanzen (durch eine Verringerung der Ausgaben und die Schaffung eines ausgeglichenen Staatsbudgets) und eine monetäre Reform - 1967 wurde der kongolesische Franc abgewertet und durch eine neue Währung - den Zaire - ersetzt, zu überwinden (231).

Tatsächlich konnte - u.a. durch die währungspolitischen Maßnahmen - eine Steigerung der Exporterlöse und damit eine gewisse Stabilisierung der Wirtschaft erreicht werden, die durch den günstigen Kurs des Kupfers auf dem Weltmarkt ergänzt wurde. Die im 1967 erlassenen Stabilisierungsprogramm festgelegten Ziele wurden zum großen Teil erreicht (232). Das Sozialprodukt wurde beträchtlich gesteigert, die Zahlungsbilanz wies ein Aktivsaldo auf und die Preise blieben bis 1968 stabil (233).

Neben den monetären Maßnahmen bewirkten andere Initiativen im wirtschaftspolitischen Bereich wie die "l'instauration d'une taxe quasi générale unique sur les affaires (ventes et services) par l'ordonnance

- loi - 66 - 186 du 30 mars 1966 et l'augmentation à 30 % des droits de sortie ad valorem sur le cuivre, décrétée le 5 mai par l'ordonnance - 66 - 284 bis" (234) eine Reduzierung des defizitären Staatshaushalts; jedoch konnte, wie auch der Bericht der Zentralbank feststellte, keine nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung erreicht werden.

Über kurzfristige Maßnahmen zur Wirtschaftsbelebung hinaus versuchte die Regierung Mobutu eine langfristige Konzeption zu erarbeiten. Folgende wirtschaftspolitische Vorstellungen standen dabei im Vordergrund:

- Erreichung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit, Orientierung auf eine "integrierte" Ökonomie;
- eine volkswirtschaftliche Gesamtplanung;
- Industrialisierung des Landes und Modernisierung der Landwirtschaft.

Diese Zielvorstellungen sollten durch private und staatliche Kapitalbildung, nationales wie ausländisches Kapital verwirklicht werden. Gegenüber dem nationalen und internationalen Kapital sollte eine Politik verfolgt werden, die

- auf dem "Wirtschaftsliberalismus" basiert und die Privatinitiative respektiert;
- den staatlichen wirtschaftspolitischen Entscheidungen Priorität einräumt;

- eine gewisse Kontrolle der Wirtschaft durch den Staat gewährleistet, die von den privaten Wirtschaftspartnern akzeptiert werden soll;
- die zairischen Unternehmen in besonderer Weise fördert;
- eine öffentliche oder private Beteiligung von zairischem Kapital an ausländischen Unternehmen anbietet;
- die Ausbildung der nationalen Führungskräfte unterstützt (235).

Die Realisierung der angegebenen Optionen drückte sich vornehmlich in zunehmenden wirtschaftlichen Aktivitäten des Staates aus, die auch Nationalisierungsmaßnahmen in bezug auf belgische Unternehmen nicht ausschlossen.

In diesem Zusammenhang gewann das "Gesetz Bakajika" (1966) eine besondere Bedeutung.

"Une ordonnance-loi du 7 Juin 1966, dite loi Bakajika, prévoit que L'ex-République démocratique du Congo recouvre la plénitude de ses droits de propriété sur son domaine, et la pléine souveraineté de la concession des droits fonciers, forestiers et minières sur toute l'étendue de son territoire (236).

Ein dazu ergänzendes Gesetz (Loi Nr. 66/341) schrieb vor, daß die in Zaire tätigen Unternehmen ihren Verwaltungssitz zum 1. Januar 1967 in Zaire einzurichten haben, damit die Regierung in den Besitz der ihr gesetzlich zustehenden Aktienanteile gelangte (237).

Dieser Bestimmung wurde Nachdruck verliehen. Als die "Union Minière du Haut Katanga" der Aufforderung dieses Gesetzes nicht nachkam, wurde ihr Besitz kurzerhand nationalisiert und eine neue Gesellschaft mit dem Namen "Générale Congolaise des Minerais" (Gecomin) gegründet, der die Rechte für die Kupfergewinnung vollständig übertragen wurden (238).

Die Bedeutung der Nationalisierung, die ein Stück ökonomischer Unabhängigkeit dokumentieren sollte, ist jedoch zu relativieren, wenn man die Abhängigkeit vom belgischen technischen Personal bedenkt, ohne die der Produktionsablauf überhaupt nicht gewährleistet war.

Für Verwaltungsaufgaben und die Vermarktung der Produktion wurde eine Tochtergesellschaft des belgischen Unternehmens "Société Générale de Belgique" (die auch die Muttergesellschaft der "UMHK" war),

die "Société Générale des Minerais" beauftragt, der 4,5 % des Gesamtumsatzes der Gecomin zustand; somit war das belgische Kapital wieder "im Geschäft" (239).

Insgesamt aber dominierten in der Wirtschaftspolitik der Regierung nicht die Nationalisierungsmaßnahmen von privaten Unternehmen; oft genug wurde das direkte Gegenteil proklamiert: "De cette ... perspective, des garanties seront fournies contre toute nationalisation, expropriation ou spoliation et des conditions d'une juste rémunération du capital investi seront précisées" (240). Die Wirtschaftspolitik setzte mehr auf die Beteiligung des Staates an Privatunternehmen und auf zahlreiche Kontrollmechanismen - bis zur Kontrolle bestimmter Wirtschaftssektoren:

"L'Etat zairois est donc rentré en possession de son portefeuille de participations dans des sociétés de statut public et de statut privé, participations plus ou moins élevées dans un grand nombre d'entreprises (123 au 23 novembre 1970)" (241).

1970 kontrollierte der zairische Staat 40 % "de la valeur ajoutée nationale" (242).

Mit der Nationalisierung der U.M.H.K. war der bedeutendste Wirtschaftssektor, sowohl hinsichtlich seines Anteiles am Bruttosozialprodukt als auch an den

Exporterlösen, staatlicher Kontrolle unterworfen. Darüber hinaus wurde versucht, entweder durch die Gründung von neuen staatlichen Gesellschaften - bspw. die SONAS im Versicherungswesen - oder durch die "Reservierung" einzelner Wirtschaftsbereiche für ausschließlich zairische Unternehmen oder aber gemischte Gesellschaften mit ausländischer Beteiligung den Orientierungsrahmen für die wirtschaftliche Entwicklung zu bestimmen.

Der Ausschluß ausländischer Firmen und Kapitalanlagen aus bestimmten Wirtschaftsbereichen wurde durch das 1970 verabschiedete Gesetz "Portant fixation des principes fondamentaux de la liberté et de l'égalité du commerce en République Démocratique du Congo" (243) festgelegt. Der Handel wurde dem nationalen Kapital vorbehalten.

Im Agrarsektor sollte durch die Gründung von nationalen Gesellschaften, die die Vermarktung der Erzeugnisse zu organisieren und kontrollieren hatten, unkontrollierten Preisbewegungen entgegen gearbeitet werden: 1971 wurde ONAFITEX (Office national des fibres textiles) im Bereich der Baumwollproduktion gegründet, "auquel (l'Etat) a donné le monopole des opérations cotonnières" (244).

Im Rahmen der zunehmenden Investitionstätigkeit des zairischen Staates strebte die Regierung Mobutu mit ausländischen Interessenten an Investitionen in Zaire

eine Kooperation in der Form an, daß die zu gründenden Unternehmen zwar im Besitz des Staates waren, die Geschäftsführung aber ausländischen Fachkräften und Wirtschaftskadern überlassen blieb. So errichtete bspw. die westdeutsche Firma "Klöckner" ein Zementwerk in Zaire und verwaltete es zehn Jahre, bis einheimische Fachkräfte in diese Aufgabe hineingewachsen waren.

Im Widerspruch zu diesen Maßnahmen erschien andererseits die "Politik der offenen Tür", die die zairische Regierung gegenüber ausländischen Investoren verfolgte. Deren Investitionen wurden zum Bestandteil der nationalen Entwicklungspolitik erklärt und sollten den angestrebten Entwicklungszielen untergeordnet werden.

Deutlicher Ausdruck dieser Politik war das 1969 verabschiedete Investitionsgesetz.

"Seinen amtlichen Erläuterungen gemäß, will das Gesetz inländische Ersparnisse für produktive Investitionen nutzbar machen, ausländisches Kapital durch besondere Transferleistungen begünstigen sowie allgemein durch fiskalische Maßnahmen zur Gründung neuer und Erweiterung bestehender Unternehmen beitragen, sofern deren Aktivität für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes von Vorteil ist" (245).

Für die genehmigten Investitionen sah das Gesetz eine Senkung oder teilweise auch Befreiung von Steuern und anderen Abgaben vor für die Dauer von fünf Jahren, so der Gewerbe- und Grundsteuer, die Befreiung von

der Sondersteuer auf Vergütungen an ausländische Arbeitskräfte für die Zeit von der Unternehmensgründung bis zum Produktionsbeginn. Der Erwerb von Ausstattungsgütern war auf fünf Jahre befristet, zoll- und umsatzsteuerfrei (246). Das Investitionsgesetz gewährleistete den ausländischen Anlegern die freie Transferierbarkeit ihrer Gewinne sowie des effektiven Erlöses im Falle einer Veräußerung oder Liquidation der Kapitalanlage (247).

Im Vergleich zu einigen anderen unabhängigen frankophonen Staaten verfuhr Zaire mit dem Schutz vor Enteignungen recht großzügig: Der "Code des investissements" enthält eine Garantie gegen das Enteignungsrisiko; sollten dennoch Enteignungen notwendig werden, konnte dies nur auf der Grundlage eines besonderen Gesetzes und gegen eine angemessene Entschädigung angeordnet werden. Darüber hinaus ist das Gesetz durch bilaterale Verträge ergänzt worden, die eine zusätzliche Klausel gegen Enteignungen und Verstaatlichungen enthielten - so der am 22. Juli 1971 in Kraft getretene "Vertrag über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen" zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Zaire (248).

Die Öffnung des Landes gegenüber ausländischen Investitionen führte zeitweilig dazu, daß ganze Produktionsbereiche ausländischen Firmen anvertraut wurden, so im Bereich des Fernmeldewesens (Bell), der pharmazeutischen Industrie, der Erforschung und Ausbeutung der Erdölvorkommen (Gulf, Shell und Petrofina) (249).

Gegenüber den zairischen Investoren verfolgte die Regierung Mobutu eine Politik, die den nationalen Unternehmen eine besondere Förderung und Unterstützung versprach, um ihnen in der Konkurrenz mit dem ausländischen Kapital eine wirtschaftlich stärkere Stellung auf dem inländischen und teilweise auch auf ausländischen Märkten zu sichern.

Gerade in Zaire erwies sich eine solche Unterstützung der nationalen Unternehmen als besonders notwendig, da die belgische Kolonialpolitik im Vergleich zu anderen Kolonialmächten nicht an der Entstehung bzw. Förderung eines zairischen Mittelstandes bzw. Kleinunternehmertums interessiert war. So betonte auch der zuständige Minister für Nationalökonomie:

"J'ai signalé que l'insertion de l'entreprise et de l'entrepreneur congolais dans le développement industriel de la nation devrait constituer l'un des principes fondamentaux de notre politique" (250).

Der Generalsekretär des Wirtschaftsministeriums, Sangu, zählte in seinem Bericht vom Juni 1970 eine Reihe von Maßnahmen auf, die der Förderung der zairischen Unternehmen dienen sollte, u.a.

- Schaffung einer Industriezone in Kinshasa für zairische Kleinunternehmen und
- die Gründung des "Office National de Promotion des entreprises zairois" (OPEZ), das für technische Hilfsleistungen, Ausbildung des Personals und die Verwaltung der nationalen Unternehmen zuständig war (251).

Mit den Initiativen der Regierung auf der Gesetzes-ebene wurde versucht, eine zairische Unternehmerschicht zu schaffen, sog. "Petites et Moyennes Entreprises". Dabei hatte die OPEZ (nach dem Gesetz 73-011 vom 5. Januar 1973) die Aufgabe, "alle Maßnahmen zu überlegen, zu planen und durchzuführen, die geeignet sind, die Entwicklung und Gründung von Klein- und Mittelunternehmen in Zaire zu fördern, ihre Effizienz und Produktivität zu verbessern sowie ihren Bestand und kollektive Organisationsformen zu unterstützen" (252).

Die Mittel für die Unterstützung der "Petites et Moyennes Entreprises" bestanden in verschiedenen fiskalischen Vergünstigungen und Abgabenbefreiungen, ähnlich denen des "Code des investissements". Zusätzlich konnten zairische Klein- und Mittelbetriebe, deren Jahresumsatz unter 1 Million Zaire lag und de-

ren Personalbestand weniger als 100 Mitarbeiter betrug, Vorzugskredite erhalten, die mit nur 8 % Zinsen belastet waren (253).

Ein zusätzliches Instrument zur Förderung der zairischen Unternehmer war die Gründung der privaten Gesellschaft "Socofide (1970) (Société congolaise de financement de Développement)" - später Sofide genannt - die vor allem finanzielle Mittel zur Verfügung stellte (254).

Insgesamt läßt sich feststellen, daß die Regierungsmaßnahmen zur Förderung des nationalen Kapitals (255), zumindest bis zum Zeitpunkt der "Zairianisierung", geringen bis gar keinen Erfolg hatten, zumal das Regierungsprogramm auch nur zum Teil verwirklicht wurde.

Eine sozioökonomische Untersuchung von 1968/69 hat festgestellt, daß 1969 lediglich ein halbes Hundert aus der Masse der einheimischen Kleinbetriebe herausragende Unternehmen existierte, die überhaupt in einem Vergleich mit gleichartigen ausländischen Unternehmen gebracht werden konnte. Sie hatten diesen gegenüber nur geringe Bedeutung (256).

Insgesamt läßt sich zur zairischen Regierungspolitik, die unter dem Primat der Erreichung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit verfolgt wurde, festhalten, daß

zumindest bis 1973 auf die wirtschaftliche Entwicklung und Erschließung des Landes durch das ausländische Kapital gesetzt wurde. Dem entsprach ja auch die "Politik der offenen Tür" gegenüber ausländischen Investoren. So lag z.B. die durchschnittliche Investitionssumme der Projekte, die bis 1972 im Rahmen des Investitionsgesetzes zur staatlichen Förderung zugelassen wurden bei einer Höhe, die in aller Regel die Finanzkraft einheimischer Unternehmer überstieg.

Die Industrialisierungspolitik setzte auf die vorgegebenen Strukturen aus der Kolonialzeit, bestätigte und verfestigte die einseitige Orientierung auf die Exportproduktion - vor allem von Kupfer. Sie leitete keineswegs Maßnahmen zur Diversifizierung der Produktionsstruktur, zu einer Importsubstitutionspolitik und zum Abbau der regionalen Ungleichgewichte ein - etwa durch Forcierung anderer, neuer Entwicklungspole. Dem entsprach die Förderung von Großprojekten - so der Ausbau des Tiefseehafens in Banana, der Bau der Eisenbahnlinie Matadi-Banana, das Projekt "Erschließung des Hydropotentials von INGA", das Stahlwerk von Maluku, das in seiner Ausrüstung ausschließlich von Importprodukten abhängig ist, Projekte also, die weit mehr den Interessen ausländischer Investoren als der nationalen Entwicklung entsprachen.

"Ob nun gewollt oder ungewollt, mit ihrer Entscheidung zugunsten eines verstärkten Ausbaus der zairischen Energie-, Bergbau- und Industrieproduktion hat die Regierung zugleich die Weichen für ein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum in den schon vorhandenen Entwicklungspolen und eine weitere Verschärfung der regionalen Disparitäten gestellt" (257).

4.4.3 "Zairianisierung" und "Radikalisierung"

Die Ende 1973 von der Regierung Mobutu angekündigten und 1974 durchgeführten Nationalisierungsmaßnahmen, die das Ziel verfolgten, das nationale Kapital zu stärken und den internationalen wirtschaftlichen Einfluß zurückzudrängen, fanden in einer Zeit ökonomischer Instabilität und rezessiver Wirtschaftsentwicklung statt, deren Ausmaß im Vergleich zu der vorangegangenen Periode weitaus schwerwiegendere Folgen hatte.

Anfang der siebziger Jahre konnte Mobutu in seinem "Discours - programme pour la décennie 1970-1980" (258) noch von einer gewissen "optimistischen" Beurteilung der wirtschaftlichen Lage ausgehen:

"Les cinq années de la deuxième République ont été marquées par le labeur et l'austérité, toutes les énergies, toutes les ressources ont été consacrées par priorité à la relance de notre économie ruinée par les années d'incurie et à l'installation des bases politiques, économiques, financières et institutionnelles, propices à un développement économique et social harmonieux et autonome ... Aujourd'hui, grâce au labeur et aux sacrifices consentis par la Nation, notre économie a été arrachée au contrôle des monopoles étrangers. Nous avons, en conséquence, restructuré notre infrastructure économique. Les succès enregistrés dans le domaine économique, financier et monétaire ainsi que le partiel que nous permettra de mesurer le chemin parcouru et de rectifier, au besoin, les accident des parcours" (259).

Als nächste Entwicklungsziele wurden - wie schon in den früheren programmatischen Äußerungen zur Wirtschaftspolitik - die Förderung der Landwirtschaft, des Transport- und Energiesektors sowie eine Diversifizierung der Investitionen in die verschiedenen Wirtschaftsbereiche angegeben (260).

Das Jahr 1974 markierte einen Wendepunkt in der wirtschaftlichen Entwicklung Zaires, die maßgeblich von externen Bedingungen beeinflusst wurde. Während die strukturellen Probleme der zairischen Wirtschaft auch in den sechziger und Anfang der siebziger Jahre virulent blieben, war dennoch immerhin ein reales Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 10 % (1967-1970) bzw. von 5 % (1970-1973) erreicht worden. Die nicht bewältigten bzw. z.T. nicht einmal in ihrer Reichweite erkannten strukturellen Ungleichgewichte der zairischen Ökonomie wirkten sich in einer weltwirtschaftlichen Rezessionsphase, von der die Entwicklungsländer besonders hart getroffen wurden, fatal aus (261).

Die inflationäre Entwicklung Anfang 1974 in den Industriestaaten hatte für die Entwicklungsländer eine Verschlechterung der "Terms of Trade" zur Folge: die Industrieprodukte wiesen eine hohe Preissteigerungsrate auf (22,1 % in den USA, 13,4 % in der Bundesrepublik Deutschland und 31,3 % in Japan), während die Rohstoffpreise - und hier besonders der Preis für das für den zairischen Export so wichtige Kupfer - allmählich verfielen (262).

"Cette évolution provient de l'effet conjuguée de la diminution constante des avoirs en devises consécutive à la baisse du cours du cuivre amorcée dès le mois de mai 1974, face à l'accroissement des dépenses extérieurs fortement renchériés par l'inflation mondiale aggravée notamment par les crises monétaires et énergétiques d'une part, et d'expansion considérable des liquidités monétaires intérieurs qui ont contribué à la poussée des prix et à l'accélération de la demande, d'autre part" (263).

Als die Regierung Mobutu ihre "Zairianisierungsmaßnahmen" ankündigte, waren erst die Vorboten der Weltwirtschaftskrise erkennbar. Diese Maßnahmen wurden offiziell in den folgenden Begründungszusammenhang gestellt:

"La 'Zairianisation' consistait en la reprise soit par l'Etat, soit par des organismes publics soit encore par des Zairois ... des moyens de production de biens et des services économiques. Le transfert était intervenu, non seulement parce que le Zairois est conscient et fier de son indépendance ... mais aussi parce que beaucoup d'étrangers avaient, eux-mêmes, échoués à s'intégrer dans le processus d'équipement du Pays. Les étrangers s'étaient d'eux-mêmes exclus du Zaïre, dès lors que celui-ci décidait de substituer aux structures d'exploitation de jadis, des structures économiques saines et normales" (264).

Die Nationalisierungsmaßnahmen konzentrierten sich auf folgende Wirtschaftsbereiche:

- auf den Agrarsektor: Die landwirtschaftliche Produktion sollte ausschließlich von zairischen Bürgern durchgeführt werden, den ehemaligen Besitzern wurde eine Entschädigung für Enteignungen angeboten. Verlassene Plantagen wurden als Eigentum des Staates behandelt. In diesem Zusammenhang wurde noch einmal klargestellt, daß Tee-, Kaffee-, Tabak-, Sisal-, Kakao- und Palmenanpflanzungen ausschließlich den zairischen Bauern vorbehalten wäre (265).
- auf dem Bergbausektor: Die neuen Verordnungen, die diesen Wirtschaftssektor betrafen, sahen vor, daß sich der Staat das Recht vorbehält, sich bei den an Investoren vergebene Konzessionen mit 50 % beteiligen kann.
- auf den Handel: "En ce qui concerne le commerce faut intérieur qu'extérieur, il sera procédé à une zairianisation progressive, mais rapide du (dit) secteur" (266).

Neben der "Zairianisierung" der Führungskräfte in der Wirtschaft - jedes Unternehmen, das länger als fünf Jahre in Zaire tätig war, mußte in seiner Direktion den Posten des Generaldirektors und des Präsidenten zairischen Bürgern zuerkennen - wurde weiter intendiert, die Rolle von nationalen Unternehmen in bestimmten Wirtschaftszweigen zu stärken, die damit auch in gewisser Weise Kontrollfunktionen ausüben sollten;

so etwa die neu gegründete "Compagnie Maritime Zairoise" im Seeverkehr, die eine Monopolstellung bei Transporten zairischer Exportprodukte auf dem Seeweg besaß; in der Bauwirtschaft die "Entreprise nationale de construction" (ENC), über die sämtliche Staatsaufträge abgewickelt wurden und die Neugründung eines "Bureau d'études zairois" qui aura le monopole des études initiés par l'Etat, et qui, si besoin est, pourra les faire exécuter en soustraitance par d'autres bureaux plus spécialisées de son choix" (267).

Am 26. Dezember desselben Jahres wurden die beschlossenen wirtschaftspolitischen Richtlinien präzisiert: die großen agro-industriellen Unternehmen und die Handelsfirmen wurden von dem Staat übernommen; ebenfalls die Unternehmen der Bauwirtschaft, durch die Gründung der schon erwähnten "Entreprise nationale de construction" (268).

In diesem Zusammenhang wurde erneut auf die Bedeutung und Zielsetzung der Zairianisierungsmaßnahmen aufmerksam gemacht: "L'opération de reprise des sociétés ou entreprises n'a pas pour but d'enrichir ou d'embourgeoiser certains au detriment du peuple ... qui doit en être le premier et les grands bénéficiaires" (269). Den vorläufigen Abschluß dieser Phase bildete die Entscheidung der zairischen Regierung, daß sämtliche

wirtschaftliche Aktivitäten, die durch die erwähnten Maßnahmen berührt wurden, abgesehen vom Kleinhandel, zukünftig vom Staat ausgeführt werden sollten.

Die "Zairianisierung" wurde ein wirtschaftlicher Mißerfolg; die Konsolidierung der Ökonomie des Landes konnte nicht erreicht werden. Dies veranlaßte die "Banque du Zaire" zu der Feststellung: "ces mesures de zairianisation ont purement et simplement entraîné une concentration de plusieurs affaires entre les mains de certaines personnes ou elles ont abouti à substituer aux capitalistes étrangers une nouvelle classe de riches nationaux" (270).

Die nicht nur von der "Banque du Zaire" geäußerte Kritik an den Folgen der Zairianisierung sollte durch die Ende 1974 angekündigte "Radikalisierung" abgefangen werden. In Wirklichkeit aber verschafften sie dem Staatsapparat durch die Verstaatlichung bedeutender Unternehmen eine noch dominantere Position. Die Entscheidungen des "Bureau Politique de Mouvement Populaire de la Révolution" wurden offiziell als ergänzende Maßnahmen zur Zairianisierung ausgegeben, als Kampf gegen "soziale Ungerechtigkeit" und "Individualismus" (271).

"Le Mouvement Populaire de la Révolution veut plutôt combattre l'appropriation privée des richesses nationales et de grands moyens de production, car, ceux-ci confèrent aux propriétaires de puissants moyens de pression qui les avantagent au détriment du peuple" (272).

Weitgehende staatliche Eingriffe in die zairische Wirtschaft waren die Folgen dieser "Selbstkritik". Seit dem 1. Januar 1975 übernahm der Staat folgende Unternehmen und stellte sie unter seine Kontrolle:

- "1. Toutes les entreprises de construction;
2. toutes les grandes unités de production;
3. toutes les grandes unités de distribution;
4. toutes les entreprises de production des matériaux de construction;
5. les grandes entreprises de transport en commun" (273).

Die Maßnahmen, die unter der offiziellen Bezeichnung "Radikalisierung" erfolgten und als Fortsetzung der "Zairianisierung" dargestellt wurden, waren im Grunde jedoch der Versuch einer Korrektur der in jeder Hinsicht fehlgeschlagenen Wirtschaftspolitik, die sich im wesentlichen darauf beschränkte, den Besitz der enteigneten ausländischen Firmen und Unternehmen zairischen Staatsbürgern zu überlassen. Auf einem Seminar der MPR-Schule, dem "Makanda Kaboli-Institute" wies Präsident Mobutu auf den Umstand hin, daß "with a few rare exceptions - and I insist on the word rare - the manner in which the assignments and takeovers occurred in a veritable shame for most of the cadres of the MPR" (274).

Bei der Verteilung von Land und ausländischen Unternehmen wurde manipuliert; sie kamen zum großen Teil den führenden Kadern im Staatsapparat und damit auch

der Partei M.P.R. und nicht zuletzt dem Staatspräsidenten selber zugute. Ignoriert wurden dabei die eigenen gesetzlichen Bestimmungen, wonach jedem neuen Besitzer jeweils "nur" ein Unternehmen, landwirtschaftlicher Betrieb oder Plantage, zustand, so daß die Führungskräfte in Partei und Staat häufig in den Besitz von mehreren Kapitalanlagen kamen, ohne jemals eine wirksame Kontrolle befürchten zu müssen. Darüber hinaus führte die Weigerung der neuen zairischen Besitzer, Steuern an den Staat zu entrichten, zu großen Defiziten im Staatshaushalt.

"Nevertheless, one result of the 30 November experience has been a precipitous decline in tax revenues. In a period of generalized economic crises caused by falling copper prices and successive increases in petroleum prices, the reluctance of the acquirers to pay their taxes has scarcely eased the financial burdens of the state" (275).

Die "Radikalisierung" brachte keine Verbesserung. Im Gegenteil: die vom Staat eingesetzten Geschäftsführer - die "Délégués généraux" - erwiesen sich als fachlich nicht kompetent. Sie waren nicht in der Lage, einen Betrieb zu leiten und besaßen nur mangelhaftes technisches Know-how, so daß in vielen Fällen ein reibungsloser, ergiebiger Produktionsablauf nicht gewährleistet werden konnte. Dazu verstärkte sich die Tendenz, vorrangig in die eigene Tasche zu wirtschaften, ohne finanzielle Rücklagen für notwendige Investitionen zu bilden.

"La zairianisation et la radicalisation sont apparues aux yeux de l'étranger comme un confiscation pure et simple des biens appartenant aux particuliers. Cette situation a non seulement refroidi les rapports entre les sociétés - mères et leur filiales, mais entraîné aussi des ruptures de stocks dont notre entreprises radicalisées ont certainement souffert. C'est le cas notamment des industries manufacturières dont l'approvisionnement irrégulier en matières premières importées risque de provoquer des arrêts de production" (276).

Die Verstaatlichungsmaßnahmen der zairischen Regierung beeinflussten die gesamtwirtschaftliche Entwicklung negativ; zusätzlich war sie durch die rezessiven Tendenzen in der Weltwirtschaft belastet. Die "Banque du Zaïre" konstatierte für 1975 "une nette tendance à la baisse rythme de croissance" (277).

Der Produktions- und damit auch Exportrückgang betraf fast alle Produkte der Landwirtschaft, des Bergbaus und der Hüttenindustrie. Hinzu kamen die von der CIPEC verhängten Exportbeschränkungen bei der Ausfuhr von Kupfer. Insbesondere litt der Agrarsektor unter der Verstaatlichungspolitik: die mangelhafte Führung der landwirtschaftlichen Betriebe und der Plantagen führte zu enormen Fehlbeträgen, die durch den Import von Agrarprodukten ausgeglichen werden mußten.

Zusätzlich deutete die sich sprunghaft entwickelnde Staatsverschuldung (von 762,6 Millionen Dollar 1972 auf 2900,0 Millionen Dollar 1976) einmal mehr auf die Notwendigkeit einer Neuorientierung in der Wirtschaftspolitik hin, die eingeleiteten Maßnahmen führten nicht nur nicht zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit Zaires, vielmehr nahm die Abhängigkeit von ausländischen Krediten noch zu.

4.4.4 Das Programm zur Stabilisierung der zairischen Wirtschaft (Retrozession)

Unmittelbar vor dem ersten internationalen Plan zur "Rettung" der zairischen Wirtschaft nahm die Regierung Mobutu eine Neuorientierung in der Wirtschaftspolitik vor. Sie stellte Enteignungen ausländischer Kapitalanlagen und ihre Verstaatlichung ein und versuchte eine Wiederankurbelung und Stabilisierung der prekären wirtschaftlichen Lage gar mit der Rückgabe eines Teils der "zairianisierten" und "radikalisier-ten" Betriebe an ihre früheren Besitzer.

Am 25. November 1975 erörterte Präsident Mobutu öffentlich die sich verschärfende wirtschaftliche Rezession und verkündete die Einberufung eines "Comité de Stabilisation". Dieses sollte eine Strategie zur Wiederbelebung der zairischen Ökonomie entwickeln. Die Aufgaben dieses Komitees, das direkt dem Präsidenten der Republik unterstellt wurde, waren folgende:

"Ce Comité a pour mission de me proposer toutes les mesures nécessaires et urgentes pour sortir rapidement de cette situation difficile ... Tout contact avec l'Etat, tout engagement budgétaire, tout paiement en monnaie locale ou en devises, se fera uniquement et exclusivement avec l'accord du Comité de Stabilisation" (278).

Auf Empfehlung dieses Komitees wurden einige Maßnahmen im Rahmen eines "Programme de redressement" beschlossen und durchgeführt:

- Maßnahmen zur Stabilisierung der Unternehmen (30. November 1975 und 15. September 1976);
- Währungspolitische Beschlüsse vom 12. März 1976 und finanzielle Maßregeln bezüglich der Auslandsschulden Zaires;
- Maßnahmen zur Reorganisierung des Staatshaushalts, die in dem Bericht Mobutus von der gesetzgebenden Versammlung am 21. Dezember 1976 angekündigt wurden (279).

Zwecks Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation der Betriebe, die von der Verstaatlichungspolitik betroffen waren, gab das "Comité de Stabilisation" am 30. Dezember 1975 folgende Beschlüsse bekannt:

1. Wiederabtretung ("Retröcession") von 40 % der Anteile der verstaatlichten Betriebe an die alten Besitzer. Dabei handelte es sich ausschließlich um die Unternehmen, die von den Beschlüssen vom 30. November 1974 betroffen waren.
2. Der Kleinhandel und die landwirtschaftlichen Betriebe, die nicht zu den agro-industriellen Betrieben gezählt wurden, blieben im Besitz der neuen zairischen Eigentümer. Dies betraf die Maßnahmen im Rahmen der "Zairianisierung".

3. Folgende Betriebe blieben weiterhin verstaatlicht:
 - die "Société Générale d'alimentation" (SGA);
 - die "Banque de Kinshasa" (BK)
 - die "Société de Transport Kinois" (STK);
 - die "SOCIMAT" (ehemals Mercedes Benz);
 - die "UZAM" (Usine zairoise de meubles).
4. Unternehmen, die durch die "Zairianisation" in den Besitz von zairischen Staatsbürgern gekommen waren und später verstaatlicht wurden, blieben im Besitz des zairischen Staates.
5. Vollständige Rückerstattung der Güter und des Besitztums an die alten Eigentümer aus dem Ausland, die mindestens 60 Jahre alt waren und schon längere Zeit in Zaire arbeiteten.
6. "Il est rappelé que les entreprises existantes, aux capitaux étrangers, qui, à leur création, ont bénéficié des avantages du Code des Investissements, ne sont pas concernées par les mesures de zairianisation ou de radicalisation" (280).

Ergänzend dazu wurden durch die Beschlüsse vom 17. September 1976 Schritte in Richtung einer "économie mixte" zwischen zairischem und ausländischem Kapital und zwischen letzterem und dem zairischen Staat unternommen. Dies betraf:

1. den Kleinhandel, landwirtschaftliche Betriebe und Plantagen;
2. diejenigen Wirtschaftssektoren, in denen der Staat eine dominante Position einnahm.

Die "Retrocession" wurde auf 60 % erhöht.

Ad 1.)

Im Prinzip blieben diese Wirtschaftsbereiche - wie schon in früheren Beschlüssen festgelegt - in den Händen der neuen zairischen Besitzer. Das Kommuniqué des "Comité de Stabilisation" vom September 1976 enthält jedoch eine Ausnahme:

"Les activités restent aux nationaux sauf s'il y a eu défaillance de ceux-ci dans leur gestion. Dans l'hypothèse où des acquéreurs ont été défaillants, précise le compte-rendu de l'ANEZA, soit par une gestion défectueuse des biens, soit par l'abandon de ceux-ci, l'ancien propriétaire demandera à une commission qui sera créée au niveau de la région, de constater cette défaillance" (281).

Ad 2.)

Der zairische Staat behielt sich nach wie vor das Recht vor, bestimmte wichtige Sektoren der Produktion zu kontrollieren: den Kupferbergbau sowie den Energie- und Transportsektor. Infolge der Festlegung des Kommuniqués bestand jedoch die Möglichkeit, daß sich der Staat ausländische Wirtschaftspartner für bestimmte Projekte suchte und ihnen eine Beteiligung anbot.

Die ersten Maßnahmen vom 30. Dezember 1975 zur Einleitung der Rückgabe des Besitzes an die ausländischen Eigentümer betraf ausschließlich die verstaatlichten Unternehmen (entreprises radicalisées). Die neuen Beschlüsse, die eine Rückübertragung von 60 % anstrebten, bezogen sich auf sämtliche "zairianisierten" und "radikalisierten" Betriebe.

"En ce qui concerne les 40 % restants, les anciens propriétaires ont la possibilité soit de se choisir librement un associé zairois à qui ils en proposeront la souscription, soit d'en faire un offre publique par une émission d'actions nominatives ou au porteur" (282).

Die im gleichen Jahr verabschiedeten währungspolitischen Beschlüsse sollten die o.a. wirtschaftspolitischen Maßnahmen ergänzen. Sie wiesen deutlich darauf hin, daß einem Krisenmanagement zur Behebung der instabilen wirtschaftlichen Lage der Vorrang gegenüber einer mittel- und langfristigen Planung gegeben wurde. Im Vordergrund stand dabei die Bekämpfung des defizitären Staatshaushalts, dessen Ausgaben von 259,0 Millionen Zaire (1970) auf 838,5 Millionen Zaire (1977) (283) gestiegen waren und zu einem guten Teil die inflationären Tendenzen verstärkte.

"Il ressort des commentaires faits dans les rapports annuels de la Banque du Zaire que le gonflement de la plupart des dépenses courantes de l'Etat comporte en partie des facteurs inflationnistes: hausse générale des prix agissants sur les fournitures et matériel, relèvement des tarifs de consommation d'eau et d'électricité, détérioration du taux de change de la monnaie nationale affectant les frais de fonctionnement des postes diplomatiques etc ..." (284).

Neben der Abwertung der zairischen Währung - der Zaire wurde einem Sonderziehungsrecht gleichgesetzt, das Austauschverhältnis gegenüber dem amerikanischen Dollar von 50 Zaire = 100 Dollar auf 86,3590 Zaire = 100 Dollar erhöht, was einer Abwertung von 72,72 % entsprach (285) - mit der sowohl im Bereich der Export-

wirtschaft als auch in der Binnenwirtschaft positive Erwartungen verbunden waren (286), veröffentlichte das "Comité de Stabilisation" im März 1976 einen Orientierungsrahmen, der die währungspolitischen Beschlüsse ergänzen sollte. Folgende Bereiche wurden davon berührt:

- Limitierung der Staatsausgaben, um den chronisch defizitären Staatshaushalt zu konsolidieren: "Ainsi caractérisé, le budget 1976 est un budget d'austérité, qui ne couvre que ce qui est essentiel pour le maintien en activité de l'appareil de l'Etat ou la poursuite des initiatives indispensables en matière d'investissements" (287).
- Beschränkung und Kontrolle der Bankkredite, um das Anwachsen der liquiden Mittel in Grenzen zu halten. Dabei sollte der Agrarsektor Priorität bei der Vergabe von Krediten genießen.
- Hinsichtlich des Zahlungsverkehrs mit dem Ausland wurde ein Abbau des Defizits der laufenden Zahlungen angestrebt (288).

Zudem wurden vom "Comité de Stabilisation" Lohnerhöhungen und Preiskontrollen verfügt und Richtlinien für die Einfuhr von Lebensmitteln erstellt.

Diese Vorschläge und die daraufhin von der Regierung verfügten Maßnahmen zur Sanierung des Staatshaushaltes - vor allem die Abwertung der zairischen Währung und

die Begrenzung der Staatsausgaben - müssen im engen Zusammenhang mit der wachsenden Verschuldung des Staates gesehen werden. Es ist anzunehmen, daß die währungspolitischen Reformen auf "Anregungen" der ausländischen Gläubigerstaaten zurückzuführen sind, da in diesem Jahr entscheidende Verhandlungen mit den westlichen Kreditgebern in bezug auf ein Schuldemoratorium und die Vergabe neuer Kredite stattfanden.

Die Auslandsschulden Zaires stiegen von 199 Millionen Zaire (1971) auf 1340 Millionen Zaire 1974 und betragen Ende 1976 schätzungsweise 1400 bis 2000 Millionen Zaire (289). Der Schuldendienst verschlang ca. 25 % der Exporterlöse.

In der "Vereinbarung von Paris" vom 15. Juni 1976 zwischen Zaire und 11 Mitgliedern des "Club de Paris" erreichte Zaire einen Aufschub für die Rückzahlung seiner Schulden.

"Le montant exact de la dette concernée ne fut pas précisé, mais aux termes de cette accord, un moratoire de 3 ans fut accordé au Zaire pour payer 15 % des arriérés du principal et des intérêts (les pénalités comprises) échus en 1975 et 1976. Les 85 % restant bénéficient d'un moratoire de 7 ans à partir de 1979" (290).

Die Gewährung eines "Stand-by"-Kredits des Internationalen Währungsfonds wurde an konkrete Bedingungen bezüglich der Reorganisierung des Staatshaushaltes gebunden:

"En même temps, le Zaïre devrait accepter de revoir sa politique économique, reformuler plus clairement ses priorités de développement et mettre sur pied des mécanismes de contrôle efficace de la gestion des finances publiques et des recettes en devises" (291).

Über diesen wirtschaftlichen Orientierungsrahmen des "Comité de Stabilisation" hinaus verkündete Präsident Mobutu am 21. Dezember 1976 ein zweites "Programme de redressement de l'économie nationale", das nach Konsultationen mit dem Internationalen Währungsfond konzipiert wurde. Neben der Sanierung des Staatshaushaltes und der Kontrolle bei der Verwendung der Devisen - Themen, die bereits vom "Comité de Stabilisation" aufgegriffen und behandelt wurden - beschäftigte sich dieses neue Programm mit den Geschäftsführungen und Verwaltungsapparaten der Unternehmen sowie der gesamtwirtschaftlichen Planung (292).

Die unter dem Stichwort "Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben" entwickelten Vorschläge wiederholten - wenn auch in modifizierter Form - schon bekannte Konzepte:

"L'effectif du personnel de l'Etat sera stabilisé à son niveau de mille neuf cent soixante-seize ... Le contrôle de l'utilisation effective des derniers de l'Etat sera poursuivi et amplifié... Tous les contrats d'entreprises avec l'Etat seront conclus en faisant appel à la concurrence nationale ou internationale ... Chaque organe de l'Etat élaborera avec le service du Plan un programme trimestriel de l'utilisation des crédits budgétaires ouverts en sa faveur ..." (293).

Die Staatseinnahmen sollten durch den Einzug von Gebühren für die Benutzung von Rundfunk- und Fernsehgeräten erhöht werden. Im Rahmen einer langfristigen Wirtschaftsplanung betonte dieses Programm die Rolle und Bedeutung des ausländischen Kapitals im nationalen Entwicklungsprozeß.

Auch dieses Programm erfüllte die in es gesetzten Hoffnungen nicht. Darauf wird weiter unten, nach der Würdigung des bisher umfangreichsten Plans zur Gesundung der zairischen Wirtschaft - dem Mobutu-Plan, eingegangen.

4.4.5 Der "Mobutu-Plan"

Dieser Plan, der unter der Ägide des Internationalen Währungsfonds zustande kam und im Herbst 1977 vorgelegt wurde, bestand aus einem mittel- und langfristigen Strukturprogramm, das auf einer Kreditsumme von insgesamt 457 Millionen US Dollar basierte. Die Sanierungsmaßnahmen, die dieser Plan verfolgte, dienten im wesentlichen drei Zielen: Reorganisation des Managements in privaten und staatlichen Betrieben, allgemeine Stabilisierung der volkswirtschaftlichen Grundstrukturen und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung durch ein umfangreiches Investitionsprogramm (294). Der Schwerpunkt der Investitionen sollte in den Bereichen Landwirtschaft, Transport und Verkehr, Bergbau sowie im Energiesektor liegen. Die Investitionen waren vor allem dazu gedacht, infrastrukturelle Voraussetzungen für ein stärkeres Engagement des westlichen Kapitals in Zaire zu schaffen (bei Firmengründungen wurde ein Beteiligungsverhältnis von 50 : 50 angestrebt).

Neben diesen infrastrukturellen Maßnahmen wurde gegenüber den ausländischen Investoren eine "open-door"-Politik eingeleitet, d.h. es wurden entsprechende finanzielle und andere Vergünstigungen angeboten (295).

Zusätzlich zum "Mobutu-Plan" trat ein Stabilisierungsprogramm für 8 Monate (Juli 1979 bis Dezember 1980) in Kraft, begleitet von einem Stand-By-Kredit des Internationalen Währungsfonds, das im Prinzip die

Aufsicht des IWF über die Finanz- und insbesondere Kreditpolitik zum Inhalt hatte. Der Internationale Währungsfond stellte den Direktor und Experten für das Finanzministerium. Diese führten ein rigores Devisenregime ein und legten, in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Wirtschaft, Industrie und Handel, eine neue Preisstruktur und einen Lohnstopp fest (296).

Erst für den erfolgreichen Abschluß dieser Maßnahmen wurde eine neue Finanzhilfe in Aussicht gestellt, von der dann auch die Realisierung des "Mobutu-Plans" abhing.

Mit der Verwirklichung der im "Mobutu-Plan" angegebenen Ziele sollte 1979 begonnen werden, aber schon das Regierungsprogramm für 1980 wies eher ein Bündel von Maßnahmen zur kurzfristigen Krisenbekämpfung als die erwarteten zukunftsweisenden Perspektiven auf, wobei die kritische gesamtwirtschaftliche Lage durch die eingeschlagene monetäre Politik eher noch verschärft wurde (297).

Daß die im "Mobutu-Plan" festgelegten Ziele nicht erreicht werden konnten, ist nicht erst seit heute zu erkennen. Die ökonomische Situation hat sich erheblich verschlechtert, die Verschuldung stieg gigantisch an und das Ziel, den Lebensstandard der Bevölkerung zu verbessern, wurde weit verfehlt, auch durch die vom IWF diktierten Bedingungen. Die Hauptlast einer

ungewissen Stabilisierungspolitik hatte die Bevölkerung zu tragen. Infolge der geforderten Abwertungen, der gestiegenen Importkosten und des Lohnstops, mußte sie in ihrer überwiegenden Mehrheit erhebliche Verluste ihrer Kaufkraft hinnehmen, so daß in vielen Fällen offene Armut sich verbreitete (298).

Neben außenwirtschaftlichen Faktoren - Weltwirtschaftskrise, Sinken der Rohstoffpreise - müssen die internen Faktoren in Betracht gezogen werden, die ein Scheitern der Wirtschaftsplanung in Richtung einer wirtschaftlichen Unabhängigkeit verursachten. Dabei stellt sich die Frage, inwieweit die Stabilisierungsprogramme ab Mitte der siebziger Jahre - nach dem offensichtlichen Scheitern der Verstaatlichungs- und Enteignungspolitik - überhaupt eine adäquate Antwort auf die strukturellen Probleme eines Landes wie Zaire war und welche institutionellen Schranken bzw. Interessenskonflikte einer auch den zairischen Staatsapparat einbeziehenden ökonomischen, politischen und auch institutionellen Reformpolitik gegenüberstanden.

Schon die Stabilisierungsprogramme, die vor dem "Mobutu-Plan" beschlossen wurden, wiesen der "Banque du Zaire" zufolge, auf die nicht-angemessenen Mittel und Instrumentarien dieser Pläne für die Lösung der anstehenden wirtschaftlichen Probleme hin:

"De l'avis de quelques observateurs, le peu de succès rencontré par les programmes de stabilisation en 1976-77 tiendrait essentiellement au caractère fragile et irréaliste de leurs objectifs, car ceux-ci étaient axés essentiellement sur le rétablissement des équilibres financiers et accessoirement sur la relance de l'appareil de production" (299).

Eine weitere Schwierigkeit bestand in der "incompatibilité déjà décelable entre les objectifs finals de stabilisation tels qu'énoncés par les autorités monétaires zairoises et les autres objectifs intermédiaires qu'elles poursuivent, notamment l'obligation de pouvoir aux besoins trésorerie de l'Etat de d'assurer en tout moment un niveau adéquat de liquidités monétaires à l'économie" (300).

Die Unvereinbarkeit von langfristigen Zielen, die eine restriktive Geldpolitik zur Voraussetzung hat, mit der kurzfristigen Wirtschaftspolitik des Staates, ist u.a. am Volumen der öffentlichen Ausgaben abzulesen. Diese Ausgaben überschritten mit 104,6 Millionen Zaire (1976) und 107,6 Millionen Zaire (1977) jeweils um 15,4 % bzw. 12,9 % die berechneten Steigerungsdaten (301). Dabei stieg die inländische Nettokreditaufnahme, deren Kontrolle und Kürzung eines der Hauptziele aller Wirtschaftspläne war, innerhalb von zehn Jahren (1968-78) von 113,6 Millionen Zaire auf 2341,8 Millionen Zaire.

Ein weiterer wichtiger Aspekt des "Mobutu-Plans" war die Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts:

"Les résultats disponibles attestent cependant que pour les sept premiers mois de 1979, le déficit de l'Etat se chiffrait à 275 millions de Zaire, ce qui, projeté sur l'ensemble de l'année, laisse entrevoir que l'objectif du programme qui consistait à contenir ce déficit tout en plus à 350 millions de Zaires n'aurait pas été atteint" (302).

Abgesehen von der Frage, ob die Kürzung der Staatsausgaben ein volkswirtschaftlich sinnvolles Unternehmen zur Überwindung der wirtschaftlichen Krise in Entwicklungsländern ist, muß davon ausgegangen werden, daß eine restriktive Ausgabenpolitik in diametralem Gegensatz zu den Interessen der zairischen Staatsbürokratie stand, die ihre soziale Stellung wesentlich ihren Funktionen im Staatsapparat zu verdanken hatten. Deutlich ablesen läßt sich diese Tendenz an der Struktur der Ausgaben: während der Anteil "Autres biens et services" in den Jahren 1970-77 prozentual von 46,9 % auf 31,7 % fiel, veränderte sich der Anteil der "staatlichen Löhne und Einkommen" in diesem Zeitraum kaum (303).

Selbst der Jahresbericht der "Banque du Zaire" machte auf diese Ausgaben (1977/78) aufmerksam:

"au cours des deux années sous analyse, les prévisions des dépenses courantes ont été caractérisées ... par des sous-estimations systématiques

de certaines catégories de dépenses, notamment les rémunérations et les charges de fonctionnement des services bénéficiant des dotations ... " (304).

Das Hauptproblem besteht m.E. jedoch in dem Versuch, mit konjunkturellen Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft eine Antwort auf die strukturellen Probleme der zairischen Wirtschaft geben zu wollen. Diese Ökonomie war negativ determiniert durch

- "- une vulnérabilité accrue de la structure de production qui est fortement extravertie dans son approvisionnement en matières premières et biens d'équipement indispensables;
- une absence de croissance, depuis 1975, qui est due au manque d'impulsions suffisantes de la part du secteur d'exportation;
- une insuffisance de l'épargne intérieure ...;
- une mauvaise allocation des ressources conduisant à des distorsions importantes des prix et des marchés, etc." (305).

Ohne eine ausreichende Antwort auf die Probleme geben zu können, scheinen mir doch die folgenden grundsätzlichen Anmerkungen richtungsweisend zu sein:

"Est-il souhaitable de renforcer le schéma actuel de développement, hérité du passé et axé implicitement sur la dépendance extérieure, alors qu'il conduit notamment à l'abandon progressif des cultures vivrières et à la marginalisation d'importantes ... de la population? Comme alternative viable en matière de développement, il serait plutôt indiqué de pencher vers un modèle d'auto-suffisance nationale qui viserait avant tout la satisfaction des besoins essentiels des populations" (306).

5. Die postkoloniale Entwicklung

5.1 Zur Struktur der wirtschaftlichen Entwicklung

Das Erbe der Kolonialwirtschaft wurde im Kapitel zu den historischen Rahmenbedingungen skizziert. Wesentliche Momente der Kolonialpolitik sollen hier noch einmal kurz benannt werden:

In der ersten Phase der kolonialen Herrschaft richtete sich das wirtschaftliche Interesse Belgiens vorwiegend auf die Ausbeutung von Sammelprodukten wie Kautschuk und Elfenbein, später auf den Abbau der Bergbauprodukte (Kupfer, Diamanten, Gold) sowie auf agrarische Exportgüter wie Palmöl, Kaffee und Baumwolle. Nach dem 2. Weltkrieg setzte verstärkt ein Trend zur industriellen Entwicklung ein, wobei der Aufbau einer verarbeitenden Industrie im Vordergrund stand.

Die wirtschaftliche Erschließung des Landes während der Kolonialzeit führte zu starken regionalen und sektoralen Disparitäten, vor allem im landwirtschaftlichen Sektor. Das nach der Unabhängigkeit Zaires formulierte wirtschaftliche Ziel war demzufolge eine "indépendance économique considérée comme étant la transformation structurelle de l'économie nationale en vue du développement" (307).

Die Entwicklung der zairischen Wirtschaft in der postkolonialen Periode läßt einige Schlußfolgerungen darüber zu, inwieweit es tatsächlich gelungen ist, strukturelle Merkmale der kolonialen Wirtschaft so zu modifizieren, daß sie letztlich beseitigt werden könnten. Das Ziel bestand ja darin, die nationale Ökonomie auf eine neue Grundlage zu stellen.

Einige der wesentlichen Merkmale der wirtschaftlichen Entwicklung und damit auch der Wirtschaftsplanung - unter besonderer Berücksichtigung der Industrialisierung - sollen hier aufgezeigt und in den folgenden Abschnitten zur sektoralen Entwicklung der einzelnen Wirtschaftszweige präzisiert werden (308).

Die im Vergleich zu anderen afrikanischen Staaten stärker ausgeprägte Industrialisierung Zaires, die nach dem 2. Weltkrieg einsetzte und ihren Höhepunkt Ende der sechziger Jahre erreichte, legt die Vermutung nahe, Zaire sei ein instruktives Beispiel für ein Land der Dritten Welt, das seine kolonialen Strukturen in Gesellschaft, Wirtschaft, Verkehr und Außenhandel abzubauen und zu verändern suchte (309).

Eine genauere Betrachtung des Industrialisierungsprozesses zeigt jedoch, daß die industrielle Entwicklung in direkter Abhängigkeit des nach wie vor für die zairische Wirtschaft wichtigsten Wirtschaftssektors - dem Bergbau - stand:

"Modern mineral exporting like copper requires modern infrastructure and facilities; a Third World government like Zaire is drawn into putting a disproportionate capital investment into what facilitates this exporting. Contact with the west in general and the needs of the multinational corporations and banks in particular put pressure on the government to modernize to a degree far beyond the financial ability and needs of the society as a whole" (310).

Abgesehen von der Zulieferindustrie für den Bergbau, ist innerhalb der verarbeitenden Industrie der Sektor Konsumgüter (Nahrungs- und Genußmittel) weitaus stärker entwickelt als die Investitionsgüterindustrie. Sie zeichnet sich zudem durch stärkere Wachstumsraten aus. Die Investitionsgüterindustrie weist zusätzlich einen hohen Grad von Abhängigkeit von ausländischen Importen auf:

"Again, in the consumer industries local purchases were larger ... while for intermediate and capital goods imported inputs prevailed (with the exception of chemicals and non-metallic minerals). On the whole, import dependence was, of course, far larger in the intermediate and capital goods industries than in the consumer goods industries" (311).

In den letzten 10 bis 15 Jahren wurde die Abhängigkeit von Importen für den industriellen Sektor durch den Ersatz inländischer Rohstoffe (Grundstoffe) als Grundlage der Produktion durch importierte Rohstoffe verstärkt (312).

Global gesehen weist die Industrialisierungspolitik - laut Einschätzung der Weltbank - in den siebziger Jahren folgende Tendenz auf: "(a) high import dependency, (b) high capital intensity, and (c) large excess capacity" (313).

So kann zwar im Fall Zaire von einer in der Kolonialzeit beginnenden Industrialisierung gesprochen werden (314), freilich war deren Struktur neben den erwähnten sektoralen Disparitäten zusätzlich durch starke regionale Unterschiede belastet, die zur Bildung von "Entwicklungspolen" führten.

Der Bergbau bildete nach wie vor die Grundlage der zairischen Wirtschaft. Einschließlich der Hüttenindustrie trug er 22,5 % (1982) zum vermarkteten Bruttoinlandsprodukt bei. Noch heute werden rd. 80 % der Exporterlöse von diesem Sektor erbracht (315).

"Sein Beitrag zu den Staatseinnahmen hebt seine überragende Bedeutung noch klarer heraus: 20 % der gesamten Staatseinnahmen, 50 % der Einnahmen aus dem gesamten Außenhandel und 80 % der Einnahmen aus Exporten gingen auf sein Konto" (316).

Zugleich stellt der Bergbau mit über 60.000 Beschäftigten (1971-72) (317) einen der wichtigsten Industriezweige dar.

Im krassen Gegensatz dazu steht die Entwicklung des landwirtschaftlichen Sektors, dessen Bedeutung seit Anfang der sechziger Jahre zurückgegangen ist, obwohl 75 % der zairischen Bevölkerung - etwa 18 bis 20 Millionen Menschen - in ländlichen Gebieten unter Bedingungen der Subsistenzwirtschaft leben.

Der größte Teil der landwirtschaftlichen Exportprodukte wie Palmöl, Kaffee, Kautschuk und Tee stammen aus der Plantagenwirtschaft, die im Gegensatz zur Subsistenzwirtschaft über ein wesentlich größeres ökonomisches Potential verfügt.

Der Anteil des gesamten landwirtschaftlichen Sektors ist in den letzten Jahren mit rd. 20 % am Bruttoinlandsprodukt fast gleich geblieben (318).

Die negative bzw. stagnante Entwicklung der Landwirtschaft ist, abgesehen von den strukturellen Problemen der zairischen Ökonomie, u.a. auf das Fehlen eines landwirtschaftlichen Kreditsystems für Kleinproduzenten, auf unzureichende Lager- und Vermarktungsmöglichkeiten sowie auf eine unsichere Preispolitik der Regierung zurückzuführen (319).

Die sektoralen Disparitäten der zairischen Wirtschaft finden auch ihren Niederschlag in den stark divergierenden Entwicklungen im regionalen Bereich: Sie führten zu sog. "Entwicklungspolen" in Shaba (Bergbaugebiet) und in Kinshasa/Niederzaire (industrielle Zone). Bei der Verteilung des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf der Bevölkerung machen sich diese regionalen Disparitäten bemerkbar.

"Während nämlich für die rund 17 Millionen Einwohner von Bandundu, Equateur, Ober-Zaire, Kivu und Kasia lediglich ein durchschnittliches Pro-Kopf-BIP (Bruttoinlandsprodukt, d.V.) von 26 Zaire zu verzeichnen ist, der gesamtzairische Wert dort mit hin um 46 % unterschritten wird, übertreffen Kinshasas 172 Zaire und Shabas 107 Zaire diesen Wert um 253 % bzw. 120 %" (320).

Noch deutlicher werden die Unterschiede zwischen den Polregionen und den Nichtpolregionen bei der Betrachtung der gesamtindustriellen Wertschöpfung: während auf Shaba mehr als 2/3 (1970) entfielen und auf die Region Kinshasa/Niederzaire 26,2 %, trugen die Nichtpolregionen als die übrigen Landesteile lediglich mit 5,4 % zu der industriellen Wertschöpfung bei (321).

"Zusammenfassend läßt sich also feststellen, daß sich Zaires Industrie nur in solchen Branchen in nennenswertem Umfang außerhalb der Wachstumspole angesiedelt hat, in denen das Vorhandensein örtlicher Rohstoffe, die leichte Verderblichkeit von Inputs oder Outputs, deren hohe Transportkosten und/oder eine ausreichende örtliche Nachfrage polferne Produktionsstandorte attraktiv machten oder sogar erzwangen" (322).

Abgesehen von dem bereits 1965 proklamierten und bis heute nicht realisierten Ziel der Regierung Mobutu, einen dritten Entwicklungspol neben Kinshasa und Shaba im Nordosten des Landes zu schaffen, verstärkten die staatliche Wirtschaftsplanung und Investitionspolitik nur das vorhandene Entwicklungsgefälle.

Die Investitionspolitik zeichnete sich nicht nur durch eine regional unterschiedliche Schwerpunktsetzung aus, sondern auch durch sektorale Disparitäten.

Die sektorale Aufschlüsselung der von 1969 bis Mitte 1973 vom zairischen Wirtschaftsministerium geförderten Projekte zeigt, daß 60 % der Investitionssumme auf die verarbeitende Industrie entfiel und hiervon wiederum 1/4 dem Sektor Bergbau- und Hüttenindustrie zugute kam (323).

Für den Zeitraum von 1971-1975 wurde das Schwergewicht der Entwicklungsplanung auf infrastrukturelle Maßnahmen, insbesondere im Bereich des Transportwesens, auf die Erschließung neuer Bodenschätze und Energiequellen, auf die Steigerung und Diversifizierung der Agrarerzeugung sowie auf den Ausbau des landwirtschaftlichen Kreditwesens gelegt. Investitionsschwerpunkte lagen eindeutig im Transport- und Verkehrswesen mit 36 % der Gesamtinvestitionen des öffentlichen Sektors, hingegen kamen der Landwirtschaft nur 10,4 % zugute (324).

Hierbei ist zu beachten, daß die Investitionen im Transportsektor hauptsächlich einer schnelleren und rentableren Vermarktung der zum Export bestimmten Bergbauprodukte dienen sollten.

"Die Entwicklungsplanung im Bereich von Bergbau, Industrie und Dienstleistungen ist bereits auf längere Sicht durch die im Rahmen des zairischen Investitionsgesetzes geförderten Projekte zum großen Teil festgelegt. Von 88 durch die Investitionskommission angenommenen Projekten entfielen allein 35 Projekte und 78 % der neuen Arbeitsplätze auf die Regionen Kinshasa und Bas-Zaire. Nach neueren Untersuchungen sind rd. 45 % der verarbeitenden Industrie in Kinshasa angesiedelt, das allein 22 % des öffentlichen Haushalts für sich in Anspruch nimmt" (325).

Eine von der Investitionskommission 1972 durchgeführte Untersuchung, die 92 Investitionsprojekte in Zaire betraf (326), kommt zu ähnlichen Ergebnissen:

"La répartition, par branche d'activité de la valeur des projets se présente comme suit:

1 %	dans l'agriculture
33 %	dans les activités minières et la métallurgie de base
2 %	dans la construction
36 %	dans les industries manufacturières
0,1 %	dans l'énergie
4 %	dans les services
23 %	dans les transports et télécommunications et rien dans les activités de distribution".

(327)

Die regionale Verteilung der zwischen dem 26. Juni 1969 und dem 26. Juni 1972 genehmigten Investitionsprojekten demonstrierte ein weiteres Mal die regionalen Disparitäten:

"33,6 % dans la ville de Kinshasa;
 10,33 % dans la région du Bas-Zaïre;
 1,53 % dans la région du Kivu;
 46,83 % dans la région du Shaba;
 6,28 % dans la région du Haut-Zaïre;
 0,06 % dans le Bandundu;
 1,42 % dans la région de l'Equateur;
 et rien dans les deux Kasai.

...

Entre 1970 et 1975, la croissance économique du Zaïre paraît déséquilibré du point de vue sectoriel et du point régional:

- Le déséquilibre sectoriel de la croissance paraît s'opérer en faveur surtout des secteurs productifs à rentabilité interne élevée, tel le secteur manufacturier; et au détriment des secteurs non moins importants, tel que l'agriculture.
- Le déséquilibre régional paraît continuer la tendance de l'économie zaïroise à l'époque coloniale: l'effort en matière d'investissements paraît se diriger vers les pôles les plus développés du pays" (328).

Auch die seit Ende der siebziger Jahre mit Hilfe der westlichen Gläubigerstaaten Zaires ausgearbeiteten Stabilisierungsprogramme weisen ähnliche Tendenzen auf. Das im Rahmen des 1977 verkündeten Mobutuplans aufgelegte Investitionsprogramm, das den Zeitraum von 1979 bis 1981 betraf, sah öffentliche Investitionen in Höhe von 4,6 Milliarden Zaire vor, die sektoral folgendermaßen aufgliedert waren:

- 14 % für die Landwirtschaft
- 34 % für den Bergbau,
- 23 % für das Transportwesen,
- 22 % für die Energie- und Wasserversorgung (329).

"Die Realisierungsquote erreichte nach den vorliegenden Daten allerdings statt der geplanten 63 % nur 40 %, wobei der Bergbausektor mit 60 % des geplanten Volumens am besten und die Landwirtschaft mit 19 % am schlechtesten abschnitt" (330).

Auch das im April 1981 beschlossene zweite Programm öffentlicher Investitionen für den Zeitraum 1981-1983 entsprach in der sektoralen Aufteilung der öffentlichen Mittel dem ersten Investitionsprogramm. "Vorrangig sollten durch diese direkte Förderung des produzierenden Sektors und gleichzeitige Stärkung der Infrastruktur die Wirtschaft angekurbelt und die Exporte ausgeweitet werden" (331).

Tabelle 11

	Herkunft der Mittel (in Mio Zaire)				
	Inländisch		Aus-		
	Reg.- Haushalt	Öffentl. Unternehm.	Gesamt	ländisch	Gesamt
Landwirtschaft	215,5	---	215,5	736,1	951,6
Bergbau	53,8	518,5	572,3	1.793,5	2.365,7
Transport	169,7	374,0	543,7	838,3	1.382,0
Elektrizität/ Wasser	268,5	63,0	331,5	762,4	1.093,9
Sozialwesen	257,4	16,3	273,7	31,6	305,3
Sonstige	465,5	---	465,5	303,6	769,1
Gesamt	1.430,4	971,9	2.402,2	4.465,4	6.867,6
% von Gesamt	20,8	14,2	35,0	65,0	100

Quelle: Bundesstelle für Außenhandelsinformation. Marktinformation.
Zaire. Wirtschaftliche Entwicklung 1982. Köln 1983. S. 15

Auch im Rahmen der Investitionsprogramme genoß die Region Kinshasa/Bas-Zaire neben der Region Shaba eindeutige Priorität. Von den von der staatlichen Entwicklungsgesellschaft "Sofide" zur Verfügung gestellten Investitionskrediten entfielen rund 50 % auf die Hauptstadt Kinshasa (332). In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß 1981 eine Freihandelszone Inga ("Zone franche d'Inga) geschaffen wurde, die in dieser Region auf den Aufbau eines neuen großen Industrieraums unter Ausnutzung des riesigen Energiepotentials des Stauwerks Inga am Unterlauf des Zaire abzielte und somit zur weiteren Konzentration der Ansiedelung der verarbeitenden Industrie in diesem Gebiet beitrug.

Der mit staatlicher und ausländischer Unterstützung forcierte Aufschwung der verarbeitenden Industrie in den sog. Wachstumspolen fand seine Entsprechung in den zur wirtschaftlichen Bedeutungslosigkeit verurteilten übrigen landwirtschaftlich orientierten Regionen, die zusätzlich durch die stagnante "Entwicklung" der zairischen Landwirtschaft besonders hart getroffen wurden.

5.2 Die Beiträge der Wirtschaftssektoren zum Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt (B.I.P.) (333) gilt als eine der wichtigsten volkswirtschaftlichen Größen zur Beurteilung der ökonomischen Entwicklung eines Landes. Gleichzeitig erlaubt die Analyse des B.I.P. einen Vergleich der Entwicklung der einzelnen Wirtschaftssektoren im nationalen Maßstab sowie ein präziseres Verständnis der ökonomischen Strukturen des jeweiligen Landes. Hierbei sollte aber gleichzeitig beachtet werden, daß das B.I.P. nur eine Größe darstellt, die etwas über den Entwicklungsstand aussagt (334).

Im Fall Zaire erlaubt die Analyse des B.I.P. eine Periodisierung der wirtschaftlichen Entwicklung:

"The economic history of Zaire since independence in 1960 can be divided into three periods: (1) the years 1960-1976, which are marked by violent political strife and economic turmoil; (2) the period 1968-1974, when GDP (B.I.P. d.V.) grew by about 7 % in real terms annually; and (3) the crises years of 1975-1978 ... At the close of the first period, in 1967, GDP attained the pre-independence level in real terms, but structurally the economy was worse off than before independence, which value added in the productive sectors 30 % below that of 1959, commercialized agriculture down by 40 %, agricultural exports down by 50 % and prices 6-7 % higher than their 1959 levels.

The seven years of economic growth which followed contrast sharply with the experience and constitute, in fact, the only period in the 18 years since independence when the economy registered positive growth years" (335).

1978 lag das B.I.P. 10 % unter dem Niveau der Krisenjahre 1972 - 1974. Das vermarktete B.I.P. erhöhte sich in den Jahren 1979-1981 lediglich um 4,8 %.

"Nearly three quarters were contributed by mining, the rest of the economy grew by less than 1,5 % in the two years combined. Among the productive sectors, agriculture and manufacturing registered little or no growth" (336).

Bei der Analyse der Entwicklung des B.I.P. muß allerdings auf die Fehlerhaftigkeit und Unvollständigkeit der zairischen Statistiken hingewiesen werden. "Data on the utilization of GDP are normally available with a lag of about a year and are very deficient, as noted in the last two economic memoranda" (337).

1982 hat sich die wirtschaftliche Situation durch den Verfall der Weltmarktpreise für Kupfer und Kobalt zusätzlich verschlechtert. Das B.I.P. nahm prozentual um 1,0 % in konstanten Preisen von 1970 ab (338). Dieser negative Trend hält bis heute an.

Im Hinblick auf die Struktur der wirtschaftlichen Entwicklung ist die Untersuchung der Beiträge der einzelnen Wirtschaftssektoren zum B.I.P. von größerem Aussagewert als die Gesamtbetrachtung der Steigerungsraten der B.I.P. in bestimmten Zeiträumen.

In seiner Untersuchung über die "Répartition par région du produit intérieur brut zairoise" (339) kommt Léon de Saint-Moulin zu der Schlußfolgerung, daß sich an der Struktur des B.I.P. in den letzten Jahren von 1957 - 1970 nichts wesentliches geändert hat, mit einer Ausnahme: die Bedeutung des "secteur primaire" (s.u.) hat relativ (von 36,3 % (1957) auf 27,9 % (1970)) abgenommen und innerhalb dieses Sektors verminderte sich der Anteil der landwirtschaftlichen Produktion in diesem Zeitraum um etwa 10 %, während sich der Anteil der Bergbauproduktion von 6,7 % auf 9,0 % erhöhte.

Table 12

STRUCTURE DU P.I.B. DU ZAIRE
(en millions de Z. en %)

Branches d'activité	1957		1970	
	Mz	%	Mz	%
Agriculture	189,4	29,6	193,7	18,9
Mines	43,1	6,7	92,5	9,0
SECTEUR PRIMAIRE	232,5	36,3	286,2	27,9
Métallurgie	73,8	11,5	158,5	15,5
Industries	62,2	9,7	60,4	5,9
Construction	23,8	3,7	56,6	5,5
SECTEUR SECONDAIRE	159,8	24,9	275,5	26,9
SECTEUR TERTIAIRE	248,0	38,8	463,8	45,2
T O T A L	640,3	100,0	1.025,5	100,0

Quelle: Léon de Saint Moulin. "La répartition par région du produit intérieur brut zairois". Zaire-Afrique. Kinshasa 1973. S. 142.

Dabei werden die einzelnen Wirtschaftssektoren folgendermaßen definiert:

"Le secteur primaire est celui de la production directe, soit par l'agriculture, soit par l'extraction minière. En y incluant l'agriculture non commercialisée, ce secteur représentait en 1970 28 % des valeurs ajoutées de l'activité nationale. Le secteur secondaire comprend les industries de transformation, la construction et les travaux publics. En y incluant la construction non commercialisée, il représentait pour la même année 27 % du P.I.B. Le secteur tertiaire, enfin, est celui des services: transports, commerce, banques, administrations, enseignements, santé, etc. En y incluant les services publics et la fiscalité indirecte non imputable à une production particulière, il correspond à 45 % du P.I.B." (340).

Die generelle negative Entwicklung des Beitrags des Agrarsektors zum B.I.P. schloß allerdings Produktionssteigerungen im einzelnen nicht aus: die vermarktete landwirtschaftliche Produktion von Nahrungsmitteln war bis 1966 stets rückläufig gewesen. Dagegen stieg sie von 1966 bis 1967 um 10 % und von 1967 bis 1968 um 13 %. Die Zunahme ist auf die Erhöhung der Reis- und Maisproduktion zurückzuführen sowie auf die Expansion in der Viehzucht und im Fischfang (341).

"Die durch die Landwirtschaft im Export erzielte Wertschöpfung hatte von allen Produktionssektoren die stärkste Zuwachsrate zu verzeichnen, indem sie von 1966 bis 1968 um 38 % stieg. Nach dem Verkehrswert errechnet, erhöhte sich dadurch ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 3,7 % auf 6,5 % ... Die auf dem Binnenmarkt abgesetzte landwirtschaftliche Produktion erhöhte sich um 19 %; diese Entwicklung war hauptsächlich auf die starke Zunahme der Baumwollproduktion zurückzuführen" (342).

In den siebziger Jahren setzte dagegen der negative Trend in diesem Sektor wieder ein:

"Le progrès de la production agricole commercialisée n'a pas dépassé le rythme de l'expansion démographique, qui est de 2,7 % l'an en moyenne, son taux de croissance est de 1,3 % et de 2,5 % en 1974. Au cours de la période 1970 - 1974, le volume produit pour l'exportation a diminué de 14,3 % tandis que la production pour l'intérieur a augmenté de 30 % environ" (343).

Prozentual gesehen sank der Anteil der marktorientierten Landwirtschaft von 9,1 % (1970) über 8,4 % (1974) auf 8 % (1975) (344), der Anteil der Bergbau- und Hüttenindustrie lag 1975 bei 25 % (345).

Diese Entwicklung im Agrarsektor setzte sich in den folgenden Jahren fort: 1979 hatte ihr Beitrag zum B.I.P. im Vergleich zum Vorjahr um 18 % abgenommen. "Da 1978 die Abnahme nur 10 % betragen hatte, beschleunigte sich offenbar die negative Entwicklung im Agrarsektor. Das erscheint um so bedrohlicher, als die Agrarpreise im selben Zeitraum angestiegen sind" (346).

Aber auch in der Bergbau- und Hüttenindustrie lag 1979 der Rückgang mit 9 % über dem des Vorjahres (6,5 %). Da die Kupferpreise erhöht wurden, war der Produktionsrückgang volumenmäßig noch größer (347).

Trotzdem ist die Landwirtschaft nach der Bergbau- und Hüttenindustrie der bedeutendste Zweig der zairischen Ökonomie. 1982 trugen die vermarktete Agrarproduktion (in konstanten Preisen von 1970) mit 8,9 %, der Subsistenzsektor mit 10,9 % zum B.I.P. bei, der Anteil der Bergbau- und Hüttenindustrie lag bei 22,5 % (348).

Im "secteur secondaire" (349) konnten allgemein betrachtet keine nennenswerten Fortschritte erzielt werden: von 1957 bis 1970 erhöhte sich sein Beitrag zum B.I.P. von 24,9 % auf 26,9 %, absolut gesehen von 159,8 Millionen Zaire auf 275,5 Millionen Zaire (350). Innerhalb dieses Sektors erzielte die Kupferindustrie eine - wenn auch mengenmäßig nur geringe - Steigerungsrate: die Wertschöpfung der Kupferindustrie trug 1966 mit 10 % zum B.I.P. bei, 1968 mit 14,7 %. Die Kobaltproduktion hatte 1968 den Stand von 1966 noch nicht erreicht. (351).

Die Fertigwarenindustrie verzeichnete von 1966 bis 1968 eine rückläufige Entwicklung, der Rückgang betrug 9 %. Die Bauwirtschaft konnte dagegen Mitte der sechziger Jahre einen Produktionszuwachs verzeichnen, eine Folge der wieder angelaufenen Investitionstätigkeit.

"Le secteur secondaire contribue pour 275,5 Mz (Millionen Zaire, d.V.) au P.I.B. du Zaire en 1970. Une part écrasante provient de la métallurgie (158,5 Mz) et elle est localisée presque intégralement au Shaba, où se réalise le traitement du cuivre, du cobalt, du zinc et de l'étain. Les autres branches du secteur secondaire sont les industries manufacturières, la production d'énergie et la construction; elles interviennent respectivement dans le P.I.B. de 1970 pour 51,0; 9,4; et 56,6 Mz" (352).

Die verarbeitende Industrie wurde von allen Wirtschaftszweigen von der 1974/75 durchgeführten "Zairianisierungspolitik" am härtesten getroffen; starke Produktionseinbußen waren die Folge, ihr Anteil am B.I.P. verringerte sich (353).

Zur Zusammensetzung des B.I.P. sei noch angemerkt, daß der Beitrag des tertiären Sektors zum B.I.P., also von Banken, Versicherungen, sonstigen Dienstleistungen, Transport, Kommunikation, öffentliche Dienste und Verteidigung, 1970 bei 45,2 % lag.

"Sa contribution au P.I.B. zairois en 1970 était de 463,8 Mz. Les activités de type commercial interviennent dans ce total pour 275,9 Mz et les services publics pour 109 Mz. Nous y avons en outre inclus les revenus de la fiscalité indirecte non comptabilisés ailleurs, soit 78,9 Mz" (354).

Die absolute und relative Größe dieses Sektors ist im wesentlichen stabil geblieben: 1982 trugen die Dienstleistungen mit 28 %, der Handel mit 10,6 %, das Transport- und Fernmeldewesen mit 6,6 %, Gebäude und öffentliche Arbeiten mit 2,5 % zum B.I.P. bei, insgesamt mit 47,7 % (355).

5.3 Die sektorale Entwicklung der Wirtschaft

5.3.1 Der landwirtschaftliche Sektor

Zaire hat eine Gesamtfläche von 2,345 Millionen km² und ist seiner Wirtschaftsstruktur nach noch ein Agrarland; die landwirtschaftliche Nutzfläche beträgt ca. 31 %. Etwa 70 % der Bevölkerung leben von der Landwirtschaft, davon ein großer Teil von der Subsistenzwirtschaft, der 1976 mit ca. 42,9 % zur gesamten Agrarerzeugung beitrug (356).

Die Bedeutung des Agrarsektors ist seit 1960 stark zurückgegangen. 1960 brachten die landwirtschaftlichen Erzeugnisse noch 40 % der gesamten Exporterlöse, 1979 machten sie 18 % der importierten Güter aus (357).

"Dans le domaine de la production agricole, les produits vivriers commercialisés à destination du marché intérieur ont connu une chute pendant les premières années, notamment à cause de l'anarchie des transports. Les importations de produits comme le riz et le maïs sont significatives ... Quant aux produits agricoles d'exportation, leur situation est variable. Les chiffres officiels montrent une baisse, mais les chiffres réels sont plus élevés en raison des exportations frauduleuses, estimées à 3 milliards environ pour 1963" (358).

Guy Verhaegen faßt in einer Untersuchung von 1973 (359) die noch heute lastenden grundlegenden Probleme dieses Wirtschaftssektors zusammen:

Neben dem mangelhaften Transportsystem, das u.a. für die großen Preisunterschiede für die Agrarerzeugnisse im Lande verantwortlich sei, stelle die "insuffisance des services gouvernementaux chargés de la vulgarisation et de l'encadrement agricole ou de la multiplication des semences" (360) das größte Hindernis für einen Fortschritt im Agrarsektor dar.

Um effizient arbeiten zu können, müsse eine relative Unabhängigkeit der "services agricoles" von politischen Administrationen bestehen bzw. eine direkte Zuordnung zum Landwirtschaftsministerium gewährleistet sein.

Ein weiteres Problem sei die Zielgruppe für Kredite bzw. staatliche Zuschüsse und Unterstützung.

"Il (le crédit, d.V.) est la condition sine qua non de tout progrès, et pourtant il est particulièrement difficile à organiser, pour les petits et moyens agriculteurs, qui ne peuvent offrir à l'organisme prêteur aucune des garanties habituellement acceptées par les institutions de crédit" (361).

Um die Kleinbauern in die Lage zu versetzen, ihre Kredite zurückzahlen zu können, müsse die Kreditvergabe in engem Zusammenhang mit der Verbesserung, d.h. Modernisierung der landwirtschaftlichen Anbaumethoden stehen.

"La confédération Internationale du Crédit Agricole soulignait, lors de sa réunion tenue à Kinshasa en juin 1972, que 'le crédit ne peut avoir d'efficacité que grâce à un encadrement et une vulgarisation (de méthodes améliorées, d.V.) capables de permettre le remplacement de garanties réelles par des garanties économiques et techniques'" (362).

Die Planungstätigkeit im Agrarsektor müsse sich zudem mit dem generellen Problem auseinandersetzen, daß nur höchst unvollständige volkswirtschaftliche Daten vorhanden sind. Ohne ausreichende Information ist eine sinnvolle Gesamtplanung nicht möglich. Verhaegen macht in diesem Zusammenhang auf einen weiteren Aspekt aufmerksam: Bei der Vermarktung der landwirtschaftlichen Produkte solle dem Staat keine Monopolrolle als An- und Verkäufer zugestanden werden, insbesondere nicht nach den negativen Erfahrungen in den Entwicklungsländern, in denen der Agrarsektor nationalisiert wurde und der Staat eine Monopolstellung einnahm.

"Nos propres enquêtes dans le domaine des offices de commercialisation, marketing boards etc. en Afrique et au Zaïre nous ont apporté la conviction que la préférence absolue doit être donnée à ce type d'offices qui interviennent comme concurrents sur le marché..." (363).

Die Agrarpolitik der zairischen Regierung im Rahmen der "Zairianisierung" und "Radikalisierung" trug dagegen zur Verschlechterung der Lage in diesem Sektor bei. Nach einem kurzfristigen Aufschwung - mehr als alle anderen volkswirtschaftlichen Sektoren hatte die landwirtschaftliche Produktion in den Jahren 1976 bis 1968 einen starken Anstieg zu verzeichnen (364) - verlangsamte sich die Produktionsentwicklung in den Jahren 1974 bis 1976, so daß verstärkt Lebensmittel importiert werden mußten.

Im Vergleich zum Jahr 1970 hatte die Produktion von Palmöl bspw. einen Rückgang von 38,4 % zu verzeichnen. Wurden 1970 noch 123.473 Tonnen exportiert, so waren es 1974 nur noch 62.452 Tonnen und 1975 gar nur 53.195 Tonnen (365).

"L'agriculture zairoise ne soit plus assurer suffisamment de subsistance alimentaire pour la consommation intérieure. Par les importations de substitution que cette insuffisance provoque, elle devient une source de renchérissement des prix. La part des importations des biens alimentaires est passée de 1 % du total des importations en 1959 à 42,9 % en 1966 et à 40,2 % en 1974. La contribution de l'agriculteur aux recettes de devises (les exportations) a diminuée passant de 39 % des recettes totales en 1959 à 16 % en 1970 et à 13 % en 1974" (366).

Vor allem die "zairianisierten" Betriebe produzierten hohe Defizite, da in den meisten Fällen die neuen Besitzer nicht die nötigen Fachkenntnisse besaßen, um einen landwirtschaftlichen Betrieb effektiv führen zu können.

"Souffrant déjà d'un manque d'investissement suffisant pour le renouvellement d'outi de production et fortement tributaire de l'état défectueux du réseau routier national, la production agricole a été davantage compromise en 1975 par la mauvaise gestion, l'inexpérience et parfois le manque d'intérêt des 'acquéreurs' des plantations, élevages et fermes d'une part et d'autre part, les délégués généraux placés à la tête des unités agro-industrielles" (367).

Auch die am 30.12.1974 gefaßten Beschlüsse - sofern sie überhaupt ausgeführt wurden -, die die Bildung von Kooperativen für Produktion und Vermarktung, infrastrukturelle Maßnahmen, die Förderung der Düngemittelindustrie, die Etablierung eines "Fonds agricole", der die Investitionen im Agrarsektor erleichtern sollte sowie die Gründung einer Landwirtschaftsbank zur Unterstützung der Bauern vorsahen, erbrachten keine Erfolge (368).

Ebensowenig die im Mobutu-Plan festgeschriebene Förderung der Landwirtschaft, vor allem der Selbstversorgung mit den Grundnahrungsmitteln Reis, Maniok und Mais. Die Produktion von Mais, die für den Markt bestimmt war, konnte zwar von 51.273 Tonnen (1978-1979) auf 75.100 Tonnen (1979-1980) gesteigert werden (in der Provinz Bandundu), nach wie vor mußte aber Mais importiert werden (1979: 146.047 Tonnen) (369).

"Malheureusement, la forte chute de la production de bière a sensiblement réduit les besoins de cette industrie. De plus l'impossibilité d'obtenir du crédit bancaire pour le financement de la récolte n'a pas permis aux commerçants d'effectuer leurs achats" (370).

Deutlich wird auch die mangelhafte Lebensmittelversorgung am Beispiel des Weizenimports, er lag 1979 bei 159.942 Tonnen. Die Exporte der Agrarprodukte gingen 1979 insgesamt um 4,9 % gegenüber 1978 zurück (371).

Die aktuelle Entwicklung im Agrarsektor deutet noch nicht auf entscheidende Veränderungen hin, wenn auch mit der Liberalisierung der Erzeugerpreise versucht wird, die Produktion zu steigern.

"En vue de stimuler la production agricole, le Conseil Exécutif a décidé de libéraliser les prix agricoles en supprimant la notion de prix minimum considérée par d'aucuns comme des prix maxima, et de privatiser la gestion" (372).

Immerhin konnte die Maisproduktion gesteigert werden: von 63.180 Tonnen (1981) über 75.392 Tonnen (1982) auf geschätzte 90.300 Tonnen (1983) (373).

Die grundlegenden strukturellen Probleme der zairischen Landwirtschaft - das Nebeneinander einer modernen und leistungsfähigen exportorientierten Landwirtschaft und der in der traditionellen Wirtschafts- und Produktionsformen verharrenden Subsistenzwirtschaft - bestehen weiter. Die Betriebsgrößen verdeutlichen diese Problematik: Im "traditionellen" Sektor rangieren

fast 42 % der insgesamt mehr als 2,5 Millionen Betriebe in der Größenklasse von unter 1 ha und im "modernen" Sektor haben mehr als 60 % der 886 erfassten Betriebe eine Größe zwischen 50 bis 500 ha (374).

Diese Diskrepanz macht die Notwendigkeit deutlich, gezielt die Kleinbauern zu fördern und zu unterstützen.

Was die Investitionen in diesem Sektor insgesamt betrifft, so wurde die Landwirtschaft im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen von der Regierung sukzessive vernachlässigt: in den Jahren 1970 bis 1974 erhielt sie 2 - 3 % der Gesamtinvestitionen der Regierung, 1975 ca. 5 - 6 % (375), wobei anzumerken ist, daß Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre dem Agrarsektor verstärkt Kredite aus dem Ausland oder von internationalen Kreditorganisationen zur Verfügung gestellt worden sind.

In diesem Zusammenhang sei auf das Transportproblem hingewiesen, deren Lösung für die Vermarktung der Agrarprodukte von großer Bedeutung ist. Die Investitionen in diesem Bereich steigen zwar an, gelten aber zu einem großen Teil nur den Hauptverkehrslinien, und diese sind vor allem für den Transport der Bergbauprodukte wichtig.

1982 hat die zairische Regierung ein Aktionsprogramm beschlossen, das eine Verbesserung der Vermarktungsmöglichkeiten der Agrarprodukte insbesondere in den Regionen Bas-Zaire, Bandundu, Ost- und West-Kasais sowie Shaba bezwecken soll.

"L'Etat consacrera cette année 50 millions de zaires à l'aménagement des routes de desserte à l'intérieur de ses régions. Il s'engage à encourager au maximum la commercialisation des produits agricoles" (376).

5.3.2 Die Bergbau- und Hüttenindustrie

Zaire verfügt über eine Vielzahl wichtiger Bodenschätze wie Kupfer, Kobalt, Diamanten, Zink, Zinn und Mangan. Daneben werden Wolfram, Kadmium, Silber und Gold gefördert. Es ist in der Welt der größte Produzent für Kobalt (60 %) und für Industriediamanten, in der Weltrangliste der Kupferproduktion steht das Land an siebter Stelle.

Gerade im Vergleich mit den für den Export bestimmten Agrarprodukten läßt die nach 1960 steigende Abhängigkeit der zairischen Ökonomie von der Bergbau- und Hüttenindustrie, besonders vom Kupferabbau deutlich werden: Während 1959 die Bergbauprodukte bei den Gesamtexporten einen Anteil von 60 % ausmachten, steigerten sie sich 1968 auf 85 % und gingen 1975 aufgrund des Verfalls der Kupferpreise auf dem Weltmarkt auf 74 % zurück; die Agrarprodukte hatten dagegen 1959 einen Anteil von 40 %, 1969 nur noch von 14 % und 1975 von 16 %. Innerhalb der Bergbauprodukte wies das Kupfer 1959 einen Anteil von 34 % auf, der 1969 auf 65 % gesteigert werden konnte, allerdings 1975 auf etwa 48 % abfiel. In den letzten Jahren hat sich - wie schon erwähnt - der Anteil der Bergbauprodukte an den zairischen Gesamtausfuhren erheblich erhöht.

Die Exporte gehen zu 98 % in die OECD-Staaten, zu 80 % auf die Märkte der Europäischen Gemeinschaft (377).

Aufgrund dieser Abhängigkeit wurde die Wirtschaft Zaires besonders hart durch die schwankenden Weltmarktpreise für Rohstoffe getroffen:

"A partir de 1974, l'expansion du secteur minier a été comprise. D'abord, les cours mondiaux du métal rouge ont cessé l'ascension amorcée depuis 1973: de FB 47.135 en 1972, le prix moyen de la tonne métrique était passé à FB 68.814 et avait atteint en 1974 FB 80.384; en 1975, il retompa à FB 45.367" (378).

Dennoch fließt der größte Teil der Investitionen des zairischen Staates in diesen Sektor:

"Economic and investment policies adopted by Mobutu's regime since 1965 have been directed at a rapid growth of the modern sector, especially mining, transport infrastructure for export, manufacturing and related activities. From 1970 to 1976, Zaire invested about 31 percent of its GDP but it achieved a growth rate of only 2,8 percent in that period. An unknown but very large percentage of investments during the 1970-1976 period went to this modern sector; inconstant prices, the value added in mining was 2,7 times that of monetized agriculture in 1970-1972, and 2,9 times in 1974-1976" (379).

Ein großer Teil der Bodenschätze (Kupfer, Kobalt, Zink, Zinn, Mangan, Gold, Silber, Kadmium, Germanium sowie kleiner Mengen von Steinkohle) befindet sich in der Region Shaba und wird - von einigen Ausnahmen abgesehen - auch dort verhüttet. Darüber hinaus existieren Diamantenvorkommen und Eisenerzlagertstätten in den Regionen Ost- und Westkasai, Gold in Ober-Zaire, Kasserit und Wolframit in Kivu. Die Wertschöpfung dieser Regionen erreicht nicht annähernd die Produktionsmengen von Shaba.

Diesem Wirtschaftssektor stehen trotz staatlicher Förderung Hemmnisse im Weg, die eine kontinuierliche Produktions- und Ausfuhrsteigerung verhindern (abgesehen von den Schwankungen der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt): Versorgungsengpässe bei importbedürftigen Ersatzteilen und Betriebsstoffen, die die Erzförderung und -weiterverarbeitung behindern und vor allem die inner- und außerzairischen Transportprobleme.

"Der innerzairische Transportweg, mit 2.750 km und 20 bis 25 Tagen Transportdauer die längste Route zu einem der Verschiffungshäfen, führt als integrierter Schienen-Wasser-Schienenweg aus dem Kupfergebiet über Schiene (SNCF) nach Slebo (Westkasai), von dort über den Kasai- und Zaire-Fluß nach Kinshasa und von der Hauptstadt nach Matadi" (380).

Der Weg nach Dar es Salaam (2.715 km) nimmt gleichfalls 20 bis 25 Tage in Anspruch und die Verschiffung in Beira (Mosambique) oder in Lobito (Angola) ist wegen des politisch gespannten Verhältnisses zu diesen Staaten problematisch. Aus diesem Grund wird ein re-

lativ großer Teil der Entwicklungshilfe für die Verbesserung der Transportwege, vorzugsweise für den Transport der Bergbauprodukte verwendet (381).

Produktionssteigerungen sind in diesem Sektor auch abhängig von den außen- und innenpolitischen Rahmenbedingungen Zaires. So sank z.B. die Kupferproduktion 1979 nach dem Abzug der Wirtschaftsfachkräfte - ausgelöst nach den Unruhen in Kolwezi. Die Ausfälle konnten nur durch Preissteigerungen kompensiert werden, die wiederum aufgrund der günstigen Entwicklung der Weltmarktpreise für Kupfer und Kobalt zu diesem Zeitpunkt möglich waren (382).

Die absolute Priorität dieses Sektors wird jedoch nicht in Frage gestellt:

"The government's long-term objective is to reduce the country's overdependence on mining, especially copper; but in the short- and medium term, it expects the impetus to economy recovery to come from the mining sector" (383).

Auf einen anderen volkswirtschaftlichen Aspekt sei in diesem Zusammenhang hingewiesen: Ein positiver Impuls für die Beseitigung, wenigstens Milderung des Beschäftigungsproblems ist von diesem Wirtschaftszweig kaum zu erwarten. Gegenwärtig sind in der Bergbau- und Hüttenindustrie nur ca. 1 % der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung tätig.

"Zudem ist zu bedenken, daß knappe Ressourcen für die Überwindung der monostrukturellen Abhängigkeit von einer Devisenquelle ... (und) für die Stützung und den Aufbau anderer Wirtschaftsbereiche ... nicht nur nicht eingesetzt werden, sondern im Gegenteil einen Beitrag zur Festigung und zum Ausbau bestehender Strukturen leisten" (384).

Obwohl bspw. auf einer Konferenz in Kinshasa 1978, an der Vertreter der zairischen Regierung und der Bergbaugesellschaften teilnahmen, von staatlicher Seite die "predominance excessive du cuivre" als eine der größten Strukturschwächen anerkannt wurden, hat sich dennoch in der wirtschaftspolitischen Konzeption der zairischen Regierung wenig geändert.

"Eine rationale Entwicklungspolitik aus Nehmersicht muß indes als Gradwanderung begriffen werden: Der Bergbau sollte durchaus als förderungswürdiger Sektor behandelt werden, aber nur soweit und in der Hinsicht, als er Grundlage und Ressourcen zur Aufhebung seiner eigenen, dominierenden Position liefert. Die Förderungspolitik für den Bergbau darf kein Ziel in sich selbst sein, sondern bestenfalls Unterziel in dem Sinne, daß die Mittel, die dieser Bereich verfügbar macht ..., konsequent für andere als übergeordnet zu betrachtende entwicklungspolitische Ziele genutzt werden (Diversifizierung der Produktion, Förderung der Landwirtschaft, Ausbildung etc.)" (385).

5.3.3 Die verarbeitende Industrie

In diesem Kapitel können zwei Sektoren der verarbeitenden Industrie - die Hüttenindustrie und die industrielle Agrarproduktion - weitgehend vernachlässigt werden, da diese schon in den Kapiteln 5.3.1 und 5.3.2 Berücksichtigung fanden. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß eine Trennung gerade der Bereiche Bergbau und Metallproduktion schon deshalb schwierig ist, weil die Erzverhüttung zusammen mit dem vorgelagerten Erzbergbau meist in integrierten Unternehmenseinheiten durchgeführt wird, von daher eine konsequente Trennung nicht möglich ist. (386).

Während der kolonialen Periode war - wie schon ausgeführt - die industrielle Entwicklung vorrangig auf den Export von Agrar- und Metallprodukten ausgerichtet; die Herausbildung einer auf den Binnenmarkt orientierten verarbeitenden Industrie war von vornherein begrenzt. Der Kolonialstaat unterstützte die industrielle Entwicklung durch infrastrukturelle Maßnahmen sowie durch Kapitalbeteiligungen, um die Risiken der privaten Unternehmen zu mindern.

"In this sense, state participation played a major role in stimulating the development of the modern sector, and the shareholdings of the colonial government represented part of the package of incentives provided to the sector" (387).

Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit umfaßte der "moderne Sektor" - die verarbeitende Industrie - folgende Bereiche:

"(a) a large private controlled and managed enterprises which dominated mining, agricultural plantations and processing, commerce, trade and banking, with subsidiaries which accounted for the majority of manufacturing output; (b) small and medium-scale expatriate business owned and operated by foreigners which were very active in agriculture and processing production (...) of consumer goods for the local market, and of construction materials, and the professions, and dominated the retail and wholesale trades; and (c) a limited number of local entrepreneurs engaged for the most part extremely small local and village trade as travelling traders ..." (388).

An der Struktur des industriellen Sektors und den Besitzverhältnissen änderte sich in den folgenden Jahren - abgesehen von der volkswirtschaftlich bedeutsamen Übernahme der "Union Minière du Haut Catanga" durch den zairischen Staat (1967) sowie verschiedenen staatlichen Investitionen und Beteiligungen an industriellen Projekten (Stahlwerk in Maluku, Zementwerk "Cinat" u.a.) - bis zur "Zairianisierung" (389) wenig.

Auffallend sind an der industriellen Struktur Zaires die Disparitäten innerhalb des Sektors der verarbeitenden Industrie - vor allem zwischen der Konsumgüter- und der Investitionsgüterindustrie.

Die Konsumgüterindustrie (Nahrungs- und Genußmittel- und Getränkeherstellung) trug Mitte der siebziger Jahre 50 % zum Produktionswert der verarbeitenden Industrie bei (390). Die Konsumgüterindustrie wies jährliche Wachstumsraten bis zu 10 % auf (391), während das Wachstum der Produktionsgüterindustrie nur um ca. 4,7 % jährlich stieg. Insbesondere zwischen 1966 und 1976 wuchs der Anteil der Konsumgüterindustrie stark, von 57 % auf 61 %, wohingegen der Anteil der Produktionsgüterindustrie um ca. 8 % fiel (392).

Auch in den achtziger Jahren hat sich an diesem Verhältnis nichts grundlegend geändert:

"Auf die Herstellung von Getränken, Nahrungsmitteln und Textilien für die Versorgung des Binnenmarktes entfällt der größte Teil des Produktionswertes der verarbeitenden Industrie" (393).

Die Weltbank bezeichnet die Entwicklung der verarbeitenden Industrie als signifikant für ein frühes Stadium industrieller Entwicklung "with a heavy emphasis on import substituting consumer goods industries" (394).

Im folgenden soll ein Überblick über die verschiedenen Branchen der verarbeitenden Industrie gegeben werden. Die Nahrungs- und Genußmittelindustrie ist vor allem in Kinshasa, Lubumbashi, Kalemie und

Kisangani angesiedelt. Sie umfaßt die Getreideverarbeitung (395), die Reisverarbeitung, Zuckerraffinerien (die allerdings den steigenden Bedarf an Zucker nicht decken können), sowie die Palmölproduktion.

Die Getränkeindustrie, insbesondere Herstellung von Bier, spielt innerhalb der Nahrungs- und Genußmittelindustrie eine wichtige Rolle; Zaire ist mittlerweile einer der bedeutendsten Bierproduzenten Afrikas. Die Produktionsstätten sind in bezug auf die Arbeitsplätze eine relevante Größe. Seit Mitte der siebziger Jahre ist die Herstellung von Bier allerdings im Sinken begriffen.

"En repression constante depuis 1975, la fabrication de bière a subi un nouveau recul en 1979 (- 30,2 %) ... La manque d'approvisionnement en malt, en fuel, en sucre et en pièces de rechange a provoqué le ralentissement et, dans certains cas, l'arrêt de la production" (396).

Die Herstellung alkoholfreier Getränke hat in dieser Branche ebenfalls einen gewissen Stellenwert. Das bedeutendste Unternehmen dieser Branche ist die "Compagnie Industrielle des Boissons", auf die 1973 über 52 % der Herstellung von Erfrischungsgetränken entfielen. Insgesamt konnte in diesem Industriezweig die Produktion von 310.544 Hektolitern (1968) auf 770.250 Hektoliter (1977) gesteigert werden, die aber in den Jahren 1978 bis 1979 wieder von 710.537 auf 489.485 Hektoliter fiel (397).

Innerhalb des Sektors der verarbeitenden Industrie nimmt die chemische Industrie eine vergleichsweise unbedeutende Position ein. Sie ist eng auf die Montanindustrie bezogen. Ein Teil der Verhüttungsverfahren wird mit Hilfe der chemischen Industrie durchgeführt. Ferner produziert sie: Palmöl- und Fettsäuren, Sprengstoffe und Zündmittel, Auto- und Fahrradreifen, Farben und Lacke, Seifen und Waschmittel sowie Kunststoffserzeugnisse.

Die Textilindustrie, ein durchaus aufstrebender Industriezweig, der Mitte der siebziger Jahre steigende Produktionsziffern verzeichnen konnte, erlitt Ende der siebziger Jahre Produktionseinbußen, die insbesondere die Herstellung von syntetischen Geweben betrafen.

Die metallverarbeitende Industrie ist vorwiegend in den großen Städten (Kinshasa und Lubumbasha) angesiedelt und verfügt über ein umfangreiches Produktionsprogramm von Halberzeugnissen und Endprodukten, sowohl im Bereich der Leichtmetallindustrie als auch in der Schwermetallindustrie.

Im erstgenannten Industriezweig sind folgende Produkte bedeutsam: Kronenkorken, galvanisierte und Aluminiumprodukte, Kühlschränke, Metallmöbel und Metallfässer; bei der Schwerindustrie: Eisen- und Metallkonstruktionen, Eisen- und Stahlguß, Walzwerkerzeugnisse (398).

Trotz beachtlicher Produktionssteigerungen Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre leidet dieser Sektor - wie die verarbeitende Industrie insgesamt - an einer ungenügenden technischen Ausrüstung.

"Les activités des fabrications de ces dernières années ont été handicapées par le manque d'approvisionnement. Comme les années précédentes, les résultats sont variables suivant les possibilités d'achat ou d'importation de matières premières qui se sont présentées" (399).

Laut Weltbank geht der Trend in der verarbeitenden Industrie "away from industries processing local materials towards industries based on imported materials, namely as a result of insufficient supply of local materials" (400).

Demzufolge empfiehlt die Weltbank als langfristige Perspektive für den industriellen Sektor die Produktion auf der Basis der nationalen Rohstoffe sowie eine Abkehr von einer hochtechnisierten und kapitalintensiven Produktionsweise, die in starkem Ausmaß von Importprodukten abhängt.

Ein Teil dieser Empfehlungen findet sich auch im Bericht "Politique et programme 1982" des "Departement de l'économie nationale et de l'industrie":

"L'action du Département de l'Economie Nationale et de l'industrie dans la conjoncture actuelle sera d'aider au développement de toutes les branches des activités industrielles par l'utilisation rationnelle des ressources du pays. Cette utilisation des ressources du pays s'avère nécessaire en vue:

- de diminuer l'importation par: la meilleure utilisation de la capacité de production existante, le remplacement des produits importés par les ressources locales ..." (401).

Darüber hinaus werden Maßnahmen wie die Liberalisierung der Preise angestrebt, die die Produktion und den Absatz der industriellen Produkte verbessern sollen, wie auch eine gezielte Förderung der kleineren und mittleren Unternehmen (402).

Ohne eine Konsolidierung des Staatshaushaltes und einer konsequenten Reform der staatlichen Administration wird allerdings mittelfristig die industrielle Entwicklung nicht recht vorankommen. Langfristig kann nur eine Umorientierung bzw. eine Diversifizierung der Produktion in regionaler und sektoraler Hinsicht zu weniger Abhängigkeit und größeren Entwicklungsmöglichkeiten führen.

6. Außenwirtschaftliche Abhängigkeitsfaktoren
6.1 Die außenwirtschaftlichen und außenpolitischen
Beziehungen Zaires nach 1960

Zur Zeit der Erlangung der politischen Unabhängigkeit existierten nur sehr vage gesellschaftspolitische Vorstellungen von einer künftigen Demokratischen Republik Kongo. Auch im Bereich der Außenpolitik bestand zu jener Zeit keine kohärente Konzeption, wenngleich unter einer Regierung Lumumba wahrscheinlich versucht worden wäre, der nationalen Ökonomie gegenüber dem Weltmarkt eine gewisse Autonomie zu verschaffen (403).

So wurde an die damals bestehenden außenpolitischen Beziehungen zu den westlichen Industriestaaten angeknüpft, wobei Belgien aus seiner herausragenden Stellung zugunsten der USA und der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft verdrängt wurde.

6.1.1 Die Beziehungen zu den "realsozialistischen" Ländern

Die internationalen Beziehungen - vor allem die wirtschaftlichen - zu den osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion hatten nie den hohen Stellenwert wie diejenigen zu Westeuropa und den USA. Nach 1960 intensivierten die "realsozialistischen" Staaten die diplomatischen Kontakte zu Zaire, was zur Einrichtung von zahlreichen Botschaften führte. Im Verlauf der folgenden politischen Ereignisse aber vereisten diese Beziehungen und es kam 1963 zum Bruch mit der Sowjetunion.

"Les relations entre le Congo et l'Union Soviétique se sont déteriorées en 1963. Il y eut d'une part les accusations soviétiques contre les manoeuvres occidentales au Congo et les pressions russes au faveur d'un retrait des casques bleus du Congo et d'autre part, à la fin de l'année, l'expulsion du personnel de l'ambassade soviétique à Leopoldville" (404).

Mit der Regierungsübernahme durch Mobutu 1964 wurden die Kontakte und politischen Beziehungen zu den "realsozialistischen" Staaten wieder aufgenommen, die in der Folge auch zu einer wirtschaftlichen Kooperation führten.

"Les premiers de ces accords ont été respectivement signes avec la Bulgarie le 17 avril 1964 à Sofia, la Tchécoslovaquie le 20 avril 1964 à Prague et la Pologne le 23 du même mois à Varsovie" (405).

6.1.2 Die Beziehungen zu den USA

Das Engagement der USA im Rahmen der Intervention der Vereinten Nationen während des Unabhängigkeitskampfes im Kongo, war stärker von politischen denn ökonomischen Interessen geleitet.

Erst nach der Reintegration der Provinz Katanga und einer vorläufigen "Stabilisierung" der politischen Verhältnisse sahen die USA in der Demokratischen Republik Kongo einen sich entwickelnden Absatzmarkt für ihre Exporte und Möglichkeiten zu einer verstärkten Investitionstätigkeit. 1962 verdreifachten sich die amerikanischen Exporte nach Zaire und erreichten einen Wert von 67 Millionen Dollar.

"Ainsi, les Etats-Unis sont devenus le principal exportateur vers le Congo, ce qui est une situation sans précédent dans l'histoire de ce pays, étant donné que la Belgique a toujours été bien en avance sur les Etats-Unis en ce qui concerne les exportations vers son ancienne colonie" (406).

Infolge dieser Entwicklung wurden die technische und finanzielle Hilfe der USA in den sechziger Jahren erhöht. Folgende Projekte standen 1963 im Vordergrund:

- "- fourniture graduée d'uranium destiné au réacteur de recherche de Leopoldville;
- ...
- aide financière destinée à importer des denrées alimentaires en provenance des Etats-Unis;
- aide militaire, sous forme de matériel notamment, en vue de réorganiser l'A.N.C." (407).

Um amerikanische Investitionen in Zaire zu fördern, unterzeichneten 1962 die Vertreter der USA und Zaire ein Abkommen, das den Investeuren weitgehende Sicherheiten garantierte:

"Cette convention autorise le gouvernement des Etats-Unis à assurer les investisseurs américains contre les risques d'inconvertibilité, d'expropriation et de pertes consécutives à la guerre, la révolution et l'insurrection" (408).

Insgesamt erreichte die finanzielle Hilfe der USA in den Jahren 1960 bis 1965 einen Umfang von 298,8 Millionen Dollar, davon 260,3 Millionen Dollar in Form von Schenkungen und 38,5 Millionen Dollar als Kredite (409).

6.1.3 Die Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft

Der erste Schritt zur Aufnahme von Wirtschaftsbeziehungen mit den Staaten der Europäischen Gemeinschaft wurde noch vor 1960 im Rahmen der Verträge von Rom unternommen. Die Römischen Verträge beinhalteten einen auf fünf Jahre (1958-1962) limitierten Vertrag zwischen den damaligen Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft und sechs zu diesem Zeitpunkt noch nicht unabhängig gewordenen afrikanischen Staaten.

"La convention réglait le régime des échanges commerciaux entre le CEE et les pays associés, mais parallèlement aux dispositions de caractère commercial, les six pays membres de CEE décidaient de constituer pour 5 ans un 'Fonds européen de Développement' pour les pays et territoires associés, alimentés par les pays membres ... et destiné à financer des programmes sociaux ou économiques dans les pays associés" (410).

Der "Fonds européen de Développement" stellte für den Zeitraum von 1958 bis 1962 581 Millionen Dollar zur Verfügung, davon entfielen auf den Kongo 17,991 Millionen Dollar (3,09 %), verteilt auf Projekte, vorwiegend zur Verbesserung der Infrastruktur (411).

Neben diesem Fonds wurde in den Römischen Verträgen eine Freihandelszone vereinbart, die Vertragsparteien sicherten sich gegenseitige Präferenz zu (412). Nach der Erlangung der Unabhängigkeit erklärte die kongolesische Regierung in einem Brief an die Europäische Gemeinschaft ihr Interesse an einer Fortführung der Zusammenarbeit.

Seit 1961 fanden Verhandlungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und 18 unabhängigen afrikanischen Staaten (den sog. AASM) über ein zweites Assoziierungsabkommen statt, das am 20. Juni 1963 in Yaounde unterschrieben wurde und am 1. Juni 1964 in Kraft trat. Die für finanzielle und technische Hilfsleistungen zur Verfügung gestellten Mittel wurden um 40 % von 581 Millionen auf 800 Millionen Dollar erhöht, davon 680 Millionen Dollar in Form von Schenkungen, 50 Millionen Dollar als Kredite mit einem niedrigen Zinssatz und langen Laufzeiten sowie ein 70-Millionen-Dollar-Kredit, der von der "Banque Européenne d'Investissement" zu 'normalen' Marktbedingungen vergeben wurde (413).

Im Rahmen dieser Zusammenarbeit erstellte eine Expertenkommission der Europäischen Gemeinschaft eine Studie über ein langfristiges Programm zur Wiederbelebung der kongolesischen Wirtschaft, das die Zustimmung der kongolesischen Regierung fand (414).

In diesem Bericht wurden folgende Problembereiche vorrangig behandelt:

- "- Assistance technique sous la forme de petites équipes placées aux points névralgiques de l'économie congolaise. Le rapport avance le chiffre de 240 experts;

- mesures de remise en ordre administrative et financière;
- actions économiques de relance de la production agricole autochtone par des investissements et une assistance technique;
- réflexion et entretien de l'infrastructure existante;
- satisfaction des besoins du secteur transport et du secteur industriel par l'attribution des devises nécessaires au renouvellement des pièces de rechange et des biens d'équipement.

Le cout total des interventions chiffrées proposées par la mission atteint 12,51 milliards de francs congolais" (415).

Im Rahmen des zweiten "Fonds européen de Développement" wurden der Demokratischen Republik Kongo 1965 für 15 Projekte 8,3 Millionen Dollar als Schenkung zugewiesen (416).

6.1.4 Die Beziehungen zu Belgien

Abgesehen von seinem Beitrag zur Entwicklungshilfe der Europäischen Gemeinschaft gewährte Belgien der Demokratischen Republik Kongo nach 1960 neben ihrem Engagement im militärischen Sektor auch technische und vor allem personelle Unterstützung (417). 1960 befanden sich ca. 2000 Belgier als Personal der technischen Hilfe im Kongo. In den folgenden Jahren wurde von Belgien der überwiegende Teil des technischen Personals im Rahmen der Entwicklungshilfe gestellt.

"Dans le domaine civil, en 1967 (...), l'assistance technique représentait 2.500 unités, la moitié environ, étant pour le seul facteur de l'enseignement, dont près de deux tiers au titre de l'aide bilatérale de la Belgique" (418).

Darüber hinaus sollte die Ausbildung von kongole-sischen Fachkräften für die Wirtschaft und den Verwaltungsapparat durch die Vergabe von Stipendien gefördert werden:

"L'octroi de bourses à des Congolais pour des études et des stages ainsi que la subvention d'Organismes d'accueil pour ceux qui la bénéficient constituent depuis 1960 un élément important de la politique belge en matière de coopération avec le Congo. En 1965, ces formes d'aide représentait, avec une dépense de 152 millions F.B. 13 pourcent d'assistance technique belge à l'égard du Congo" (419).

Durch diese personelle und finanzielle Unterstützung bestanden für Belgien nach wie vor Möglichkeiten einer konkreten Einflußnahme auf die politische und gesellschaftliche Entwicklung ihrer ehemaligen Kolonie, insbesondere auf dem Ausbildungssektor und dem staatlichen Verwaltungsapparat.

Die Weltbank begann ihre Rolle als bedeutender internationaler Kreditgeber im Kongo erst Ende der sechziger Jahre einzunehmen. Zwar wurde 1960 91,6 Millionen Dollar für infrastrukturelle Maßnahmen bewilligt, die finanzielle Hilfe aber während der Zeit des Bürgerkriegs unterbrochen und erst 1965 wieder aufgenommen.

"The World Bank has been the single largest contributor to the economic path followed by President Mobutu between 1965 and 1979 ... In November 1968, the bank issued the gray cover (...) of a three-volume report (AF-85a) on the economy of Zaire. Soon after in that fiscal year came the first of 18 Mobutu-era World Bank development projects approved between the fall of 1969 and the fall of 1978" (420).

Ein verstärktes Engagement der Weltbank in Zaire sichert ihr ein zunehmendes Gewicht bei der Definition von Zielen und Aufgaben der Entwicklungshilfe; die Bedeutung der westeuropäischen Kreditgeber wurde zunehmend zurückgedrängt.

6.2 Zur Struktur des Außenhandels

Die Struktur des Außenhandels Zaires hat sich seit der Kolonialzeit nicht wesentlich geändert; sie ist gekennzeichnet durch Ausfuhr von mineralischen Rohstoffen und Einfuhr von industriellen Ausrüstungs- und Konsumgütern.

Bei den zairischen industriellen Rohstoffexporten dominiert nach wie vor Kupfer; daneben werden exportiert: Kobalt, Kassarit, Zinn, Zink, Gold, Silber und Erdöl. Bei den agrarischen Exportgütern sind von Wichtigkeit Kaffee, Holz, Kakao und Kautschuk (421).

Bis 1970 erzielte der zairische Außenhandel bei günstigen Weltmarktpreisen für Kupfer ständig Überschüsse, obwohl die Importe ständig stiegen. 1971 schloß der Außenhandel erstmals mit einem Importüberschuß von 2 Millionen Zaire ab, die Kupferpreise auf dem Weltmarkt sanken und gleichzeitig verteuerten sich die Importwaren.

Diese Entwicklung - die kurzfristig nur durch eine Drosselung der Importe zu stoppen war - führte langfristig zu einer Verschlechterung der "Terms of Trade" für Zaire, deren Auswirkungen die gesamte Wirtschaft nachhaltig beeinträchtigten.

"The terms of trade of Zaire declined every year since 1973 (except for a temporary increase in 1976 due to the upsurge in coffee prices) and stood 1978 at about 52 percent of their level at the beginning of decade (...). In the seventies, Zaire's terms of trade declined much more steeply than did those of all developing countries taken in a group" (422).

1975 erhöhten sich bspw. für Zaire die Preise für Importe um durchschnittlich 19 %, die Exportpreise fielen dagegen um 27 % (423).

Die Folgen für die Einfuhrpolitik waren gravierend:

"Moreover the collapse was in evidence in every import category. For example, in 1975, the quantity of food which could be imported with a given quantity of exports was only 40 percent of the 1970 level; i.e., the cost of nourishing a part of the urban labor force through international trade had become much more onerous. (...). The situation is analogous for intermediate and capital goods: in 1975, importing one unit of such goods required exporting nearly twice as much as in 1970" (424).

Der von den importierten Ausrüstungsgütern nahezu vollständig abhängige industrielle Sektor wurde besonders stark von den rückläufigen Importen getroffen.

Diese Situation hat sich auch in den achtziger Jahren nicht zum Positiven verändert, im Gegenteil: Der Preisverfall bei den Exportgütern hält an. Besonders berührt sind davon Kupfer, Kobalt, Diamanten und Kaffee.

"En 1983, les résultats du commerce extérieur d'exportation ont continué à souffrir de la détérioration des termes de l'échange et en particulier de la faiblesse des cours des métaux non ferreux. En zaires courants et selon les données de la balance des paiements, les exportations se sont élevées à Z 1.058,5 millions en 1982 contre Z 8.017,5 millions en 1981. En zaires constants, les résultats s'avèrent moins favorables, l'opération monétaire du 19 juin 1981 ayant ramené la parité monétaire du zaire de D.T.S. 0,2625 à D.T.S. 0,1575" (425).

Die landwirtschaftlichen Exportprodukte nahmen von 1981 auf 1982 um 5,8 % ab, die Exportgüter aus dem Bergbau konnten in diesem Zeitraum um 4,4 % erhöht werden, wobei der Anteil des Kupfers um 3,8 % stieg. "Le métal rouge conserve sa place de premier produit zairois d'exportation avec 21,6 % de tonnage exportés et 45,6 % du total des recettes d'exportation" (426).

Table 13

Exportations de 1980 à 1982 tonnage et valeur en /000 de Z.

Produits	1982 +	1981	1980	1978
Agric. P.	250.266	265.597	267.525	250.957
V.	1.143.484	811.259	686.076r	198.235
Miniers P.	1.803.393 (1)	1.660.856	1.213.615r	1.513.145
V.	8.368.379	6.999.617	4.908.059r	1.097.687
Indus. P.	155.964	160.963	201.879	44.494
V.	356.637	156.624	159.165	5.500
Divers P.	8.000	8.000	8.000	8.000
V.	190.000	50.000	26.000r	10.000
Total P.	2.217.623	2.095.416	1.691.019r	1.816.596
V.	10.058.500	8.017.500	5.779.300r	1.311.422

P. = poids en tonnes

V. = valeur en milliers de Z.

(1) Y compris 70.000 t de Cu, reliquat des années antérieures, commercialisé en 1982
 Quelle: République de Zaire. Département de l'économie nationale et de l'industrie.
 Conjoncture économique. Kinshasa 1983. S. 33

Im Gegensatz zu den Ausführprodukten ist die Palette der Einfuhren breit gefächert. Wichtige Importgüter sind Maschinen und Ausrüstungsgegenstände für die verarbeitende Industrie, Rohstoffe und Halbfertigwaren sowie Treibstoffe.

Tabelle 14

Wichtige Einfuhrgüter (Mio. Z)

Angabe	1977	1978	1979	1980	in % der Einfuhr 1980
<u>Gesamteinfuhr</u>	522,7	567,4	1 138,3	2 327,8	100,0
darunter:					
Energie	104,2	87,5	229,4	572,3	24,6
Vorerzeugnisse u. Halbwaren	128,4	128,3	238,0	454,5	19,5
Konsumgüter	98,8	115,6	190,0	352,3	15,1
darunter:					
Nahrungsmittel, einschl. Getränke und Tabak	(52,7)	(68,3)	(77,1)	(126,6)	(5,4)
Textilien, Kleidung	(14,8)	(12,3)	(16,7)	(37,7)	(1,6)
Kapitalgüter	60,4	80,0	137,1	294,0	12,6

Quelle: Bundesstelle für Außenhandelsinformation.

Marktinformation. Zaire. Wirtschaftsdaten und Wirtschaftsdokumentation. Ausgabe 1983. Köln 1983. S. 13

Der schon erwähnte chronische Devisenmangel verhinderte in den siebziger Jahren eine Ausweitung der Importe. Im Vergleich zu 1972 verringerte sich 1977 die Einfuhr von Produktionsgütern um 48 %, von Konsumgütern (ausschließlich Nahrungsmittel) um 69 % und von Nahrungsmitteln um 64 % (427). Die Reduzierung der für die zairische Industrie notwendigen Importe verursachte die rückläufige bzw. stagnierende zairische Produktion mit und beeinflusste darüber hinaus die Preisentwicklung auf dem Binnenmarkt.

"The decline in the availability of agricultural products also exerted enormous pressures on prices. At a time when the supply of food was contracting, lower income groups were being displaced, through inflation, even from the most essentials of the markets food. According to the manufacturing sector mission, although imports of 'non-essential' goods declined from 220 million US Dollar in 1974 to 135 million US Dollar in 1976, the decline did not suffice to avert serious shortages of essential goods, principally industrial inputs and spare parts for machinery and equipment as well as transport equipment, particularly trucks" (428).

Um die Wirtschaft anzukurbeln, wurde 1980 die Importpolitik wieder liberalisiert. Die Güter konnten - bis auf wenige Ausnahmen - frei importiert werden und waren nicht mehr auf die Zuteilung von Devisen durch die Zentralbank angewiesen. (Modell "SAD" = "Sans Achat de Devises") Dies veranlaßte die zairische Regierung 1983 zur folgenden Einschätzung der Importpolitik:

"Il cependent permis d'affirmer que la libération des importations SAD d'une part et le marché de devises 'relance minière' d'autre part, ont amélioré de façon sensible l'approvisionnement en biens de consommation, en pièces de rechange de première nécessité ainsi que l'approvisionnement de certains secteurs industriels" (429).

Die Rangfolge der wichtigsten Handelspartner Zaires zeigt eine relativ enge Verflechtung mit der Europäischen Gemeinschaft auf. Die EG bestritt 1982 58,7 % der zairischen Importe und nahm ebenfalls 1982 49,9 % der zairischen Exporte auf (430). Die wichtigsten Handelspartner sind Belgien, gefolgt von Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland, Italien, Großbritannien und den Niederlanden. Weitere bedeutende Handelspartner Zaires sind die USA und Japan. Insbesondere die zairischen Importe in die USA verzeichneten zwischen 1978 und 1982 eine hohe Steigerungsrate: von 32,5 Millionen US Dollar auf 616,3 Millionen US Dollar (431). So findet die wachsende Bedeutung der USA als Gläubigerstaat gegenüber Zaire auch in den intensiver werdenden Handelsbeziehungen ihren Ausdruck.

Die Handelsbeziehungen zwischen Zaire und den westlichen Industriestaaten verdeutlichen einmal mehr die strukturellen Probleme der zairischen Wirtschaft, u.a., die Abhängigkeit vom Export einiger weniger Rohstoffe. Dies wird sich sobald nicht ändern lassen, denn, soweit absehbar, werden sich die Weltmarktpreise für Rohstoffe nicht zugunsten der von ihrem Export abhängigen Länder entwickeln und damit auch nicht zur Erhöhung des volkswirtschaftlichen Akkumulationsfonds beitragen können.

Die Weltbank bemerkt denn zutreffend:

"The recent experience with the terms of trade thus provides an important lesson not only on the risks involved in not following an inter-cyclical international reserve policy but also on the enormous cost of depending so heavily on export of copper, of not developing a less important-dependant, more diversified and export-oriented industry, and of not encouraging food production sufficiently. All of these goals belong on Zaire's agenda for the medium and long-term future" (432).

6.3 Die Auslandsverschuldung Zaires

Die in den ersten 12 Jahren nach der Unabhängigkeit von Zaire in Anspruch genommene Fremdfinanzierung (Kredite und Schenkungen) von rund 1,358 Millionen US Dollar stellen im Vergleich zu der heutigen Verschuldung des Landes eine verhältnismäßig geringe Summe dar, obwohl sie schon 1972 65 % des in diesem Jahr erbrachten Bruttoinlandsproduktes ausmachte. 1972 erbrachte noch Belgien mit 62,8 % den größten Anteil an ausländischen Finanzmitteln, es folgten die USA mit einem Anteil von 26,7 %. Die bilateralen Leistungen übertrafen mit 89,1 % bei weitem den Anteil der multilateralen Hilfen mit nur 10,9 % (433).

Das verstärkte Engagement der multilateralen Organisationen wie der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) setzte erst Anfang der siebziger Jahre ein.

Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der zairischen Regierung nach der Welle von Verstaatlichungen, die unter dem Namen "Retrocession" bekannt wurden, d.h. die teilweise Rückgabe der verstaatlichten Unternehmen an die früheren ausländischen Besitzer, die wieder das Management übernahmen und sich zairische Partner aussuchen konnten, sowie andere finanz- und fiskalpolitische Maßnahmen (Abwertung des Zaire Mitte März 1976, Einschränkung der Auslandsverschuldung) wurden in direkter Abstimmung mit dem IWF ausgearbeitet. Zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation erhielt

Zaire 1976 vom IWF einen Beistandskredit in Höhe von 130 Millionen Sonderziehungsrechten. Im Juni desselben Jahres wurde in Übereinkunft mit dem Pariser Club ein Umschuldungsabkommen für die Jahre 1975 und 1976 abgeschlossen; bilaterale Umschuldungsverträge folgten. Ebenfalls 1976 gewährte ein privates Bankenkonsortium Zaire einen mittelfristigen Kredit von 250 Millionen Dollar (434).

Ein Jahr später folgte ein ähnliches Stabilisierungsprogramm unter Mitwirkung des IWF, das Einfuhrkontrollen, Beschränkung der Auslandsverschuldung, die Senkung der Inflationsrate auf 30 % und das Zahlungsbilanzdefizit auf 55 Millionen Zaire vorsah (435). Dafür stellte der IWF einen Beistandskredit von 73,5 Millionen Sonderziehungsrechten zur Verfügung.

Diese Stabilisierungsprogramme konnten jedoch eine insgesamt negative Bilanz der wirtschaftlichen Entwicklung nicht verhindern:

"Mit einem Rückgang des Pro-Kopf-Einkommens (...) 1976 gegenüber 1975 von 180 US Dollar auf 140 Dollar fiel ... Zaires als eines der potentiell reichsten Länder Afrikas, gemessen an Bodenschätzen und Landesgröße bei gleichzeitig günstigen ökologischen Bedingungen, zurück in die Reihe der 13 ärmsten Länder der Welt. Weiterhin rückläufig ist der Anteil der Agrarerzeugung am Bruttosozialprodukt. Trotz branchenweise positiver Entwicklung schrumpfte auch der Anteil der Industrieerzeugung 1977 auf 8,5 % gegenüber 8,9 % 1976. Im volkswirtschaftlich größten Engpaßbereich, dem Verkehrssektor, nahmen die Aktivitäten 1977 gegenüber dem Vorjahr um 7,6 % ab, nachdem sie 1976 bereits um 17,4 % reduziert waren" (436).

Die u.a. durch die Abwertung des Zaire ausgelöste Inflation (1976: 80 %) führte zu einem ständig steigenden Kaufkraftverlust der Bevölkerung, der auch durch die Anhebung der staatlich festgelegten Mindestlöhne zum 1.4.1976 um 20 % nicht ausgeglichen werden konnte (437).

1977 wurde schließlich der "Mobutuplan", ein volkswirtschaftliches Sanierungskonzept vorgelegt. Der auf mittel- und langfristige Wirksamkeit abgestellte Plan sollte durch internationale Finanzhilfen gestützt werden.

"Der Plan sieht Verwaltungsreformen, Prioritätensetzung und ein öffentliches Investitionsprogramm mit Kosten von 2,7 Milliarden US Dollar vor, wovon 48 % vom Ausland finanziert werden sollten" (438).

Jedoch konnten 1979 nur 59,2 % des vorgesehenen Investitionsprogramms erfüllt werden; der Plan galt bereits zu diesem Zeitpunkt als obsolet und überholungsbedürftig. Das zusätzlich verabschiedete Stabilisierungsprogramm für 18 Monate (Juli 1979 bis Dezember 1980) räumte dem IWF die faktische Aufsicht über die Finanz- und Kreditpolitik Zaires ein. Darüber hinaus wurden über die Schaffung eines sog. "Directeur Principal" durch die Weltbank der zairischen Notenbank Kontrollen bei Devisenzuteilungen für Importe von Nahrungsmitteln, Ersatzteilen und Rohstoffen an individuelle Unternehmen auferlegt.

1978 richtete die Weltbank ein internationales Beratergremium ein, das ebenfalls Kontrollfunktionen über die vom IWF auferlegten wirtschaftspolitischen Maßnahmen ausübte: die "Consultative group on Zaire", die 11 Länder, darunter die USA, Belgien, Frankreich, England sowie internationale Organisationen umfaßte.

In diesem Gremium wurde über kurz- und langfristige Hilfsmaßnahmen zur ökonomischen Stabilisierung des Landes beraten (439).

Neben dem o.g. Stabilisierungsprogramm verabschiedete die zairische Regierung im April 1981 für den Zeitraum von 1981 bis 1983 ein zweites Programm für öffentliche Investitionen. Es umfaßte Gesamtinvestitionen in Höhe von 6,877 Milliarden Zaire.

"Die Finanzierung soll bis zu 21 % aus dem Haushalt, zu 14 % von staatlichen Unternehmen und zu 65 % durch ausländische Hilfe erfolgen. Vorrangig sollten durch diese direkte Förderung des produzierenden Gewerbes und gleichzeitige Stärkung der Infrastruktur die Wirtschaft des Landes angekurbelt werden" (440).

Dieses Programm wurde vom IWF mit 912 Millionen Sonderziehungsrechten (rd. 1,24 Milliarden Dollar) unterstützt.

Drei volkswirtschaftliche Ziele sollten damit hauptsächlich erreicht werden: ein jährliches reales Wachstum des Bruttosozialprodukts von 3 %, die Senkung der Inflationsrate auf 25 % (1983) "and to contain

the external current account deficit in 1983 to 5 percent of nominal GDP. In order to attain this objectives, the Zairian authorities took a number of supply-oriented measures - such as the decontrol of most prices (...) and the launching of an updated and revised public investment programme - and affirmed their intention to pursue prudent demand management and incomes policies over the medium term" (441).

Zusätzlich wurde in Übereinstimmung mit dem IWF 1981 der Zaire um 40 % abgewertet.

Da nach der Auffassung des IWF Zaire die erteilten Auflagen nicht oder nur ungenügend erfüllt hätte, erhielt es lediglich 175 Millionen Sonderziehungsrechte (von zugesagten 912 Millionen); der Kredit wurde in seinem ursprünglichen Umfang annulliert (442).

Im Verlauf des Jahres 1983 erhielt Zaire dann vom IWF lediglich einen Kredit aus dem Kompensationsfond in Höhe von 120 Milliarden Dollar. Er diente hauptsächlich zur Abdeckung der dringendsten Verbindlichkeiten.

Die Auslandsverschuldung Zaires hat sich so gerade in den letzten Jahren um ein Mehrfaches vergrößert: 1977 lag die Verschuldung bei ca. 2,8 Milliarden Dollar, Ende 1982 schon bei 5,3 Milliarden Dollar.

Ohne die Umschuldungsverhandlungen, mit den im "Club von Paris" zusammengeschlossenen Gläubigerstaaten in den Jahren 1979 und 1980 hätte Zaire schon längst seine Zahlungsunfähigkeit gegenüber seinen ausländischen Kreditgebern erklären müssen.

"At its July 1981 meeting (...), the Paris Club agreed reluctantly to the rescheduling of some of the previously rescheduled maturities, and it rescheduled the new (...) maturities falling due in 1981 and 1982 on terms largely similar to those granted in 1979. The external public debt service due (...) was reduced from about US Dollar 740 million to US Dollar 410 million in 1981 and from about US Dollar 750 million to US Dollar 600 million in 1982" (443).

Nicht nur der Umfang der Verschuldung Zaires läßt an der Fähigkeit dieses Landes, seine Schulden tilgen zu können, zweifeln, auch zusätzliche Faktoren, die sich auf die Besonderheiten der Kreditvergabe sowie auf die Verwendungsmöglichkeiten der Kredite beziehen, erschweren fristgerechte Tilgungen, so z.B. das Verhältnis von kommerziellen Krediten zu Krediten der Weltbank mit Vorzugskonditionen. 1977 stellte sich dieses Verhältnis folgendermaßen dar:

"Approximately 58 percent of the debt was owed to private lenders on commercial terms and about two-thirds of last, or 39 percent of the total debt, was owed alone to private banks" (444).

Durch die immense Verschuldung erhöhte sich natürlich auch der Schuldendienst, der 1970 4,5 % und 1973 8,4 % der gesamten Exporte betrug und 1977 auf 30 % der Exporte stieg. In den Jahren 1975 bis 1977 konnte Zaire seinen Tilgungs- bzw. Zinspflichten nur in der Höhe von 43 % der ausstehenden Summe nachkommen. Durch die infolge niedriger Rohstoffpreise erlittenen Exporteinbußen 1981 und 1982 konnte in diesen Jahren der Schuldentilgung nur in einem äußerst begrenzten Maße Rechnung getragen werden:

"... Zaire's merchandise exports fell about US Dollar 460 million, or 24 percent, in nominal terms in 1981 and stood below the level of 1978 - the worst year of the crisis ... Zaire's external public dept service payments fell both in absolute terms and relative to exports of goods and non-factor services in 1981. Debt service payments that year totaled about US Dollar 230 million, of which nearly two-thirds represented interest payments, compared to a debt service due of about US Dollar 410 million" (445).

1982 stand Zaire vor ähnlichen Problemen: der Preis für Kupfer belief sich in diesem Jahr nur auf US Dollar 0,67/lb, verglichen mit US Dollar 0,79/lb im vergangenen Jahr, der Preis für Kobalt fiel im gleichen Zeitraum von US Dollar 15,4/lb auf US Dollar 8,5/lb (446).

"Under these circumstances, the official debt service obligations of Zaire in 1982 have exceeded its debt service capacity by a wide margin. These obligations totaled about US Dollar 930 million (or 70 percent of estimated exports of goods and NFS) ... The budgetary deficit matched the total for last year in January. June alone, it reached Z 2,6 billion by september, and it may reach Z 3,0 billion by the end of the year" (447).

Ein weiteres Problem stellt in diesem Zusammenhang die Verteilung der Kredite auf die verschiedenen Wirtschaftssektoren dar. Die Weltbank kritisierte hier die unproduktive Verwendung von ausländischen Geldmitteln: Von 1970 bis 1977 wären nur 16 % der gesamten Kredite und Anleihen in den produktiven Sektor geflossen. Darüber hinaus würde der Agrarsektor stark vernachlässigt und ein relativ großer Teil der Kredite für infrastrukturelle Maßnahmen verwendet (448).

Tabelle 15

Sources of loan commitments and their allocation by major sectors and projects, 1970-77 (US \$ million)

Project	Sources		Total	
	Private	Official	Amount	%
<u>Infrastructure</u>	1538.4	673.4	2212.6	(59.3)
INGA-SHABA complex 1/	686.7	222.6	910.1	(24.4)
Air transport	417.4	74.5	491.9	(13.2)
Water transport	109.7	179.4	289.1	(7.7)
Telecommunication	170.4	68.8	239.2	(6.4)
Highways	27.5	73.0	100.5	(2.7)
Water Supply	32.4	39.3	71.7	(1.9)
Railroads	45.9	15.8	61.7	(1.7)
Centre Com. Inter'le	48.4	-	48.4	(1.3)
<u>Directly Product. Sect.</u>	209.7	391.8	601.5	(16.2)
Mining	15.8	248.2	264.0	(7.1)
Food, Bev. Manuf.	62.3	100.7	163.0	(4.4)
Iron and Steel	100.0	-	100.0	(2.7)
Agricult., Livestock	31.6	42.9	74.5	(2.0)
<u>Other Project and</u>				
<u>Non-Project 2/</u>	561.5	351.8	913.2	(24.5)
(of which military)	n.a.	n.a.	(280.0)	(7.5)
<u>Total</u>	<u>2310.3</u>	<u>1417.0</u>	<u>3727.3</u>	<u>(100.0)</u>

1/ Includes generation and transmission

2/ Primarily import financing (mostly military aid) and balance of payments support

Quelle: The World Bank, East African Regional Office, Zaire.

Current Economic Situation and Constraints, Washington 1979, S. 39

Bis 1983 erreichten die an Zaire vergebenen ausländischen Kredite, einschließlich der der multinationalen Organisationen folgende Größenordnung:

Die Weltbankgruppe hat seit Beginn ihres Engagements in Zaire Kredite in Höhe von 578,2 Millionen Dollar vorgesehen, wovon bis zum 31.3.1983 318,98 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt wurden (449).

Die Kreditvergabe des IWF stand und steht in engem Zusammenhang mit den von ihm mitverfaßten Stabilisierungsprogrammen, zuletzt mit dem "Mobutuplan".

"Ce programme d'ajustement économique et financier prévoyait l'accès du Zaire aux facilités élargies. Il s'agissait de l'ouverture d'une ligne de crédits de DTS 912 millions ... Début juillet 1983, la République du Zaire négociait avec le F.M.I. la libération de cette ligne de crédits bloqués suite aux difficultés rencontrées en matière de respect des échéances de paiement de la dette extérieure et de limitation de la masse monétaire" (450).

Seit dem 30. Juni 1960 hat sich die UNO sowohl durch finanzielle Hilfen als auch durch die Bereitstellung von Personal in Zaire engagiert. Das noch gültige Fünfjahresprogramm für den Zeitraum von 1981 bis 1986 sah einen Betrag von 79 Millionen Dollar vor, die jedoch durch die finanzielle Krise der Weltorganisation auf 44 Millionen Dollar gekürzt wurde.

Die Europäische Gemeinschaft vergibt im Rahmen des "Europäischen Entwicklungsfonds" Kredite an Zaire.

"Lors des négociations qui se sont déroulées à Bruxelles à partir du 8 mars 1983, le programme indicatif de la République du Zaire a été définitivement arrêté. Les disponibilités pour ce programme ont été évalués à écus 100 millions avec la possibilité d'atteindre au maximum écus 112,5 millions ... Ces ressources programmables comprennent écus 85 millions de subventions et écus 27,5 millions de prêts accordés à des conditions spéciales au taux de 1 %, remboursables en 40 ans avec un différé de dix ans" (451).

Von den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft brachten die Bundesrepublik Deutschland und Belgien den größten Teil der bilateralen Finanzhilfe auf. Seit der Unabhängigkeit Zaires flossen aus der Bundesrepublik 466,8 Millionen DM nach Zaire, zusätzlich 143,3 Millionen DM für technische Kooperationsprojekte sowie 89,5 Millionen DM, die von Kirchen und Stiftungen bereitgestellt wurden. Ende Dezember 1982 beliefen sich die gesamten Mittel auf 699,6 Millionen DM (452).

Abgesehen von der personellen Unterstützung sowie technischer Hilfsleistungen seit 1960 vergab Belgien seit 1979 jährlich Kredite an Zaire. Diese Darlehen haben eine Laufzeit von 25 Jahren, die bis zu 10 Jahren überschritten werden kann. 1983 betrug dieser Kredit 400 Millionen belgische Francs; in den Jahren

1981 und 1982 wurden Kredite in ähnlicher Höhe bereitgestellt. Eine wesentliche Bedeutung im Bereich der belgisch-zairischen Kooperation hat der 1980 geschaffene "Fonds de transfert":

"Il s'agit d'une formule entièrement nouvelle qui permet une coopération financière bénéfique aux deux pays ... Le but poursuivi vise à assurer une utilisation maximale des devises employées antérieurement à la seule fine d'achat des zaires nécessaires au paiement des rémunérations des coopérants" (453).

Diese Hilfe umfaßte 1981 507 Millionen belgische Francs (454).

Außer den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft sind die USA einer der wichtigsten Gläubigerstaaten Zaires; seit 1960 erhielt Zaire im Rahmen der finanziellen Hilfe 650 Millionen US Dollar.

Depuis plusieurs années, le programme d'aide alimentaire et de matières premières permet au Zaire d'économiser des devises et répondre aux besoins les plus urgents ... Le programme de stabilisation, développé dans le cadre de la loi PL 480, porte en 1983 sur une aide de US Dollar 11,6 millions" (455).

6.4. Die Bedeutung der internationalen Entwicklungshilfe:
Technische und Finanzielle Zusammenarbeit

6.4.1 Die Rolle der westlichen Industriestaaten

6.4.1.1 Belgien

Zaire erhält fast ein Drittel der belgischen Entwicklungshilfe (1983: 92 Millionen US Dollar) (456), wobei 70 % für die technische Hilfe verwendet wird. Der größte Teil wird für den Erziehungssektor ausgegeben (43 %); rechnet man die Unterstützung der zairischen Schulen dazu, sind es nahezu 54 %. Infrastrukturelle Maßnahmen fördert Belgien mit 15 % der bewilligten Gelder. Das ehemalige koloniale Mutterland engagiert sich besonders im Ausbau der "voie nationale". Der gleiche Anteil kommt dem Gesundheitssektor zugute durch Finanzierung von medizinischem Personal sowie der Ausstattung der Krankenhäuser mit medizinischen Geräten.

Bis 1983 erhielt die zairischen Landwirtschaft weniger als 5 % der belgischen Hilfe, die 1983 3 Millionen US Dollar ausmachte. Folgende Bereiche sollen abgedeckt werden: Förderung der Nahrungsmittelproduktion (Mais, Reis und Erdnüsse) und der Vermarktung industriell verarbeiteter Produkte (Baumwolle und Kaffee) sowie die Unterstützung der Viehwirtschaft, u. a. durch die Verbesserung der veterinären Dienste, durch administrative Hilfe und wissenschaftliche Untersuchungen. Belgien stellt dem Landwirtschaftsministerium Experten zur Verfügung.

Für den Zeitraum von 1983 - 1987 plant Belgien eine jährliche Erhöhung der finanziellen Hilfe von 5 %.

Die in Aussicht gestellten Mittel sollen stärker Ausbildungsmaßnahmen im Agrarsektor und nicht wie bisher dem Bildungssektor im allgemeinen zugute kommen.

Der neue Schwerpunkt der belgischen finanziellen Hilfe, die Landwirtschaft, soll zukünftig 20 % der bilateralen Unterstützung erhalten. Dabei konzentrierten sich 1984 die Maßnahmen auf Projekte zur Steigerung der Nahrungsmittelproduktion in den städtischen Zentren in der Nähe von Kinshasa und Lubumbashi. Sie umfassen darüber hinaus Untersuchungen über integrierte Entwicklung der Landwirtschaft.

6.4.1.2 Vereinigte Staaten von Amerika (USA)

In Form von Kapitalhilfe unterstützen die USA über ihre "Agency for International Development" (AID) dem zairischen Agrarsektor, dem 75 % der Gesamtsumme (Ende 1984: 103 Millionen US Dollar) zugute gekommen sind. Der größte Teil dieser Summe hat ein Entwicklungsprojekt in Nord-Shaba erhalten, das eine Erhöhung der Einkommen der Kleinbauern in dieser Region durch die Steigerung der Maisproduktion zum Ziel hat. Die restliche Kapitalhilfe ist für Nahrungsmittel, den Gesundheitssektor und für Familienplanung bestimmt.

Technische Hilfe wird in Form von Ausbildungsprogrammen für zairische Bürger vergeben. Zwischen 1977 und 1984 erhielten 285 zairische Studenten eine Ausbildung in den USA, hauptsächlich in den Bereichen Landwirtschaft, Gesundheit und Ernährung.

Darüber hinaus erhält Zaire im Rahmen der amerikanischen Entwicklungshilfe Rohstoffe und Nahrungsmittel, die unter das Gesetz "PL 480" fallen:

"L'objectif de la loi PL 480 vise à canaliser les surplus de la production agricole des Etats-Unis vers le commerce extérieur afin de maintenir des revenus des agriculteurs américains et de combattre la faim et la malnutrition dans les pays en voie de développement ... L'aide alimentaire PL 480 Titre 1, prévoit la vente de produits agricoles à des conditions spéciales et le Titre 2 la fourniture gratuite de produits alimentaire ... Au terme du Titre 1, le remboursement s'effectue sur une période de 40 ans avec un taux d'intérêt de 3% ... Si le remboursement en devises de l'aide U.S.-AID est étalé sur 40 ans, les importateurs doivent verser la contre-valeur en monnaie locale des marchandises importées à un compte spécial administré conjointement par le Conseil Exécutif et L'U.S.-AID ... Les importations de marchandises dans le cadre du PL 480 et du Fonds de Soutien Economique (ESF) représentaient environ 50 % de l'aide américaine. L'autre moitié du programme de l'U.S.-AID est financée à l'aide du Fonds d'assistance au développement." (457)

Im Rahmen des " US Economic Assistance Program" von 1984 wurden Ausrüstungsgüter, Rohstoffe u. ä. im Wert von 10 Millionen US Dollar für ausgewählte Unternehmen im Landwirtschafts- und Transportsektor, die für den Inlandsmarkt produzieren bzw. arbeiten, geliefert. Für ein ähnliches Projekt werden 1985 8 Millionen US Dollar bereitgestellt.

Eine neue Entwicklung markiert die in letzter Zeit verstärkte Unterstützung der "Nicht-Regierungsorganisationen" ("Private Voluntary Organisations"). Hierfür werden für den Zeitraum von 1983 - 1987 5 Millionen US Dollar veranschlagt. Dieses Programm soll die Aktivitäten dieser Organisationen zur Verbesserung der Vermarktungsmöglichkeiten der Agrarprodukte in Zaire fördern.

6.4.1.3 Die Bundesrepublik Deutschland

Die Bundesrepublik Deutschland hat Zaire seit Erlangung der Unabhängigkeit mit 794,8 Millionen DM unterstützt, davon waren 478,8 Millionen DM für finanzielle Hilfe und 201 Millionen DM für technische Hilfe bestimmt; 111 Millionen DM stellten Kirchen, Stiftungen und "Nicht-Regierungsorganisationen" zur Verfügung (458).

Die Bundesrepublik ist eine der größten Ko-Finanziers der "International Development Association" (IDA), wobei der Transportsektor und die Landwirtschaft Priorität genießen.

Die abgeschlossenen sowie die noch in Durchführung befindlichen unterstützten Projekte konzentrieren sich auf die Beteiligung an der Entwicklungsbank "SOFIDE", die 1970 unter Mitwirkung der Weltbank gegründet worden ist (459).

Weiterhin werden der Ausbau und die Modernisierung der "voie nationale" gefördert, wobei die Unterstützung des "Office Nationale de Transport" (ONATRA) vorrangige Bedeutung hat. Zum Aufgabenbereich der ONATRA gehören:

- Betrieb der Eisenbahnstrecken Kinshasa-Matadi und Boma-Tsela,
- Umschlag in den Häfen Boma und Matadi,
- Umschlag in den Flußhäfen entlang des Zaires sowie an dessen schiffbaren Nebenflüssen,
- Binnenschifffahrt auf den o. g. Flüssen,
- Straßentransport in Bas-Zaire. (460)

Projekte im Transportsektor spielen auch bei der technischen Zusammenarbeit eine wichtige Rolle, darüber hinaus

werden zahlreiche Fachkräfte und Experten für landwirtschaftliche Ausbildungsprojekte, bsp. für die "Landwirtschaftsschule Mushweshwe" oder für die "ländliche Entwicklung Kwango-Kwilu" gestellt. In diesem Projektbereich wird die landwirtschaftliche Produktion schwerpunktmäßig von ca. 177 000 kleinbäuerlichen Familien betrieben. Die geplante Produktionssteigerung soll zu einer Einkommensverbesserung der ländlichen Bevölkerung führen und das Nahrungsmittelangebot für die Bevölkerung in Kinshasa erhöhen (461).

Im Projekt "Expertenfonds" (Gesamtbewilligung: 10.999.500 DM) stellt die Bundesrepublik Berater für verschiedene Ministerien Zaires zur Verfügung, um den Mangel an ausreichend qualifiziertem einheimischen Fachpersonal, insbesondere in den Bereichen Planung, Finanz- und Bankwesen sowie bei der Durchführung von Investitionsprogrammen und in der Wirtschaftsführung wenigstens abzumildern (462).

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang das Projekt "Expertenfonds-Beratung" für die Freihandelszone INGA. Dieses Projekt - Industrieansiedlung in der Freihandelszone INGA - will die Hinterlassenschaft einer verfehlten Entwicklungspolitik beseitigen; nämlich die Funktionalisierung des Hydrokraftwerks INGA, das elektrische Energie weit über Bedarf produzieren kann, so zu gestalten, daß die Stromversorgung für die verschiedenen Industrieobjekte gewährleistet ist. (463).

Neben den Entwicklungshilfe-Schwerpunkten Landwirtschaft und Transport will die Bundesrepublik künftig übereinstimmend mit dem öffentlichen Investitionsprogramm der

Regierung Zaires ihre Projekte planen, vorgesehen ist eine stärkere Förderung des Gesundheitswesens. Bislang wird ein Projekt in Nord-Ubangi (Equateur) unterstützt, das von der Hans-Seidel-Stiftung betreut wird.

"Lors de la onzième Grande Commission Mixte germano-zairoise, tenue à Bonn en novembre 1984, la République Fédérale d'Allemagne s'est engagé à mettre à la disposition de la République du Zaïre un montant de DM 48 millions dans le cadre de la Coopération financière et technique. Les principaux projets tenus correspondent aux lignes directrices du plan de développement zairois.

Ils s'étendent à différents secteurs économiques, parmi lesquels, il faut citer:

- l'agriculture;
- l'approvisionnement en eau potable;
- l'énergie (stations hydro-électriques)." (464)

6.4.1.4 Andere westliche Industriestaaten

Folgende Industrienationen haben hinsichtlich des Umfangs ihrer Entwicklungshilfe für Zaïre Bedeutung:

Kanada, das sich von 1964 - 1984 mit 98 Millionen kanadischer Dollar in Zaïre engagiert hat. Dies im Rahmen eines bilateralen Programms, das von den Regierungen Kanadas und Zaires gemeinsam durchgeführt und beschlossen wurde, wobei das Schwergewicht auf der Forst- und Landwirtschaft lag.

Frankreich, das ebenfalls seit vielen Jahren Zaïre finanziell und mit technischer Hilfe unterstützt. Die Mittel für 1983 verteilten sich wie folgt: ein Drittel für den Agrarsektor, 25 % für den Bergbau, 23 % für den Transportsektor und 20 % für die Industrie. Für 1985 sind rd. 49 Millionen FF und für 1986 54 Millionen FF an finanzieller Hilfe vorgesehen.

Italien: Für 1984 und 1985 stellte Italien Zaire einen Kredit in Höhe von 60 Millionen US Dollar zur Verfügung.

"En accord avec les autorités zairoises, les priorités ont été établis comme suite:

- Zone Franche d'INGA = \$ 30 millions;
 - Développement agricole du Nord Ubangui = \$ 10 millions;
 - Restructuration de la raffinerie de pétrole de Muanda = \$ 10 millions;
 - Signalisation ferroviare S.N.C.Z. = \$ 8 millions.
- (465)

Japan vergab zwischen 1978 und 1983 170 Millionen US Dollar an finanzieller Hilfe. 85 % davon sind für den Bau einer kombinierten Eisenbahn-/Straßenbrücke vorgesehen.

6.4.2 Zur Rolle der supranationalen Organisationen

6.4.2.1 Die Weltbankgruppe

Von 1975 bis 1984 hat die Weltbankgruppe Kredite in Höhe von 308,36 Millionen US Dollar Zaire zur Verfügung gestellt. Von den in diesem Zeitraum bewilligten 57 Projekten wurde der überwiegende Teil im Transportsektor abgewickelt bzw. diente dem Aufbau und Unterstützung der Entwicklungsbank "SOFIDE". Speziell sah die Weltbankhilfe die Schaffung einer effektiven Administration vor, neben der "SOFIDE" wurden vor allem Institutionen des Transportsektors sowohl finanziell als auch durch Fachpersonal und Experten unterstützt.

Auch der größte Teil der Kredite der IDA entfiel von 1975 bis 1984 auf das Transportwesen (41 %), gefolgt von Landwirtschaft (18 %) und Industrie (16 %).

Für 1985 sind folgende Projekte vorgesehen:

- das "Education Technical Assistance and Training Project" (9 Millionen US Dollar), das zu einer Effektivierung des Managements im Bildungsministerium beitragen soll;
- das "Lulua Foodcrop Development Projekt" (12,5 Millionen US Dollar), das die Verbesserung des Aufbaus und der Vermarktung von Mais und Tapioka im Lulua - Gebiet (Ost-Kasai) zum Ziel hat;
- "Research/Seeds" (15 Millionen US Dollar); beinhaltet die Verbreitung und Verteilung von Saatgut;
- "Refinery Engineering" (12 Millionen US Dollar). Hierbei soll die Abhängigkeit vom Erdöl-Importen verringert werden durch den Ausbau und eine effizientere Nutzung der SOFIR-Raffinerie.

- "Highway VI" (55 Millionen US Dollar): beabsichtigt ist die Instandhaltung von 19.700 km der Nationalstraßen Zaires. Es ist das höchstdotierte Projekt.

6.4.2.2 Die Europäische Gemeinschaft

Die Europäische Gemeinschaft (EG) stellt hinsichtlich ihrer finanziellen und technischen Hilfe einen der wichtigsten Partner Zaires dar. Die finanziellen Zusagen seit 1970 belaufen sich auf eine Gesamtsumme von 482 Millionen US Dollar, die in den meisten Fällen als nichtrückzahlbare Zuschüsse gewährt worden sind. Ausgezahlt wurden bisher 314 Millionen US Dollar.

Neben den finanziellen Leistungen im Rahmen des "Europäischen Entwicklungsfonds" profitiert Zaire auch von den aus dem "Lomé-Abkommen" resultierenden Leistungen der EG: vom "Stabex"-System, das die Stabilisierung der Exporterlöse der Entwicklungsländer garantieren soll und vom System "Sysmin".

"L'action du 'Sysmin' définie par la convention de Lomé II, constitue une forme d'assurance contre le risque de chute des cours ou l'accident de production, par la création de projets visant à remettre en état la capacité de production. La République du Zaïre et la Zambie ont été les premiers pays des A.C.P. à avoir sollicité et obtenu l'intervention du 'Sysmin' pour le cuivre" (466).

Der 5. Europäische Entwicklungsfond (EEF) (1981 - 1985) sah für das "Programme indicatif" (finanzielle und technische Hilfe) 104 Millionen Europäischen Währungseinheiten (467) vor. Die Zuwendungen des 4. EEF betragen 96 Millionen Europäischen Währungseinheiten, die des 3. EEF 86,262 Millionen Europäische Währungseinheiten.

"En ce qui concerne le Vème FED (EEF, d.V.) les pourcentages de répartition ont été fixés comme suit:

- infrastructure et communications : 40 %
- développement rural et agricole : 30 %
- formation : 6 %
- énergie : 5 %
- infrastructures spéciales : 7,5 %
- études non spécifiques, telle : 8 %
promotion industrielle
- divers : 3,8 %

L'ensemble des ressources programmable portait sur un montant de écus 72,5 millions de subventions et écus 31,5 millions de prêts accordés à des conditions spéciales au taux de 1 %, remboursables en 40 ans avec un différé de dix ans." (468)

Im Vergleich zum 4. EEF haben die für die zairische Landwirtschaft bestimmten Zuwendungen von 21,09 Millionen auf 17,915 Millionen Europäische Währungseinheiten abgenommen (469). Ein großer Teil davon wird für die exportorientierte Landwirtschaft (Baumwolle, Palmöl, Tee etc.) ausgegeben. Gestiegen ist dagegen der Anteil des Sektors "Infrastructure économique et sociale" (470), wovon der Straßenbau am meisten bedacht wird.

6.4.2.3 Die Vereinten Nationen

Zaire wird von den Vereinten Nationen (UNO) und ihren Unterorganisationen technisch und administrativ unterstützt. Das 3. "United Nations Development Program" (UNDP) (1982 - 1986) weist einen Umfang von 44 Millionen US Dollar aus, die sich auf die einzelnen Wirtschaftssektoren wie folgt verteilen: 44 % für die Landwirtschaft, 22 % für die industrielle Entwicklung, der Rest für Planungsaufgaben, Unterstützung der staatlichen Administrationen, zivile Luftfahrt etc.

Inbezugnahme auf das öffentliche Investitionsprogramm Zaires verfolgt das o.g. Programm der UNO folgende Ziele: Überprüfung der Effektivität der laufenden Projekte, intensivere Unterstützung derjenigen Projekte, die sichtbare Erfolge zeitigen sowie die verstärkte Ausrichtung der Entwicklungshilfe auf diejenigen Sektoren, denen auch die zairische Regierung Priorität zumißt.

Für den Agrarsektor sieht das Programm integrierte Projekte auf regionaler Basis vor, die sich auf direkte Hilfe bei Getreideanbau, Viehzucht und Fischzucht ("small-scale fisheries") konzentrieren; weiterhin auf die Schaffung notwendiger Voraussetzungen für Produktion und Distribution landwirtschaftlicher "Inputs" (z.B. Kunstdünger, Saatgut) sowie Kredite für Kleinbauern und schließlich auf die Koordination agrarwissenschaftlicher Untersuchungen mit der landwirtschaftlichen Praxis.

Im industriellen Sektor will die UNO einerseits kleine und mittlere Unternehmen fördern, andererseits auch die Etablierung der Freihandelszone "ZOFI".

Für die noch verbleibende Zeit dieses 3. Programms engagieren sich die Unterorganisationen der UNO u.a. im Bereich des Managements des Ministeriums für öffentliche Angelegenheiten und des Finanzministeriums, das verbessert werden soll, und in der Entwicklung einer brauchbaren Statistik für den Agrarsektor sowie in der Gesundheitsvorsorge.

6.4.2.4 Die Afrikanische Entwicklungsbank

"To date, the Bank Group has financed twenty-six (26) projets in the Republic of Zaire including ten (10) by ADF (African Development Fund, d.V.) and sixteen (16) by ADB (African Development Bank, d.V.). The total loans for these projets ... is UA 158,70 million from ADB and FUA 103, 70 million from ADF." (471)

Fast die Hälfte der Verbindlichkeiten, die Zaire gegenüber der Afrikanischen Entwicklungsbank eingegangen ist, waren für den Transportsektor bestimmt, 18 % für die Landwirtschaft, der gleiche Anteil für die Wasserversorgung und der Rest für die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen (durch die Entwicklungsbank "SOFIDE"). Die meisten Projekte werden durch die IDA kofinanziert.

Im Zusammenhang mit ihrem Entwicklungsprogramm für 1979 - 1985 hat die zairische Regierung 1980 bei der Afrikanischen Entwicklungsbank um einen Kredit für verschiedene Wasserversorgungsprojekte nachgesucht. 1980 gewährte die Afrikanische Entwicklungsbank zwei Kredite für die Finanzierung von fünf Projekten und die Untersuchungen für weitere 8 Vorhaben; 1983 wurde ein weiterer Kredit für Wasserversorgungsprojekte in drei Städten vergeben. Aufgrund des Berichts einer Expertengruppe der Afrikanischen Entwicklungsbank wurde die Finanzierung von sechs weiteren Projekten beschlossen.

"Financing of water supply projets in the six towns which involves a substantial commitment from the bank Group is due to the following reasons:
 1) in the light of lessons from previous development programs, the Executive Council has revised priorities of the seven-year plan, 1985 - 1991, called 'SEPTENAT DU SOCIAL'. The water and sanitation sector is among the top priorities;

- ii) under the IDWSD (International Drinking Water and Sanitation Decade, d.V.), the Executive Council has drawn up a program commensuration with the size of the country and the number of people to cater for. The project under consideration forms part of that program.
- iii) the performance and dynamism of REGIDESO (Regie de distribution d'eau, d.V.) justify the implementation of a project of the scope with in addition will definitely help to improve the management of this company." (472)

Neben diesen Vorhaben wurden in den letzten Jahren vor allem Kredite für infrastrukturelle Projekte (Stromversorgung, Transport) von der Afrikanischen Entwicklungsbank vergeben.

6.4.3 Änderungen in der Entwicklungspolitik gegenüber Zaire

Im letzten Jahrzehnt hat die Entwicklungshilfepolitik der multinationalen Organisationen, vor allem der Weltbankgruppe, eine deutliche Schwerpunktverlagerung erfahren. Anfänglich wurden die Weltbankdarlehen oft für kapitalintensive "hardware"-Projekte mit hohem technologischen Input vergeben.

"Häufig wurde durch das Projekt etwas völlig Neues, sehr Spezifisches und in sich Geschlossenes geschaffen - z.B. ein Wasserkraftwerk, eine neue Fernstraße oder eine neue Industrieanlage ... Mit der Ausweitung des Darlehensprogramms auf neue Aktionsfelder - Bildungswesen, ländliche Entwicklung, Familienplanung, städtische Wasserversorgung - änderten sich Natur und Zweck der Projekte... Im Jahr 1973 gab McNamara die Parole aus: 'Wir sind bereit, ländliche Arbeitsprogramme wie auch Mehrzweck-Projekte für die ländliche Entwicklung zu finanzieren.'" (473)

Heute dagegen nimmt der Landwirtschaftssektor mit rd. einem Drittel der gesamten Kreditsumme der Weltbankgruppe einen wesentlich breiteren Raum ein. Neben dem bäuerlichen Kleinbesitz werden zunehmend Entwicklungsprogramme unterstützt, die der nationalen Nahrungsmittelproduktion dienen, um die chronischen Ernährungskrisen in der Dritten Welt bewältigen zu helfen (474).

Auch die vom amerikanischen Kongreß 1973 verabschiedeten Handlungsdirektiven der "Agency for International Development" (AID) signalisierten eine neue Schwerpunktsetzung: "Aid is now intended to go as directly as possible to the poor majority and to encourage their participation in the process" (475).

Konnte Anfang der siebziger Jahre bezüglich der Entwicklungshilfe für Zaire noch davon gesprochen werden, daß "virtually all foreign aid activities in Zaire, as elsewhere, pursued unapologetically the trickle-down technocratic modell" (476), so sind die Konsequenzen der 'neuen' Überlegungen der Entwicklungshilfeorganisationen auch hier sichtbar:

- Kredite und Zuschüsse werden zunehmend dem Bildungsbereich zur Verfügung gestellt. 50 % der finanziellen Hilfe aus Belgien geht in diesen Bereich und auf Wunsch der zairischen Regierung sollen 20 % davon Bildungsmaßnahmen im und für den Agrarsektor zukommen.
- Der landwirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere der Forschungstätigkeit in diesem Sektor wird verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt. Involviert in diese Projekte sind vor allem die USA, die Weltbank und die IDA.
- Einige Kreditgeber arbeiten in der letzten Zeit verstärkt mit "Nicht-Regierungsorganisationen" zusammen. Nahezu ein Viertel der belgischen Projekte in Zaire wird von "Nicht-Regierungsorganisationen" durchgeführt. Auch die EG weitet die Zusammenarbeit mit diesen Gruppen aus.
- Vergleichbar mit der verstärkten Hinwendung zu Projekten im Landwirtschaftssektor, die auf die Bedürfnisse der Kleinbauern ausgerichtet sein sollen, wird auch im industriellen Sektor kleinen und mittleren Unternehmen mehr Aufmerksamkeit zuteil.
- Die Kreditgeber unterstützen zunehmend Projekte, die im Einklang stehen mit den Erfordernissen des staatlichen Investitionsprogramms, insbesondere den Aufbau der Infrastruktur, den produktiven Sektor und die Nahrungsmittelproduktion.

Auch im Bereich der technischen Hilfe sind Veränderungen in den letzten Jahren erkennbar. Erwähnenswert hier ist insbesondere die von Belgien forcierte Umstellung der technischen Hilfe im Bildungsbereich auf den Agrarsektor. Die verbesserte Praktikabilität der Projekte bzw. Programme ist eines der Hauptziele der technischen Hilfe der westlichen Industriestaaten und der multinationalen Organisationen. Dies soll geschehen bsp. durch die von der IDA angestrebten "integrated technical assistance projects", ein Zusammenwirken von einheimischen Fachkräften, kurzfristig eingesetzten ausländischen Experten, dem Aufbau von entsprechenden Institutionen für Ausbildung u.a. Zwecke.

Die neuen entwicklungspolitischen Tendenzen scheinen für eine Idee von Entwicklungshilfe zu stehen, die sich stärker an den Bedürfnissen und Erfordernissen der Empfängerländer orientiert und damit eine potentielle Abkehr von den Vorstellungen der vergangenen Jahrzehnte darstellt, daß die unterentwickelten Länder sich mehr oder weniger auf das Modell der westlichen Industriestaaten auszurichten haben.

Sicherlich können unter bestimmten Voraussetzungen einige Projekte heutzutage erfolgreicher durchgeführt werden; Bevölkerungsschichten, die früher als potentielle Nutznießer von Entwicklungshilfe von vornherein ausgeschlossen waren, sind nun als eine neue Zielgruppe entdeckt worden.

Auf einige grundsätzliche Probleme muß jedoch in diesem Zusammenhang aufmerksam gemacht werden:

Da der überwiegende Teil der Bevölkerung in Zaire von den Erträgen der Landwirtschaft lebt und in den meisten Fällen unter Bedingungen der Subsistenzwirtschaft, ist eine verstärkte Förderung dieses Sektors und vor allem der Kleinbauern sicherlich begrüßenswert. Die konkreten Bedingungen aber, bsp. die der Kreditvergabe für die notwendigen landwirtschaftlichen "Inputs" lassen Zweifel daran aufkommen, ob die Zielgruppe "Kleinbauern" auch tatsächlich erreicht wird: beim "Smallholder Maize Project" der Weltbank z.B. liegt der Zinssatz für diese Kredite bei 33 %.

Bestimmte Gruppen von Kleinbauern mit geringen oder überhaupt keinen Landbesitz werden zudem durch die allgemeinen Bewertungskriterien der Weltbankgruppe für die Projektvergabe weitgehend ausgeschlossen. Neben beschäftigungspolitischen, sozioökonomischen und geographischen Auswirkungen sollen die Projekte sich auch positiv auf die Fähigkeit Zaires auswirken, seine Schulden rechtzeitig tilgen zu können. Dies kann sicherlich von dieser Bevölkerungsgruppe nicht oder nur in einem sehr bescheidenen Umfang erwartet werden. Zudem werden oft Landwirtschaftsprojekte gefördert, deren Produktion auf den Export ausgerichtet ist, womit der Subsistenzsektor notwendigerweise vernachlässigt werden muß.

Die entwicklungspolitisch wichtige Arbeit der "Nicht-Regierungsorganisationen" (NRO) wird mittlerweile allgemein anerkannt; resultierend aus der Ernüchterung über die bisher verfolgten entwicklungspolitischen Ansätze, so daß auch die Weltbank mit diesen Organisationen

zusammenarbeitet. Eine Kooperation erfolgt in der Hoffnung, daß die Krise der staatlichen Entwicklungspolitik mit Hilfe der NROs überwunden werden kann. Hier ist jedoch vor einer Überbetonung der NROs als Retter der Entwicklungspolitik zu warnen.

Die Tendenz, ausländische finanzielle und technische Hilfe stärker mit staatlichen Investitionsprogrammen abzustimmen ist auf dem Hintergrund zu sehen, daß diese wirtschaftlichen Zielsetzungen und Programme in Zaire unter starker Einflußnahme ausländischer Kreditgeber wie des IWF zustande gekommen sind, somit die Interessen der Gläubiger an einem zahlungsfähigen Zaire mehr oder weniger klar zum Ausdruck brachten und damit durchaus mit den längerfristigen Entwicklungsperspektiven Zaire kollidieren müssen.

Darüber hinaus ist noch darauf hinzuweisen, daß der Anspruch der Weltbank seit McNamaras neuer Programmatik, auf eine Partizipation der betroffenen Bevölkerung bei der Planung und Durchführung der Projekte hinzuwirken, in Zaire bislang nicht praktiziert worden ist, ein "Mangel", der gerade die Empfängerländer nicht eben besonders durchsetzungsfähig gegenüber ihren Gläubigern macht und sowieso insgesamt negative gesellschafts- wie wirtschaftspolitische Konsequenzen haben muß und hat.

Schluß

Für Zaire bleiben die wirtschaftspolitischen und gesellschaftlichen Entwicklungsperspektiven auch in den nächsten Jahren eng mit den westlichen Gläubigerstaaten und den multinationalen Finanzorganisationen (IWF, Weltbank) verknüpft. Ein wie auch immer begründeter und vollzogener Abbruch der Beziehungen durch Zaire (bzw. der Rückzug der Gläubiger aus diesem Land) würde nicht zu einer radikalen Umkehr bzw. Wende führen können, die den Aufbau des Landes und eine sozioökonomische Umgestaltung zum Ziel hätte, bei der die realen gesamtgesellschaftlichen Interessen gewahrt würden. Tatsächlich bieten die gesellschaftspolitischen Konstellationen und das Machtgefüge in Zaire auch keinerlei Ansätze dafür.

Auf den ersten Blick haben die Politik des IWF und der Weltbank in Zaire in jüngster Zeit einige Erfolge gezeitigt.

Die öffentlichen Ausgaben konnten von 10,5 % des Bruttoinlandsprodukts (1982) auf 3,4 % (1984) zurückgeführt werden, die Inflation wurde gebremst, die Landeswährung stabilisiert und der Schwarzmarkt eingedämmt. Ausländische Interessenten verstärken ihre Investitionen.

Die strukturellen Probleme des Landes, wie z.B. die halbherzige Entwicklung der Landwirtschaft, eines der Hauptprobleme Zaires, werden dadurch allerdings nicht tangiert. Die Strategie des IWF, durch Einsparungen im konsumtiven Bereich (Sozialausgaben, Staatskonsum) finanzielle Mittel für eine exportorientierte marktwirtschaftliche Gesundung freizusetzen, die bereits in einigen Ländern (Argentinien, Chile, Mexiko, Brasilien) als gescheitert betrachtet werden muß, bestimmt in Zaire weiter die konkrete Politik.

Die Kosten dieser Stabilisierungspolitik haben diejenigen Teile der Bevölkerung Zaires zu tragen, deren monatliches Einkommen gerade noch dazu ausreicht, eine Familie eine Woche lang zu ernähren.

Auch in anderer Hinsicht ist die Stabilisierungspolitik von zweifelhaften Wert: die Verschuldung Zaires steigt weiter an, von 4,2 Milliarden Dollar (1982) auf inzwischen 4,4 Milliarden Dollar (Ende 1984). Neue Kredite müssen zum großen Teil für die Rückzahlung alter Verbindlichkeiten verwendet werden. Ohne wirksame Umschuldungsabkommen steht das Land vor dem Bankrott.

Die immense Verschuldung mit all ihren Folgen ist sicherlich eines der Kernprobleme nicht nur Zaires. Ein Schuldenerlaß wäre aber nur dann ein Ausweg aus der Krise, wenn er mit Entwicklungsstrategien in Zaire bzw. im Verbund mit anderen afrikanischen Staaten gekoppelt würde. Dies erfordert gesellschaftliche Strukturveränderungen, die mehr wirtschaftliche Partizipation für viele, eine auf sozialen Ausgleich gerichtete und die politischen Artikulations- und Entscheidungsmöglichkeiten fördernde Politik beinhalten müßte.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist jedoch eher mit einer Verschärfung der Krise zu rechnen.

Anmerkungen

- (1) Das Überleben sichern. Bericht der Nord-Süd-Kommission. Köln 1980. S. 3.
- (2) In diesem Kapitel werden nicht die grundlegenden Strukturen weltwirtschaftlicher Interdependenz untersucht, sondern die richtungsweisenden Tendenzen der letzten Jahre insbesondere in bezug auf die Entwicklungen in der Dritten Welt erfaßt.
- (3) Vgl. Frankfurter Rundschau vom 10.2.1982.
- (4) Auf die Bedeutung der Erdölpreissteigerungen wird an anderer Stelle eingegangen.
- (5) Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung/ Weltbank:Weltentwicklungsbericht 1981. Bonn und Frankfurt o.J. S. 1.
- (6) A.a. O. S. 9.
- (7) A.a.O. S. 17.
- (8) Vgl. a.a.O. S. 63.
- (9) Vgl. Fröbel, Folker: Zur gegenwärtigen Entwicklung der Weltwirtschaft. In:Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt (Hg.). Starnberger Studien 4.Strukturveränderungen in der kapitalistischen Weltwirtschaft. Frankfurt 1980. S. 59-63.
- (10) Vgl. a.a.O.
- (11) A.a.O. S.63.
- (12) Vgl. Fröbel, Folker/Heinrichs, Jürgen/Kreye, Otto: Die neue internationale Arbeitsteilung. Hamburg 1977.
- (13) A.a.O. S.31.
- (14) A.a.O. S.39.
- (15) A.a.O. S.553.
- (16) A.a.O. S.556.
- (17) Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung/ Weltbank:Weltentwicklungsbericht 1981. a.a.O. S. 82.
- (18) Vgl. Tageszeitung, Berlin (West) vom 3.9.1982.

- (19) Vgl. Weltentwicklungsbericht 1981.A.a.O.
- (20) a.a.O.
- (21) Vgl. Kurzfassung des Zwischenberichts über das Forschungsprojekt "Krisentendenzen des internationalen Kreditsystems". Fachbereich Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin. In: Frankfurter Rundschau, Frankfurt am Main vom 4.2.1982.
- (22) Vgl. a.a.O.
- (23) Vgl. a.a.O.
- (24) vgl. a.a.O.
- (25) Vgl. Der Spiegel, Hamburg vom 6.9.1982.
- (26) Vgl. a.a.O.
- (27) Bericht der Nord-Süd-Kommission a.a.O. S. 345.
- (28) Hier wird von den Klassenstrukturen und Klasseninteressen nach der Erlangung der Unabhängigkeit abgesehen, die nicht unter dem Begriff "nationales Interesse" subsumiert werden können.
- (29) Khan, Khushi M./Mathies, Volker: Collective self-reliance. Programme und Perspektiven der Dritten Welt. München 1978. S.3.
- (30) A.a.O. S. 4.
- (31) Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Hg.): Journalisten-Handbuch. Entwicklungspolitik 1982. Bonn 1982. S.223-226.
- (32) A.a.O. S.218.
- (33) In diesem Zusammenhang ist das Konzept der Grundbedürfnisbefriedigung zu erwähnen, das seit Mitte der 70er Jahre die internationale Diskussion beherrscht. Vgl. Satzinger, Walter/Schwefel, Dieter: Entwicklung als soziale Entwicklung. Über Irrwege und Umwege entwicklungstheoretischer Strategiesuche. In: Nohlen, Dieter u. Nuscheler, Frank (Hg.): Handbuch der Dritten Welt. Band 1. Hamburg, Neuauflage 1982. S. 312 ff.
- (34) Vgl. Neue Zürcher Zeitung, Zürich vom 27.10.1981.

- (35) Vgl. a.a.O.
- (36) Bremer Gesellschaft für Wirtschaftsforschung e.V. (Hg.): Auswertung der Fünften Welthandels- und Entwicklungskonferenz, Manila 1979. Baden-Baden 1981. S.69.
- (37) Schmid, Raimund: UNCTAD VI. Bewegt wurde nichts. In: EPD-Entwicklungspolitik, hrsg. vom Gemeinschaftswerk der evangelischen Publizistik. Nr. 12/13. Frankfurt 1983. S.13.
- (38) Vgl. Tetzlaff, Rainer: Perspektiven und Grenzen der Neuen Weltwirtschaftsordnung. In: Handbuch der Dritten Welt a.a.O. S.283.
- (39) A.a.O. S.289.
- (40) Seelow, Frank: Neue Weltwirtschaftsordnung - Grundpositionen von Industrie- und Entwicklungsländern. In: Vierteljahresberichte des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung Nr. 81. Bonn 1980. S. 267.
- (41) A.a.O. S.270/71.
- (42) Vgl. Frankfurter Rundschau, Frankfurt am Main, vom 22.8.1984.
- (43) Auswertung der Fünften Welthandels- und Entwicklungskonferenz a.a.O. S. 9.
- (44) A.a.O. S.794/95.
- (45) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt am Main vom 5.7.1983.
- (46) Vgl. Schmid, Raimund a.a.O. S.9ff.
- (47) A.a.O. S.10.
- (48) A.a.O. S.11.
- (49) Vgl. a.a.O.
- (50) Vgl. a.a.O.
- (51) Vgl. a.a.O. S.13.
- (52) Weltentwicklungsbericht 1981 a.a.O. S.13.
- (53) Khan, Khushi M. u.a. a.a.O. S.6.

- (54) Vgl. Afrikanischer Sozialismus. Aus den Reden und Schriften von Julius K. Nyerere. Mit einer Einleitung von Gerhard Grohs. Stuttgart 1972.
- (55) Matthies, Volker: Collective self-reliance. In: Handbuch der Dritten Welt a.a.O. S.382.
- (56) Vgl.a.a.O. S. 383.
Die Vertreter einer konsequenten "self-reliance - Strategie" finden sich oft in Übereinstimmung mit den "Dependencia"-Theoretikern, die eine systematische Durchführung von innergesellschaftlichen Strukturveränderungen und die konsequente Dissoziation vom Weltmarkt fordern. "Insofern hat die Dependenztheorie, die eine 'Theorie ohne Strategie' genannt wurde, in der SR (self-reliance,d.V.), die man umgekehrt als eine 'Strategie ohne Theorie' plakatiert hat (...) die entwicklungsstrategische Entsprechung ebenso gefunden wie die Strategie der SR in der Dependenztheorie ihr theoretisches Ableitungs-Fundament". a.a.O. S.381.
- (57) Vgl. Bericht der Konferenz der Gruppe der 77 über wirtschaftliche Zusammenarbeit, Mexiko-City, September 1976. In: Khan, Khushi M. u.a. a.a.O. S.195 ff.
- (58) Vgl. Neue Zürcher Zeitung, Zürich vom 28.2.1979.
- (59) Hier verstanden im Sinne von Dieter Senghaas postulierter Abkehr von dem Verteilungskonflikt zwischen den Metropolen und den in die internationale Ökonomie integrierten Sozialschichten der Dritten Welt und einer Hinwendung zu der binnenmarktorientierten Entwicklung der produktiven Kräfte, basierend auf der Befriedigung der Grundbedürfnisse.
Vgl. Senghaas, Dieter: Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation. Frankfurt 1978.
- (60) Vgl. Neue Zürcher Zeitung, Zürich vom 26.2.1982.
- (61) Vgl. Bohnet, Michael: Ökonomische Entwicklungstheorien und Entwicklungspolitik. In: Handbuch der Dritten Welt a.a.O. S.292 ff.
- (62) Vgl. a.a.O. S. 292.
- (63) a.a.O. S.292.

- (64) a.a.O. S. 296.
- (65) Vgl. a.a.O. S.299.
- (66) a.a.O. S.299.
- (67) Vgl. a.a.O. S. 302.
- (68) a.a.O. S.304.
- (69) Vgl. S. 304/o5.
- (70) Senghaas, Dieter a.a.O. S.26.
- (71) Vgl. Schmidt, Alfred: Ungleichere Tausch. In: Handbuch der Dritten Welt a.a.O. S.117ff.
- (72) Nohlen, Dieter/Nuscheler, Frank: Was heißt Entwicklung? In: Handbuch der Dritten Welt a.a.O. S. 57.
- (73) Tetzlaff, Rainer: Die Weltbank. Machtinstrument der USA oder Hilfe für die Entwicklungsländer. München 1980. S.12.
- (74) Senghaas, Dieter/Menzel, Ulrich: Autozentrierte Entwicklung trotz internationalem Kompetenzgefälle. In: Projekt: Untersuchung zur Grundlegung einer praxisorientierten Entwicklung. Forschungsbericht Nr. 1. Universität Bremen, August 1978. S. 3.
- (75) Senghaas, Dieter a.a.O. S.27.
- (76) Robert McNamara zitiert in: Senghaas, Dieter (Hg.): Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung. Frankfurt 1977. S. 11/12.
- (77) Seers, Dudley: Was heißt Entwicklung? In: Peripherer Kapitalismus a.a.O. S.39ff. u. Nohlen, Dieter / Nuscheler, Frank: Was heißt Entwicklung? In: Handbuch der Dritten Welt a.a.O. S. 48 ff.
- (78) Vgl. Ul Haq, M.: Employment and Income Distribution in the 70's. A new perspective. In: Schwefel, Detlef (Hg.): Grundbedürfnisse und Entwicklungspolitik. Baden-Baden 1978.
- (79) Weltentwicklungsbericht 1982 a.a.O. S. 12.

- (80) Vgl. Weltentwicklungsbericht 1982 a.a.O. S.12.
- (81) A.a.O. S. 8.
- (82) Vgl.a.a.O. S. 76 ff.
- (83) Vgl. a.a.O. S.76 ff.
- (84) Vgl. Weltentwicklungsbericht 1981 a.a.O. S. 80 ff.
- (85) A.a.O. S.82.
- (86) Die Kreditvergabe des Internatioalen Währungsfonds ist in den meisten Fällen mit der Erfüllung dieser "Empfehlungen" verbunden.
- (87) Frank, Andre Gunder: Asia's exclusive models. In: Far eastern economic review vom 25.6.1982, Hongkong, S. 22.
- (88) Vgl. Kreye, Otto: Perspektiven des industriellen Wachstums und der sozialen Entwicklung in den Entwicklungsländern. In: Starnberger Studien a.a.O. S.286 ff.
- (89) So stieg in der Republik Korea die Wertschöpfung in der Fertigwarenindustrie von 2.346 Millionen US Dollar auf 9.555 Millionen US Dollar (1979), die Bruttoproduktion pro Kopf in diesem Industriezweig von 182 US Dollar (1970) auf 621 US Dollar (1979). In Hongkong, Singapur und auch in Mexiko wurden ähnliche Steigerungsraten erreicht. Vgl. Weltentwicklungsbericht 1982 a.a.O. S.129.
Anteilig an der Wareneinfuhr nahmen z.B. in Südkorea die Brennstoffe von 7% (1960) auf 19% (1979) zu. Vgl. a.a.O. S. 137.
- (90) Frank, Andre Gunder a.a.O.
- (91) Vgl. Weltentwicklungsbericht 1982 a.a.O. S. 17 ff.
- (92) Elsenhans, Hartmut: Die Überwindung von Unterentwicklung durch Massenproduktion für den Massenbedarf -Weiterentwicklung eines Ansatzes. In:Handbuch der Dritten Welt a.a.O. S. 152.
- (93) A.a.O. S.163.
- (94) Die "Dependencia" - Theorie wurden in der Auseinandersetzung mit den Arbeiten der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) entwickelt, deren Analysen richtungsweisend für die Vertreter dieses theoretischen Ansatzes waren.

- (95) Vgl. Senghaas, Dieter: Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik a.a.O. Ders.: Peripherer Kapitalismus a.a.O. Ders.: Von Europa lernen. Entwicklungsgeschichtliche Betrachtungen. Frankfurt 1982. Frank, Andre Gunder: Abhängige Akkumulation und Unterentwicklung. Frankfurt 1980. Ders.: Weltwirtschaft in der Krise. Hamburg 1978. Amin, Samir: Die ungleiche Entwicklung. Hamburg 1975.
- (96) Vgl. Cardoso, Fernando Henrique: Entwicklung auf der Anklagebank. In: Peripherie Nr. 5/6 Münster 1981. S.6ff.
- (97) Duval, R./Russet, B. zitiert in: Cardoso, Fernando Henrique: Entwicklung auf der Anklagebank a.a.O. S.14/15.
- (98) Amin, Samir: Die ungleiche Entwicklung a.a.O. S.161/62.
- (99) Vgl. Amin, Samir: Zur Theorie von Akkumulation und Entwicklung in der gegenwärtigen Weltgesellschaft. In: Peripherer Kapitalismus a.a.O. S. 71 ff.
Die vorrangige Produktion von Luxusgütern deshalb, weil durch die oft extrem niedrigen Löhne die Nachfrage nach Massenkonsumgütern beschränkt ist und weil die Bedürfnisse der herrschenden Klassen befriedigt werden müssen.
- (100) Samir, Amin: Zur Theorie von Akkumulation und Entwicklung ... a.a.O. S. 80/81.
- (101) A.a.O. S.83.
- (102) Vgl. Schmidt, Alfred: Ungleicher Tausch. In: Handbuch der Dritten Welt a.a.O. S.117 ff.
- (103) Samir, Amin: Zur Theorie von Akkumulation und Entwicklung ... a.a.O. S. 115.
- (104) Vgl. Mandel, Ernest: Der Spätkapitalismus. Frankfurt 1972. S. 325 ff.
- (105) Vgl. a.a.O.
- (106) Vgl. Cardoso, Fernando Henrique: Entwicklung auf der Anklagebank a.a.O.
- (107) The world crisis of the 1980s. An interview with Samir Amin. In: Monthly review, Juni 1981. S.39/40.

- (108) Vgl. Samin, Amir: Die ungleiche Entwicklung a.a.O. S. 307 ff.
- (109) Vgl. Senghaas, Dieter: Von Europa lernen a.a.O.
- (110) a.a.O. S.88.
- (111) Vgl.a.a.O.
- (112) a.a.O. S. 56/57.
- (113) Andre Gunder Frank hat in seinem Werk "Abhängige Akkumulation und Unterentwicklung" die Umwälzung der Produktionverhältnisse in Asien, Afrika und Lateinamerika durch die Kolonialpolitik untersucht (in dem Zeitraum von 1870 - 1930), z.B. die Ersetzung des Sklavenhandels in Westafrika in der Mitte des 19. Jahrhunderts durch die Exportproduktion von landwirtschaftlichen Produkten (Erdnüssen, Ölsamen, Kakao etc.):
 "Gleichwohl traten viele Unterentwicklung generierende Faktoren auch dort in Erscheinung, wo Plantagen wenig Einfluß hatten. Die größeren europäischen Handelskompagnien wie die "United Africa" (Unilever) und die "Compagnie Francaise de l'Afrique Occidentale" monopolisierten in den Exportwirtschaften rasch den Großhandel; sie kontrollierten auch im Großhandel - und häufig sogar im Einzelhandelssektor - den Vertrieb der Importware. Der dominante Einfluß der Kompagnien bildete einen wirksamen Mechanismus, aus den kontrollierten afrikanischen Gebieten den wirtschaftlichen Überschuß abzuziehen." a.a.O. S. 178.
- (114) Hier soll Senghaas keine schematische Untersuchungsweise unterstellt werden; er stellt durchaus die spezifischen Bedingungen in den Peripherien dar.
- (115) Vgl. Senghaas, Dieter: Von Europa lernen a.a.O. S. 334 ff.
- (116) Vgl.a.a.O.
- (117) Vgl. a.a.O. S. 336 ff.
- (118) Vgl. Simonis, Georg: Autozentrierte Entwicklung und kapitalistisches Weltssystem - Zur Kritik der Theorie der abhängigen Reproduktion. In: Peripherie a.a.O. S.32 ff.

- (119)A .a.O. S. 37/37.
- (120)A .a.O. S. 40.
- (121) Buro, Andreas: Autozentrierte Entwicklung durch Demokratisierung? Frankfurt 1981. S. 42/43.
- (122) Simonis, Georg a.a.O. S. 44.
- (123) Vgl. Häckel, Erwin: Afrikanischer Nationalismus. München 1974.
- (124) Vgl. Tibi, Bassam: Nationalismus in der Dritten Welt am arabischen Beispiel. Frankfurt 1971.
- (125) Die Herausbildung des Nationalismus in den Staaten der Dritten Welt ist begrifflich zu unterscheiden von der Genesis der Nationenbildung und des Nationalismus in Europa.
- (126) Fanon, Frantz: Die Verdammten dieser Erde. Frankfurt 1981, S. 77.
- (127) A.a.O.
- (128) Häckel, Erwin a.a.O. S.41.
- (129) Tibi, Bassam a.a.O. S.53.
- (130) Sartre, Jean Paul: Kolonialismus und Neokolonialismus. Hamburg 1968.
- (131) a.a.O. S. 89.
- (132) Vgl. Tibi, Bassam: Internationale Politik und Entwicklungsländerforschung, Frankfurt 1979. S. 52 ff.
- (133) Vgl. a.a.O.
- (134) Vgl. Häckel, Erwin a.a.O.
- (135) Fanon, Frantz a.a.O. S. 189.

In seinem Werk "Die Verdammten dieser Erde" postuliert Fanon die radikale Abkehr von Europa: "Verlieren wir keine Zeit mit sterilen Litaneien oder ekelhafter Nachäfferei. Verlassen wir dieses Europa, das nicht

aufhört, vom Menschen zu reden, und ihn dabei niedermetzelt, wo es ihn trifft, an allen Ecken seiner eigenen Straßen, an allen Ecken der Welt ... Entschließen wir uns, Europa nicht zu imitieren. Spannen wir unsere Muskeln und Gehirne für einen neuen Kurs an. Versuchen wir, den totalen Menschen zu erfinden, den zum Siege zu führen Europa unfähig war."
a.a.O. S. 263/264.

- (136) Cabral, Amilcar: Die Theorie als Waffe. Der revolutionäre Befreiungskampf in den portugiesischen Kolonien Afrikas, zitiert in: Tibi, Bassam: Internationale Politik a.a.O. S. 65.
- (137) Hiervon sind die sog. "Volksrevolutionen" (Angola, Mosambique etc.) zu unterscheiden, deren Führen zumindest ihrem Anspruch nach ein "Arbeiter- und Bauernbündnis" bildeten, die jedoch in den meisten Fällen auch keine präziseren Vorstellungen eines postkolonialen gesellschaftspolitischen Modells entwickelten.
- (138) Buro, Andreas: Autozentrierte Entwicklung ... a.a.O. S. 85.
- (139) Vgl. Träger, Heide: Panafrikanismus und Staatsnationalismus. Frankfurt 1975.
- (140) Tibi, Bassam: Internationale Politik a.a.O. S. 21.
- (141) Vgl. Häckel, Erwin a.a.O.
- (142) Sartre, Jean Paul a.a.O. S. 93.
- (143) Tibi, Bassam: Afrikanischer Nationalismus a.a.O. S. 56.
- (144) Vgl. Frank, Andre Gunder: Abhängige Akkumulation und Unterentwicklung a.a.O.
- (145) Nach Amin und Elsenhans bildet sich im Verlauf dieser Entwicklung eine "Staatsbourgeoisie" oder "Staatsklasse" heraus:
"Mit und ohne importsstituierende Industrialisierung bildet sich in der Dritten Welt eine Staatsklasse. Herkunft und ursprüngliche Funktion ist nach Ländern verschieden. Es kann sich u.a. um die Transformation

von Teilen der grundbesitzenden Klassen, um bei Dynastien angelagerte Beamtenklassen, um ehemalige Mitglieder von Befreiungsbewegungen oder um die Expansion eines Beamtenapparats, der im Rahmen der Zunahme der Staatstätigkeit zur Industrialisierung entstanden ist, handeln. Die ökonomische Grundlage dieser Staatsklasse ist neben dem intern zirkulierenden Mehrprodukt der Anteil am Gesamtprodukt des Exportsektors, den die multinationalen Konzerne dem Staatsapparat überlassen müssen, da er zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung notwendig ist. Die Staatsklasse übernimmt heute die Funktion der 'kollaborierenden und vermittelnden Eliten' in den Kolonien." Elsenhans, Hartmut: Die Rolle der Staatsklasse bei der Überwindung von Unterentwicklung. In: Schmidt, Alfred: Strategien gegen Unterentwicklung. Frankfurt 1976. S. 256.

In einen später erschienenen Beitrag macht Elsenhans auf die Problematik der Verwendung der Begriffe "Staatsbourgeoisie" und "Staatskapitalismus" aufmerksam. Er bezeichnet die Gesellschaften der Entwicklungsländer als "staatsabhängige Entwicklungsgesellschaften". "Weder verwenden diese Staatsapparate zwangsläufig investierbare Fonds für die Erhöhung der Produktivität, noch stehen die Mitglieder der Bürokratie wie Kapitalisten auf den Märkten im Wettbewerb, bei dem ihre Einkommen von ihrer Fähigkeit abhängen, Investitionsmittel in Technologien zu investieren, mit denen am Markt nachgefragte Produkte möglichst kostengünstig hergestellt werden können." Elsenhans, Hartmut: Die Überwindung von Unterentwicklung durch Massenproduktion a.a.O. S.173.

- (146) Vgl. Elsenhans, Hartmut: Die Rolle der Staatsklasse ... a.a.O.
- (147) Vgl. a.a.O.
- (148) Vgl. Peemans, J.Ph.: The social and economic development of Zaire since independence, zitiert in: Sklar, Richard L.: The nature of class domination in Africa. In: The Journal of Modern African Studies 17 (4), London 1979. S.278.

- (149) a.a.O. S. 545
- (150) Veit, Winfried: Nationale Emanzipation. Entwicklungsstrategie und Außenpolitik in Tropisch-Afrika. München 1978. S. 46.
- (151) Imfeld, Al: Zukunft politischer Institutionen. In: Entwicklungspolitik a.a.O. Nr. 5/6 1982, S. 23.
- (152) Vgl. Anstatt Politik Kulte. Interview mit Samir Amin. In: Entwicklungspolitik a.a.O. Nr. 5/6 1982, S. 24 ff.
- (153) Vgl. a.a.O. S. 26.
- (154) Vgl. a.a.O.
- (155) a.a.O. S. 26 .
- (156) Kannyo, Edward: Postcolonial politics in Zaire, 1960-1979. In: Gran, Guy (Hg.) Zaire, the political economy of underdevelopment. New York 1979. S. 56.
- (157) Die Verfassung der Demokratischen Republik Kongo. In: Schriftenreihe der Deutsch-Kongolesischen Gesellschaft. Nr. 4, Köln 1970, S.8.
- (158) a.a.O. S.4.
Das Staatsgebiet wurde in 6 Provinzen aufgeteilt, jede Provinz erhielt eine eigene Verfassung, eine gesetzgebende Versammlung und eine Regierung. Der Föderalismus sollte durch eine Reihe von Einschränkungen abgeschwächt werden: In jeder Provinz vertrat ein Staatskommissar die Zentralregierung, der den Sitzungen der Provinzversammlungen beiwohnen und das Wort ergreifen konnte.
- (159) Philipp, Günther: Militär und Militärrherrschaft in Schwarzafrika. Eine propädeutische Skizze und ein Fallbeispiel: Zaire. Inaugural-Dissertation. Karlsruhe 1979.
- (160) Die Verfassung der Demokratischen Republik Kongo a.a.O. S. 18.
- (161) Vieux, Serge-A.: L'administration zairoise. Paris 1974. S. 28.
- (162) a.a.O. S. 28.

- (163) a.a.O. S.30.
- (164) Vgl. Lukoji, Mulumba: Le Mouvement Populaire de la Revolution: Creation de signification politique. In: Zaire-Afrique 12, 1972. S. 329 ff.
- (165) Philipp, Günther a.a.O. S. 389.
- (166) "Articles 4 et 9 de la Constitution du 24 juin 1976, tels que modifiés par la loi constitutionnelle n^o 70-001 du 23 décembre 1970...". Vieux, Serge-A. a.a.O. S. 9.
- (167) Vieux, Serge-A. a.a.O. S. 31.
- (168) Nour, Salua: Zaire. In: Handbuch der Dritten Welt, Band 4. Westafrika und Zentralafrika: Unterentwicklung und Entwicklung a.a.O. S. 515.
- (169) Vgl. Kannyo, Edward a.a.O. S.64.
- (170) a.a.O. S.64.
- (171) Vgl. Archer, Jules: Congo, the birth of a new nation. Folkestone 1970.
- (172) Vgl. a.a.O. S. 21.
- (173) Loth, Heinrich: Kongo. Berlin (DDR) 1965. S. 25.
- (174) Vgl. a.a.O.
- (175) Vgl. Archer, Jules a.a.O. S. 24.
- (176) Vgl. Loth, Heinrich a.a.O. S. 70.
- (177) Archer, Jules a.a.O. S.30.
- (178) Vgl. Loth, Heinrich a.a.O.
- (179) Vgl. Wiese, Bernd: Zaire. Landesnatur, Bevölkerung, Wirtschaft. Darmstadt 1980. S. 14.
- (180) zur Übernahme des afrikanischen Handelsmonopols vgl. Jewsiewicki, Bogumil: Zaires enters the world system: its colonial incorporation as the Belgian Congo, 1885-1960. In: Gran, Guy (Hg.) Zaire.... S. 33.36.

- (181) a.a.O. S. 36.
- (182) Vgl. Loth, Heinrich a.a.O.
- (183) Comité Zaire (Hg.): Zaire, le dossier de la recolonisation. Brüssel/Paris 1978, S. 36.
- (184) Michel, Herbert: Wirtschaftsstruktur und Industrialisierungsprobleme Zaires. München 1976. S. 20.
- (185) Nach Angaben von Heinrich Loth hat sich die Landfläche im Besitz der europäischen Plantagenbesitzer zwischen 1938 und 1950 nahezu verdoppelt. Vgl. Loth, Heinrich a. a. O. S. 157 ff.
- (186) Jewsiewicki, B.: Political consciousness among african peasants in the belgian Congo. In: Review of African Political Economy Nr. 19, 1980, S. 24.
- (187) Vgl. Breitengross, Jens Peter: Zaire. In: Handbuch der Dritten Welt. Hamburg 1976. S. 602.
- (188) Vgl. Michel, Herbert a.a.O. S. 21.
- (189) Comité Zaire a.a.O. S. 38.
- (190) Vgl. Jewsiewicki, Bogumil. In: Gran, Guy a.a.O. S. 41 ff.
- (191) Vgl. a.a.O. S. 26.
- (192) a.a.O. S. 47.
- (193) Sartre, Jean Paul: Kolonialismus und Neokolonialismus a.a.O.
- (194) Vgl. Jewsiewicki, Bogumil: Political consciousness... a.a.O.
- (195) a.a.O. S. 30.
- (196) Vgl. Jewsiewicki, Bogumil: Zaire enters the world system a.a. O. S. 43 ff.
Vgl. auch: Ministère des Colonies: Plan décennal pour le développement économique et social du Congo belge. Bruxelles 1949.
- (197) Centre d'Information et de Documentation du Congo Belge et du Ruanda-Urundi (Hg.) Aperçu sur le Plan décennal pour le développement économique et social du Congo belge. Bruxelles 1953. S. 1.

- (198) a.a.O. S. 15.
- (199) a.a.O. S. 17.
- (200) Vgl. Seghers, Joseph: Plan et Développement au Congo. In: Etudes Congolaises 5, 1963. S. 1ff.
- (201) a.a.O. S. 2.
- (202) vgl. a.a.O.
- (203) a.a.O. S. 4.
- (204) a.a.O. S. 5.
- (205) a.a.O. S. 6.
- (206) Vgl.a.a.O.
- (207) a.a.O. S.11.
- (208) a.a.O. S. 19.
- (209) Vgl.a.a.O.
- (210) Vgl. Bericht über die "Conference nationale de la Planification". In: Etudes Congolaises 3, 1964.
- (211) Vgl. den sehr informativen Beitrag von Guy Verhaegen: La planification au Zaire. In: Breitengross, Jens Peter: Planung und wirtschaftliche Entwicklung in Zaire. Hamburg 1974, S. 16 ff.
- (212) a.a.O. S. 30.
- (213) N'Dele, A.: Reféxions sur la politique économique dans un pays en développement. In: Etudes Congolaises 3, 1979, S. 7/8.
- (214) Vgl. La table ronde économique belgo-congolaise In: Congo, 1960.
- (215) a.a.O. S. 94/95.
- (216) a.a.O. S. 87.

- (217) Vgl. Sartre, Jean Paul: Kolonialismus und Neokolonialismus a.a.O. S. 81.
- (218) Vgl. Le programme du Mouvement National Congolais. In: Congo , 1959, S.132 ff.
- (219) Vgl. Quelques discours programmes de M. Patrice Lumumba. In: Congo,1960, S. 584 ff.
- (220) a.a.O. S. 576.
- (221) Vgl. S. 576 ff.
- (223) Vgl. Conférence de M. Mbekka sur la situation économique en novembre 1960. Congo, 1960. S. 384.
- (224) Vgl. a.a.O.
- (225) Vanderlinden, J. u.a.: Du Congo au Zaire 1960 - 1980, Brüssel o.J.. S. 111.
- (226) Vgl. L'évolution de l' économie congolaise depuis l'indépendance. In: Etudes Congolaises, 8, 1964, S. 1 ff.
- (227) Vgl. Comité Zaire a.a.O. S. 70.
- (228) Vgl.a.a.O.
- (229) a.a.O. S. 90.
- (230) a.a.O. S.93.
- (231) Vgl. L'investissement privé-étranger et national en République du Zaire. In: Etudes Africaines, Nr. 135 - 137, 1972, S.21 ff.
- (232) Vgl. Demokratische Republik Kongo. Auszüge aus dem Zentralbankbericht 1968/69. In: Schriftenreihe der Deutsch-Kongolesischen Gesellschaft,6, Köln 1970.
- (233) Vgl.a.a.O.
- (234) Le programme et les actes des autorités centrales. In: Congo 1966, S. 113.
- (235) Vgl. L'investissement privé-étranger ... S. 21 ff.
- (236) a.a.O. S. 7/8.

- (237) Diese Maßnahme ist im Zusammenhang mit dem von dem belgischen Parlament kurz vor der Unabhängigkeit Zaires angenommenen Gesetz zu sehen, daß die kolonialen Konzessionsgesellschaften auflöste und den in der Kolonie ansässigen Unternehmen die Möglichkeit anbot, ihren Verwaltungssitz nach Belgien zu verlagern, womit sie der belgischen Gerichtsbarkeit unterstellt waren. Das unabhängige Zaire hatte somit keinen Einfluß mehr auf diese Unternehmen.
- (238) Die "U.M.H.K." ist vom zairischen Staat großzügig entschädigt worden.
- (239) Vgl. Comité Zaire a.a.O.
- (240) Le programme et les actes des autorités centrales. In: Congo, 1966, S. 107.
- (241) L'investissement privé-étranger ... a.a.O. S. 23.
- (242) Vgl. Comité Zaire a.a.O.
- (243) Vgl. L'investissement privé-étranger a.a.O. S.29.
- (244) a.a.O.
- (245) Wiedensohler, Günter: Grundzüge des Niederlassungsrechts. In: Breitengross, Jens Peter : Planung und wirtschaftliche Entwicklung in Zaire a.a.O. S. 149.
- (246) Vgl. a.a.O.
- (247) Vgl. a.a.O.
- (248) Vgl. L'investissement privé-étranger ... a.a.O. S.43 ff.
- (249) Vgl. Comité Zaire a.a.O.
- (250) zitiert in: 'L'investissement privé-étranger ... a.a.O. S. 44.
- (251) Vgl. a.a.O. S. 45.
- (252) Statistisches Bundesamt Wiesbaden: Feldstudie Zaire. Feldstudienbericht. Band 5: Kleine und mittlere Unternehmen. Wiesbaden, Oktober/November 1977. S. 7/8.

- (253) Vgl. a.a.O. S. 13 ff.
- (254) Vgl. L'investissement privé-étranger a.a.O. S. 44.
- (255) Abgesehen von einigen "reservierten" Wirtschaftssektoren, vor allem dem Transportsektor und dem Handel.
- (256) Vgl. Rohm, Julius, Einheimisches Unternehmertum in Zaire. Inaugural-Dissertation. Neu-Ulm 1974.
- (257) Michel, Herbert: Wirtschaftsstruktur und Industrialisierungsprobleme Zaires. München 1976. S. 79.
- (258) In: Cahiers Congolaises 4, 1970, S. 3 ff.
- (259) a.a.O. S. 5/6.
- (260) Ähnliche Prioritäten setzte der 'Directeur du Bureau de la Présidence de la République', Bisengimana, auf einem Seminar über das Thema "Kirche und Entwicklung" vom 27.12.71 - 8.1.72 in Kinshasa. Vgl. hierzu: Beckmans, René: La politique gouvernementale en matière de développement. In: Zaire-Afrique, April 1972.
- (261) Vgl. The World Bank, East Africa Regional Office: Zaire, Current Economic Situation and Constraints. Washington 1979, S. 4 ff.
- (262) Vgl. Le rapport annuel 1974 de la Banque du Zaire. In: Zaire-Afrique, Januar 1976, S. 27 ff.
- (263) a.a.O. S. 42.
- (264) Asani, Yabili Yalala: Code de la Zairianisation. Lubumbashi o.J. S. 13.
- (265) Vgl. Mwanalessa, Kikassa: La stabilisation des entreprises zairianisées et radicalisées. In: Zaire-Afrique, Februar 1976, S. 89 ff.
- (266) Asani, Yabili, Yalala a.a.O. S. 15.
- (267) a.a.O. S. 15.

- (268) Vgl. Mwanalessa, Kikassa a.a.O..
- (269) a.a.O. S. 92.
- (270) zitiert a.a.O. S. 89.
- (271) Vgl. Asani, Yabili Yalala a.a.O.
- (272) a.a.O. S. 135
- (273) a.a.O. S. 135/36.
- (274) Zitiert in: Schatzberg, Michael J.: Politics and Class in Zaire. New York/London 1980. S. 129.
- (275) a.a.O. S. 146.
- (276) Mwanalessa, Kikassa a.a.O. S. 95.
- (277) Zitiert in: Lukoji, Mulumba: Le programme de redressement de l'économie zairoise. In: Zaire-Afrique, April 1977, S. 205.
- (278) a.a.O. S. 211.
- (279) Vgl. Lukoji, Mulumba a.a.O.
- (280) Mwanalessa, Kikassa a.a.O. S. 97.
- (281) Mwanalessa, Kikassa: De la stabilisation au redressement des entreprises zairianisées et radicalisées. In: Zaire-Afrique, November 1976. S. 523.
- (282) a.a.O. S. 523.
- (283) Vgl. Kalala, Kabuya: Depenses publiques, deficits budgetaires et pouvoir politico- économique au Zaire. In: Zaire-Afrique, Oktober 1980, S. 471 ff.
- (284) a.a.O. S. 474.
- (285) Vgl. Lukoji, Mulumba a.a.O. S. 210 ff.
- (286) "Le rattachement du Zaire-monnaie au DTS vise à assurer un transfert de ressources en faveur de secteur des exportations et à ramener la consommation publique et privée en termes réels à un niveau plus équilibre par rapport à l'offre de biens et services". a.a.O. S. 213.

- (287) a.a.O. S. 214.
- (288) Vgl. a.a.O. S. 215 ff.
- (289) Vgl. a.a.O. S. 216
- (290) a.a.O. S. 217.
- (291) a.a.O. S. 217.
- (292) Le programme de redressement de l'économie nationale. Discours du Président Mobutu à Conseil Législatif à Kinshasa le 21 décembre 1976. In: Zaire-Afrique, Januar 1977, S. 5 ff.
- (293) a.a.O. S. 8/9.
- (294) Vgl. Nachrichten für Außenhandel vom 30.7.1979.
- (295) In die gleiche Richtung zielte auch das 1979 verabschiedete Investitionsgesetz, daß an den wesentlichen Bestimmungen des "Code des investissements" von 1969 anknüpfte. Die gesetzlichen Grundlagen sahen Steuersenkungen bzw. Befreiungen von Steuern für ausländische Investoren vor, soweit sie den wirtschaftlichen Interessen Zaires dienten. Ausländischen Kapitalanlegern sicherte das Gesetz den Gewinntransfer zu, und zwar anteilig an ihren Einlagebeträgen. Darüber hinaus enthielt das Investitionsgesetz eine Garantie gegen das Enteignungsrisiko. Vgl. Bundesstelle für Außenhandelsinformation: Zaire. Investitionsgesetz 1979. Köln 1980.
- (296) Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 4./5. Januar 1981.
- (297) Vgl. Nachrichten für Außenhandel vom 23.5.1980.
- (298) Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 4./5.1. 1981.
- (299) Banque du Zaire. Bref aperçu de la situation du Zaire en 1977 zitiert in: Kalala, Kabuya: Stabilisation économique et financière au Zaire: limites et exigences. In: Zaire-Afrique, Mai 1980, S. 264.
- (300) a.a.O. S. 264
- (301) Vgl. a.a.O.
- (302) a.a.O. S. 271.

- (3o3) Vgl. Kalala, Kabuya: *Depenses publiques ... a.a.O.*
- (3o4) zitiert a.a.O. S. 483.
- (3o5) a.a.O. S. 274.
- (3o6) a.a.O. S. 274.
- (3o7) Mpekesa, Bongoy: *Politiques économiques au Zaïre.*
In: *Zaïre-Afrique*, Mai 1974, S. 288.
- (3o8) Auf den Energie- und Transportsektor wird hier nicht näher eingegangen. Vgl. hierzu:
Breitengross, Jens Peter: *Verkehrssystem und Regionalentwicklung.* In: Breitengross, Jens Peter: *Planung und wirtschaftliche Entwicklung in Zaïre a.a.O.*; ders.: *Struktur und Probleme der zairischen Energiewirtschaft a.a.O.*; Bundesstelle für Außenhandelsinformation: *Zaïre, Energiewirtschaft 1982.* Köln 1982; Statistisches Bundesamt Wiesbaden: *Feldstudie Zaïre, Oktober/November 1977.* Feldstudienbericht, Band 4: *Verkehr.* Wiesbaden 1977; Mwanalessa, Kikassa: *L'office national des Transports au Zaïre et son plan quinquennal d'investissements 1979-1984.* In: *Zaïre-Afrique*, April 1981.
- (3o9) Vgl. Wiese, Bernd a.a.O. S. 177.
- (31o) Gran, Guy: *An Introduction to Zaïre's permanent development crisis.* In Gran, Guy a.a.O. S. 8
- (311) The World Bank: *Report No. 2212-ZR, The manufacturing sector of Zaïre.* Oktober 1979, o.O. S. 13.
- (312) Vgl. a.a.O. S. 1.
- (313) Zitiert nach: Gran, Guy a.a.O. S. 1o.
- (314) Der Zehnjahresplan (195o-196) ist dafür ein signifikantes Beispiel.
- (315) Vgl. Bundesstelle für Außenhandelsinformation: *Zaïre. Wirtschaftsdaten und Wirtschaftsdokumentation.* Köln 1983.
- (316) Bundesstelle für Außenhandelsinformation: *Zaïre. Wirtschaftliche Entwicklung 1982.* Köln 1983. S. 23.

- (317) Vgl. Wiese, Bernd a.a.O.
- (318) Vgl. Bundesstelle für Außenhandelsinformation:
Zaire. Wirtschaftsdaten und Wirtschaftsdokumentation
a.a.O. S. 7.
- (319) Vgl. Bundesstelle für Außenhandelsinformation:
Zaire. Wirtschaftliche Entwicklung 1982 a.a.O.
S. 22..
- (320) Michel, Herbert a.a.O. S. 127.
- (321) Vgl. Michel, Herbert a.a.O. S. 168 ff.
- (322) A.a.O. S. 170.
- (323) Vgl. a.a.O. S. 178 ff.
- (324) Vgl. Bundesstelle für Außenhandelsinformation:
Zaire. Wirtschaftsstruktur. Köln 1976. S. 18 ff.
- (325) A.a.O. S. 18.
- (326) "Soit 22% des effectifs totaux des projets recensés
par la allure de recherches en Economie Industrielle
de l' I.R.E.S.". Kapaji, Njoie: Projets d' in-
vestissement et croissance de l'économie zairoise
1970-1975. In: Zaire-Afrique, Dezember 1972, S. 617.
- (327) A.a.O. S. 617.
- (328) A.a.O. S. 618/19.
- (329) Vgl. Bundesstelle für Außenhandelsinformation: Zaire.
Wirtschaftliche Entwicklung 1982 a.a.O. S. 6 ff.
- (330) A.a.O. S. 6.
- (331) A.a.O. S. 6.
- (332) Vgl. a.a.O. S. 14.
- (333) "Celui-ci définit comme le résultat de l'ensemble
des activités d'un pays, apprécié selon le prix
qui y sont consentis pour les divers biens et
services". Saint Moulin, Leon de: La répartition
par région du produit intérieur brut zairois. In:
Zaire-Afrique, März 1973, S. 141.

- (324) Vgl. hierzu: Nohlen, Dieter / Nuscheler, Franz: Indikatoren von Unterentwicklung und Entwicklung. Probleme der Messung und quantifizierenden Analyse. In: Handbuch der Dritten Welt a.a.O. S. 451 ff.
- (335) The World Bank, East Africa Regional Office: Zaire. Current economic situation and constraints. Washington 1979. S. 4.
- (336) A.a.O. S. 8.
- (337) A.a.O. S. 10.
- (338) Vgl. Bundesstelle für Außenhandelsinformation: Zaire. Wirtschaftsdaten und Wirtschaftsdokumentation a.a.O. S. 6.
- (339) Vgl. Saint Moulin, Léon de a.a.O. S. 142.
- (340) A.a.O. S. 142.
- (341) Vgl. Demokratische Republik Kongo. Auszüge aus dem Zentralbankbericht 1968/69. In: Schriftenreihe der Deutsch-Kongolischen Gesellschaft, Heft 6, Köln 1970. S. 19ff.
- (342) A.a.O. S. 20.
- (343) Seghers, Joseph: Le rapport annuel 1974 de la Banque du Zaire. In: Zaire-Afrique, Januar 1976. S. 28.
- (344) 1974 stammte ca. die Hälfte der gesamten zairischen Agrarerzeugung aus der Subsistenzwirtschaft. Der gesamte Anteil der Landwirtschaft trug etwa 15 -16% zum B.I.P. bei.
- (345) Vgl. Bundesstelle für Außenhandelsinformation: Zaire. Wirtschaftsstruktur 1976 a.a.O. S. 14 ff.
- (346) Bundesstelle für Außenhandelsinformation: Zaire. Wirtschaftliche Entwicklung 1979. Köln 1980. S. 5.
- (347) Vgl. a.a.O.
- (348) Vgl. Bundesstelle für Außenhandelsinformation: Zaire. Wirtschaftsdaten und Wirtschaftsdokumentation 1983 a.a.O. S. 7 ff.

- (349) (Metallurgie, Industries, Construction). Vgl. Saint-Moulin, Léon de a.a.O. S. 142.
- (350) Vgl. a.a.O. S. 143.
- (351) Vgl. Demokratische Republik Kongo. Auszüge aus dem Zentralbankbericht a.a.O. S. 20 ff.
- (352) Saint Moulin, Léon de a.a.O. S. 148.
- (353) Er betrug 1977 8,4% (ausschließlich Bau- und Energiewirtschaft). Vgl. Bundesstelle für Außenhandelsinformation: Zaire. Wirtschaftsdaten und Wirtschaftsdokumentation 1980. Köln 1980. S. 7.
- (354) Saint Moulin, Léon de a.a.O. S. 152.
Die statistischen Angaben sind in bezug auf die Ermittlung der Beiträge der einzelnen Wirtschaftssektoren zum B.I.P. in Zaire oft - und das betrifft besonders den Dienstleistungssektor - ungenau und unvollständig.
- (355) Bundesstelle für Außenhandelsinformation: Zaire. Wirtschaftsdaten und Wirtschaftsdokumentation 1983 a.a.O. S. 7 ff.
- (356) Vgl. Bundesstelle für Außenhandelsinformation: Zaire. Wirtschaftsstruktur 1976 a.a.O. S. 26 ff.
- (357) Vgl. Statistisches Bundesamt Wiesbaden: Statistik des Auslands. Länderkurzbericht Zaire. Wiesbaden 1982. S. 8 ff.
- (358) Herman, Fernand: L'évolution de l'économie congolaise depuis l'indépendance. In: Etudes Congolaises, 8, 1964. S. 8.
- (359) Vgl. Verhaegen, Guy: Le développement de l'agriculture paysanne au Zaire. In: Zaire-Afrique, Juni/ Juli 1973, S. 345 ff.
- (360) A.a.O. S. 346.
- (361) A.a.O. S. 348.
- (362) A.a.O. S. 349.
- (363) A.a.O. S. 358.

- (364) Vgl. Demokratische Republik Kongo. Auszüge aus dem Zentralbankbericht ... a.a.O. S. 29 ff.
- (365) Vgl. Lukoji, Mulumba: Le programme de redressement de l'économie zairoise. In: Zaire-Afrique, Februar 1977, S. 93 ff.
- (366) Mwanalessa, Kikassa: Les problèmes actuels de l'économie zairoise. In: Zaire-Afrique, April 1978. S. 198.
- (367) Lukoji, Mulumba: Le programme de redressement... a.a.O. S. 107.
- (368) Vgl. Informations congolaises Nr. 467, 1975, S. 184 ff.
- (369) Vgl. République du Zaire. Departement de l'économie nationale, industrie et commerce: Conjuncture économique. Année 1979-1980. Kinshasa 1980. S. 249 ff.
- (370) A.a.O. S. 249.
- (371) Vgl. a.a.O. S. 249 ff.
- (372) République du Zaire. Departement de l'économie nationale, industrie et commerce: Conjuncture économique. Années 1981/82/83. Kinshasa 1983. S. 22.
- (373) Vgl. a.a.O. S. 23 ff.
- (374) Vgl. Statistisches Bundesamt Wiesbaden. Statistik des Auslands. Länderbericht Zaire 1978. Wiesbaden 1978, S. 32 ff.
- (375) Vgl. Gran, Guy: An introduction to Zaire's permanent development crisis a.a.O. S. 11 ff.
- (376) La situation économique et financière du Zaire à fin juin 1982. In: Marchés tropicaux vom 17. September 1982, S. 255o.
- (377) Vgl. Mwanalessa, Kikassa: Les problèmes actuels ... a.a. O. S. 201.
- (378) Lukoji, Mulumba: Le programme de redressement de l'économie zairoise a.a.O. S. 98.

- (379) International Bank of Reconstruction and Development. Economic Conditions and Prospects in Zaire. 1977. Zitiert in: Gran, Guy a.a.O. S. 130.
- (380) Statistisches Bundesamt Wiesbaden. Statistik des Auslands. Feldstudie Zaire. Feldstudienbericht Band 3: Bergbau. Wiesbaden 1977. S. 28.
- (381) Für den Ausbau der "voie nationale" (Strecke Shaba-Matadi) wurde 1975 ein Weltbankdarlehen in Höhe von 26 Millionen US Dollar zur Verfügung gestellt.
- (382) Vgl. *Conjuncture économique, Années 1981/82/83* a.a.O. S. 200 ff.
- (383) The World Bank: Report No. 4077-ZR. Zaire Economic Memorandum. Recent Economic and Sectoral Developments and Current Issues. Washington 1982. S. 8.
- (384) Statistisches Bundesamt. Feldstudie Zaire a.a.O. S. 56.
- (385) a.a.O. S. 56.
- (386) Vgl. Bundesstelle für Außenhandelsinformation: Zaire. Wirtschaftsstruktur a.a.O. S. 48.
- (387) The World Bank. The manufacturing sector of Zaire a.a.O. S. 95.
- (388) a.a.O. S. 94/95.
- (389) "By march 1974, about 2.700 foreign-owned business throughout the country has been assigned to new private Zairian owners (...). Relatively speaking, "zairianization" seems to have affected a far greater proportion of firms in the interior than in the two main industrial and commercial centers (Kinshasa and Lubumbashi), which account for less than 50% of the total although accounting for 50% of total trading enterprises in 1970. A wide variety of types of business were taken over, including many stores and commercial enterprises, small trading and trucking firms (...), but also including pharmacies. All agricultural and most agro-industrial enterprises were affected. In manufacturing, however, the impact was limited. Some small and medium-scale enterprises (...) were zairianized. Most large manufacturing firms were not taken over." a.a.O. S. 102/03.

- (390) Der Sektor "Verarbeitende Industrie" umfaßt bei dieser Berechnung auch die Metallverarbeitung. Vgl. Bundesstelle für Außenhandelsinformation: Zaire. Wirtschaftsstruktur 1976 a.a.O. S. 48.
- (391) Vgl. Michel, Herbert a.a.O. S. 152 ff.
- (392) Vgl. The World Bank: The manufacturing sector in Zaire a.a.O. S. 4 ff.
- (393) Bundesstelle für Außenhandelsinformation: Zaire. Wirtschaftsdaten und Wirtschaftsdokumentation. Köln 1980. S. 7.
- (394) The World Bank: The manufacturing sector in Zaire a.a.O. S. 6.
- (395) Vgl. Bundesstelle für Außenhandelsinformation: Zaire. Wirtschaftsstruktur 1976. S. 54 ff.
- (396) Conjuncture économique. Année 1979-1980 a.a.O. S. 349.
- (397) Vgl. a.a.O. S. 353.
- (398) Vgl. Bundesstelle für Außenhandelsinformation: Zaire. Wirtschaftsstruktur 1976 a.a.O. S. 61 ff.
- (399) Conjuncture économique. Année 1979-1980 a.a.O. S. 434.
- (400) The World Bank, The manufacturing sector in Zaire a.a.O. S. i.
- (401) République du Zaire. Departement de l'économie nationale et de l'industrie: Politique et programme 1982. Kinshasa 1982. S. 12.
- (402) Vgl. a.a.O. S. 15 ff.
- (403) Vgl. Friedhelm Streiffeler. Sozialpsychologie des Neokolonialismus. Frankfurt/New York 1982. Seite 151 ff.
- (404) Lukumbu, P.-L.: La politique extérieure. In: Congo, 1963. S. 104/105.
- (405) Mamba, Jean-Bosco: Les relations entre le Congo et les pays de l'est. In: Etudes Congolaises, 3, 1968. S. 401.
Es folgen 1968 Kooperationsverträge mit Jugoslawien, Verträge über technische und wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Polen (1967) und mit der Tschechoslowakei.

- (406) A.a.O. S. 101.
- (407) A.a.O. S. 100.
- (408) A.a.O. S. 102.
- (409) Die Angaben sind in dem Punkt nicht einheitlich, ob dieser Betrag für den Zeitraum 1960 - 1964 oder bis 1965 berechnet wurde.
Vgl. Gérard-Libois, J.: L'aide extérieure à la République du Congo (II). In: Etudes Congolaises, 4, 1966. S. 2.
- (410) A.a.O. S. 8.
- (411) Vgl. a.a.O. S. 9 ff.
- (412) Vgl. Herbots, Jacques: Le Congo et le Marché commun européen. In : Etudes Congolaises, 9, 1964. S. 39 ff.
- (413) Vgl. Gérard-Libois, J. a.a.O. S. 11.
- (414) Vgl. Lukumbu, P.-L.: La politique extérieure a.a.O. S. 94 ff.
- (415) "Rapport de la mission d'études de la C.E.E. pour l'établissement d' un programme de redressement économique de la République du Congo". a.a.O. S. 94.
Eine weitere Studie über die Probleme der Industrialisierung wurde 1967 von einer Expertenkommission im Auftrag des "Fonds européen de développement" angefertigt, die sich u.a. mit der ungleichen industriellen Entwicklung, bzw. mit der Herausbildung der beiden Entwicklungspole Kinshasa/ Bas Zaire und Katanga beschäftigte und Kisangani als Standort für einen dritten Entwicklungspol empfahl.
- (416) Vgl. a.a. O. S.12 ff.
Von 1964 - 1969 leistete der "Fonds européen de développement" Entwicklungshilfe in Höhe von 34.8 Millionen US Dollar.
Vgl. Gérard-Libois, J.: Deuxieme Partie. L'aide extérieure ... In: Congo 1967, S. 208 ff.

- (417) Der größte Teil der belgischen Fachkräfte verließ 1960 fluchtartig das Land: "une rapide africanisation des cadres administratifs s'était opéré à la fois sous la pression de la nécessité et sous celle des groupes congolaises intéressés." Gérard-Libois, J.: L'aide extérieure In: Etudes Congolaises a.a.O. S. 3.
- (418) Gérard-Libois, J.: Deuxieme Partie. L'aide extérieure ... In: Congo a.a.O. S. 207.
- (419) Gérard-Libois, J.: L'aide extérieureIn: Etudes Congolaises a.a.O. S. 13.
- (420) Gran, Guy: Development versus the world system: international aid activities in Zaire. In Gran, Guy a.a.O. S. 301.
- (421) Conjuncture économique. Années 1981, 1982, 1983 a.a.O. S. 51 ff.
- (422) The World Bank: Zaire. Current economic situation and constraints a.a.O. S. 26.
- (423) Vgl. a.a.O.
- (424) A.a.O. S. 28.
- (425) Conjuncture économique. Années 1981, 1982, 1983 a.a.O. S. 37.
- (426) a.a.O. S. 37.
- (427) Vgl. The World Bank: Zaire. Current economic situation and constraints a.a.O. S. 44/45.
- (428) A.a.O. S. 45.
- (429) Conjuncture économique. Années 1981, 1982, 1983 a.a.O. S. 66.
- (430) Vgl. Bundesstelle für Außenhandelsinformation: Zaire. Wirtschaftsdaten und Wirtschaftsdokumentation 1983 a.a.O. S. 14.
- (431) Vgl. a.a.O. S. 15.
- (432) The World Bank: Zaire. Current economic situation and constraints a.a.O. S. 28.

- (433) Vgl. Statistisches Bundesamt Wiesbaden: Länderkurzberichte Zaire 1970 und 1972 a.a.O.
- (434) Vgl. Nachrichten für Außenhandel vom 15.9.1977.
- (435) Vgl. a.a.O.
- (436) Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformation. Köln, Februar 1979. S. 1
- (437) Vgl. Nachrichten für Außenhandel vom 15.9.1977.
- (438) Neue Zürcher Zeitung vom 4./5.1. 1981
- (439) Auf der 4. Sitzung der Konsultativgruppe wurde die mangelhafte Abwicklung des vom Internationalen Währungsfond aufgelegten Stabilisierungsprogramms durch die zairischen Regierung kritisiert.
- (440) Bundesstelle für Außenhandelsinformation: Zaire. Wirtschaftsdaten und Wirtschaftsdokumentation 1983 a.a.O. S. 5.
- (441) The World Bank: Report No. 4077-ZR, Zaire Economic Memorandum. Recent economic and sectoral developments and current issues. Volume I. Main report. Washington 1982. S. 3.
- (442) Vgl. a.a.O. S. 4 ff.
- (443) A.a.O. S. 5.
- (444) The World Bank: Zaire. Current economic situation and constraints a.a.O. S. 35.
- (445) The World Bank: Zaire Economic Memorandum a.a.O. S. 10/11.
- (446) Vgl. a.a.O. S. 20.
- (447) A.a.O. S. 22.
- (448) The World Bank: Zaire. Current economic situation and constraints a.a.O. S. 28.
- (449) Vgl. Conjuncture économique. Années 1981, 1982, 1983 a.a.O. S. 479.
- (450) A.a.O. S. 480.
- (451) A.a.O. S. 487.
- (452) Vgl. a.a.O. S. 463.

- (453) Conjuncture économique. Année 1979-1980 a.a.O. S. 527.
- (454) Vgl. Conjuncture économique. Années 1981,1982,1983 a.a.O. S. 466.
- (455) A.a.O. S. 469.
- (456) Die für die folgenden Ausführungen benutzten Unterlagen sind nicht öffentlich zugänglich und daher nicht zitierfähig.
- (457) Conjuncture économique. Années 1984-1985.Kinshasa 1985. S. 444/445.
- (458) A.a.O. S. 438.
- (459) "SOFIDE" organisiert die langfristige Finanzierung (Übernahme von Beteiligungen, Gewährung von Darlehen und Garantien) privatwirtschaftlicher Produktionsbetriebe in Zaire, an denen der Staat höchstens zu 33 % beteiligt ist.
- (460) Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Länderkurzbericht Republik Zaire. Bonn 1983. S. 19 ff.
- (461) Vgl. a.a.O. S. 34 ff.
- (462) Vgl.a.a.O. S. 37.
- (463) Die Hydrozentrale INGA, die mit ausländischer Hilfe ausgebaut wurde, weist einen Überschuß an elektrischer Energie auf, der erst in 10 Jahren nach dem Bau der vorgesehenen Anlagen verbraucht sein wird.
- (464) Conjuncture économique. Années 1984-1985 a.a.O. S. 437.
- (465) A.a.O. S. 449.
- (466) A.a.O. S. 455.
- (467) 1 Europäische Währungseinheit = 45,27 belgische Francs = 32,69 Zaire. Stand: Mai 1985)
- (468) Conjuncture économique. Années 1984-1985. S. 456.
- (469) Vgl. a.a.O. S. 458 ff.

- (470) Vgl. a.a.O.
- (471) 1 UA = 39,6493 Zaire oder 0,991277 US Dollar,
Stand: Oktober 1985.
1 FUA = 36,5191 Zaire oder 0,913018 US Dollar,
Stand: Oktober 1985.
Die Kreditbedingungen sind ähnlich denen der "International Development Association (IDA).
Vgl. African Development Bank: Memorandum. Zaire -
Loan Proposal for the Financing of the Drinking
Water Supply Project in six towns. 10 October 1985
o.O. S. 1.
- (472) A.a.O. S. 1.
- (473) Tetzlaff, Rainer: Die Weltbank... a.a.O. S. 191/192.
- (474) 1982 war die Kreditgewährung der Weltbank und der IDA für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (einschließlich Zubringerstraßen und Straßen auf dem Lande) mit 25 % der Gesamtsumme im Vergleich zu 1981 mit 32 % allerdings schon wieder rückläufig. "IDA-Mittel waren nicht mehr im gleichen Umfang verfügbar - was sich am stärksten auf die Länder mit niedrigerem Einkommen auswirkte; in den die Kreditvergabe für die Landwirtschaft von größter Bedeutung war; und die Kreditgewährung für die strukturelle Anpassung nahm zu; da diese weitgehend auf eine Verbesserung der Wirtschaftspolitik abzielt, hat dies in einigen Ländern dazu geführt, daß Pläne für direkte Projektvergabe in der Landwirtschaft verschoben wurden." Weltentwicklungsbericht 1982 a.a.O. S.12.
- (475) Zitiert in: Gran, Guy: Development versus the world system: International aid activities in Zaire a.a.O. S. 298.
- (476) A.a.O. S. 297.

Bibliographie

- African Development Bank: Memorandum. Zaire - Loan Proposal for the Financing of the Drinking Water Supply Project in six towns. 10 October 1985 o.o.
- Afrikanischer Sozialismus. Aus den Reden und Schriften von Julius K. Nyerere. Mit einer Einleitung von Gerhard Grohs. Stuttgart 1972.
- Amin, Samir: Die ungleiche Entwicklung. Hamburg 1975.
- Ders.: Zur Theorie von Akkumulation und Entwicklung in der gegenwärtigen Weltwirtschaft. In: Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung. Hrsg. von Dieter Senghaas. Frankfurt 1977. S. 71 ff.
- Archer, Jules: Congo, the birth of a new nation. Folkestone 1970.
- Asani, Yabili Yalala: Code de la Zairianisation. Lubumbashi o.J.
- Bohnet, Michael: Ökonomische Entwicklungstheorien und Entwicklungspolitik. In: Handbuch der Dritten Welt. Hrsg. von Dieter Nohlen und Frank Nuscheler. Band 1. Neuauflage. Hamburg 1982. S. 292 ff.
- Breitengross, Jens Peter: Zaire. In: Handbuch der Dritten Welt. Band 4. Hamburg 1976. S. 602 ff.
- Bremer Gesellschaft für Wirtschaftsforschung e.V. (Hg.): Auswertung der Fünften Welthandels- und Entwicklungskonferenz, Manila 1979. Baden-Baden 1981.
- Bundesstelle für Außenhandelsinformation: Zaire. Investitionsgesetz 1979. Köln 1980.
- Dies.: Zaire. Wirtschaftliche Entwicklung 1979. Köln 1980.
- Dies.: Zaire. Wirtschaftsdaten und Wirtschaftsdokumentation 1980. Köln 1980.
- Dies.: Zaire. Energiewirtschaft 1982. Köln 1982.
- Dies.: Zaire. Wirtschaftsdaten und Wirtschaftsdokumentation. Köln 1983.
- Dies.: Zaire. Wirtschaftliche Entwicklung 1982. Köln 1983.
- Buro, Andreas: Autozentrierte Entwicklung durch Demokratisierung? Frankfurt 1980.

- Cardoso, Fernando Henrique: Entwicklung auf der Anklagebank.
In: Peripherie, Nr. 5/6, Münster 1981. S. 6ff.
- Centre d'Information et de Documentation du Congo belge
et du Ruanda-Urundi (Hg.): Aperçu sur le Plan décennal
pour le développement économique et social du Congo belge.
Bruxelles 1953.
- Comité Zaire: Zaire, le dossier de la recolonisation. Brüssel/
Paris 1978.
- Conference de M. Mbeka sur la situation économique en
novembre 1960. In: Congo, Kinshasa/Brüssel, 1960. S. 384 ff.
- Cornevin, Robert: Le Zaire. Paris 1972.
- Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie-
und Entwicklungsländer. Bericht der Nord-Süd-Kommission.
Mit einer Einleitung des Vorsitzenden Willy Brandt.
Köln 1980.
- Demokratische Republik Kongo: Auszüge aus dem Zentralbank-
bericht 1968/69. In: Schriftenreihe der Deutsch-Kongo-
lesischen Gesellschaft. Heft 6. Köln 1970.
- Die Verfassung der Demokratischen Republik Kongo. In:
Schriftenreihe der Deutsch-Kongolesischen Gesellschaft.
Heft 4. Köln 1970.
- Elsenhans, Hartmut: Die Rolle der Staatsklasse bei der Über-
windung von Unterentwicklung. In: Strategien gegen Unter-
entwicklung. Hrsg. von Alfred Schmidt. Frankfurt 1976.
- Ders.: Die Überwindung von Unterentwicklung durch Massenpro-
duktion für den Massenbedarf - Weiterentwicklung eines
Ansatzes. In: Handbuch der Dritten Welt. Hrsg. von Dieter
Nohlen und Franz Nuscheler. Neuauflage. Band 1. Hamburg
1982. S. 152 ff.
- Fanon, Frantz: Die Verdammten dieser Erde. Frankfurt 1981.
- Frank, Andre Gunder: Weltwirtschaft in der Krise. Hamburg 1978.
- Ders.: Abhängige Akkumulation und Unterentwicklung. Frankfurt
1980.
- Ders.: Asia's exclusive models. In: Far eastern economic re-
view, Hongkong, vom 25.6.1982. S. 22.

- Fröbel, Folker / Heinrichs, Jürgen / Kreye, Otto: Die neue internationale Arbeitsteilung. Hamburg 1977.
- Fröbel, Folker: Zur gegenwärtigen Entwicklung der Weltwirtschaft. In: Starnberger Studien 4. Hrsg. vom Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt. Frankfurt 1980. S. 9 ff.
- Gérard-Libois, J.: L'aide extérieure à la République du Congo. In: Etudes Congolaises, Kinshasa/Brüssel, 4, 1966, S. 1 ff.
- Ders.: Deuxieme Partie. L'aide extérieure à la République du Congo. In: Congo, Kinshasa/Brüssel, 1967, S. 207 ff.
- Gran, Guy: An Introduction to Zaire's permanent crisis. In: The Political Economy of Underdevelopment. Hrsg. von Guy Gran. New York 1979. S. 1 ff.
- Ders.: Development versus the World System. International aid activities in Zaire. In: The Political Economy of Underdevelopment. Hrsg. von Guy Gran. New York 1979. S. 296 ff.
- Häckel, Erwin: Afrikanischer Nationalismus. München 1974.
- Herbot, Jacques: Le Congo et le Marché commun européen. In: Etudes Congolaises, Kinshasa/Brüssel, 9, 1964, S. 27 ff.
- Herman, Fernand: L'évolution de l'économie congolaise depuis l'indépendance. In: Etudes Congolaises, Kinshasa/Brüssel, 8, 1984. S. 1 ff.
- Imfeld, Al: Zukunft politischer Institutionen. In: EPD - Entwicklungspolitik. Hrsg. vom Gemeinschaftswerk der evangelischen Publizistik. Nr. 5/6, Frankfurt 1982. S. 23 ff.
- Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung / Weltbank: Weltentwicklungsbericht 1981. Bonn/Frankfurt o.J.
- Dies.: Weltentwicklungsbericht 1982. Bonn/Frankfurt o.J.
- Jewsiewicki, Bogumil: Zaire enters the world system: its colonial incorporation as the belgian Congo. 1885-1960. In: Zaire. The Political Economy of Underdevelopment. Hrsg. von Guy Gran. New York 1979. S. 29 ff.
- Ders.: Political consciousness among african peasants in the belgian Congo. In: Review of African Political Economy, London, 19, 1980, S. 23 ff.
- Journalistenhandbuch. Entwicklungspolitik 1982. Hrsg. vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Bonn 1982.

- Kalala, Kabuya: Dépenses publiques, déficits budgétaires et pouvoir politico-économique au Zaïre. In: Zaïre-Afrique, Kinshasa, Oktober 1980. S. 471 ff.
- Ders.: Stabilisation économique et financière au Zaïre: limites et exigences. In: Zaïre-Afrique, Kinshasa, Mai 1980. S. 263 ff.
- Kanyo, Edward: Postcolonial politics in Zaïre 1960-1979. In: Zaïre. The Political Economy of Underdevelopment. Hrsg. von Guy Gran. New York 1979. S. 54 ff.
- Kapaji, Njoie: Projets d'investissement et croissance de l'économie zaïroise 1970-1975. In: Zaïre-Afrique, Kinshasa, Dezember 1972. S. 607 ff.
- Khan, Khushi / Mathies, Volker: Collective self-reliance. Programme und Perspektiven der Dritten Welt. München 1978.
- Kreye, Otto: Perspektiven des industriellen Wachstums und der sozialen Entwicklung in den Entwicklungsländern. In: Starnberger Studien 4. Strukturveränderungen in der kapitalistischen Weltwirtschaft. Hrsg. vom Max-Planck-Institut. Frankfurt 1980. S. 286 ff.
- Kurzfassung des Zwischenberichts über das Forschungsprojekt: "Krisentendenzen des internationalen Kredit-system". In: Frankfurter Rundschau, Frankfurt am Main, vom 4.2. 1982.
- La situation économique et financière du Zaïre à fin juin 1982. In: Marchés tropicaux et méditerranéens, Paris, vom 17. 9.1982. S. 225o.
- L'évolution de l'économie congolaise depuis l'indépendance. In: Etudes Congolaises, Kinshasa/Brüssel, 8, 1984. S. 1 ff.
- L'investissement privé-étranger et national en République du Zaïre. In: Etudes Africaines, Nr. 135-137, 1972. S. 21 ff.
- Le programme du Mouvement National Congolais. In: Congo, Kinshasa/Brüssel, 1959. S. 132 ff.
- Le programme de redressement de l'économie nationale. Discours du Président Mobutu à Conseil Législatif à Kinshasa le 21 décembre 1976. In: Zaïre-Afrique, Kinshasa, Januar 1977. S. 5 ff.
- Loth, Heinrich: Kongo. Berlin (DDR) 1965.

- Lukoji, Mulumba: Le Mouvement Populaire de la Révolution: Creation de signification politique. In: Zaire-Afrique, Kinshasa, 12, 1972, S. 329 ff.
- Ders.: Le programme de redressement de l'économie zairoise. In: Zaire-Afrique, Kinshasa, Februar 1977, S. 93 ff.
- Ders.: Le programme de redressement de l'économie zairoise(II) In: Zaire-Afrique, Kinshasa, April 1977. S. 205 ff.
- Lukumbu, P.-L.: La politique extérieure. In: Congo, Kinshasa/Brüssel, 1963. S. 104 ff.
- Mamba, Jean-Bosco: Les relations entre le Congo et les pays de l'est. In: Etudes Congolaises, 3, 1968.
- Mandel, Ernest: Der Spätkapitalismus. Frankfurt 1972.
- Mathies, Volker: Collective self-reliance. In: Handbuch der Dritten Welt. Hrsg. von Dieter Nohlen und Frank Nuscheler. Band 1. Neuauflage. Hamburg 1982. S. 380 ff.
- Michel, Herbert: Wirtschaftsstruktur und Industrialisierungsprobleme Zaires. München 1976.
- Ministère des Colonies: Plan décennal pour le développement économique et social du Congo belge. Buruxelles 1949.
- Mpekesa, Bongoy: Politiques économiques au Zaire. In: Zaire-Afrique, Kinshasa, Mai 1974. S. 287 ff.
- Mwanalessa, Kikassa: La stabilisation des entreprises zairianisées et radicalisées. In: Zaire-Afrique, Kinshasa, Februar 1976, S. 89 ff.
- Ders.: De la stabilisation au redressement des entreprises zairianisées et radicalisées. In: Zaire-Afrique, Kinshasa, November 1976, S. 517 ff.
- Ders.: Les problèmes actuels de l'économie zairoise. In: Zaire-Afrique, Kinshasa, April 1978, S. 195 ff.
- Ders.: L'office national des transports au Zaire et son plan quinquennal d'investissements 1979-1984. In: Zaire-Afrique, April 1981.

- N'Dele, A.: Refl xions sur la politique économique dans un pays en développement. In: Etudes Congolaises, Kinshasa/Brüssel, 3, 1979, S. 3 ff.
- Nohlen, Dieter / Nuscheler, Franz: Indikatoren von Unterentwicklung und Entwicklung. Probleme der Messung und quantifizierenden Analyse. In: Handbuch der Dritten Welt. Hrsg. von Dieter Nohlen und Franz Nuscheler. Band 1, Neuaufgabe. Hamburg 1982. S. 451 ff.
- Nour, Salua: Zaire. In: Handbuch der Dritten Welt. Hrsg. von Dieter Nohlen und Franz Nuscheler. Band 4. Neuaufgabe. Hamburg 1982. S. 468 ff.
- Philipp, Günther: Militär und Milit rherrschaft in Schwarzafrika. Eine propädeutische Skizze und ein Fallbeispiel: Zaire. Inaugural-Dissertation. Karlsruhe 1979.
- Quelques discours programmes de M. Patrice Lumumba. In: Congo, Kinshasa/Brüssel, 1960, S. 584 ff.
- République du Zaire. Département de l'économie nationale, industrie et commerce: Conjuncture économique. Année 1979-1980. Kinshasa 1980.
- Ders.: Conjuncture économique. Années 1981, 82, 83. Kinshasa 1983.
- Ders.: Conjuncture économique. Années 1984-1985. Kinshasa 1985.
- Ders.: Politique et programme 1982. Kinshasa 1982.
- Rohm, Julius: Einheimisches Unternehmertum in Zaire. Inaugural-Dissertation. Neu-Ulm 1974.
- Saint-Moulin, Léon de: La répartition par région du produit interieur brut zairois. In: Zaire-Afrique, Kinshasa, März 1973, S. 141 ff.
- Satre, Jean Paul: Kolonialismus und Neokolonialismus. Hamburg 1968.
- Satzinger, Walter / Schwefel, Dieter: Entwicklung als soziale Entwicklung.  ber Irrwege und Umwege entwicklungstheoretischer Strategiesuche. In: Handbuch der Dritten Welt. Hrsg. von Dieter Nohlen und Franz Nuscheler. Band 1, Neuaufgabe. Hamburg 1982. S. 312 ff.

- Seelow, Frank: Neue Weltwirtschaftsordnung - Grundpositionen von Industrie- und Entwicklungsländern. In: Vierteljahresberichte des Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Nr. 81, Bonn 1980.
- Seers, Dudley: Was heißt Entwicklung? In: Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung. Hrsg. von Dieter Senghaas. Frankfurt 1977. S. 37 ff.
- Senghaas, Dieter: Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung. Frankfurt 1977.
- Ders.: Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation. Frankfurt 1978.
- Ders./Menzel, Ulrich: Autozentrierte Entwicklung trotz internationalen Kompetenzgefälle. In: Untersuchung zur Grundlegung einer praxisorientierten Entwicklung. Forschungsbericht Nr. 1. Universität Bremen. August 1978. S. 3 ff.
- Ders.: Von Europa lernen. Entwicklungsgeschichtliche Betrachtungen. Frankfurt 1982.
- Seghers, Joseph: Le rapport annuel 1974 de la Banque du Zaïre. In: Zaïre-Afrique, Kinshasa, Januar 1976. S. 27 ff.
- Simonis, Georg: Autozentrierte Entwicklung und kapitalistisches Weltssystem. Zur Kritik der Theorie der abhängigen Reproduktion. In: Peripherie, Nr. 5/6, Münster 1981, S. 32 ff.
- Schatzberg, Michael J.: Politics and Class in Zaïre. New York/London 1980.
- Schmid, Raimund: UNCTAD VI. Bewegt wurde nichts. In: EPD-Entwicklungspolitik. Hrsg. vom Gemeinschaftswerk der evangelischen Publizistik. Nr. 12/13, Frankfurt am Main 1983, S. 13 ff.
- Schmidt, Alfred: Ungleichere Tausch. In: Handbuch der Dritten Welt. Hrsg. von Dieter Nohlen und Franz Nuscheler. Band 1. Neuauflage. Hamburg 1982. S. 117 ff.
- Statistisches Bundesamt Wiesbaden: Feldstudie Zaïre. Feldstudienbericht. Band 5. Kleine und mittlere Unternehmen. Wiesbaden, Oktober/November 1977.
- Ders.: Feldstudie Zaïre. Feldstudienbericht. Band 4. Verkehr. Oktober/November 1977.

- Statistisches Bundesamt Wiesbaden: Feldstudie Zaire. Feldstudienbericht. Band 3. Bergbau. Wiesbaden 1977.
- Ders.: Statistik des Auslands. Länderkurzbericht Zaire. Wiesbaden 1982.
- Ders.: Statistik des Auslands: Länderbericht Zaire 1978. Wiesbaden 1978.
- Streffeler, Friedhelm: Sozialpsychologie des Neokolonialismus. Frankfurt am Main/New York 1982.
- Tetzlaff, Rainer: Die Weltbank. Machtinstrument der USA oder Hilfe für die Entwicklungsländer. München 1980.
- Ders.: Perspektiven und Grenzen der Neuen Weltwirtschaftsordnung. In: Handbuch der Dritten Welt. Hrsg. von Dieter Nohlen und Franz Nuscheler. Band 1. Neuauflage. Hamburg 1982. S. 273 ff.
- The World Bank. East Africa Regional Office: Zaire. Current Economic Situation and Constraints. Washington 1979.
- Ders.: Report No. 2212-ZR. The manufacturing sector in Zaire. Oktober 1979. o.O.
- Ders.: Report No. 4077-ZR. Zaire Economic Memorandum. Recent Economic and sectoral Developments and current Issues. Washington 1982.
- The world crisis of the 1980s. An interview with Samir Amin. Monthly review, Juni 1981. S. 39/40.
- Tibi, Bassam: Nationalismus in der Dritten Welt am arabischen Beispiel. Frankfurt 1981.
- Ders.: Internationale Politik und Entwicklungsländerforschung. Materialien zu einer ideologiekritischen Entwicklungssoziologie. Frankfurt 1979.
- Träder, Heide: Panafrikanismus und Staatsnationalismus. Frankfurt 1975.
- Ul Haq, M.: Employment and Income Distribution in the 70's. In: Grundbedürfnisse und Entwicklungspolitik. Hrsg. von Detlef Schwefel. Baden-Baden 1978.

- Vanderlinden, J.: Du Congo au Zaïre. 1960-1980. Brüssel o.J.
- Veit, Winfried: Nationale Emanzipation. Entwicklungsstrategie und Außenpolitik in Tropisch-Afrika. München 1978.
- Verhaegen, Guy: Le développement de l'agriculture paysanne au Zaïre. In: Zaïre-Afrique, Kinshasa, Juni/Juli 1973, S. 345 ff.
- Ders.: La planification au Zaïre. In: Planification et développement au Zaïre. Planung und wirtschaftliche Entwicklung in Zaïre. Hamburg 1974. S. 16 ff.
- Vieux, Serg-A.: L'administration zaïroise. Paris 1974
- Wiedensohler, Günter: Grundzüge des Niederlassungsrechts. In: Planification et développement au Zaïre. Planung und wirtschaftliche Entwicklung in Zaïre. Hamburg 1974. S. 149 ff.
- Wiese, Bernd: Zaïre. Landesnatur, Bevölkerung, Wirtschaft. Darmstadt 1980.

Ausgewertete Zeitschriften

- Annuaire generale de l'université nationale du Zaire (Kinshasa)
- Annuaire statistique (Kinshasa)
- Cahiers zairois d'études politiques et sociales (Lubumbashi)
- Congo (Kinshasa / Brüssel)
- Congo-Afrique; ab 1972: Zaire-Afrique (Kinshasa)
- Cultures au Zaire (Kinshasa)
- Entwicklungspolitik - Spiegel der Presse (Bonn)
- EPD-Entwicklungspolitik (Frankfurt am Main)
- EPI- Entwicklungspolitische Informationen (Saarbrücken)
- Etudes Congolaises (Kinshasa/Brüssel)
- Informations Congolaises (Liege, Belgien)
- Journal of African Studies (Washington)
- Journal of Modern African Studies (London)
- Marchés tropicaux et méditerranéens (Paris)
- Mitteilungen für weltwirtschaftliche Zusammenarbeit (Köln)
- Revue Congolaise des Sciences Humaines (Kisangani)
- Review of African Political Economy (London)
- Vierteljahresberichte - Probleme der Entwicklungsländer (Bonn)
- Zaire, l'Hebdomadaire de l'Afrique Centrale (Kinshasa)

Zeitungen

Frankfurter Allgemeine Zeitung (Frankfurt)

Frankfurter Rundschau (Frankfurt)

Spiegel (Hamburg)

Tageszeitung (West-Berlin)